



Prinz Philip – ein Royal mit Sympathie für Israel

Prinz Philip besuchte in den 1990er Jahren als einziger Royal den Staat der Juden.

SEITE 4

Frankreich: Judenmord bleibt ungestraft

Empörende Nicht-Verurteilung des islamischen Mörders der Pariser Jüdin Sarah Halimi.

SEITE 3



„Dalli Dalli“ wird 50 Jahre alt

Der kultige jüdische Moderator Hans Rosenthal war der Liebling des deutschen TV-Publikums.

SEITE 29



KOLUMNE DES HERAUSGEBERS DR. R. KORENZECHER



Liebe Leserinnen und liebe Leser, mitten in die Vorbereitungen für die Mai-Ausgabe der Jüdischen Rundschau trifft uns die Nachricht von der furchtbarsten zivilen Katastrophe, die den jüdischen Staat seit seiner Neugründung jemals getroffen hat. Die Geschehnisse an der Pilgerstätte im Dorf Meron im Nordwesten Israels haben das ganze kleine Land in tiefes Erschrecken versetzt und erfüllen uns mit tiefer Trauer und Bestürzung.

Eine Massenpanik unter religiösen Pilgern während der Feier des Lag Ba'Omer-Festes hat über 40 Tote und zahlreiche zum Teil schwerletzte Opfer verursacht, unter denen sich auch viele Kinder und junge Leute befunden haben. Lag Ba'Omer ist ein wichtiges jüdisches Fest, dessen Sinngehalt in diesem Jahr besonders in Israel, wo bereits die Mehrheit der Menschen geimpft und vollimmunisiert ist, auch als Symbol für die anstehende Überwindung der Corona-Pandemie stehen sollte. Unsere tief empfundene Anteilnahme gilt den Opfern und ihren von tiefem Leid getroffenen Angehörigen.

Diese Tragödie hat in diesen Tagen der nationalen und weltweiten jüdischen Trauer sogar die Wut über die von den Hamas-Mördern und ihrer willigen Gefolgschaft aus Gaza grund- und sinnlos wieder aufgenommenen Mord-Raketen-Angriffe auf Israel und seine zivile Bevölkerung verdrängt. Auch hat das unsägliche Leid der von dem entsetzlichen Unglück betroffenen Menschen und ihrer Familien die Wichtung auf die Dinge und wachsenden Probleme unserer unsäglichen Politik relativiert, die uns an dieser Stelle Monat für Monat mit großer Sorge erfüllen.

Gleichzeitig markiert gerade der Monat Mai das Ende der deutschen Nazi-Barbarei vor 76 Jahren und damit des grauenvollen, von deutscher Großmanns-Sucht angezettelten Zweiten Weltkriegs, der Europa und der Welt Zerstörung, Verelendung, Entwurzelung und zig-millionenfachen Tod – darunter den von 6 Millionen willkürlich, systematisch und bestialisch ermordeten jüdischen Kindern, Frauen und Männern – hinterlassen hat.

►► Fortsetzung auf Seite 2

Österreich 3,80 €; Italien 3,70 €; Schweiz 4,60 CHF; Luxemburg 3,80 €; Belgien 3,90 €; Niederlande 4,60 €; Slowakei 4,50 €



Tiefes Mitgefühl mit den Opfern: Die Tragödie von Galiläa



(Israel Heute) 45 Tote und 150 Verletzte. Die Lag Ba'Omer-Feierlichkeiten auf dem Berg Meron verwandelten sich in eine Katastrophe, vielleicht zu einer der größten in der Geschichte Israels. Das Drama begann kurz nach Mitternacht, als bei einem Panikausbruch etliche Menschen in einer Menge auf einer Treppe ausrutschten und von der Masse zu Tode getreten wurden.

Israels Staatspräsident Reuven Rivlin tweetete, dass er für die Heilung der Verletzten betet. Regierungschef Benjamin Netanjahu zeigte sich über das schwere Unglück bestürzt und versprach den Rettungskräften die volle Unterstützung. Jamina-Partei- chef Naftali Bennett sprach von der größten Katastrophe in Israels Staatsgeschichte. „Vater unser, der Du bist im Himmel, sende volle Genesung an die Kranken deines Volkes und stärke die Hände der Sicherheits- und Rettungskräfte“, betete Bennett. Auch die Versammlung der katholischen Kirche im Heiligen Land sprach ihr

Beileid zum Tod von 44 Juden aus. „Die Kirche umarmt die Familienangehörigen der Opfer und betet für die Genesung der Verletzten.“

Ein Sanitäter des Rettungsdienstes Zaka erzählte dem israelischen Rundfunk von einem Chaos auf dem Berg herrscht und von vielen Kindern, die von ihren Eltern getrennt worden seien. „Ich arbeite seit Jahren beim Rettungsdienst, aber so etwas Schreckliches habe ich bisher noch nie gesehen“, sagte der Sanitäter. „Es war anfänglich einfach unmöglich, den Menschen in der Masse zu helfen.“

Israels Tageszeitung „Maariv“: „Das ist eine nationale Tragödie. Menschen sind gekommen, um zu feiern und kehren nun in weißen Leichensäcken nach Hause.“

Die Verletzten wurden in umliegende Krankenhäuser gebracht. Auch Soldaten waren im Einsatz, darunter Israels Eliteeinheit 669. Berichten zufolge weigerten sich jedoch Hunderte Gläubige, den Berg zu verlassen, weil

sie beten wollten. Dazu gab es Probleme mit dem Handyempfang, viele verzweifelte Menschen konnten Angehörige in Meron telefonisch nicht erreichen. Es herrschte Chaos.

Im vergangenen Jahr wurden die Feiern wegen der Corona-Pandemie stark eingeschränkt, aber da Israel die Pandemie-Gefahr überwunden hat, wurden die Regeln für Massenveranstaltungen sehr gelockert.

Das wohl größte jüdische Wallfahrtsfest

Hunderttausende orthodoxe Juden haben an der sogenannten Hillula auf dem Berg Meron in Galiläa teilgenommen. Am Lag Ba'Omer (33. Tag zwischen Pessach und Schavuot) wird zusammen ein Feuer angezündet. Mit oder ohne Schutzmasken war es in diesem Jahr wieder möglich, das wohl größte jüdische Wallfahrtsfest zu feiern, als ob es im Land niemals eine Pandemie gegeben hätte.

►► Fortsetzung auf Seite 2

Tiefes Mitgefühl mit den Opfern: Die Tragödie von Galiläa

Eine fröhliche Feier zu Lag BaOmer verwandelte sich in Israels größte Katastrophe zu Friedenszeiten.

Sämtliche Sicherheitsvorkehrungen waren mit der Polizei abgestimmt. 5.000 Polizisten waren im Einsatz. Aber obwohl die Teilnehmerzahl auf 10.000 begrenzt war, waren mehr als hunderttausend strenggläubige Juden angereist.

In unserer Telegram-Gruppe „Israel Heute“ meldeten wir gestern Nacht über die Feierlichkeiten auf dem Berg und haben unsere Mitglieder live zum Wallfahrtsort auf dem Berg Meron via YouTube verbunden. Videos aus den sozialen Netzwerken sind in unserer Telegram-Gruppe zu sehen. Wer hätte jemals gedacht, dass wenige Stunden später eine Katastrophe auf dem Berg

ausbrechen wird.

In den Morgenstunden wurden erste Vorwürfe gegen die Polizei laut, diese schiebt die Verantwortung auf die israelischen Politiker, die solche Massenversammlungen an einer kleinen Grabstätte auf dem Berg über Jahre hinweg immer wieder erlaubt hatten, hauptsächlich unter Druck der orthodoxen Parteien, die darauf bestehen, dieses Feuerfest an der Grabstätte von Rabbi Schimon Bar Yochai ohne Einschränkungen zu feiern.

Erinnerung an den Aufstand gegen die Römer 132

Rabbiner Shimon Bar Yochai, der im

zweiten Jahrhundert gelebt hat, soll an diesem Tag geboren und gestorben sein. Auch eine Pandemie soll an diesem Tage zu Ende gegangen sein. Ein wichtiger Tag also für gläubige Juden, der am Grab des Rabbiners ausgelassen gefeiert wird. Diese Rabbiner hat im Jahr 132 an dem jüdischen Aufstand gegen die römischen Besatzer unter dem jüdischen Führer Bar Kochba teilgenommen.

Zur Erinnerung: Im Jahr 1995 sind in Arad in der Wüste bei einem Rockfestival drei Menschen während eines Panikausbruches ums Leben gekommen. Seitdem wurde das jährliche Rockfestival wegen der Katastro-

phe abgesagt. Ob nun das orthodoxe Feuerfestival in Galiläa wegen der 44 Toten abgesagt werden wird, wird im Land sehr bezweifelt. Über Jahre hinweg warnen Israels Behörden, dass solche Massenveranstaltungen, an denen jährlich Hunderttausende Menschen teilnehmen, eine Lebensgefahr für viele darstellen. Der Berg, die Grabstätte und die gesamte Infrastruktur in der Umgebung sind dafür nicht geeignet. Aber diese Warnungen wurden meistens ignoriert und von orthodoxen Führern mit der Behauptung abgelehnt, dass sie einen antireligiösen Hintergrund hätten und die Regierung übertreibe.

KOLUMNE DES HERAUSGEBERS DR. R. KORENZECHER

76 Jahre seit der Rettung der wenigen, kaum noch als lebend zu bezeichnenden ausgemergelten jüdischen Überlebenden der zahlreichen deutschen Mord-Konzentrationslager, 76 Jahre seit dem Ende der Nazi-Tyrannie und der endgültigen und bedingungslosen Kapitulation des Deutschen Reichs – das sind auch 76 Jahre der Befreiung Deutschlands und der uns allen besonders von den USA und den westlichen Siegermächten gewährten Chance auf einen Neubeginn in Freiheit und Demokratie.

Einen Beweis für den gelungenen und Geschichts-bezogenen Aufbruch des von Nazi-Deutschland geschundenen und gemordeten jüdischen Volkes boten die Festtage des Monats April. Es waren Tage der Trauer und Tage des Feierns. Dem Gedenken an die Ermordeten der Schoah, an die Helden des Warschauer Ghettos, an die Opfer des Terrors gegen Juden und an die gefallenen Soldaten des jüdischen Staates folgten der Stolz und die Freude über 73 Jahre Israel, des kleinen, aber wunderbaren jüdischen Staates, der einzigen Demokratie im gesamten Mittleren Osten, erfolgreich, lebensfroh, standhaft und verteidigungsbereit in einem Meer erbitterter arabischer Judenfeindschaft und missglückter menschenverachtender islamischer Blutherrschaften und Unrechtsregime. Darüber vermögen auch die verhaltene Hoffnung weckenden, durch Ministerpräsident Netanjahu und nicht zuletzt durch die Angst vor den aggressiven iranischen Expansionsgelüsten erreichten Signale aus Teilen der arabischen Staaten nicht hinwegzutäuschen.

Zwangs-Umbenennung von Judäa zu „Palästina“

„State of Israel is born“, so titelte freudig die „Palestine Post“ (heute „Jerusalem Post“) im Mai 1948, als der dem Königreich Judäa vor über 2.000 Jahren von den römischen Besatzern aufgezwungene Name Palästina noch kein Etikettenschwandel für eine frei erfundene Identität arabischer Usurpatoren war, sondern das bezeichnete, was es wirklich ist und für immer sein wird – das historische Heimatland des jüdischen Volkes.

Der zweifelsfrei belegte und vielfach ausgewiesene historisch legitimierte

Anspruch auf sein Jahrtausende altes Staatsgebiet und seine ungeteilte Hauptstadt Jerusalem konnten nicht verhindern, dass – durch unsere Anstand und vor allem Vernunft entbehrende linke Politik – Islamanbiederung und Delegitimierung des jüdischen Staates sowie eine in trauer Verbundenheit mit islamischen Schurkenstaaten praktizierte Leugnung des geschichtlichen Anrechts des jüdischen Volkes auf sein Stammland in Judäa, Samaria und Galiläa und ganz besonders auf seine ungeteilte Hauptstadt Jerusalem heute wieder die deutsche und westeuropäische Politik bestimmen.

Während der aus dem Amt hinausgetretene Präsident Trump noch offen seine Freude über die Gründung und

ebenfalls nach Jerusalem, in die legitime, ungeteilte und ewige Hauptstadt des jüdischen Volkes zu verlegen.

In jedem Falle hätte sie sich damit die naheliegende Frage erspart, welchen Ort gerade sie als deutsche Kanzlerin denn als Hauptstadt Israels sehen möchte. Von Interesse dürfte ganz sicher auch sein, ob die israelische Regierung etwa bei der nach Eingliederung der Ostzone durch die BRD erfolgten Verlegung der deutschen Hauptstadt von Bonn nach Berlin mitreden durfte, mitgeredet hat oder überhaupt mitreden wollte, wie es etwa die deutsche Politik samt ihres sich zu Ehren des arabischen Terroristen Arafat verbeugenden Trump- und Israel-Feindes im Amt des Bundesprä-

sidenten im Falle Jerusalems ungefragt und unentwegt tut.

Wenn überhaupt jemand, dann hätte – anders als Deutschland im Falle Jerusalems – gerade der jüdische Staat Israel historischen Grund genug gehabt, sich zu der Hauptstadtfrage Deutschlands zu äußern. Hat doch Berlin, das in seiner ungeteilten Form zuletzt als Regierungssitz Hitlers, Tagungsort der Wannsee-Konferenz, Sitz der GeStaPo-Kommandantur, Hauptstadt des Dritten Reichs und Befehls-Zentrale für die 6 Millionen Morde an 6 Millionen europäischen Juden fungierte, besonders für jüdische Menschen mehr als nur eine leidvolle geschichtliche, negative Symbol-Bedeutung, die Bonn in dieser Form nicht zu bewältigen hatte.

Grüne zerstören Wirtschaftsstandort Deutschland

Nun ist Berlin ja in den vielen für das Wohl der Bundesrepublik und ihrer demokratischen, freiheitlich-westlichen Prosperität verlorenen, wenn nicht gar massiv abträglichen Jahren und dank der verantwortungslosen links und grün ideologisierten Politik des rot-rot-grünen Senats ohnehin zu einem

failed Bundes-State geworden. Das in den Nachkriegsjahren und nach dem Fall der Mauer vormals prosperierende Berlin ist längst ein abschreckendes Horror-Szenario für das geworden, was uns die durch das Totalversagen der Merkel-CDU zwischenzeitlich entgegen jeder freiheitlich-westlichen politischen Ratio und entgegen jedem gesunden Menschenverstand hoch in der Wählergunst stehende grüne „Alles was erlaubt ist, ist verboten“, öko-faschistoide und durch und durch Bürger-feindliche Partei der innen tiefrot gefärbten Klimahysteriker. Trotz klarer Geo-historischer Gegenbeweise setzen sie mit ideologischer Brachialgewalt die mehr als zweifelhafte These vom anthropogenen Klimawandel durch und nehmen dabei Zerstörung unserer Industrie, unserer Energieressourcen und des in den Nachkriegsjahren schwer erarbeiteten Wohlstandes unserer vormals beneideten freiheitlich-westlichen bundesrepublikanischen Gesellschaft nicht nur in Kauf – sie betreiben diese Zerstörung und den von ihnen propagierten Systemchange in Richtung eines Sozialismus 2.0 mit allem Nachdruck.

Berlin ist das Fanal und das Symbol der Tristesse und Hoffnungslosigkeit, die durch Corona nur noch mehr zu Tage getreten sind, aber auch vorher schon bestanden haben: Gerade wird an der Volksabstimmung vorbei auch der von vielen Städten geneidete Flughafen Tegel endgültig entwidmet und dem rot-rot-grünen Senat für die Umsetzung weiterer Fehlplanungen zurückgegeben. Dazu kommt Hoffnungslosigkeit angesichts der Zerstörung der inneren Verkehrsinfrastruktur, Straßenrückbau, ein offen deklariertes Krieg gegen die Autofahrer, unbehelligte Umschlagplätze für zumeist migrantische Drogenhändler in Berliner Stadtparks, nahezu tägliche zumeist islamische Messerangriffe auf unseren Straßen und in unseren Verkehrsmitteln, ausufernde Bedrohung und kaum geahndete Bedrohung und Gewalt in immer größer werden Islam-dominierten NoGo-Areas vor allem für Juden. Die von linker Seite propagierten und unterstützten 1.-Maidemos dieses Jahres in Berlin waren nicht nur ein Angriff auf das grundgesetzlich geschützte Recht auf Eigentum, sie waren vor allem ein Sammelsurium

► Fortsetzung auf Seite 9

„ Wenn überhaupt, dann hätte umgekehrt Israel Grund genug gehabt, sich zu der Hauptstadtfrage Deutschlands zu äußern. “

Prosperität des jüdischen Staates ausdrückte, sieht es bei Präsident Biden und seiner linksradikalen, israelfeindlichen Democrats-Entourage deutlich anders aus. Auch unserer links-sozialisierten Regierungschefin gehen die ohnehin hingeheuchelten Glückwünsche ebenso wie unserem Bundespräsidenten mit Verfassungsschutz-beobachteter linksradikaler Verlagstätigkeit aus gewohnter Rücksichtnahme auf die von ihr gehoferten islamischen Unrechtssysteme und die zwischenzeitlich in großer Zahl in ihrer und in der ebenfalls abgewählten Partei ihres Koalitionspartners befindlichen muslimischen Parteigenossen nur schwer von den Lippen.

Wann kommt die deutsche Botschaft nach Jerusalem?

Dabei hätte es Frau Merkel und damit gerade Deutschland nicht schlecht zu Gesicht gestanden – statt der aus Rücksicht auf islamische Befindlichkeiten abgespulten halbherzigen, inhaltsleeren und folgenlosen Floskeln – wenn schon nicht früher geschehen den Jahrestag des jüdischen Staates zu nutzen, um den richtigen Schritt des seinerzeitigen US-Präsidenten Donald Trump mitzuge-

präsidenten im Falle Jerusalems ungefragt und unentwegt tut.

Wenn überhaupt jemand, dann hätte – anders als Deutschland im Falle Jerusalems – gerade der jüdische Staat Israel historischen Grund genug gehabt, sich zu der Hauptstadtfrage Deutschlands zu äußern. Hat doch Berlin, das in seiner ungeteilten Form zuletzt als Regierungssitz Hitlers, Tagungsort der Wannsee-Konferenz, Sitz der GeStaPo-Kommandantur, Hauptstadt des Dritten Reichs und Befehls-Zentrale für die 6 Millionen Morde an 6 Millionen europäischen Juden fungierte, besonders für jüdische Menschen mehr als nur eine leidvolle geschichtliche, negative Symbol-Bedeutung, die Bonn in dieser Form nicht zu bewältigen hatte.

Grüne zerstören Wirtschaftsstandort Deutschland

Nun ist Berlin ja in den vielen für das Wohl der Bundesrepublik und ihrer demokratischen, freiheitlich-westlichen Prosperität verlorenen, wenn nicht gar massiv abträglichen Jahren und dank der verantwortungslosen links und grün ideologisierten Politik des rot-rot-grünen Senats ohnehin zu einem

Frankreich: Judenmord bleibt ungestraft

In Frankreich, das Deutschland in Sachen Islamisierung nur vorangeht, ist der Antisemitismus bereits systemisch – einen erneuten Beweis dafür liefert die empörende Nicht-Verurteilung des islamischen Mörders der Pariser Jüdin Sarah Halimi.

Von Ben Cohen (Audiatur / JNS)

In der Sammlung „Briefe an einen deutschen Freund“, die während der Nazi-Besatzung Frankreichs im Untergrund geschrieben wurde, führte der berühmte französische Schriftsteller und Widerstandskämpfer Albert Camus eine Debatte mit einem imaginären deutschen Korrespondenten, der inbrünstig daran glaubte, dass jede Handlung gerechtfertigt sei, wenn sie zu einer besseren Zukunft für seine Nation beitrage. „Ich habe Sie damals geliebt, aber an diesem Punkt haben wir uns auseinandergeliebt“, schrieb Camus. „... Es gibt Mittel, die unentschuldigbar sind. Und ich möchte in der Lage sein, mein Land zu lieben und gleichzeitig die Gerechtigkeit zu lieben.“

Wäre Camus fast 80 Jahre nach der Befreiung von Paris in der Lage, sowohl sein Land, Frankreich, als auch die Idee der Gerechtigkeit zu lieben, ohne einen Widerspruch zwischen den beiden wahrzunehmen? Sicherlich wäre ein Philosoph seiner Prägung bestrebt herauszufinden, ob die Gerechtigkeit universell auf alle Bürger angewandt wird, unabhängig von Konfession oder Herkunft, wie es in jeder demokratischen Republik der Fall sein sollte. Dabei dürfte ihm auffallen, dass während eines Großteils dieses Jahrhunderts ein stetiger Strom jüdischer Opfer antisemitischer Gewalt vom französischen Rechtssystem bestenfalls teilweise – oder schlimmstenfalls gar nicht – Gerechtigkeit erfahren hat. Es ist eine beschämende Bilanz für ein Land, dessen Ethik auf dem Dreiklang von „Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit“ aufgebaut ist.

Auf der Liste der französischen Juden, die starben, weil sie Juden waren, stehen Sebastien Salem, ein Discjockey, der 2003 von einem muslimischen Jugendfreund ermordet wurde, Ilan Halimi, ein Mobiltelefonverkäufer, der 2006 von einer antisemitischen Verbrecherbande mit dem Namen „Gang of Barbarians“ entführt, gefoltert und ermordet wurde, Sarah Halimi (nicht verwandt mit Ilan), eine Kinderpsychologin, die 2017 von einem muslimischen Nachbarn zu Tode geprügelt und aus dem Fenster ihrer Wohnung geworfen wurde, und Mireille Knoll, eine Holocaust-Überlebende, die 2018 von zwei Jugendlichen, von denen sie einen seit seiner Kindheit kannte, in ihrem eigenen Haus ausgeraubt und dann verbrannt wurde. Dazu kommen die Opfer der islamistischen Terroranschläge auf eine jüdische Schule in Toulouse im Jahr 2012 und einen koscheren Supermarkt in Paris im Jahr 2015 – insgesamt acht, darunter drei kleine Kinder. Alle diese Leben wurden im Namen des Judenhasses ausgelöscht, in einem breiteren Kontext von wachsendem Antisemitismus. Und dennoch tut die französische Justiz so, als gäbe es weit- aus wichtigere Probleme, um die man sich kümmern müsste.

Schaitan und Drogen

Letzte Woche eskalierte die Verachtung gegenüber französischen Juden auf ein neues Höchstmaß, als der Kassationshof, Frankreichs höchstes Berufungsgericht, entschied, dass Sarah



Demonstranten fordern Gerechtigkeit für Sarah Halimi

Halimis angeklagter Mörder, Kobili Traore, für seine bestialische Tat nicht vor Gericht gestellt werden würde. In den frühen Morgenstunden des 4. April 2017 brach Traore, der im selben Pariser Sozialwohnungsprojekt wie Halimi lebte, in die Wohnung seines Opfers ein. Dort trat und schlug er erbitterlich auf sie ein, während er das Wort „Schaitan“ (arabisch für „Satan“) brüllte. Traore beendete die Tortur, indem er Halimis zerschundenen Körper aus dem Fenster ihrer Wohnung im dritten Stock hinunter in den Tod schleuderte.

Es begann eine erschütternde, verstörende vierjährige Saga von gerichtlichen Auseinandersetzungen und Medienkonflikten, die mit grausamer Endgültigkeit damit endete, dass das Kassationsgericht die Bemühungen der Familie Halimi um Gerechtigkeit abwies. Traore wird sich nicht vor Gericht verantworten müssen, weil eine Gruppe von Psychiatern, die vom Gericht ernannt wurde, feststellte, dass sein Konsum von Marihuana zum Zeitpunkt des Mordes seine „Urteilsfähigkeit“ oder Selbstwahrnehmung außer Kraft gesetzt hatte. Nach dem französischen Strafgesetzbuch bedeutet diese mentale Beeinträchtigung, dass er rechtlich nicht für den Mord an Halimi verantwortlich gemacht werden kann.

Dies war von Anfang an die Position der französischen Gerichte, was empörte Beobachter zu der Frage veranlasste, ob der Konsum von Drogen oder Alkohol nun als mildernder Umstand bei Unfällen unter Alkoholeinfluss oder bei Schlägereien in Kneipen, die mit einem Todesopfer enden, angesehen wird. Nach Artikel 122-1 des französischen Strafgesetzbuches ist eine „Person nicht strafbar, die zum

Zeitpunkt der Tat an einer psychologischen oder neuropsychologischen Störung litt, die ihre Urteilsfähigkeit oder die Fähigkeit eigene Handlungen zu kontrollieren, beeinträchtigt hat.“ Der gleiche Artikel stellt aber auch klar – und das deckt die Unfälle im Straßenverkehr und die Schlägereien in Bars ab –, dass eine „Person, die zur Zeit der Tat an einer psychologischen oder neuropsychologischen Störung litt, die ihre Einsichtsfähigkeit oder ihre Fähigkeit, ihre Handlungen zu kontrollieren, beeinträchtigte, strafbar bleibt.“

Das Gericht entschied, dass Traore in die erste Kategorie fiel, auch wenn es anerkannte, dass seine angebliche „Geisteskrankheit“ auf seinen vorsätzlichen täglichen Konsum großer Mengen Marihuana zurückzuführen war. „Die psychische Störung begann am 2. April 2017 und gipfelte in der Nacht vom 3. auf den 4. April 2017 in einem Zustand, den psychiatrische Experten einhellig als ‚wahnhaftes Aufbrausen‘ beschrieben haben“, heißt es in der Entscheidung des Kassationsgerichts. Das Gericht glaubt also – und will uns glauben machen –, dass Traore einen Zug zu viel an einem Marihuana-Joint genommen hat, was zu seinem Verlust jeglichen Selbstempfindens und jeglichen Gefühls der Kontrolle führte. Für etwa 48 Stunden, will man uns weismachen, litt er – um noch einmal das Strafgesetzbuch zu zitieren – „an einer psychologischen oder neuropsychologischen Störung, die sein Urteilsvermögen oder seine Fähigkeit, seine Handlungen zu kontrollieren, zerstörte“.

Mit anderen Worten: Die Tatsache, dass Traore für seinen vermeintlichen psychischen Zusammenbruch verantwortlich ist, weil er Marihuana geraucht hat, bedeutet nicht, dass er für den Mord verantwortlich ist, den er während die-

ses Zusammenbruchs begangen hat. Die Klage wird abgewiesen.

Die Auslegung durch die Richter

Nach demselben Artikel des französischen Strafgesetzbuches hatten die Richter den Ermessensspielraum zu entscheiden, dass Traore, auch wenn er bekifft war, trotzdem für die Ermordung von Sarah Halimi verantwortlich war und entsprechend zu bestrafen gewesen wäre. Sie entschieden sich jedoch, das Gesetz nicht auf diese Weise auszulegen.

Warum? Das ist eine Frage, die immer wieder gestellt werden muss und diejenigen von uns, die diesen Fall von Anfang an verfolgt haben, werden weiterhin nach Antworten suchen. Doch vor dem Hintergrund der französisch-jüdischen Geschichte des letzten Jahrhunderts – vom Alfred-Dreyfus-Prozess über den Holocaust bis hin zu einem nachkriegszeitlichen Teufelskreis des Antisemitismus von rechts und links – liegt die Antwort auf der Hand. Frankreich ist ein Land, in dem Antisemitismus systemisch ist, in dem Juden, wenn sie als Juden zu Opfern werden, damit rechnen müssen, ihre Traumata erneut durchleben zu müssen, sollten sie vor Gericht Gerechtigkeit suchen.

„Die Größe des Menschen ... liegt in seiner Entscheidung, stärker zu sein als seine Umstände“, schrieb Camus in einem anderen Artikel aus der Kriegszeit. „Und wenn seine Umstände ungerecht sind, hat er nur eine Möglichkeit, sie zu überwinden, nämlich selbst gerecht zu sein.“ Im Fall von Sarah Halimi hat Frankreich diese moralische Prüfung offenkundig nicht bestanden.

Ben Cohen ist ein in New York City ansässiger Journalist und Autor. Auf Englisch zuerst erschienen bei Jewish News Syndicate. Übersetzung Audiatur-Online.

Prinz Philip – ein Royal mit Sympathie für Israel

Der verstorbene britische Prinzgemahl Philip besuchte in den 1990er Jahren als damals erster und einziger hochrangiger Royal den Staat Israel. Die Queen selbst hingegen hat den Staat der Juden trotz vieler Besuche bei den arabischen Nachbarstaaten in ihrer nahezu 70-jährigen Amtszeit kein einziges Mal besucht. Philip hat trotz antisemitischer Bezüge von Teilen seiner Familie eine besondere Verbindung zu Israel. Diese führt zurück in die Zeit des Holocaust und hat mit der judenfreundlichen Haltung der außergewöhnlichen Mutter des Prinzen zu tun.

Von Sandro Serafin
(Israelnetz)

Als die britische Thronfolgerin Elizabeth und der damals 26-jährige Leutnant Philip Mountbatten sich im November 1947 das Ja-Wort gaben, existierte der Staat Israel noch gar nicht. In Palästina regierte noch Hochkommissar Alan Cunningham aus dem Vereinigten Königreich, auch wenn bereits klar war, dass die Mandatszeit bald zu Ende gehen würde.

Anlässlich der Hochzeit veranstaltete Cunningham ein abendliches Diner. Die britische Armee beschränkte ihre Arbeit auf das Nötige und im Radio konnten Bewohner Palästinas einem Teil der Zeremonie aus der Westminster Abbey lauschen, wie die jüdisch-sozialistische Tageszeitung „Davar“ damals berichtete. Die zionistische Frauenorganisation WIZO kündigte derweil an, im bereits 1935 angelegten Melech-George-Wald (nach Georg V.) südöstlich von Haifa zu Ehren des jungen Paares weitere Bäume zu pflanzen.

Nur wenige Monate später, am 14. Mai 1948, zogen die Briten aus Palästina ab, Israel wurde gegründet und der jüdisch-arabische Konflikt trat in seine nächste Phase ein. Jahrzehntlang besuchte kein hochrangiges Mitglied des Hauses Mountbatten-Windsor den neuen jüdischen Staat. Gleichzeitig flogen die Königin und der Prinz immer wieder in arabische Länder, unter anderem nach Saudi-Arabien, Katar und Jordanien. Diese Reiseplanung dürfte weniger mit der Königsfamilie, als vielmehr mit dem britischen Außenministerium zu tun haben, über dessen Tisch Auslandsbesuche von Angehörigen des Königshauses gehen.

Sohn einer „Gerechten unter den Völkern“

Umso historischer war es, als Prinz Philip im Oktober 1994 als erster hochrangiger britischer Royal auf dem Ben-Gurion-Flughafen landete. Der Besuch galt offiziell als privat, doch gibt es so etwas bei den Angehörigen des Königshauses überhaupt? Der Herzog von Edinburgh wurde am Flughafen jedenfalls mit britischen Fahnen empfangen und kam auch mit Staatspräsident Ezer Weizman zusammen. Zudem traf er britisch-jüdische Soldaten, die – wie Philip selbst – während des Zweiten Weltkrieges in den Streitkräften Seiner Majestät gedient hatten. Sein eigentliches Ziel waren aber der Ölberg und Yad Vashem in Jerusalem.

Im Vorjahr hatte die israelische Holocaustgedenkstätte die Mutter Philips, Prinzessin Alice von Battenberg, als „Gerechte unter den Völkern“ anerkannt. Alice, eine tragische Figur, die taub geboren wurde und später mit schweren psychischen Problemen kämpfte, hatte während des Zweiten Weltkriegs in Griechenland monatelang eine jüdische Familie vor den deutschen Besatzern versteckt. Sie starb 1969 im Buckingham-Palast. 1988 wurde ihr Leichnam auf eigenen Wunsch hin zur russisch-orthodoxen Maria-Magdalena-Kirche auf dem Ölberg überführt. Dort war bereits ihre Tante Elisabeth Fjodorowna, geborene Prinzessin von Hessen und bei



Prinz Philip amüsiert sich königlich beim angeregten Gespräch mit Weltkriegs-Veteranen in Ramle, Israel (1994).

Rhein, beigesetzt, die wie Alice zeitweise als Nonne gelebt hatte.

In einer Ansprache zeigte sich Philip gerührt von der Ehre, die seiner Mutter zu Teil wurde. Yad Vashem sei das wohl „ergreifendste Denkmal weltweit“. Der Prinz erinnerte sich auch an seine jun-

gen Jahre: Als Kind hatte er ab 1933 das Internat Schloss Salem im heutigen Bodenseekreis besucht. Dort lernte er den deutschen Antisemitismus kennen. So seien einem jüdischen Schüler gewaltvoll die Haare abgeschnitten worden, erzählte der Duke. Philip lieh ihm seine Cricket-Mütze. Der Gründer der Schule, Kurt Hahn, wurde 1933 von den Nazis aus Deutschland herausgedrängt und ging nach Großbritannien. Hahn und Philip blieben auch in späteren Jahren in Kontakt.

„ Diese Reiseplanung dürfte weniger mit der Königsfamilie, als vielmehr mit dem britischen Außenministerium zu tun haben, über dessen Tisch Auslandsbesuche von Angehörigen des Königshauses gehen.“

gen Jahre: Als Kind hatte er ab 1933 das Internat Schloss Salem im heutigen Bodenseekreis besucht. Dort lernte er den deutschen Antisemitismus kennen. So seien einem jüdischen Schüler gewaltvoll die Haare abgeschnitten worden, erzählte der Duke. Philip lieh ihm seine Cricket-Mütze. Der Gründer der Schule, Kurt Hahn, wurde 1933 von den Nazis aus Deutschland herausgedrängt und ging nach Großbritannien. Hahn und Philip blieben auch in späteren Jahren in Kontakt.

Ein Denkmal in Galiläa und koschere Küche in Windsor

Anti-israelischen Briten stieß es übel auf, dass Philip an Veranstaltungen mit dem Jüdischen Nationalfonds (JNF) teilnahm. 1973 richtete der Duke ein Diner

in der Londoner Guildhall aus. Britische Juden hatten zu Ehren der Silbernen Hochzeit des Königspaares für einen „royalen Wald“ auf dem Berg Devora nahe Nazareth gesammelt. Bis heute steht dort auch ein Denkmal, das auf diesen Hintergrund hinweist.

nen Landes: „Israel hat hier sehr viel erreicht und seine Methoden werden von vielen Ländern kopiert“, sagte er damals laut eines zeitgenössischen Berichts der „Jewish Telegraphic Agency“ (JTA). 2008 wiederum wohnte Philip einem JNF-Abendessen anlässlich des 60. Jahrestags der israelischen Staatsgründung bei. „Es war das erste Mal, dass ein britischer Royal offiziell an israelischen Unabhängigkeitsfeiern teilnahm, und das erste Mal, dass die Küche von Schloss Windsor auf koscher umgestellt wurde“, schrieb die JTA damals erfreut. Der notorisch anti-monarchistische „Guardian“ hingegen schäumte vor Wut. Durch das Treffen mit dem Nationalfonds verpasse Philip der vermeintlich durch jüdischen Landraub hervorgerufenen „Katastrophe“ der Palästinenser „ein Gütesiegel“.

Am 9. April ist Seine Königliche Hoheit Prinz Philip, Herzog von Edinburgh, im 100. Lebensjahr verstorben.

DIE ÄLTEREN AUSGABEN DER „JÜDISCHEN RUNDSCHAU“ SIND IN DER REDAKTION ERHÄLTlich.

Wenn Sie eine oder mehrere Ausgaben brauchen, können Sie die auf der Seite www.juedische-rundschau.de/shop bestellen und bezahlen oder teilen Sie uns bitte auf dem Postweg (J. B. O., Postfach 12 08 41, 10598 Berlin) mit, welche genau, an welche Adresse sie geschickt werden sollte und legen Sie bitte als Bezahlung Briefmarken zu je 80 Cent bei:

- Für eine Ausgabe – 3 Briefmarken;
- Für zwei Ausgaben – 4 Briefmarken.

Für mehr als zwei Ausgaben wenden Sie sich bitte an die Redaktion, um die Rechnung zu erhalten.

Islam-Morde: Schwule Tote stören immer noch

Wenn es um die Ermordung von Homosexuellen durch den Islam geht, schauen Genderisten und LGBTQIA*-Aktivisten empathielos weg: Vor knapp einem Jahr wurden drei homosexuelle Männer im englischen Reading von einem islamischen Täter mit einem Messer ermordet. Die weltweite Empörung der linken Betroffenen-Unkultur war ebenso gering wie bei der islamisch motivierten Ermordung des Homosexuellen Thomas Lips in Dresden im Oktober 2020. Das Gegenteil von offener Gesellschaft versteckt sich mit Vorliebe hinter dem Namen „Willkommenskultur“.

Von Julian Marius Plutz

Zehn Monate ist es her, als im britischen Reading ein islamischer Terrorist drei Homosexuelle abschlachtete. Einen Monat zuvor tötete ein Polizist den Afroamerikaner George Floyd, dessen Leiche zur Ikone der Black-Lives-Matter-Bewegung wurde. Zahllose Bücher, Titelgeschichten und Gesprächsrunden im Fernsehen befassten sich mit einem Fall von amerikanischer „Police Violence“. Krumme Herleitungen von Übersee bis nach Europa, von Chicago nach Villingen-Schwenningen und von New York nach Oberursel wurden gesponnen, als könne man die Situation in den USA mit der in Deutschland vergleichen.

Zum Anschlag in Reading schrieb ich im letzten Jahr meine Gedanken darüber auf: „Schwule Tote stören nur“ erschien auf Achgut.com. Und auch andere Medien übernahmen den Text. Die Reaktionen darauf waren für mich überwältigend. Viele Leserbriefe gingen ein, fremde Menschen schrieben mir private Nachrichten, um mir Mut zuzusprechen. Dabei war ich doch gar nicht betroffen. Ich kannte auch keines der Opfer. Aber dennoch traf mich die Tat, was einige Rezensenten auch bemerkten. Spätestens seitdem war mir völlig klar: Genau hier bin ich richtig. An dieser Stelle und auf diesem Wege möchte ich daher gerne „Danke“ sagen. Ihre Zuschriften haben mich sehr gefreut. Und es ist auch überhaupt kein Zufall, dass auch die Jüdische Rundschau den Artikel aufgenommen hat.

Ein weniger schönes Detail an der Veröffentlichung des Artikels waren die Begleitumstände auf Facebook. Die Redaktion von Achgut informierte mich, Correctiv behauptete, „Fake News“ in meinem Beitrag entdeckt zu haben. Eine lächerliche Ungenauigkeit, die mit dem eigentlichen Problem gar nichts zu tun hatte, war offenbar ein willkommener Anlass für die Gesinnungscorrectivisten, den Facebook-Post „downzuraten“. Sprich: Weniger Nutzer konnten den Beitrag sehen.

Ich fragte mich und frage mich bis heute, mit was für Herzen aus Holz diese Zensoren ausgestattet sein müssen, einen solchen Text aufgrund einer Lappalie, die man mit einer E-Mail hätte klären können, herunterzuregulieren. Täter und Opfer passen offenbar nicht in das ideologiegetränkte Erzählmuster der Schrifttumskammern. Sie stören.

Wer offen debattiert, wird gebrandmarkt

Fünf Monate nach dem Anschlag in Reading, am 4. Oktober 2020, griff Abdullah A.H. zwei Schwule mit einem Messer an. Einer starb bei dem Anschlag, sein Lebensgefährte überlebte schwer verletzt. Seit einigen Tagen muss sich der Täter am Oberlandesgericht Dresden seiner Tat stellen. Möge das Urteil hart und gerecht sein. In diesem Fall ist die Berichterstattung gefühlt etwas präsenter als bei dem Attentat in England. Mein Eindruck aber bleibt. Wann immer in den USA ein Schwarzer von einem Polizisten getötet wird, ist die deutsche Presse vorne da-



Gedenken an die Toten James Furlong, Joe Ritchie-Bennett und David Wails im Juni 2020

bei, die Geschichte großzumachen. Dabei ist es völlig nebensächlich, wie sich die Tat tatsächlich abgespielt hat. Und andere Themen, die sich vor der eigenen Haustüre abspielen, wie der Prozessbeginn gegen Abdullah A.H., treten in den Hintergrund.

Verstehen Sie mich bitte richtig: Mir

schief, er ist einfach falsch. Alleine aufgrund der ethnokulturellen Unterschiede beider Landstriche verbieten sich hier Parallelen. Wenn man über Rassismus reden möchte, dann doch bitte ohne Verweise auf das singuläre Ereignis um George Floyd. Ansonsten schleicht sich der Verdacht ein, dass man Grausamkei-

lieren, ins Land. Laut „Tagesspiegel“ gab er damals an, er sei 15 Jahre alt gewesen. Vermutlich – laut der Zeitung – war er jedoch bereits 17. Diese Unklarheit verzerrt den Prozess und erschwert, ein gerechtes Urteil zu fällen.

Der Punkt ist aber ein anderer. Diese Tat und viele andere auch hätte ohne die Flüchtlingspolitik niemals stattgefunden. Es ist genau das eingetreten, wovon vor sechs Jahren so viele gewarnt hatten. Die, die auf das „Wir schaffen das“ von Angela Merkel gerne entgegnet hätten: „Können oder wollen wir das schaffen?“ Die vielen Opfer haben es offenkundig nicht geschafft.

Und gefährdete Gruppen fühlen sich nicht mehr so sicher, wie sie es in ihrer Heimat sollten. Der Staat ist mit seiner enormen Abgabenlast in der Bringschuld, wenigstens für die körperliche Unversehrtheit zu sorgen, wenn man nachts in dunkle Ecken einbiegt. Zumindest hätte dieser Staat nicht jedem Feind der westlichen Gesellschaft ein Angebot machen dürfen, nach Deutschland zu kommen. Denn das Gegenteil von offener Gesellschaft hört auf den Namen Willkommenskultur.

Zu meinem Bedauern hat sich in den zehn Monaten vom Anschlag in Reading bis jetzt nichts getan. Eine echte Debatte fand nicht statt. Die einen haben Angst vor der Wahrheit, die anderen Bedenken, in die „rechte Ecke“ geschoben zu werden. Am Ende ändert beides nichts. Die gleichen Mythen werden gepflegt, dieselben krummen Vergleiche gezogen. Auch für den Mord an Thomas reicht die Empörung nicht, um die herrschende Politik zu hinterfragen.

Dieser Beitrag erschien zuerst bei Neomarius.

„ Was jedoch wahr ist: Einwanderer aus islamischen Ländern, die Flüchtlinge waren oder als solche ins Land kamen, verschärfen die Situation für Schwule im Land. “

geht es nicht um ein Ranking von Opfern. Und ganz sicher geht es nicht um einen Platz im Herzen der linksbewegten Kuschelmenschen, die mir, wenn es hart auf hart kommt, eh nicht helfen werden. Mir geht es um die Verhältnismäßigkeit von Straftaten und eine echte Debatte über Gewalt von Muslimen gegen Homosexuelle. Ohne Scheuklappen, ohne politische Korrektheit und ohne Angst zu haben, als Nazi tituliert zu werden. Denn im Moment des maximalen Brandmarkens ist das Gespräch vorüber. Wer will schon Nazi sein und wer möchte mit Nazis reden?

Zur Wahrheit gehört: Wir haben in Deutschland kein Problem mit struktureller Gewalt von Polizisten gegen Schwarze. Auch wenn ich manchen Anekdoten von Migranten durchaus Glauben schenke, wie sie von Beamten, beispielsweise bei Personenkontrollen, behandelt werden, so ist der Vergleich mit den Vereinigten Staaten nicht nur

ten aus der Fremde hernimmt, um die weniger problematische Situation vor Ort zu skandalisieren.

Ich beginne auch keine Debatte über Schwulenhass in Deutschland, indem ich auf Hinrichtungen im Iran hinweise. Natürlich verurteilt kein Amtsgericht hierzulande einen Schwulen aufgrund seiner sexuellen Ausrichtung. Ein Vergleich der Situation von Homosexuellen in islamischen Ländern halte ich für unlauter, er wertet die Opfer ab. Das kann nicht der Weg in eine faire Debatte sein.

Das genehme Opfer bleibt schwarz

Was jedoch wahr ist: Einwanderer aus islamischen Ländern, die Flüchtlinge waren oder als solche ins Land kamen, verschärfen die Situation für Schwule im Land. Der Täter in Dresden kam im Oktober 2015, wenige Wochen nach Merksels Entscheidung, an den deutschen Außengrenzen nicht mehr zu kontrol-

Cancel Culture: Wie Disney in einer Kindersendung die jüdische Tradition fälscht

Der Disney-Konzern ist mittlerweile stramm links, obwohl Walt Disney selbst überzeugter Antikommunist war. Nun löscht das Unternehmen auch noch das Wort „Jerusalem“ aus einer Sendung und leugnet den jüdischen Bezug zum Heiligen Land.

Von Stefan Frank

Jüdische Organisationen und Kommentatoren kritisieren den zum Walt-Disney-Konzern gehörenden US-Fernsehkanaal Disney Channel: Sie nehmen Anstoß an einem Kurzfilm, den der Disney Channel aus Anlass des jüdischen Pessachfest ausgestrahlt hat.

Darin wurde der wohl allen Juden (und auch vielen Nichtjuden) bekannte Wunsch „Nächstes Jahr in Jerusalem“, der am Ende des Sedermahls gesprochen wird, zu „Nächstes Jahr im Heiligen Land“ abgeändert. Ein Bruch mit der jüdischen Tradition und ein Affront in einem Beitrag, der Juden doch eigentlich erfreuen sollte. Das wirft die Frage auf, was das soll.

Pessach ist eines der wichtigsten Feste der Juden. Sie feiern die wundersame Befreiung des jüdischen Volkes aus der Sklaverei in Ägypten vor mehr als 3.000 Jahren. Das Fest, das auf den 14. Nisan des jüdischen Kalenders fällt, beginnt abends mit einem Festessen, dem Sedermahls, das auch von sehr vielen nichtreligiösen Juden gefeiert wird.

Die Liturgie wird von der Pessach-Haggada vorgegeben, einem manchmal bebilderten Büchlein, das Programm und Anweisungen für den Sederabend, eine Nacherzählung des biblischen Geschehens und Lieder und Gebete enthält. Die Haggada – deren ältestes erhaltenes Exemplar, die Vogelkopf-Haggada, um 1300 entstand – endet mit dem hoffnungsvollen Wunsch: „Nächstes Jahr in Jerusalem!“.

Jüdische Organisationen bestürzt

Der Disney Channel aber entschied sich, in einem kurzen Sonderbeitrag zum Pessachfest eine zweitausendjährige jüdische Tradition zu ändern. Nachdem schauspielende Kinder das Wesen von Pessach sachlich dargestellt haben, sagt eines von ihnen:

„Ich mag den Satz, der den Seder beendet. Es ist ein Wunsch danach, dass unsere Wanderung zu einem Ende kommt und wir ein Zuhause finden: Darum sagen wir: ‚Nächstes Jahr im Heiligen Land.‘“

Das wurde an der Stelle auch groß als Schrift eingeblendet. Da das, wie jeder leicht nachprüfen kann, eben nicht das ist, was Juden am Ende des Seders sagen, handelt es sich um eine falsche Tatsachenbehauptung, die den zuschauenden Kindern aufgetischt wird.

B'nai B'rith International machte als erstes darauf aufmerksam. Über ihren Twitter-Account teilte der traditionsreiche jüdische Orden am 30. März mit:

„Wir sind zutiefst bestürzt darüber, dass #disneychannel #Pessah-Clips zeigt, bei denen der traditionelle Refrain ‚Nächstes Jahr in Jerusalem‘ durch ‚Nächstes Jahr im Heiligen Land‘ ersetzt wird.“

ies sei eine „absichtliche Leugnung Jerusalems als ewige jüdische Hauptstadt“. B'nai B'rith forderte Disney Channel auf, „diesen heiligen jüdischen Brauch in Bezug auf unsere hei-



Disney zensiert mittlerweile sogar sich selbst: Die alte Version des Disney-Filmes "Dumbo" ist mittlerweile wegen "Rassismus" verpönt.

ligste Stadt wahrheitsgemäß darzustellen“.

Todd Richman von der Organisation Democratic Majority for Israel schrieb auf Twitter an Disney gerichtet:

„Seit 2000 Jahren sagen Juden am Pessach-Seder: ‚Nächstes Jahr in Jerusalem!‘ Und jetzt beschließt ihr, es nach ein paar tausend Jahren zu ändern? Seid ihr euch da sicher?“

„Warum verbirgt der Disney Channel diese Wirklichkeit?“

Akiva Van Koningsveld, ein Autor der internationalen Website „Honest Reporting“, die regelmäßig über Antisemitismus und gegen Israel voreingenommene Medienbeiträge berichtet, kommentierte:

„2000 Jahre lang sehnten sich Juden danach, nach Jerusalem zurückzukehren. Wenn Juden dreimal täglich beten, blicken sie bis heute in Richtung der Stadt. Und mit der Wiedergeburt des heutigen jüdischen Staates betrachtet die israelische Regierung Jerusalem als ihre Hauptstadt, eine Behauptung, die von zahlreichen Ländern anerkannt wird, einschließlich den Vereinigten Staaten, dem Land, in dem der Disney Channel seinen Sitz hat.“

Darüber hinaus wird Israels historische Hauptstadt nicht nur zu Pessach erwähnt, sondern in jedem Gebet an jedem Feiertag, jeder Hochzeit und sogar nach dem Essen. Warum verbirgt der Disney Channel augenscheinlich diese Wirklichkeit?“

Der bekannte australische Nahostkommentator Dave Lange sprach von einer „Verachtung jüdischer Traditionen“ durch Disney und äußerte auf seinem Blog „Israellycool“ die Vermutung, dass eine politische Erwägung dahinter stehe. Er sprach von political correctness und fügte hinzu:

„Sie wollen nicht zugeben, dass wir uns seit Tausenden von Jahren danach sehnen, nach Jerusalem zurückzukehren (und zum Glück haben es viele von uns geschafft!).“

Keine Stellungnahme von Disney

Es gibt zu dem Fall bislang keine Stellungnahme von Walt Disney. Auf eine Anfrage von Mena-Watch (wo dieser Beitrag zuerst erschien, Anm.d.Red.) hat der Konzern nicht geantwortet. Auch das große jüdisch-amerikanische Magazin „Algemeiner“ berichtet, dass seine Anfrage an Disney unbeantwortet geblieben sei.

Der Vorgang erinnert entfernt an eine Posse, die sich 2016 in der Presseabteilung des Weißen Hauses zutrug. Als der damalige US-Präsident Barack Obama am 30. September 2016 auf dem Friedhof auf dem Jerusalemer Herzl-Berg eine Trauerrede für den verstorbenen israelischen Präsidenten Schimon Peres hielt, veröffentlichte das Weiße Haus eine Pressemitteilung mit dem Text von Obamas Rede. Darauf stand „Herzl-Berg, Jerusalem, Israel“.

Kurz darauf verschickte das Weiße Haus eine „korrigierte Fassung“: Auf ihr war das Wort Israel durchgestrichen.

Der Fall von Walt Disney ist allerdings auf eine Art noch verstörender. In dem Beitrag des Disney-Kinderfernsehens ging es ja nicht um Diplomatie. Der Mickey-Maus-Konzern sollte keine Weltpolitik betreiben oder völkerrechtliche Fragen beantworten. Es ging allein darum, den Kindern wahrheitsgemäß zu erzählen, was Juden traditionell am Ende des Sedermahls sagen. Das ist keine politische Frage, oder sollte es zumindest nicht sein.

Leugnung der jüdischen Verbindung zu Jerusalem

Man kann sich ausmalen, dass es ursprünglich womöglich eine Fassung des Beitrags gegeben haben könnte, in der der Satz „Nächstes Jahr in Jerusalem“ korrekt zitiert wurde (denn wozu Tatsachen durch Lügen ersetzen?). Jemand bei Disney hat dann vielleicht die Brisanz des Satzes gesehen: Schließlich leugnet die „Palästinensische Autonomiebehörde“ jeden Bezug der Juden zu Jerusalem.

Empfängt Walt Disney Befehle aus Ramallah? Nein, aber am Ende geht es um viel Geld. Laut Walt Disneys eigener Darstellung hängt das Geschäft des Unternehmens stark von einer reibungslosen Zusammenarbeit mit Regierungen und Behörden in aller Welt ab.

„Handelsbeschränkungen“, „Beschränkungen der Art, wie Inhalte lizenziert und verteilt werden“, „Erwerbsbeschränkungen“, „Devisenkontrollen“, „Anforderungen an den Inhalt von Film und Fernsehsendungen“, „Investmentverpflichtungen und -Quoten“ – das alles gehört zu den Risiken, denen Walt Disney nach eigenen Angaben ausgesetzt ist. Änderungen der Spielregeln, nach denen Disney sich richten muss, könnten plötzlich erfolgen und seien oft nicht vorhersehbar, heißt es in dem Risikobericht (10-k), den Walt Disney bei der US-Börsenaufsicht hinterlegt hat.

Da will man es sich mit den israelfeindlichen Regierungen in aller Welt (die gegenüber den israelfreundlichen in der Mehrheit sind, wie die Abstimmungen in der UN-Generalversammlung immer wieder zeigen) wohl nicht verscherzen.

nd dann kommt ja noch das Geschrei derer hinzu, die den Staat Israel durch Boykotte zerstören wollen. „Eine Schädigung unseres Rufs oder unserer Marken kann sich negativ auf unser Geschäft in verschiedenen Segmenten und Regionen auswirken“, schreibt Disney.

Erst letztes Jahr stand der Konzern in der Kritik, weil der Abspann seines in der Volksrepublik China gedrehten Spielfilms Mulan einen Dank an die Sicherheitsbehörden der westchinesischen Region Xinjiang enthielt, die berüchtigt sind für die Verletzung der Menschenrechte der muslimischen Minderheit der Uiguren.

Eine Gruppe amerikanischer Senatoren beider Parteien schrieb in einem Brief an Walt Disney:

„Die Entscheidung, Teile von Mulan in Xinjiang in Zusammenarbeit mit örtlichen Sicherheits- und Propagandabehörden zu filmen, gibt diesen Tätern von Verbrechen, die man als Völkermord bezeichnen könnte, stillschweigende Zustimmung.“

Die Nähe zu diesem Regime hielt Disney offenbar nicht für rufschädigend. Aber Juden und Jerusalem im selben Atemzug zu nennen – das wäre zu riskant.

Dieser Beitrag erschien zuerst bei Mena-Watch.

Israels humanistische Organisation IsraAID liefert medizinische Hilfsgüter nach Indien

Ausgeblendet von unseren Medien steht Israel Indien und seiner Bevölkerung bei der Bewältigung der Corona-Krise mit großem Einsatz zur Seite. Die gute Verbindung zwischen beiden Ländern wurde vor allem durch den hier dauergescholtenen Benjamin Netanjahu und seinen indischen Amtskollegen Narendra Modi gestärkt.

Von Redaktion Audiatur

IsraAID, Israels führende nichtstaatliche humanitäre Hilfsorganisation, wird indische Krankenhäuser und medizinisches Personal kurzfristig unterstützen, da das Land mit einer beispiellosen und verheerenden Welle von COVID-19-Infektionen, Hospitalisierungen und Todesfällen konfrontiert ist. Aufgrund des großen Mangels an medizinischem Material, einschließlich lebensrettendem Sauerstoff, Beatmungsgeräten, Spritzen und vielem mehr, haben die indischen Gesundheitsdienstleister Schwierigkeiten, den Zustrom neuer COVID-19-Patienten zu bewältigen.

In den kommenden Tagen wird IsraAID medizinische Ausrüstung und Hilfsgüter, darunter wichtige Sauerstoffkonzentratoren, an indische Gesundheitseinrichtungen und Organisationen verteilen. IsraAID wird auch technologische Lösungen erarbeiten, um Lücken in der COVID-19-Behandlung und -versorgung zu schließen, darunter Datenmanagement, logistische Unterstützung, Impfungen und mehr.

„Das Ausmaß der Krise, die sich derzeit in Indien abspielt, ist einfach erdrückend. Als humanitäre Organisation, die bisher in 17 Ländern auf COVID-19 reagiert hat, hatten wir das Gefühl, dass wir nicht einfach zusehen können“, sagte IsraAID-CEO Yotam Politzer.

Um die größtmögliche Wirkung zu erzielen, werden die Mitarbeiter mit ihren Partnern vor Ort in Indien zu-

sammenarbeiten, darunter Organisationen des Gesundheitswesens und zivilgesellschaftliche Gruppen, sowie mit dem Israel-Indien-Forum an der Universität Tel Aviv.

Milette Shamir, Vizepräsidentin für Internationales an der Universität Tel Aviv, sagte:

„Die Universität Tel Aviv (TAU) hat eine lange Geschichte der Partnerschaft mit der indischen Wissenschaft, Wirtschaft und Zivilgesellschaft durch ihr Indien-Israel-Forum, zusammen mit der Confederation of Indian Industry und Ananta Aspen. Wir sind sehr stolz auf unsere Beziehungen zu indischen Universitäten und sind gesegnet mit den unglaublichen Studenten, die aus Indien zum Studium an die TAU gekommen sind. In dieser schwierigen Zeit halten wir es für unerlässlich, alles zu tun, was wir können, um die Menschen in Indien zu unterstützen.“

Angesichts der Tatsache, dass das Leben in Israel zu einem „normalen“ Zustand vor der Pandemie zurückkehrt, sagte IsraAID-CEO Politzer: „Es ist wichtig, dass wir uns an unsere gemeinsame Verantwortung erinnern und betroffene Menschen, die mit dem Schlimmsten zu kämpfen haben, unterstützen.“

„Die Pandemie“, schloss er, „wird für niemanden vorbei sein, bis sie für alle vorbei ist.“



Intensivmedizinische Behandlung eines Corona-Patienten in Neu-Delhi

Die Unterstützung in Indien ist die jüngste von mehreren IsraAID-Initiativen zur Bekämpfung der Pandemie. Im vergangenen Monat schickte die Organisation eine Delegation in das südaf-

rikanische Land Swasiland, um bei der Einführung von Impfstoffen zu beraten, und Anfang 2020 wurden Krankenhäuser in China mit medizinischen Hilfsgütern und Schulungen versorgt.

Der Antisemitismus erfährt in Tunesien eine beängstigende Renaissance

Im von unserer Politik über alle Maßen hofierten arabischen „Vorzeigeland“ Tunesien schürt Präsident Kais Saied ungerügt von Deutschland, EU und UN den Hass auf Israel. Seine Attacken führen zu einer bisher nicht gekannten neuen Welle des Antisemitismus, unter der die kleine jüdische Minderheit des Landes, nicht zuletzt auf der bei deutschen Touristen beliebten Insel Djerba, massiv zu leiden hat.

Von Edy Cohen (Israel Heute)

Es war zu erwarten, ich habe darüber geschrieben, ich habe gewarnt und gewarnt, wie Gott mein Zeuge ist, und nun nimmt der Antisemitismus in Tunesien zu, der Hass auf die Juden ist im Trend. Der tunesische Präsident Kais Saied ist heute der antisemitischste Führer in der arabischen Welt. Gekleidet in die Ideologie der muslimischen Linken, die Muslimbruderschaft umarmend und den Panarabismus befürwortend, symbolisiert er eine gefährliche Kombination.

Saied wurde wegen seines Hasses und seiner Feindseligkeit gegenüber Israel und den Juden gewählt. Vor etwa einem Monat beschuldigte er die Juden des Diebstahls. Er ordnete die Belästigung von Juden durch das Aufstellen von pro-„palästinensischen“ Schildern auf der Halbinsel Djerba an, wo etwa 1.500 Juden leben. Er ging sogar so weit, die Namen jüdischer Stadtteile in muslimi-

sche Namen zu ändern. Kurz gesagt, er und seine Agenten tun alles, was sie können, um die Juden zu schikanieren. Er behauptet, einen Krieg gegen Israel zu führen, um seine „Unterstützung“ für die „Palästinenser“ zu zeigen, aber in Wirklichkeit führt er einen Kreuzzug gegen die Juden, die seit Tausenden von Jahren auf der Halbinsel Djerba leben.

Am Morgen des 6. April, haben zwei junge Männer ein 16-jähriges jüdisches Mädchen in Djerba schwer verprügelt und ihr Handy gestohlen. Ihre Schreie retteten ihr das Leben, da ihre Verwandten ihre Schreie hörten und ihr zu Hilfe kamen. Die Angreifer flohen. Eine andere Version der Geschichte besagt, dass sie versucht haben, sie zu entführen. Andere sagen, sie hätten versucht, sie zu ermorden. Es ist noch nicht klar, was genau stattgefunden hat. Mitglieder der jüdischen Gemeinde weigern sich, Auskunft zu geben. Sie haben Angst vor den Be-

hörden. Der Vorfall endete, als die beiden Angreifer kürzlich festgenommen wurden.

Die Behörden verhängten eine Zensur und eine Nachrichtensperre über den Angriff. Die Polizei ist verlegen und hat die Eltern aufgefordert, eine eidesstattliche Erklärung zu unterschreiben, dass es sich um einen einfachen Raubüberfall und nicht um einen antisemitischen Angriff handelte.

Die Tunesier identifizieren sich zunehmend mit der „palästinensischen“ Sache, was zu einem verstärkten Antisemitismus gegen einheimische Juden geführt hat.

Vor etwa einer Woche wurde ein jüdischer Junge von einem Araber schwer verprügelt, nur weil er Jude war.

Ein weiterer Vorfall ereignete sich im Februar, als ein Polizeibeamter einen jungen jüdischen Händler schlug. Der Beamte befahl ihm, sich auszuziehen und schlug ihn. Auch hier weigert sich der jüdische Mann, seine Identität preis-

zugeben, um nicht noch weiter schikaniert zu werden. Die Juden von Djerba leben Tag für Tag in ständiger Angst, niemand weiß, was morgen passieren wird.

Eine Reihe von antisemitischen Vorfällen gegen die Juden in Tunesien ist die direkte Folge der Hetze des Präsidenten und der tunesischen Medien, die Israel und dem jüdischen Volk gegenüber feindselig geworden sind. Das hat es in Tunesien noch nie gegeben, wo die Juden immer verteidigt wurden und einfach als „Tunesier“ und nicht als Juden bezeichnet wurden. Heutzutage ist der Trend genau das Gegenteil.

Die jüdische Gemeinde wird von der Polizei gebeten, nicht über diese Vorfälle zu sprechen. Vielleicht gibt es weitere solche Angriffe, aber niemand weiß es, da jeder Angst hat, darüber zu sprechen.

Die Welt muss den tunesischen Juden helfen, bevor es zu spät ist, bevor es weitere Opfer gibt. Der nächste Angriff ist bereits auf dem Weg.

Israel-feindliche „Black Lives Matter“-Gründerin kaufte Millionenvilla bei Los Angeles

Inmitten neuer Unruhen nach dem Tod eines polizeibekanntem 20-Jährigen in Minnesota wurden weitere Details über die BLM-Bewegung und ihre politische Führung bekannt: Die bekennende Marxistin Patrisse Cullors, eine der Gründerinnen der rassistischen und gewalttätigen Bewegung, hat sich eine Luxus-Villa vor den Toren von Los Angeles gekauft – ausgerechnet in einer Gegend, in der kaum Schwarze wohnen. Auch Insider fragen inzwischen: Warum gerade dort und von welchem Geld?

Von Matthias Nikolaidis

In Minneapolis, dem Ausgangspunkt der weltweiten BLM-Unruhen des letzten Sommers, ergab der Prozess gegen den Polizisten Derek Chauvin jüngst weitere Einsichten zum Tod von George Floyd, der bekanntlich unter dem Einfluss verschiedener Drogen stand. Nun starb erneut ein Schwarzer im Bundesstaat Minnesota und unweit der Metropole, diesmal nach einer Verkehrskontrolle, der er sich zu entziehen suchte. Der 20-jährige Daunte Wright starb durch die Schüsse einer Polizistin, die angeblich die Pistole mit dem Taser-Gerät verwechselte.

Später kämpfte die Polizei mit Protestierenden, von denen sich 100 bis 200 versammelt hatten: Gummigeschosse und Tränengas kamen zum Einsatz. Die Protestler warfen Steine zurück und brachen in Geschäfte ein. Interessant war, dass die örtliche Polizei – vielleicht durch die ausgiebigen Unruhen des letzten Jahres vorgewarnt – später ein Verweilverbot verkündete. Eine Methode, die anscheinend noch kurz vor den US-Präsidentenwahlen nicht möglich war. Jedenfalls glaubt aber die linke Kaderorganisation BLM sogleich genau zu wissen, wer der Schuldige an dem neuen Vorfall ist.

Was machen die Gründer der Black-Lives-Matter-Bewegung in dieser Zeit? Sie genießen allem Anschein nach ihren Erfolg. Patrisse Cullors war jene Mitgründerin von „Black Lives Matter“, die öffentlich ausplauderte, dass sie und die anderen Gründerinnen „ausgebildete Marxistinnen“ seien.

Wie nun bekannt wurde, hat Cullors ein 1,4-Millionen-Dollar-Anwesen im kalifornischen Topanga erworben, ganz in der Nähe von Beverly Hills und Santa Monica. Auch Hollywood ist nicht weit, was insofern passt, als Cullors im letzten Oktober einen mehrjährigen Vertrag über eine Zusammenarbeit mit Warner Brothers unterschrieben hat. Thema: natürlich die „historisch an den Rand gedrückten Stimmen schwarzer Menschen“. Honorar: unbekannt.

Als Cullors begann, sich mit Marxismus zu beschäftigen und sich zunehmend als politische Aktivistin zu sehen, wusste sie noch, dass „schwarz und arm“ die beiden Eigenschaften waren, die sie am besten definierten. Nun muss sie zumindest eine der beiden Eigenschaften offenbar über Bord werfen: Denn Cullors ist schon längst nicht mehr mittellos. „Black Lives Matter“ und die bereitwillig überwiesenen Spenden von Privatleuten und Unternehmen haben sie zu einer der Superreichen gemacht, deren Viertel sie einst aus der Ferne bestaunte.

Der Aktivistin sei ihre eigene Vom-Tellerwäscher-zum-Millionär-Story von Herzen gönnt. Aber man wüsste nur zu gern, wie die Geldströme in



Die konservative Kommentatorin Candace Owens (links) greift die israel-feindliche Kommunistin Patrisse Cullors (rechts) scharf an.

einem dezentral organisierten Verein wie „Black Lives Matter“ wirklich fließen. Allein im vergangenen Jahr flossen 90 Millionen Dollar an die BLM-Organisation, die keinen Rechenschaftsbericht veröffentlicht.

Niemand weiß, wieviel an der Parole „Black Lives Matter“ verdient wird

Hinzu kommt, dass der neue Wohnort von Cullors und ihrer Lebensgefährtin Janaya Khan zu 88 Prozent von Weißen bewohnt wird. Ihre Wurzeln in einem vor allem von Hispanics bewohnten Stadtteil von Los Angeles lässt Cullors zurück. Das Haus im Topanga Canyon ist ein durchaus geräumiges Gebäude im Landhausstil mit hohen, holzvertäfelten Räumen, je drei Schlaf- und Badezimmer sowie einem eigenen Gästehaus im geräumigen Garten, Canyon-Ausblick natürlich inklusive. Auch die Gefahr von Unruhen in der unmittelbaren Umgebung dürfte nicht bestehen.

Daneben besitzen Cullors und Khan bereits drei Häuser in verschiedenen Bundesstaaten, wie die „New York Post“ berichtet: Im Januar 2020 kauften sie eine 415.000-Dollar-Ranch bei Atlanta im Bundesstaat Georgia, sicher auch mit den Erträgen aus Cullors' Autobiographie „When they call you a terrorist“. Doch schon 2016 und 2018 hatte Cullors zwei Anwesen dieser Preisklasse in Inglewood und Los Angeles erworben.

Letztes Jahr schauten sich Cullors und Khan zudem auf den Bahamas nach einem vierten oder fünften Wohnsitz um. Diese Nummerierung scheint für Hausbesitzer dort aber ganz normal zu sein, wie ein Resort-Angestellter in Albany mitteilte: „Für Kunden, die sich ein Haus in Albany kaufen, ist es normalerweise das vierte oder fünfte. Albany ist keine Zweitwohnsitzsiedlung.“ Ein Resort der Spitzenklasse also, das Berühmtheiten und Superreichen zu vollständiger Diskretion verhilft. Die Erfindung der BLM-Organisation, die auf einen Social-Media-Chat zwischen Cullors und Alicia Garza 2013 zurückgeht, hat sich als äußerst lukrativ für die Gründerinnen erwiesen.

Candace Owens: Marxismus ist Diebstahl unter Vorwänden

Auch aus der Bewegung selbst kommen nun zunehmend kritischen Zuerufe. So forderte der Vorsitzende für Greater New York City, Hawk Newsome, eine unabhängige Untersuchung der BLM-Finzen: „Wenn du dich selbst eine Sozialistin nennst, dann darf man fragen, wieviel von seinem persönlichen Einkommen man für wohltätige Zwecke verwendet.“ Cullors' Verhalten lasse „Menschen an der Legitimität der Bewegung zweifeln“.

Das zuletzt Gesagte trifft am ehesten den Punkt. Denn mit ihren offen und ehrlich erworbenen Honoraren

könnte Cullors tun, was sie will. Aber eine Organisation von solcher Breitenwirkung wie BLM, die praktisch im Alleingang für Straßenproteste, gewaltsame Unruhen, aber auch Verwaltungshandeln und letztlich Gesetzesänderungen verantwortlich ist und sein will, muss eine öffentlich kontrollierbare Satzung und auch finanzielle Verfassung besitzen.

Die konservative Kommentatorin Candace Owens kritisierte Cullors scharf in der Fox-News-Sendung von Tucker Carlson. Owens und Carlson wunderten sich allerdings gar nicht darüber, dass eine bekennende Marxistin das Geld anderer Leute unter Vorwänden und Lügen entwendet, um sich anschließend selbst ausschweifend daran zu bereichern. Das galt beiden Kommentatoren als objektive Beschreibung von Marxistinnen und Kommunisten. Und Cullors' Lüge besteht – laut Candace Owens – in dieser Parole „Black Lives Matter“ selbst oder in dem Programm, das die assoziierte Organisation zu vertreten vorgibt. So weit die Worte der scharfen BLM-Kritikerin, die nach anfänglicher Skepsis zur Trump-Beifürworterin geworden war.

Angeblich wurden allein 25 Millionen Dollar des Spendenaufkommens dazu verwendet, um „die schwarze Bewegung aufzubauen“. Aber hinter diesem Allgemeinplatz kann sich in der Tat alles verbergen – auch übertriebene Beraterhonorare für die Gründerinnen.

◀◀ Fortsetzung von Seite 2



Die alte und die mögliche neue Bundeskanzlerin: Angela Merkel hat mit dem Linksruck der CDU den Boden für einen Wahlsieg der Grünen und ihrer Kandidatin Baerbock bereitet.

um Islam-angeführter antisemitischer Hetztiraden, Terrorunterstützung und BDS-Agitation gegen den jüdischen Staat Israel und seine Menschen. Die ursprüngliche Bedeutung als Tag der Werktätigen spielte trotz massiver linker und grüner Unterstützung kaum eine Rolle. Stattdessen flogen Steine und wurden am Kurfürstendamm linke Farbparolen an Schaufenster bekannter Modefirmen gemalt.

Aber unter einer seit bereits mehr als zwölf Jahren die Bundesrepublik Deutschland überfordernden Kanzlerschaft Merkel, in der Islam-Anbiederung, Distanzierung zu den USA vor dem Biden'schen Linksrutsch, Israel-Diffamierung und seit Jahren und nur etwas über 7 Jahrzehnte nach dem Untergang des Nazi-Regimes, mit Willkommensgruß unserer Kanzlerin importierter gewalttätiger islamischer Judenhass, Preisverleihungen an antisemitische Muslim-Rapper am Tage des Gedenkens für die von den Nazis ermordeten Juden Europas und ungesühnt bleibende islamische Prügelattacken auf Juden und ihre Kinder an Schulen und nahezu allen öffentlichen Orten mittlerweile den Alltag bestimmen, gehört historische Verantwortung und Redlichkeit nicht zum politischen Wirken unserer verfehlten, suizidalen und Werte-vergessenen Politik.

Die journalistische Rufmord-Industrie

Stattdessen wird jeder und alle von der längst weit nach links und grün abgedrifteten Politik dieses Landes und ihren nahezu gleichgeschalteten öffentlich-rechtlichen Unterstützungsmedien diffamiert, gemobbt, mit faktischen Berufsverboten zum Schweigen gebracht und als „Nazi“ verortet. Selbst Juden, die 11 Angehörige in den Todeslagern der Nazis verloren haben, bleiben von diesen Anwürfen nicht verschont. Dabei ist längst zu erkennen – Berlin ist nicht Weimar. Die Hauptbedrohung für die Freiheit und das jüdische Leben in Deutschland und Westeuropa kommt heute von links und von dem durch unsere Kanzlerin initiierten und von links und grün mit Inbrunst propagierten Import gewalttätigen, vor allem islamischen Judenhasses. Auch wird sehr gern verschwiegen, dass auch der Nationalsozialismus trotz seiner überzeichneten völkischen Komponente im Grunde eine linke Prekariatsbewegung war, die

zumindest in ihren Anfängen zumeist neidbesessene, missglückte Lebensentwürfe um sich gruppierte.

Sie, unsere Leser wissen, dass die Jüdische Rundschau und der Herausgeber seit vielen Jahren – nicht erst seit gestern – angefeindet von der linken Politik und den sich bei ihr anbietenden jüdischen Funktionären vor der Entwicklung dieses Wahljahres und dem von der besten Kanzlerin der Linken und Grünen, die die Regierungspartei je hatte, offensichtlich nicht einmal ungerne gesehenen Verfall der vormals bürgerlichen CDU gewart haben.

Überhaupt ist es bemerkenswert und dürfte wohl ohne Präzedenz sein, dass eine ehemals bürgerliche politische Traditions-Partei so viel Duckmäuserei und sesselklebenden Opportunismus in ihren Reihen aufweist, in dümmlicher Nibelungentreue über anderthalb Jahrzehnte eine Kanzlerin an der Macht zu belassen, die ganz offensichtlich und wie es scheint mit erkennbarem Vorsatz und großem Erfolg alles dafür getan hat, den politischen Kern dieser Partei zugunsten der ganz und gar Partei-aversen grünen Ideologie und einer von jeder Vernunft verlassenen Migrationspolitik zu zerstören, ihr Stammwählerpotential zu verschrecken und ihre Wahlstimmen zu pulverisieren.

Die Unionsparteien und konservativ – das war einmal

Die CDU ist in ihrem jetzigen Zustand als Bewahrerin bürgerlicher Werte so gut wie verloren. Ihre Spitzenkandidaten umarmen Bäume, reden den grünen Systemzerstörern nach dem Munde und wetteifern, wer von ihnen den Grünen am nächsten sei. Bei derartiger Anbietung an den Klima-Irrsinn der antidemokratischen grünen Verbotsbewegung braucht der Bürger gar nicht erst die Kopie zu wählen, sondern kann gleich zu Grün überlaufen. Damit geht die Talfahrt unserer westlichen Lebenswerte, sowie die galoppierende Verunmöglichung jüdischen Lebens in Deutschland ohnehin am sichersten und am schnellsten.

Da, wo sich die Attacken auf Juden häufen, und die widerwärtigen Lügen unserer politischen Vertretung und der ihrer Ja-Sager-Entourage sowie das verlogene Überrascht-Tun, wenn die Früchte des politischen Vorsatzes und Versagens dieser Politik in antisemitischen Gewaltvorfällen nahezu täglich mehr

und mehr sichtbar werden, und kaum noch das Alibi oder den Umweg über eine vorgeschobene Israel-Kritik benötigen, erfolgen die ersten unzulänglichen Reaktionen der Gesellschaft und der jüdischen Funktionsträger, die aber über verbale Beschwichtigung statt einer echten Abhilfe nicht hinausgehen.

Auch der gegenwärtig gerade angesichts sich häufender gewaltsamen Anfeindungen gegen Juden laut schweigende und hier bereits beinahe für vermisst gehaltene Zentralratsvorsitzende hat sich augenscheinlich von den vielen freudigen Lobeshymnen an die ein weiteres überflüssiges Mal wieder etablierte Kanzlerin erholt und nutzt jetzt die Gelegenheit sich doch noch – wenn auch unzulänglich und viel zu spät – als Kämpfer für die jüdische Sache darzustellen und das auch noch mit der der Anbietung an unsere Politik geschuldeten falschen Gewichtung.

Wie beschämend die gegenwärtige Innen- und Außenpolitik gerade für Deutschland ist, vergegenwärtigt uns einmal mehr der bevorstehende Jahrestag der besonders mit unzähligen sowjetischen Opfern erkämpften Kapitulation des deutschen Nazi-Reiches.

Nur 76 Jahre nach dem Deutschland unverdient ein zweites Mal gewährten Glück, einen verlorenen verbrecherischen Krieg, dieses Mal erfolgreich zu einem neuen demokratischen Neubeginn zu wandeln, der erst einem Teil und ab 1989 dem ganzen Land wundervolle Jahrzehnte eines Lebens in Frieden, Freiheit, Würde, Rechtssicherheit und Wohlstand beschert hat, ist nunmehr eine augenscheinlich gewissenlose, sich hinter einer hypokritischen Gutmensch-Maske tarnende, fahrlässig ins Amt gewählte, links-ideologische Bevormundungs-Polit-Elite auch in der Corona-Zeit dabei, unsere freiheitlich-demokratische Lebenswelt und unsere Aufklärungsgeläuterten abendländischen Lebenswerte in zunehmend schneller werdenden Schritten nachhaltig zu vernichten und ohne wirkliche Gegenwehr ihres Wohlstands-paralysierten Staatsvolkes der atavistischen, gewalttätig-expansiven Welteroberungs-Ideologie der sich hinter einem schlechten Religionsplagiat verbergenden Unkultur des Islam zu opfern.

Folgen des Lockdowns

In Abhängigkeit von der Dauer des bisherigen Infektions- und Pandemie-Ver-

laufs wird das Ausmaß des unvorstellbaren wirtschaftlichen Desasters gerade für den normalen Bürger und besonders für den wirtschaftlich schwächeren Teil der Bevölkerung dem medizinischen Albtraum leider in nichts nachstehen, wenn ihn nicht sogar übertreffen. Schon jetzt mehren sich Corona-bedingt Auswüchse nicht selten, wenn auch häufig bewusst von unseren Medien entthematisiert, ganz häufig migrantischer häuslicher Gewalt, Kindervernachlässigung u.a.m.

Wenn auch von vielen noch nicht erkannt, so befinden wir uns bereits in einem in uns hineingetragenen Krieg – nicht nur gegen die heimtückische Infektion, die die kaum Erkrankten gegen die Schwerkranken einnimmt, und Alt von Jung trennt, Geimpft von Nichtgeimpft, sondern auch für den Erhalt unserer Gesellschaft und unseres bisherigen Lebens in Freiheit, Wohlstand und Demokratie.

Und bereits jetzt sitzen die politischen Sozialismus-2.0-Bereiter in den Startlöchern, um à conto Gesundheitsschutz unserem bislang dem Systemrückbau-Anliegen unserer Klima-hysterischen, links-affinen Politik noch entronnenen freiheitlich-westlichem Lebens- und Wirtschaftsmodell den Todesstoß zu versetzen.

Ja, die Corona-Krise drängte viele andere, bislang unser Geschehen dominierende Probleme in den Hintergrund, schaffte sie aber nicht ab. Die Probleme des Versagens unserer Politik sind keinesfalls verschwunden. Sie werden wiederkommen.

Dem Staat Israel wünschen wir trotz massiver Störversuche von links einen erfolgreichen Abschluss der sich bereits abzeichnenden Regierungsbildung, dem jüdischen Volk, unseren Freunden, uns allen und besonders unseren älteren Lesern alles erdenklich Gute – vor allem Gesundheit in diesen für alle schweren Zeiten und ein möglichst unbeschädetes Ende der jetzigen Corona-Bedrohung.

Stay safe and healthy everyone!

Chag Schewuoth Sameach!

Ihr Dr. Rafael Korenzecher

i.A. S. Akstinat
Chefredakteur

„Je suis Rambouillet?“ – Deutschland ignoriert islamische Morde und Terror in Frankreich

Von wegen Solidarität mit den Mordopfern des Islam: Die Merkel-Regierung geht über den brutalen Messer-Mord an einer französischen Polizei-Mitarbeiterin ohne erkennbare Empathie hinweg. Dies war bereits Nummer 17 der teilweise überaus blutigen islamischen Angriffe seit 2014 auf Sicherheitskräfte in Frankreich.



Von Zara Riffler (Tichys Einblick)

Die Bürgermeisterin von Rambouillet, Veronique Matillon, versucht die zwei Töchter von Stéphanie Monfermé zu trösten, die am 23. April 2021 durch einen islamischen Mord ihre Mutter verloren haben.

Der islamistische Anschlag in Rambouillet wird in deutschen Medien sehr wenig thematisiert – und von den Spitzen der deutschen Politik ignoriert. Während unser Nachbarland erschüttert ist, dringt aus Berlin kaum ein Signal der Solidarität. Im Gegensatz dazu: Sebastian Kurz.

Nun ist offiziell, was in Deutschland nur Wenige interessiert. „Es handelt sich um ein islamistisches Attentat“, sagte der französische Innenminister Gérald Darmanin. Am 23. April hat in der Kleinstadt Rambouillet Jamel G. der Polizeimitarbeiterin Stéphanie M. zweimal mit einem Messer in die Kehle gestochen und dabei „Allahu Akbar“ (Gott ist groß), gerufen. Der Attentäter warf dann sein 32 cm langes Messer auf andere Polizisten, bevor er von einem von ihnen erschossen wurde. Das Opfer, eine 49-Jährige Mutter von zwei Kindern, starb noch am Unfallort. Bei dem Täter handelt es sich um einen 37-jährigen Tunesier, der 2009 illegal nach Frankreich kam. Er war nicht vorbestraft und den Sicherheitsbehörden nicht bekannt. Die Behörden hatten ihm 2020 eine Aufenthaltsbescheinigung ausgestellt, nachdem er sich über zehn Jahre illegal im Land aufhielt, und ohne seine Person zu überprüfen.

Die Gleichgültigkeit der Medien

Öffentliche Aufmerksamkeit, geschweige denn ein Diskurs über dieses grausa-

me Attentat existiert in Deutschland nahezu nicht. Die meisten deutschen Medien übernahmen die Meldungen der Deutschen Presse Agentur (dpa). Auch ZDF und ARD war das Attentat nur kurze Nachrichtenmeldungen wert. Keine deutsche Talkshow beschäftigte sich mit dem Anschlag.

Es war der 17. islamistische Angriff seit 2014 auf Sicherheitskräfte in Frankreich. Seither sieht sich Frankreich mit einer Welle von islamistischen Anschlägen konfrontiert, die insgesamt mehr als 260 Todesopfer forderte. Doch von den sonst so gerne geäußerten Rufen nach europäischer Solidarität war in deutschen Medien wenig zu vernehmen. Der „Spiegel“ kritisiert stattdessen, dass sich französische Politiker nun in ihren Positionen Marine Le Pen annähern: „Es ist, als ob der Anschlag von Rambouillet über Nacht einen bisher noch ernst zu nehmenden Teil der politischen Klasse radikalisiert hätte. Rationalität spielt in dieser Diskussion nur noch eine untergeordnete Rolle.“ Nicht die Gefahr des islamistischen Terrors steht im Zentrum des Interesses der „Spiegel“-Korrespondentin, sondern „die Gefahr eines rechtspopulistischen Siegs“ bei den nächsten Präsidentschaftswahlen in Frankreich. Ähnlich der Tenor in der „Süddeutschen Zeitung“: „Sofort nutzt die Rechtsextreme Marine Le Pen den Mord für Vorwürfe an die Regierung.“

Die Ignoranz der deutschen Bundesregierung

Doch die Ignoranz ist noch größer in der deutschen Politik. In der Regierungspressekonferenz am 26. April teilte Regierungssprecher Steffen Seibert zwar das Entsetzen der Bundesregierung über die Brandkatastrophe in Bagdad mit, aber kein Wort zu Rambouillet. Er wurde von den Journalisten auch nicht darauf angesprochen. Weder von Bundeskanzlerin Angela Merkel noch von Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier oder Außenminister Heiko Maas oder Innenminister Horst Seehofer waren bisher öffentliche Äußerungen zu dem Anschlag zu vernehmen. Auch nicht in der Notiz des Bundespräsidialamts zum Besuch Steinmeiers bei Präsident Macron am 26. April, also nur drei Tage nach dem Anschlag. Für Geburtstagsgrüße an den Künstler Markus Lüpertz dagegen fanden Steinmeiers Presseleute Zeit und Raum. Heiko Maas twitterte am 23. April über die Eröffnung eines neuen Kanzleigebäudes der deutschen Botschaft in Belgrad und am Tag darauf zweifach über #allesdichtmachen. Kein Wort zu Rambouillet!

Das ist eine Blamage für Deutschland. Während der österreichische Bundeskanzler Sebastian Kurz (ÖVP) wenige Stunden nach dem Attentat via Twitter seine Solidarität gegenüber Frankreich ausdrückte und betonte,

dass der islamistische Terrorismus eine Bedrohung für uns und die europäische Lebensweise ist, schwieg die deutsche Spitzenpolitik.

Die Spitzen Deutschlands haben diesen neuen islamistischen Anschlag auf Europa vollkommen ignoriert, obwohl schon in der Präambel des Grundgesetzes der Wille Deutschlands festgeschrieben ist: „als gleichberechtigtes Glied in einem vereinten Europa dem Frieden der Welt zu dienen.“ Dies ist bereits die Ankündigung des Verfassungsauftrages: In Art. 24. bekennt sich das Grundgesetz zu einer „friedlichen und dauerhaften Ordnung in Europa zwischen den Völkern und der Welt.“

Die Ignoranz gegenüber Rambouillet offenbart: Die deutsche Regierung will offenbar nur dabei zusehen, wie ihre europäischen Partner und Verbündeten gegen einen gefährlichen Islamismus ankämpfen – indes Deutschland selbst auf dem Weg ist, einem Alltagsislamismus ausgeliefert zu sein.

Islamismus gefährlicher als Pandemie

In dem Moment, in welchem Angela Merkel ganz auf ihre Corona-Politik fixiert scheint, nennt der französische Innenminister Gérald Darmanin den Islamismus „die größte Gefahr“, trotz der schweren Gesundheitskrise. Ganz Frankreich ist seit dem neuen Anschlag erneut in großer Trauer, Wut und Angst

versetzt. Vor allem Polizisten rufen vermehrt dazu auf, dass die französische Regierung endlich wirksame Maßnahmen gegen den Islamismus einleitet. Die Polizisten in Frankreich wollen endlich Mittel, welche deren Sicherheit verbessert.

Gegenüber der Zeitung „Le Journal du Dimanche“ kündigte der Innenminister an, dass Frankreich sich für echte Kontrollen an den EU-Außengrenzen einsetzen will. Frankreich will dazu die EU-Ratspräsidentschaft im ersten Halbjahr 2022 für eine grundlegende Reform der Freizügigkeitsregeln im Schengenraum nutzen. Die Regierung stellte am Mittwoch einen Gesetzentwurf zum verschärften Anti-Terror-Kampf sowie neue Möglichkeiten für die Geheimdienste vor. Die Bedrohung durch islamistischen Terror bleibe sehr hoch, sagte Premierminister Jean Castex nach der Regierungssitzung. Da es sich in letzter Zeit bei den Tätern „um Einzelne gehandelt habe“, welche den Geheimdiensten zuvor unbekannt gewesen seien, stelle dies eine schwierige Bedrohung da, weshalb der Stadt und die Justiz mit verstärkten Mitteln ausgestattet werden müssen.

Der Gesetzentwurf sieht die bessere Überwachung von Terrorverdächtigen im Netz vor und die Verlängerung

der Überwachung von Menschen, die wegen Terrordelikten im Gefängnis saßen. So sollen „Aussteiger“ mit hoher Rückfallgefahr bis zu fünf Jahre überwacht werden können. Dies betrifft ungefähr hundert Häftlinge. Ziel ist es vor allem, mit neuen Technologien „Schritt zu halten“, da immer seltener SMS oder normale Telefonleitungen verwendet werden. Darmanin teilte mit, dass neun aufeinander folgende Angriffe erfolgten, die nicht mit bestehenden Mitteln entdeckt

könnte dann festgeschrieben werden. Die Abstimmung über das Gesetz erfolgt noch vor Ende Juli erfolgen.

Frankreich in Solidarität – Bilder, die man in Deutschland nicht kennt
Es entstehen derzeit Bilder in Frankreich, die man aus Deutschland in diesem Maße bei islamistischen Anschlägen kaum kennt. Drei Tage nach dem Anschlag versammelte sich am Montag eine große, schwarz gekleidete Menschenmenge vor dem Rathaus der

Polizeistationen und Gendarmerien in ganz Frankreich Versammlungen zu Ehren von Stéphanie statt. Allein in Bordeaux müssen es über hundert Polizisten gewesen sein, die vor dem Hauptpolizeirevier ihre getötete Kollegin ehrten. Dass die Beamten sich vor die Gebäude stellten, war auch ein symbolischer Akt; sie wollten damit zeigen, dass Polizisten, die für die Sicherheit der Bevölkerung sorgen, im Visier des islamistischen Terrorismus stehen.

Besonders der französische Präsident teilte öffentlich sein Mitgefühl, seine Solidarität und seinen Beistand mit. Emmanuel Macron besuchte ein paar Tage später persönlich die Familie. Bereits wenige Stunden nach dem brutalen Attentat, eilten sofort Innenminister Darmanin und Premierminister Jean Castex zum Tatort. Castex betonte ohne zu zögern „allen Franzosen“ gegenüber, wie groß seine Entschlossenheit sei, den Terrorismus in all seinen Formen zu bekämpfen. Am Samstag wird der Präsident sogar auf der privaten Beerdigung von Stéphanie anwesend sein. Unmittelbar nach dem Anschlag versicherte Macron via Twitter: dass die Regierung im Kampf „gegen den islamistischen Terrorismus“ keinesfalls nachgeben werde.

„ Seither sieht sich Frankreich mit einer Welle von islamistischen Anschlägen konfrontiert, die insgesamt mehr als 260 Todesopfer forderte. “

werden konnten, „wir sind weiterhin blind“. Die Mörder von Samuel Paty und der Frau in der Basilika in Nizza, hätten nicht per Telefon mit ihren Partnern kommuniziert, sondern mit verschlüsselten Nachrichten oder in Facebook.

Der Geheimdienst könnte mit dem neuen Gesetz Rasterfahndungen über das Internet betreiben. Die Überwachung per Algorithmus, die in Frankreich seit 2015 teilweise erlaubt ist,

Gemeinde in Rambouillet, um die getötete Stéphanie M. zu ehren. Es sind bewegende Bilder. Mehrere hundert Menschen müssen es gewesen sein, die bei der abgehaltenen Zeremonie anwesend waren. „In allen Herzen ist eine Flamme ausgegangen. Stéphanie wurde während ihres Dienstes feige ermordet, weil sie ihr Leben anderen widmete“, sagte die Bürgermeisterin Véronique Matillon.

Gleichzeitig fanden an mehreren

John Kerry am Rande des Hochverrats

Der ehemalige US-Außenminister hat Recherchen der „New York Times“ zufolge Geheiminformationen über israelische Einsätze in Syrien an den Iran verraten. Die Biden-Regierung wiegelt ab und nimmt den Helfershelfer des iranischen Regimes und neuen Klima-Beauftragten in Schutz.

Von Collin McMahon

Die Sensation war tief im 21. Absatz eines 26 Absätze langen Artikels von Farnaz Fassihi über eine geleakte Tonaufnahme des iranischen Außenministers Javad Zarif vergraben. Dabei beschwerte sich Zarif im Gespräch mit dem Wirtschaftswissenschaftler Saeed Leylaz über die Rivalität mit der Revolutionären Garde, wie Israel Hayom meldet:

„Kerry muss mir sagen, dass Israel euch (den Iran) in Syrien 200 mal angegriffen hat?“, so Zarif auf den Aufnahmen. „Das wussten Sie nicht?“ fragt Leylaz zweimal. „Nein, nein“, so Zarif. Die Enthüllung Kerrys habe ihn „erstaunt“, so Zarif laut „New York Times“.

Kerry nannte den Bericht der „New York Times“ auf Twitter „absolut falsch“: „Das ist nie passiert – weder als ich Außenminister war, noch danach.“ Die Biden-Sprecherin Jen Psaki hatte keinen Kommentar: „Wir kommentieren geleakte Aufnahmen nicht.“

Die ehemalige UNO-Botschafterin der USA, Nikki Haley, nannte die Enthüllung „auf so vielen Ebenen widerwärtig. Biden und Kerry müssen erklären, warum Kerry den Iran, dem weltgrößten Terrorsponsor, Geheimitipps geben würde und dabei einem unserer engsten Partner, Israel, in den Rücken fallen würde.“

Der ehemalige Senator John Kerry war von 2013 bis 2017 US-Außenminister und spielte eine wesentliche Rolle bei der Aushandlung des Atomdeals mit dem Iran, im Zuge dessen dem Iran 100 Milliarden Dollar ausgezahlt wurden, darunter 1,7 Milliarden Dollar in bar. Am 16. Januar 2016 flog ein US-Transportflugzeug mit 400 Millionen Dollar in bar auf Paletten nach Teheran, wie CNN berichtete. Kerry dient nun als „Klimakommissar“ der Biden-Harris-Regierung.



John Kerry, damals US-Außenminister, im April 2016 bei einem Treffen mit seinem iranischen Amtskollegen Javad Zarif.

300 Millionen Euro in bar
2018 wollte die „Europäisch-Iranische Handelsbank“ in Hamburg 300 Millionen Euro in bar nach Teheran fliegen, mit Wissen des Kanzleramts, des Auswärtigen Amtes und Finanzministeriums, musste den Plan aber stoppen, nachdem die „BILD“-Zeitung darüber berichtet hatte.

Präsident Donald Trump kündigte 2018 das Atomabkommen mit dem Iran, das laut Kritikern keinerlei Überwachung zulässt und Iran den

Weg zu einer Atombombe öffnet. Der Privatmann John Kerry traf sich damals heimlich mit Javad Zarif, u.a. auf der Münchener Sicherheitskonferenz, um hinter dem Rücken der US-Regierung zu versuchen, den Deal zu retten, möglicherweise ein Verstoß gegen das Logan-Gesetz, das es Privatpersonen verbietet, Außenpolitik zu verhandeln. Das Logan-Gesetz wurde von der Obama-Regierung gegen Trumps ersten Nationalen Sicherheitsberater Gen. Mike Flynn eingesetzt, nicht

aber gegen Kerry.

Die Biden-Regierung versucht gegenwärtig in Zusammenarbeit mit Berlin und Brüssel das Atomabkommen mit dem Iran zu reaktivieren. Der Iran hat bereits wieder angefangen, waffenfähiges Uran herzustellen. Im April verwüstete eine rätselhafte Explosion weite Teile des iranischen Atomwaffenprogramms in Natanz. Vermutet wird dahinter der israelische Geheimdienst, der offenbar sehr effektiv im Iran operieren kann.

George Soros hasst Israel

„New Israel Fund“, „J Street“, „Jewish Voice for Peace“ und andere mit Soros in Zusammenhang stehende linksradikale Organisationen, die zum Schein das Wort „jüdisch“ im Namen führen, haben im Grunde nur ein Ziel: Israel, den erfolgreichen und demokratischen Staat der Juden, mit subversiven Mitteln zu zerstören.

Von Daniel Greenfield

„Wer unter dem Schirm des Höchsten sitzt und unter dem Schatten des Allmächtigen bleibt, der spricht zu dem HERRN: Meine Zuversicht und meine Burg, mein Gott, auf den ich hoffe“, sang der Rabbi an ihrer Grabstätte die Worte von Psalm 91. „Ja, du wirst es mit eigenen Augen sehen und schauen, wie den Frevlern vergolten wird.“

Abdel Razeq Farraj, der wegen Genehmigung des Angriffs angeklagt wurde, war als PFLP-Terrorist identifiziert worden, der sechs Jahre im Gefängnis verbracht hatte und sechsmal festgenommen worden war. In jenem Jahr, in dem Rina ermordet wurde, nahm Farraj in Zusammenarbeit mit einem PFLP-Partner an einer „Adalah“-Jugendveranstaltung teil.

„Adalah“ ist eine der vom „New Israel Fund“ (NIF) finanzierten Anti-Israel-Hassgruppen.

Laut einem Bericht von NGO-Monitor hat der NIF 720.481 US-Dollar an Adalah überwiesen. Die „Open Society Foundation“ von George Soros, die auch „J Street“ finanziert hat, ist ein weiterer wichtiger Spender.

Selbsterklärte Anwälte der Juden

Im vergangenen Herbst haben Beth Badik, eine Unterstützerin von „J Street“, die im Regionalkomitee des anti-israelischen NIF tätig ist, und Barbara Penzner, eine rekonstruktionistische Geistliche, die eine Petition von „J Street“ gegen ein Verbot von BDS unterzeichnet hatte, gefordert, dass der Jewish Community Relations Council von Boston die ZOA rauswirft. Die „Zionistische Organisation Amerikas“ ist die führende pro-israelische Gruppe des Landes, daher war die Feindseligkeit von Badik und Penzner gegenüber ihr und gegenüber Morton Klein, seinem bedingungslos pro-israelischem Leiter, verständlich. Die anti-israelische Linke hat viel Zeit investiert, um die Kontrolle über die organisierte jüdische Gemeinschaft zu übernehmen, um anschließend die Unterstützung für Israel zu beenden.

Badik, die eine Anti-Israel-Gruppe unterstützt und mit einer anderen verbunden ist, sitzt auch im JCRC (Jewish Community Relations Council) des Boston Israel & Global Jewry Committee. Bizarr war der Vorwurf in Badiks und Penzners Kommentar „Wir fordern, dass die ZOA aus Bostons JCRC ausgeschlossen wird“, unterstützt von „J Street“, dem NIF und einer Reihe anderer anti-israelischer Gruppen. Zudem stand der bizarre Vorwurf im Raum, Morton Klein, der Sohn von Holocaust-Überlebenden, unterstütze weißes Überlegensheitsdenken.

Ihr „Beweis“ war, dass Klein „Black Lives Matter“ als „extremistische Gruppe zur Verbreitung von Hass gegen Juden, Weiße, Israel und konservative Schwarze, zu Gewalt aufrufend und von Soros finanziert“ bezeichnet und zu Recht festgestellt hatte, dass seine Reihen „voller Hass gegen das jüdische Volk sind.“

Das JCRC in Boston und andere jüdische Organisationen hatten nicht nur versäumt, die BLM-Unruhen zu verurteilen, bei denen auch Synagogen angegriffen wurden, insbesondere in Los Angeles, sondern sie hatten außerdem



Während der pro-israelische jüdische Aktivist Morton Klein (links) ausgegrenzt wird, steht der linksradikale Milliardär George Soros (rechts) bei den Israel-Hassern der USA hoch im Kurs.

beschlossen, Kritik an der Hassgruppe der schwarzen Supremacisten als „rassistisch“ zu stempeln.

Wenn das Boston JCRC irgendwelche moralischen Standards hätte, wären es die anti-israelischen Organisationen, die den Ausschluss der ZOA fordern, die selbst verurteilt und aus einem Bündnis jüdischer Gemeinden ausgeschlossen werden sollten.

Fangen wir mit „J Street“ an. Die Abgeordnete Ilhan Omar hatte am Gala-Dinner von „J Street“ teilgenommen und eine Ausstellung gelobt, in der Israel verleumdet wurde. Sie hatten sich entschieden, Jimmy Carter zu ehren, der Israel fälschlicherweise beschuldigt hatte, ein Apartheidstaat zu sein.

Während die anti-israelischen Gruppen die ZOA angriffen, weil ZOA sich BLM widersetzt, schienen weder sie noch das JCRC von Boston besonders daran interessiert zu sein, Juden tatsächlich gegen Antisemitismus zu verteidigen.

Die Anti-ZOA-Petition war besessen von „sozialer Gerechtigkeit“, Wahlintegrität und den anderen Schibboleths eines linken Establishments, das nicht in der Lage ist, tatsächlich über jüdische Themen als Zweck und nicht als Mittel zu sprechen. „J Street“, die hinter der Petition stand, hatte die Abgeordnete Ilhan Omar verteidigt, obwohl ZOA und Klein ihre antisemitischen Tweets verurteilt hatten. Genau wie „J Street“ einen Deal mit der Hamas gefordert hat, „J Street“ griff ZOA dafür an, dass die ZOA George Soros verurteilt hatte – ohne zu erwähnen, dass Soros ein wichtiger Geldgeber der anti-israelischen Organisation „J Street“ gewesen war.

Soros: Israel schuld an Antisemitismus

Wenn JCRC Boston und „J Street“ Kleins Aussagen als provokativ betrachten, was ist dann mit Soros' Überzeugung, dass das „Wiederaufleben des Antisemitismus in Europa“ von Israel verursacht wird und dass die „Haltung gegenüber der jüdischen Gemeinde durch den Erfolg der pro-israelischen Lobby in Israel beeinflusst wird, unterschiedliche Ansichten zu unterdrücken.“ Was sind das außer typischen antisemitischen Tropen und Abwehrmechanismen des Antisemitismus?

Würde „J Street“ jemals gebeten, diese Aussagen ihrer eigenen Unterstützer zu verurteilen? Und wenn „Rhetorik, die mit antisemitischen Vorurteilen in Verbindung gebracht wurde“, ein Grund für den Ausschluss ist, wie kann das JCRC in Boston dann rechtfertigen, dass eine von Soros finanzierte Gruppe in ihrem Dachverband bleibt?

Und es wird schlimmer.

Der „Boston Workmen's Circle“, eine der Gruppen, die die Petition zum Ausschluss der ZOA unterstützen, stellt in seiner eigenen Literatur stolz fest, dass Mitglieder des „Workmen's Circle“ Kommunisten waren und dass „das erste Mitglied, das aus dem Workmen's Circle ausgeschlossen wurde, wegen seiner Arbeit für die Republikanische Partei ausgeschlossen wurde.“ Ein Mitglied der Gruppe schrieb kürzlich einen wütenden offenen Brief an Chelsea Clinton, in dem sie die Tatsache feierte, dass eine ihrer Heldinnen eine Marxistin und Kommunistin war.

Obwohl die Kommunisten unzählige Juden getötet und die jüdischen Gemeinden unter ihrer Herrschaft ethnisch gesäubert haben, Synagogen gewaltsam geschlossen, Rabbiner eingesperrt und getötet und die gesamte hebräische Sprache verboten haben, werden Sie vom JCRC nicht verurteilt. Der „Boston Workmen's Circle“ veranstaltete sogar eine Veranstaltung mit dem „langjährigen BWC-Mitglied Alice Rothchild“. Rothchild ist eine radikale Anti-Israel-Aktivistin, die Mitglied der anti-israelischen Hassgruppe „Jewish Voice for Peace“ ist.

Selbsthassende Jüdin

Rothchild, die sich selbst als „selbsthassende Jüdin“ bezeichnet, behauptete fälschlicherweise, dass „der Antisemitismus und Antizionismus, der jetzt in muslimischen Ländern zu finden ist, fast ausschließlich mit der Gründung des Staates Israel begann“, und veröffentlichte auf einer antisemitischen Website: „Wenn ich an einen zornigen Gott glaubte, könnte ich mich fragen, warum die Wälder des Jewish National Fund brannten?“

„Die Hamas hat schreckliche Selbstmordattentäter und unglaubliche Sozialeinrichtungen hervorgebracht, Schulen und Krankenhäuser gebaut und sich um

die vergessene Bevölkerung gekümmert. Die Hamas ist aus einer Reaktion auf die Unterdrückung Israels während der Ersten Intifada entstanden“, wurde Rothchild zitiert.

Laut JCRC ist es also kein Problem, die Stimmen zugunsten des gestörten Antisemitismus von links zu erheben – aber Morton Klein, der BLM, Soros und andere Judenhasser verurteilt, ist in ihren Augen eine „Krise“.

Der Kommentar von Badik und Penzner argumentierte, dass ein Versäumnis, die ZOA auszuschließen, „einen erstaunlichen Mangel an Empathie, Anstand und grundlegendem Mitgefühl für farbige Menschen, für Einwanderer und Muslime vermitteln würde“. Das einzig Erstaunliche dabei ist der grundlegende Mangel an Interesse für jüdische Interessen linker Aktivisten, die behaupten, jüdisch zu sein und, noch schlimmer, behaupten, im Namen der Juden zu sprechen.

Wo ist ihr grundlegendes Mitgefühl, ihr Einfühlungsvermögen und ihr Anstand gegenüber den jüdischen Synagogen und kleinen Unternehmen, die von Randalierern von „Black Lives Matter“ hasserfüllt angegriffen werden, und gegenüber den Juden Israels, die im Schatten des islamischen Terrorismus leben?

Der „New Israel Fund“, in dem Badik eine Rolle spielt und der zu den linken Gruppen gehört, die die Ausweisung der ZOA forderte, hat BDS-Organisationen und Gruppen finanziert, die mit Terrorismus in Verbindung stehen. Der Mangel an grundlegendem Mitgefühl, Empathie und Anstand, der erforderlich ist, um Mitglied des „New Israel Fund“ zu sein, ist erstaunlich. Genauso wie das Desinteresse des Boston JCRC.

Die Kritik an „Black Lives Matter“ ist unverzeihlich, egal wie viele Synagogen sie zerstören. Aber jüdische Leben sind für diese Organisationen, die „jüdisch“ in ihrem Namen führen, im Grunde uninteressant.

Daniel Greenfield ist ein Shillman Journalism Fellow am David Horowitz Freedom Center. Dieser Artikel ist zuvor im Front Page Magazine des Centers erschienen.

Aus dem Englischen von Daniel Heiniger

Vera Lengsfeld: „Merkel will keinen CDU-Wahlsieg – Ich kenne sie seit 1990“

Die wegen einer fatalen Fehleinschätzung Helmut Kohls Bundeskanzlerin gewordene Angela Merkel hat nicht nur mit ihrer Islam-Einlasspolitik maßgeblich zur zunehmenden Verunmöglichung jüdischen Lebens in Deutschland beigetragen, sondern ist auch der CDU weit weniger verbunden als viele denken.

Von Vera Lengsfeld

In etlichen Kommentaren zum Kanzlerkandidaten-Machtkampf in der Union ist zu lesen, das Spektakel solle von dem geplanten Angriff auf das Grundgesetz mittels Novellierung des so genannten Infektionsschutzgesetzes ablenken. Das ist nicht ganz falsch. Aber es steckt viel mehr dahinter. Es geht um die endgültige Eliminierung des ehemaligen Erfolgsmodells CDU zugunsten einer zweiten links-grünen Partei. Von allen möglichen Kanzlerkandidaten ist nur Markus Söder dumm und/oder charakterlos genug, die Mission von Kanzlerin Merkel zum bitteren Ende führen zu wollen.

Ich kenne Angela Merkel seit 1990 und weiß aus ihrem eigenen Mund, dass sie die CDU im Grunde immer abgelehnt hat („Mit der CDU will ich nichts zu tun haben“ zu Ewald König. „Ich will nicht aussehen wie eine West-CDU-Tussi“ zu mir). Für sie war die Partei die einzige Option, in die große Politik einzusteigen, nachdem Lothar de Maizière sie erst zu seiner Stellvertretenden Regierungssprecherin gemacht und dann erfolgreich für das Kabinett Kohl vorgeschlagen hat. Sie wurde Ministerin für Frauen und Jugend und beerbte de Maizière als Stellvertretende Bundesvorsitzende der CDU.

Aber die Partei, der sie formal nie beigetreten ist, sondern in die sie als Mitglied des „Demokratischen Aufbruchs“ übernommen wurde, hat Merkel nur als Machtvehikel gedient. Eine andere Verbundenheit hat es nach meiner festen Überzeugung nie gegeben. Das war immer Merksels Stärke. Sie konnte frei agieren, ohne durch emotionale Bedenken gehindert zu werden. In ihrer Zeit als Parteivorsitzende, verstärkt als Kanzlerin, hat sie die CDU immer weiter nach links verschoben.

Atomausstieg als Hochzeitsgeschenk

In der Zeit der ersten Großen Koalition witzelten die Sozialdemokraten, Merkel sei die beste Sozi-Kanzlerin aller Zeiten. Dann verging ihnen das Lachen, weil Merkel zwar sozialdemokratische Politik machte, es der SPD aber nicht nützte, sondern schadete. Die schwarz-gelbe Interims-Regierung hat die Linksverschiebung der CDU zwar gebremst, aber nicht gestoppt. Den Blitzausstieg aus der Atomenergie konnte oder wollte auch die FDP nicht verhindern.

Offiziell war das Merksels Reaktion auf den Tsunami in Japan, jedoch hatten die Grünen zuvor intern signalisiert, dass es keine Koalition mit der Union wegen der beschlossenen Verlängerung der Laufzeit für die AKW durch die schwarz-gelbe Regierung geben könne. Die Parteispitze der Grünen hätte zwar sehr wohl verstanden, dass Merkel mit dieser Laufzeitverlängerung von den Atomkraftbetreibern das Geld für die Realisierung der Energiewende einsammeln wollte. Die Basis würde das aber nicht mittragen, erklärte mir während einer Sommerparty am Wannsee der Büroleiter von Claudia Roth. In der



Angela Merkel: „Mit der CDU will ich nichts zu tun haben!“

zweiten Großen Koalition wurden noch mehr grüne Themen fokussiert. Die von Claudia Roth geforderten offenen Grenzen wurden 2016 von Kanzlerin Merkel realisiert.

Eine dritte GroKo sollte es eigentlich gar nicht geben. Aber für Schwarz-Grün reichte es nicht, weil die Grünen 2017 als schwächste Partei in den Bundestag einzogen und man gezwungen war, mit der FDP zu verhandeln. Die aber wurde so arrogant abserviert, dass der genervte Christian Lindner ausstieg.

Die SPD, statt die Chance zu bekommen, sich in der Opposition zu erholen, musste wieder mitregieren und leidet seitdem an anscheinend unheilbarer Schwindsucht. Warum eine 15-Prozent-Partei noch einen Kanzlerkandidaten aufstellt, hat eher mit der Macht der Gewohnheit zu tun als mit einer realen Chance, als stärkste Partei bei den nächsten Wahlen hervorzugehen.

Die Grünen sind die treuesten Verbündeten von Merkel

Die vierte Merkel-Regierung ist die ganz große Koalition, denn sie hat die grüne Regierungspartei im Wartestand mit im Boot. Die Grünen sind die treuesten Verbündeten von Merkel, das beweist erneut ihre bedingungslose Gefolgschaft zur Aushebelung des Grundgesetzes mittels einer Novelle des Seuchenschutzgesetzes. Merkel hat offensichtlich das Ziel, am Ende ihrer Amtszeit noch die Axt an den Föderalismus zu legen, der doch verhindern soll, dass es in Deutschland wieder zu einer Zentralmacht kommt.

Diese kurze Geschichte muss man sich ins Gedächtnis rufen, wenn man

begreifen will, worum es bei der Kanzler-Frage in der Union wirklich geht.

Es stehen sich zwei konträre Positionen gegenüber: Armin Laschet hat erkannt, dass Deutschland heute ein Sanierungsfall ist und das Land, mit ihm die CDU, eine grundlegende Erneuerung braucht. Auch Friedrich Merz ist das klar, deshalb unterstützt er seinen ehemaligen Widersacher Laschet. Beide stehen für einen Bruch mit der Politik Merksels und einen Neustart. Merz hat recht, wenn er sagt, dass Deutschland nur noch drei Prozent von einer Kanzlerin Baerbock entfernt ist, und er wolle das verhindern.

Markus Söder dagegen steht für eine Fortsetzung der Merkel-Politik. Wer Merkel-Stimmen will, müsse Merkel-Politik machen, verkündete er. Sein Generalsekretär Markus Blume sekundiert: „Wir wollen die Erfolgsgeschichte, das Erbe von Angela Merkel, fortsetzen.“ Nun werden die Merkel-Stimmen immer weniger. Auch wenn sie bei den Wahlen als Siegerin hervorging, dann nicht, weil sie historische Erfolge erzielt hätte, sondern von der Schwäche der Gegner profitierte.

Söder wird den Grünen ins Kanzleramt helfen

Merksels Politik hat Deutschland tiefgreifend verändert, aber nicht zum Besseren. Sie hat einerseits die AfD hervorgebracht und andererseits die Grünen stark gemacht. Innerhalb von nur vier Jahren ist aus der schwächsten Oppositionspartei im Bundestag eine Partei geworden, die nicht nur einen Kanzlerkandidaten aufstellen, sondern sich echte Chancen auf das Kanzleramt ausrechnen kann. Wenn Söder

Kanzlerkandidat werden sollte, wird er den Grünen ins Kanzleramt helfen.

Ich habe es in früheren Texten schon ausgesprochen und wiederhole es jetzt: Meiner Meinung nach will Merkel keinen Sieg der Union bei der nächsten Bundestagswahl, weil das für sie die einzige Chance ist, dass eine Bilanzierung ihrer Politik unterbleibt.

Söder ist der Garant dafür, dass Deutschland als Sanierungsfall im Wahlkampf nicht zur Sprache kommt. Sobald Söder nominiert ist, wird das einsetzen, was im „Spiegel“ bereits vorexerziert wurde: Es werden alle seine sich widersprechenden Äußerungen seziert und ihm von den Altmedien um die Ohren gehauen werden. Die Altmedien, die voll auf Baerbock-Hype setzen, werden in Söders Maskengeschäfte und die Subventionen für die Firma seiner Frau schauen. Gegen Baerbock wird der Haudrauf aus Bayern alt aussehen. Medienprofi ist sie so gut wie er. Inhaltlich hat er nichts zu bieten. Sie wird ihm und der Öffentlichkeit vorführen, dass grüne Politik immer noch besser vom Original gemacht wird als vom Plagiat.

Armin Laschet ist die einzige Chance für die Union, sich aus der links-grünen Ecke freizuschwimmen und eigene inhaltliche Akzente zu setzen. Verstärkt mit der Wirtschafts- und Finanzkompetenz von Friedrich Merz könnte das die drohende Niederlage und den Zerfall der CDU abwenden.

Das sage ich nicht, weil ich eine Anhängerin von beiden wäre, sondern weil ich Angst um Deutschland habe, das Besseres verdient hat, als endgültig demontiert zu werden.

Jüdische Anbiederung hat sich noch nie ausgezahlt: Die linksradikale „Migrantifa“ lädt Juden aus

Sowohl linke Juden als auch jüdische Funktionäre, die Anschluss an selbsternannte „Antirassisten“ suchen, werden von diesen immer wieder vor den Kopf gestoßen, denn deren „antikolonialistischer Kampf für Palästina“ ist oft gleichbedeutend mit grundsätzlichem Antisemitismus.

Von Paul Möllers

„Liebe Journalist*innen, vor Kurzem hat sich in Deutschland eine migrantische Antifa-Bewegung gebildet, als Reaktion auf den #Rassismus hier bei uns. Wo bleiben die Titelgeschichten darüber, oder überhaupt Meldungen dazu? Haben das wirklich nur taz und ND mitbekommen? #migrantifa“

Mit diesem Tweet zeigte Ferda Ataman von den „neue deutsche organisationen“ (ndo, u.a. „Neue Deutsche Medienmacher“) abermals, worin ihre Aufgabe besteht: In der medialen Mobilisierung. Hier „mobilisiert“ Ataman also im Namen einer „Migrantifa“ – das „Neue Deutschland“ und die „taz“ sind dabei schon im Boot. Aber, wie sie ergänzt, ZEITonline habe das Thema auch aufgegriffen:

„Ergänze: auch Zett und Freitag haben es mitbekommen.“

In „ze.tt“, dem „Onlinemagazin für junge Erwachsene“ von ZEITonline, liest man, „geht es um Antirassismus, queeres Leben, Feminismus und Inklusion“. Man kann viel erfahren über „Afro zu tragen, ist ein Akt des Widerstands“, und darüber „Warum es keinen Rassismus gegen Weiße gibt“.

Dass der wohlwollende Artikel über die „Migrantifa“ dann mit „Tag der Befreiung“ getaggt ist, es darin um „Entnazifizierung“ und einen „Tag des Zorns“ geht, ist kein Zufall.

Die Vordenker von Antirassismus, Intersektionalität, Queer-Feminismus und „Postkolonialer Theorie“ neigen dazu, den Anti-Israel-„Aktivismus“ in ihrer Bewegung zu übersehen – manchen unter ihnen wie der bekannten Gender-Theoretikerin Judith Butler kann man allerdings getrost Absicht unterstellen, ihre entsprechenden Veröffentlichungen und Äußerungen in Interviews sprechen für sich.

Hashtag „Tag des Zorns“

Zu einem „Tag des Zorns“ rufen „palästinensische“ Gruppen traditionell zum Terror gegen Israel auf, zuletzt die Hamas im Sommer 2020. Der Hashtag „#dayofrage“ wird auch von Samidoun benutzt, der Gefangenenorganisation mit Verbindungen zur PFLP. Schon bei der ersten von Ferda Ataman mitorganisierten „Unteilbar“-Demo im Jahr 2018 trat Samidoun wie zufällig auf einer Bühne auf.

Mit dem Hashtag „Tag des Zorns“ warben auch Atamans „neue deutsche organisationen“ für die Berliner „Migrantifa“, die wiederum zu Demos aufruft mit Samidoun, „Palästina spricht“ und „Jüdische Stimme für gerechten Frieden in Nahost“, ebenfalls Unterstützer der antisemitischen Boykottbewegung BDS.

Am 7. Mai 2020 verkündeten die ndo: „Deutschlandweit werden morgen BPoC gegen #Rassismus protestieren und streiken. Sie erklären den 8. Mai zum Tag des Zorns, um „migrantifaschistischen Protest“ und die Wut über #Hanau, #Halle u. a. Anschläge zu zeigen.“

Darunter teilten sie den Beitrag der „Migrantifa Berlin“:

„Es wird ein kämpferischer Tag werden mit sowohl zentralen als auch dezentralen Aktionen! Egal was ihr macht, ob on- oder offline – verbreitet eure Aktionen unter den Hashtags #migrantifa #RassismusTötet

#HanauWarKeinEinzelfall #SayTheirNames“

Die Jüdische Rundschau berichtete im August 2020 über die Beteiligung der der Hamas nahestehenden Gruppe PGD an „BlackLivesMatter“-Demos (diese werden von Atamans Kollegen bei den „neue deutsche organisationen“, Tahir Della, organisiert) und der „Unteilbar“-Demo in Berlin im Sommer des Jahres. Dort demonstrierte die „Palästinensische Gemeinschaft in Deutschland“ (PGD) jeweils mit. Wie nun Recherchen von „Tichys Einblick“ und „Welt“ über die neu einberufene Berliner „Expert*innenkommission Antimuslimischer Rassismus“ ergaben, gibt es Verbindungen vom Netzwerkpartner der ndo, Inssan e.V., zur Hamas-nahen PGD und zwar über Mohamed Hajjaj, der wie Lydia Nofal bei der SPD, beim ZMD und bei Inssan e.V. aktiv ist.

May Yufanyi, ebenfalls Mitarbeiterin des auch vom grünen Justizsenator geförderten Inssan e.V., machte schon in den Sozialen Medien für Samidoun Werbung. Inssan-Projektleiterin Zeynep Cetin vom „Netzwerk gegen Diskriminierung und Islamfeindlichkeit“ trat schon im Auftrag der Bundeszentrale für politische Bildung (BpB) auf und bekämpft mit dem „Center for Intersectional Justice“ (CIJ Berlin) und Christine Buchholz (LINKE, marx21) das Neutralitätsgesetz. Vom CIJ Berlin wird im Folgenden noch die Rede sein.

Die Instrumentalisierung von Kundgebungen gegen Rassismus

Schon 2020 fielen auf Demos gegen Rassismus, unter dem Motto „#Moria befreien jetzt“ u.a., beteiligte Gruppen wie „Palästina Antikolonial“ mit israelbezogenem Antisemitismus auf: So wurde auf einer Demonstration des Bündnisses „Migrantifa Hessen“ Israel als „Kolonialstaat“ bezeichnet, „Palestine will be free – from the river to the sea“ gesungen und und mit „Yalla Intifada“-Rufen auf Terror gegen Israel angespielt. Aufgerufen hatten neben „Migrantifa Hessen“, „Black Lives Matter FFM“ sowie die Aktionsgruppe „Seebrücke“. Auch Komikerin Enissa Amani zeigte sich begeistert auf der Demo.

Der stellvertretende Vorsitzende der Jüdischen Studierendenunion Deutschland (JSUD), Ruben Gerczikow, kommentierte auf Twitter:

„Viele antirassistische Bündnisse sind kein Safe-Space für Juden und Jüdinnen. Oftmals werden Bündnisse mit antisemitischen Organisationen geschlossen. Das macht es für Betroffene von #Antisemitismus sehr schwierig.“

Irritierend auch die Berichterstattung dazu von „Belltower News“ (Portal der ehemaligen Stasi-Mitarbeiterin Anetta Kahane, die in der DDR u.a. Juden denunzierte): Man nahm die Hamburger und Berliner „Black Lives Matter“-Demonstrationen zum Anlass, um über angebliche Polizeigewalt zu berichten: „Auf einem Foto Video [Fehler im Original] der Aktivistin Emily Laquer ist zu sehen, dass es sich hier überwiegend um Jugendliche mit einer Zuwanderungsgeschichte handelt.“

Sollte das Internetportal der Amadeu-Antonio-Stiftung (Belltower News war bis 2017 „Netz gegen Nazis“) aus Unkenntnis ausgerechnet eine Akteurin der vom Verfassungsschutz beobachteten „Interventionistische Linke“ als Zeugin zitieren und



Die türkischstämmige Aktivistin Ferda Ataman von den „Neuen Deutschen Medienmachern“, die u.a. für die Amadeu-Antonio-Stiftung der ehemaligen Stasi-Mitarbeiterin Anetta Kahane veröffentlichte

den Tweet der „Aktivistin“ dazu zeigen? Auch die Übernahme eines Tweets von ausgerechnet „Migrantifa Berlin“, der Polizeigewalt zeigen soll, spricht nicht für „Belltower News“ Seriosität.

Im Magazin der Stiftung Mercator namens „AufRuhr“ bekam Ferda Ataman Gelegenheit, „Migrantifa“-Gruppen zu loben:

„Hanau hat in den migrantischen und postmigrantischen Communities Spuren hinterlassen und Verunsicherung und Sorge haben viele mobilisiert. In mehreren Städten [...] haben sich wütende junge Menschen in „Migrantifa“-Gruppen zusammengeschlossen, die sich trotz Corona weiter organisieren und gegen Rassismus engagieren, beispielsweise Migrantifa NRW, Berlin, Frankfurt.“

Auch die „Junge Islam Konferenz“ bewarb „Migrantifa Berlin“ und den „Tag des Zorns“. Sowohl ndo als auch die „Junge Islam Konferenz“ werden von der Stiftung Mercator gefördert.

Hanau-Gedenkbündnisse: Jüdische Studentenorganisationen vor den Kopf gestoßen – „Migrantifada bis zum Sieg“

Dieses Jahr kam es nun auf gleich mehreren Gedenkveranstaltungen zum Anschlag in Hanau zu Beteiligungen von israelfeindlichen Gruppen und Zwischenfällen.

In Münster z.B. war „Palästina Antikolonial“ beteiligt, auch mit einem Redebeitrag, wogegen das Jugendforum der DIG protestierte, denn es werde das Gedenken an die Opfer rassistischer Gewalt instrumentalisiert. In Köln nahm ein Partner von „Palästina Antikolonial“, „Palästina Spricht NRW“, teil und sprach über den „Apartheidstaat“ Israel, „siedlungskolonialistische Unterdrückung“ und eine „Migrantifada bis zum Sieg“. Beteiligt war außerdem die vom Verfassungsschutz als linksextreme, marxistisch-leninistische Jugendorganisation türkischen Ursprungs eingetragene Gruppe „Young Struggle“, die im Zusammenhang mit den Morden in Hanau bei ihrer Rede auch auf ein angebliches „Bombardement“ der „palästinensischen“ Bevölkerung durch Israel zu sprechen kam.

„Zärtlich-zornige Migrantifa“ titelt die „taz“

Auch in Berlin waren „Migrantifa Berlin“, „Young Struggle“ und ISD (Initiative Schwarzer Menschen in Deutschland, mit Tahir Della ndo) als „antirassistische Initiativen“ beteiligt, was die „taz“ zu einem Bericht inspirierte mit der Überschrift „Gedenken an Hanau: Zärtlich-zornige Migrantifa“, in dem auch die „berührende und kämpferische Atmosphäre mit Maske“ beschrieben wird. Hintergründe zum „Bündnis“ von „Migrantifa Berlin“ mit Akteuren wie den einschlägig bekannten „Jewish Antifa“, Zuher Jazmati oder dem „Theater X“ des Anti-Israel-Aktivisten Ahmad Shah bleiben unerwähnt. Shah sprach schon von seiner Arbeit als einer „kulturelle Intifada“ und bot einen Workshop mit dem Titel „BDS ist cool“ an – sein Jugendtheater wird weiter gefördert.

Die schon genannte Gruppe „Young Struggle“ war auch in Stuttgart beteiligt und nachdem die „Jüdische Studierendenunion Württemberg“ (JSUW) die befreundete „Migrantifa Stuttgart“ auf diesen wegen antisemitischer Beiträge ungeeigneten Partner aufmerksam machte, lud die „Migrantifa Stuttgart“ „Young Struggle“ aus. Wegen darauf folgender Drohungen entschied sich „Migrantifa Stuttgart“ jedoch letzten Endes, auch die JSUW auszuladen. In einem „Statement zu unserer Ausladung“ äußert sich die JSUW:

„Der Vorstand der JSUW war im Laufe der letzten Woche mit bestimmten Ereignissen konfrontiert, die uns wütend und schockiert zurücklassen. Diese möchten wir euch schildern:

Letzte Woche freuten wir uns über die Möglichkeit, bei der Kundgebung anlässlich des ersten Jahrestags des Anschlags in Hanau, bei welchem neun Menschen getötet wurden, sprechen zu dürfen.“

Am Ende der Schilderung der Auseinandersetzungen mit „Young Struggle“ und „Migrantifa Stuttgart“ heißt es:

„Außerdem fragen wir uns, was die Lehre aus Halle und Hanau sein kann, wenn auf die Anwesenheit einer jüdischen Organisation bei einer Kundgebung, die ein Zeichen gegen Rassismus, Hass und Ausgrenzung setzen soll, mit Drohungen reagiert wird.“

Wir wünschen uns eure Solidarität. Wir fordern euch dazu auf, sich mit Antisemitismus auseinanderzusetzen und uns zuzuhören.

Wir befinden uns weiterhin in Gesprächen mit der Migrantifa Stuttgart und hoffen, dass Situationen wie diese in Zukunft vermieden werden können. Außerdem haben wir uns bereits an den Beauftragten gegen Antisemitismus, Michael Blume, gewandt, sowie Ofek (Beratungsstelle bei antisemitischer Gewalt und Diskriminierung) um Beratung gebeten.

Wir hoffen, dass wir Lösungen finden werden und dass jüdische Stimmen in Zukunft auch in linken Räumen einen Platz haben.“

Eklat bei der Migrantifa Wien

Ähnlich erging es der Gruppe der „Jüdischen österreichischen HochschülerInnen“ in Wien, die trotz negativer Erfahrungen mit Kundgebungen der „Migrantifa Wien“, auf denen sie von BDS-Unterstützern angegriffen worden waren, die ihre Teilnahme verhindern wollten, dennoch am Gedenken

teilnehmen wollten. Nach dem Auftritt einer jüdischen „Aktivistin“, Isabel Frey, sah sich die Studentengruppe aber gezwungen, die Kundgebung zu verlassen, da Frey „das Gedenken missbraucht, um gegen ‚Jüdischen Faschismus‘ und für eine eindeutige Position im Nahostkonflikt aufzutreten“, wie die „Co-Präsidentin der JÖH und Repräsentantin junger jüdischer Student*innen und Aktivist*innen“ in einer Stellungnahme erklärt. Frey bedauerte später ihre Wortwahl, sie habe lediglich auf einen „besorgniserregenden Rechtsruck in jüdischen Gemeinden weltweit“ hinweisen wollen.

Ein strukturelles Problem?

Die postmodern gewendete Antirassismusbewegung, die auf Konzepte wie „Intersektionalität“ oder „Kritisches Weißsein“ fußt, sowie die auf „Dekolonisierung“ abzielenden „Postcolonial Theory“-Vertreter beziehen sich auf, wie eingangs erwähnt, Vordenker wie Judith Butler, Edward Said, Angela Davis oder Kimberlé Crenshaw. Diese sind für ihre Positionen zum Staat Israel bzw. zu BDS bekannt, Crenshaw vielleicht nicht ausweislich ihrer Texte, sondern ihrer Organisation, dem „Center for Intersectional Justice“ (CIJ Berlin), dem eine Reihe einschlägig bekannter „Aktivist*innen“ angehören wie Iman Attia und auch in Frankreich als BDS-Unterstützerinnen bekannte und mit der Muslimbruderschaft in Verbindung gebrachte Frauen wie Rokhaya Diallo, Hanane Karimi oder Fatima Zibouh (die JR berichtete in „Der 1-Milliarde-Euro-Deal“, Dezember 2020). Das CIJ kooperiert mit der Böll-Stiftung und auch mit dem Berliner Maxim-Gorki-Theater. Die Leiterin der Roma-Interessenvertretung „RomaniPhen“, Isidora Randjelović, gehört ebenfalls dem CIJ Berlin als Projekt-Managerin an. In den Eigendarstellungen und Projektbeteiligungen ist „RomaniPhen“ ebenfalls einschlägig: Aufrufe zum „Internationalen Frauenkampftag“ werden mit Frauen in „Palästinenser“-Tuch und -Flagge sowie einer Steinschleuder bebildert, auf Fotodokumentationen von Projekten sind junge Mädchen mit Kopftuch in „Palästinenser“-Tuch-Muster zu sehen. Am diesjährigen „Frauen*kampftag“ in Berlin nahm „RomaniPhen“ auch teil, dort wehten „palä-

stinensische“ Fahnen, „palästinensische“ Lieder und „Please take care of your Palestinian comrades!“ waren zu hören, zum Motto gehörte „Break the Silence“. Zu den weiteren Teilnehmern gehörten „Palästina spricht“, „Migrantifa Berlin“ und „Black Lives Matter Berlin“.

Iman Attia von der Alice-Salomon-Hochschule gehört dem RomaniPhen-Netzwerk ebenfalls an, „RomaniPhen“ kooperiert auch mit EOTO e.V. und difamierte mit Inssan e.V., Xart Splitta und „Nicht ohne meinen Glauben“ (mit Zuher Jazmati) das Bündnis „ehelos statt wehlos“, das sich gegen Homo- und Transfeindlichkeit und Antisemitismus in Neukölln einsetzt, als „rechtspopulistisch“. „RomaniPhen“ erhält Förderung von der Stiftung EVZ und vom Bundesprogramm „Demokratie leben!“.

„Das einzige wirksame Mittel gegen Rassismus ist Klassenkampf“

Eine weitere Kundgebung wird mit den genannten Akteuren „RomaniPhen“, „Migrantifa Berlin“, „Seebücke“, „Interventionistische Linke“, „Deutsche Wohnen und Co. Enteignen“, „Lower-ClassMagazine“, „Antifa Nordost“ sowie Ferat Kocak, LINKE, stattfinden: die „#ROMADAYparade“, „Für eine gerechte Erinnerungskultur!“. Ferda Ataman mobilisiert bereits, sie hat der Initiative auch ihren Twitteraccount bis zum Tag der Demonstration überlassen.

Und auch am 1. Mai wird „Migrantifa Berlin“ wieder aktiv, sie twittern anspielerreich mit Feuer-Emojis:

„Wir haben mit den Freund:innen vom LCM darüber gesprochen, warum wir dieses Jahr die revolutionäre 1. Mai Demo am Kampftag der Arbeiter*innen mitorganisieren!“

„Das einzige wirksame Mittel gegen Rassismus ist Klassenkampf.“

In einem Interview mit dem „Lower-ClassMagazine“ erzählt Aicha Jamal, „Pressesprecherin des Revolutionären 1. Mai Bündnisses und Mitglied von Migrantifa Berlin, über den Kampftag der Weltarbeiterklasse und wie man ihn dieses Jahr in Berlin begehen möchte“:

„Es ist uns vor allem wichtig, dass der Klassenkampf migrantischer wird – und

dass überhaupt Klassenkampf in diesem Land stattfindet. Es geht uns auch darum, aufzuzeigen, dass liberaler Antirassismus nichts bringt. [...] Der Kapitalismus trägt den Rassismus in sich wie die Wolke den Regen, könnte man in Abwandlung eines Zitats von Jean Jaures sagen. Das einzige wirksame Mittel gegen Rassismus ist Klassenkampf.“

[...] Ein weiteres Thema ist der Ausverkauf der Stadt, die Spekulation auf dem Wohnungsmarkt. [...] weswegen es auch einen Enteignungs-Block auf der Demo geben wird.

Natürlich spielen auch die Kämpfe in den Herkunftsländern unserer Freund:innen eine große Rolle, in denen ja oft genug der deutsche Imperialismus mitmischte: Kurdische Genoss:innen werden mitlaufen, [...] Palästina und der Sudan werden eine Rolle spielen.“

Tatsächlich war Enteignung dann eines der großen Themen der „Revolutionäre 1. Mai Demo“, die unter dem Motto „Yalla Klassenkampf“ in Berlin-Neukölln stattfand. Für die Initiative „Deutsche Wohnen & Co. enteignen“ wurden Unterschriften gesammelt, dazu gab es Aufkleber und Flyer in Deutsch, Türkisch und Arabisch. Initiator Michael Prütz lobt die spanischen, türkischen, vietnamesischen und kurdischen Mitstreiter, „Wichtiger Aspekt unserer Kampagne ist der Internationalismus“, und träumt vom „vollständigen Sieg“. Er verfügt über Mittel für aufwändige Großplakate, „Headquarters“ und drückerkolonnenartige Unterschriftensammler und Plakattierer, sie versehen wohl U-Bahnhöfe mit Aufklebern und Graffiti, „Deutsch Wohnen“, „Niemand muss Bulle sein“, „Kill Padovic“. Gemeint ist Gijora Padovicz, ein „Immobilienmogul“, wie das „neue deutschland“ ihn betitelt, und Hassobjekt der Szene, seit es zur Räumung des „queerfeministischen Wohnprojekts ‚Liebig34‘“ kam.

Auch den zweiten Schwerpunkt der Migrantifaschisten kündigte im Vorfeld schon das „Mobilisierungsplakat“ an mit der Abbildung der Flugzeugführerin Leila Khaled von der oben erwähnten Terrororganisation PFLP. Ein Umstand, der an Manfred Götzke vom Deutschlandfunk

wohl völlig vorbeigegangen sein muss, denn er meldete sich munter live vom Herrmannplatz: Es gebe „viele Antifa-Fahnen und arabische, palästinensische Fahnen zu sehen“ und es gehe bei dieser Veranstaltung um die Themen Rassismus und Diskriminierung. Diese sparsame Berichterstattung ist interessant, gestalten doch Atamans „Neue Deutsche Medienmacher“ schon weite Teile des DLF-Programms, wenn es um die Themen „Antirassismus“, „Dekolonisierung“ und Migrantquoten für Chefredaktionen geht.

Dass also an der Demonstration Gruppen wie „Palästina spricht“, aber auch die einschlägig bekannte linke „Jewish Antifa“, kurzfristig dazugeladen, teilnahmen, und Studenten mit Mao-T-Shirts, ein vielleicht 4 Jahre altes Mädchen mit „Puck the Foice“-T-Shirt und eine etwa 10-Jährige mit Palästinenserflagge zu sehen waren, war keine Überraschung. Ebenso wenig überraschten Plakate mit Botschaften wie „Der Kampf gegen Apartheid geht weiter“ oder „No Pinkwashing - Occupation kills“, Rufe nach „Intifada“ und Sprechchöre wie „Yes, yes, BDS!“ und „Palestine will be free - From the river to the sea!“, die in diesem, laut Veranstalter, „migrantischen Bezirk“, gut ankamen. Überraschend war allerdings die Teilnahme des alevitischen Studierendenbundes, der sich trotz Terroristinnen-Hommage und Öcalan- und Tamil Tigers-Bannern nicht irritieren ließ.

Zum Ausklang bleibende Erinnerungen

Hatten die Veranstalter im Vorfeld zwar darum gebeten, auf Alkohol und Drogen zu verzichten, „viele unserer Communities fühlen sich unwohl in der Präsenz von Alkohol und Drogen-Konsum“, und gemahnt, aus Respekt vor den migrantischen Anwohnern keine Scherben zu hinterlassen, ging dieser Wunsch nicht in Erfüllung. Der Abend klang wenig „halal“ mit Flaschen- und Steinwürfen auf Polizeibeamte und mit in Brand gesetzten Barrikaden aus – verbrannte Roller und eingeschlagene Imbiss- und Autoscheiben sorgten für bleibende Erinnerungen an diesen ersten Mai.

„J_üdinnen“: Wo Gender-Wahn den letzten Respekt für jüdische Menschen vermissen lässt

Die FU Berlin beseitigt den Begriff „Juden“ und verballhornt ihn im Zuge des gerade unter Akademikern um sich greifenden Gender-Irrsinns zu „J_üdinnen“. Damit machen die Genderisten ganz im Sinne Hitlers die Auslöschung des Wortes „Juden“ nun auch verbal komplett.

Von Julien Reitzenstein

Es gibt viele Gründe, Menschen, die sich für Gerechtigkeit einsetzen, grundsympathisch zu finden. Denn von Anbeginn ist es die Idee von Gerechtigkeit, die den Maßstab jeden menschlichen Zusammenlebens definiert. Betrachtet man aber dieser Tage Versuche in diese Richtung durch die Schaffung neuer Wortformen, drängen sich Fragen auf: Wo sind die Grenzen dieser Entwicklung? Soll Sprache für Gerechtigkeit in Gegenwart und Zukunft sorgen – und: Muss sie das auch für die Vergangenheit?

Worüber sich nicht debattieren lässt: Unpassende Vergleiche und Geschmacklosigkeiten im Zusammenhang mit der Ermordung von sechs Millionen Juden durch Deutsche sind zu vermeiden. Auf Raub von Besitz und Heimat folgte die Vernichtung.

Rassistische Forschung

Manche Opfer des Nationalsozialismus mussten nach ihrer Ermordung der Forschung dienen und wurden nicht ordentlich bestattet. So ging es Opfern des Verbrechens der Straßburger Schädelammlung, aber auch jenen, die nach ihrer Ermordung zu „Forschungszwecken“ in das Kaiser-Wilhelm-Institut für Anthropologie, menschliche Erblehre und Eugenik (KWI-A) an die Ihnestraße 22 in Berlin-Dahlem verbracht wurden. Die wissenschaftliche Einrichtung stand Anfang der 40er Jahre unter der Leitung von Otmar Freiherr von Verschuer in engem Austausch mit dem Genetiker und SS-Arzt Josef Mengele in Auschwitz. Die Liegenschaft gehört heute der Freien Universität (FU). Unlängst wurden verscharrte sterbliche Überreste von Opfern aufgefunden, worauf ein Forschungsprojekt ins Leben gerufen wurde, um dieses düstere Vergangenheitskapitel akribisch aufzuarbeiten.

Der hochkarätig besetzte wissenschaftliche Beirat verheißt seriöse Forschungsergebnisse. Auf der Homepage des „Projekts Ihnestr. 22“ ist zu lesen: „In der Ihnestr. 22 forschten Wissenschaftler_innen schließlich auch an den Körpern von Personen, die in nationalsozialistischen Vernichtungslagern und Heilanstalten ermordet wurden. Insbesondere Sinti_ze und Rom_nja, J_üdinnen, schwarze Personen und Menschen mit Behinderung fielen den Arbeiten des KWI-A zum Opfer.“ Solches darf man da mehrfach lesen. Und ja, dort steht tatsächlich: J_üdinnen.

Menschen aus unserer Mitte geschah unermessliches Unrecht. Man nahm ihren Besitz, ihre Familien, ihre Würde, ihr Leben, schändete ihre Leichen – und versucht nun den Ermordeten mit geschlechtergerechter Sprache wozu genau zu verhelfen? Gerechtigkeit? Das wirkt geschmacklos, das ist übergriffig und vor allem – wem ist damit geholfen?

Eine Frage des Respekts

Man muss mit Eifer für die Chancengerechtigkeit aller kämpfen. Es ist eine Frage des Respekts, jeden so anzusprechen, wie er angesprochen werden möchte – egal, was im Duden steht. Aber es darf nie zur Normalität werden, dass Menschen, nachdem sie als Opfer des grauenvollsten Verbrechens der Geschichte in größtmöglicher Weise geschändet worden sind, ohne ihr Wissen und Wollen abermals zum Teil einer Ideologie gemacht werden. Die in der Ihnestraße 22 verscharrten Opfer mörderischer Rassisten haben eine würdige Bestattung und ein angemessenes Gedenken verdient. Wer diese Opfer aber instrumentalisiert, um sich selbst als Zelebator*in der Gerechtigkeit zu präsentieren, schändet sie ein weiteres Mal.

Julien Reitzenstein forscht und lehrt als Historiker zu NS-Verbrechen und Ideologiegeschichte.

Warum ich den DJV verlassen habe

Der Deutsche Journalistenverband, der Berufsverband der „vierten Gewalt“, gefällt sich ganz ungeniert als linkes Aktionsbündnis und Büttel der Regierung.

Von Oliver Driesen

Man schrieb das Jahr 1967, als die regierungsfremde Springer-Presse gegen die antiautoritären Demonstranten der APO hetzte. Die Reaktionen in den Redaktionen von „Welt“ oder „Bild“ frohlockten damals und in den Folgejahren geradezu, wann immer es diesem rebellischen Pack einmal richtig gezeigt worden war.

So auch, als am 2. Juni 1967 studentische Demonstranten in Berlin gegen den Besuch des Schahs von Persien protestierten, der in seiner Heimat politische Gegner foltern und töten ließ. Unter die Demonstranten hatte sich eine Gruppe von Persern gemischt, die vermeintlich ihrem Staatsoberhaupt zujubeln wollte, dann aber urplötzlich viele der Studenten mit Dachlatten und Totschlägern attackierte. Es kam zu schweren Gewaltexzessen.

Ein Großteil der Berliner Presse versuchte damals, diese Gewalt den Studenten anzuhängen. Auf einem Pressefoto war eine verletzte Augenzeugin zu sehen. Sie sei „Opfer des studentischen Terrors“, hieß es dazu auf den Titelseiten von Springer-Publikationen – während die Frau in Wahrheit von einem Polizeiknüppel verletzt worden war. Die Veröffentlichung des Fotos eines prügelnden „Jubelpersers“ mit Totschläger in der Hand hingegen wurde von allen Zeitungen Westberlins abgelehnt. Kein Wunder, dass die Studenten der Springer-Presse vorwarfen: „Statt ihrer Informationspflicht zu genügen und wahrheitsgemäß über die Unruhe der Studenten zu berichten, hat sie die Bevölkerung systematisch gegen die Studenten aufgehetzt.“ Später kam zudem heraus, dass die militanten Jubelperser zur Diskreditierung des Studentenprotests vom persischen Geheimdienst engagiert worden war.

Geschichte wiederholt sich

Geschichte hat die Tendenz, sich zu wiederholen – auch die Geschichte der Medien. Nur manchmal mit umgekehrten Vorzeichen. Unter der Überschrift „Na also, geht doch“ lobte am 12. April 2021 ein Kommentar im Blog des Deutschen Journalistenverbandes schon im Vorspann: „Am Sonntag hatte die Polizei in Frankfurt die Lage unter Kontrolle und ließ den Demonstranten nichts durchgehen.“ Gemeint waren diesmal keine Studentenproteste – sondern der Versuch einer Kundgebung von „Querdenkern“ auf dem Platz vor dem Hessischen Rundfunk in Frankfurt. Der Ort war nicht zufällig gewählt, denn gerade von den aus Gebühren fast aller Bürger finanzierten Öffentlich-Rechtlichen fühlen sich die Maßnahmengegner journalistisch genauso diskreditiert wie die APO-Aktivistinnen von 1967 durch den Springer-Verlag.

Doch während die Corona-Maßnahmengegner und Pressekritiker sonst nahezu ungehindert den „Journalisten ihren Hass gegen die Regierung ins Gesicht brüllen“ konnten, so der Kommentar, hatten sie „diesmal die Rechnung ohne die Behörden gemacht. Die erteilten nämlich Demonstrationsauflagen, die offenbar so streng waren, dass der Veranstalter die Demo kurzerhand abblies.“ So konnten die Medienleute in und



Frank Überall ist Vorsitzender des Deutschen Journalisten-Verbandes DJV.

vor der HR-Zentrale letztlich „ungehindert das tun, was eigentlich überall selbstverständlich sein sollte: ihren Job machen.“ Wie Demonstranten vor dem Gebäude die Journalisten drinnen überhaupt an ihrer Arbeit hindern können, erörterte der DJV nicht weiter. Es gab allerdings gar keinen Job mehr zu machen. Denn wo Dissens im Keim erstickt wird, gibt es auch nichts mehr zu berichten – höchstens zu kommentieren.

Der Tonfall des Autoritären, mit dem sich der betont linke Berufsverband der deutschen Journalisten hier unverhohlen freut, weil das Demonstrationsgrundrecht endlich einmal gründlich niedergehalten wurde, er ist derselbe wie 1967 im damaligen Lager der fest etablierten Deutungsmacht. Betont progressive Journalisten protestierten wenig später Seite an Seite mit der Außerparlamentarischen Opposition gegen Notstandsgesetze der Bundesregierung. Auch die wohlmeinende Journalistengeneration heute hält sie sich für fortschrittlich und liberal – zusätzlich auch für woke, also erweckt – und merkt nicht einmal, wie sehr sie sich selbst vor den Karren eines zunehmend repressiven Macht- und Verbotsapparates spannt, statt sich um Grundrechte oder Meinungsvielfalt oder wenigstens das Verständnis der Argumente auf der Gegenseite zu bemühen.

Es muss der „richtige“ Hass sein

Dass ihnen Protestierer auf einer Demo ihren „Hass gegen die Regierung ins Gesicht brüllen“, damit mögen sich diese Journalistenfunktionäre nicht abfinden, die sich freiwillig die Regierungsbrille aufsetzen. Seit fast 16 Jahren im alternativlosen System Merkel sozialisiert, kennen diese Journalisten nichts anderes mehr als Richtigmeinende – oder eben Hassprediger. Obwohl es bei etwas Nachdenken historisch gar nicht völlig ohne Beispiel

ist, dass auf einer politischen Kundgebung regierungskritische Parolen und Meinungen lautstark verkündet werden – vor allem da, wo Mikrofone und Kameras in der Nähe sind. Aus Sicht des DJV scheint das nur dort in Ordnung zu gehen, wo diese Parolen etwa „Verbietet uns endlich etwas!“ lauten, wie ein Schild auf einer Hamburger Klimaschützer-Demo das im September 2019 forderte.

Oder, wenn wie am 15. April in Berlin Demonstranten gegen ein Urteil des Bundesverfassungsgerichts marschieren – manche ohne Maske, und die meisten ohne Mindestabstand.

Aber sie brüllen ja auch keinen Hass gegen Journalisten heraus. Sondern deuten auf einem Plakat schon einmal an, dass das Bundesverfassungsgericht angezündet werden könnte, wenn es sich noch einmal ein Urteil wie das gegen den Berliner Mietendeckel erlauben sollte.

Seine Genugtuung über das Demo-Aus bezieht der DJV-Kommentator vor allem aus seiner Wahrnehmung, Querdenker-Demos seien Brutstätten regelmäßiger Gewaltausbrüche gegen Journalisten. „Im Wochentakt“ gebe es Übergriffe: „Rempeleien, Prügel, Steinwürfe. Viel zu oft blieben die angegriffenen Korrespondenten allein. Von Polizeischutz keine Spur.“ Den „Wochentakt“ hätte ich in dem DJV-Kommentar gerne belegt gefunden. Das entlarvende Foto zum Kommentar zeigt eine für sich allein stehende ältere Dame im roten Mantel mit Protestschild um den Hals; ihr entgegen stellen sich drei hochgerüstete Bereitschaftspolizisten.

Es ist natürlich völlig indiskutabel, wenn Journalisten aus einer demonstrierenden Menge heraus angegriffen werden. Ich habe selbst große und kleinere Querdenker-Demonstrationen beobachtet und kann nur von meinen eigenen Erfahrungen berichten: Vielleicht mit Ausnahme von Kirchentags-

Friedensdemos in den Achtzigerjahren sind mir keine braveren, zivileren und bürgerlicheren Kundgebungen in Erinnerung als diejenigen der Corona-Maßnahmengegner. Und das sage ich ganz unabhängig davon, was von ihren Argumenten zu halten sein mag. Es wäre auch interessant, die Übergriffe von Demonstranten auf Corona-Kundgebungen einmal mit den routinierten linken Demos zum 1. Mai in Berlin und Hamburg oder im Hambacher Forst zu vergleichen. Dort kommt es laut Berichterstattung gern einmal zu „Rangeleien“, oder es heißt in schöner Passivkonstruktion: „Steine flogen“.

Zensur gegen Demo-Videos

Wer als Berichterstatter auf Kundgebungen gegen Corona-Maßnahmen andere Erfahrungen gemacht hat, sollte zumindest eine Möglichkeit ins Auge fassen: Was sich an Gewaltszenen bisweilen – und keineswegs im „Wochentakt“ – an den Rändern dieser Proteste zuträgt, könnte wie 1967 aus einer nahezu undurchdringlichen Grauzone herrühren. Diese Grauzone wird bestimmt von ungebeten mitlaufenden Spinnern, Provokationen durch militante Gegendemonstranten, politischem Druck auf die Polizeikräfte vor Ort, Härte zu zeigen, und durch mediales Framing. Der Journalist Boris Reitschuster hatte vieles davon in langen Live-Videostreams von Querdenker-Demonstrationszügen dokumentiert (die allerdings mittlerweile von der YouTube-Zensur gerne einmal mittendrin abgeschaltet werden). Und wer in den gutmeinenden Zeitungen und Sendern die Nase über Reitschuster rümpft, muss sich fragen lassen: Wo bleiben eure Berichte über diese Demonstrationen, einschließlich der Gespräche mit dem Demonstranten?

Dass sich der Berufsverband der sogenannten vierten Gewalt mit solchem Wegblenden und Ausknipsen von Protest behaglich arrangiert hat, dass er selbst in seiner Mehrheit Teil der Verbots- und Niedermach-Kultur geworden ist, dass er nicht nur klammheimliche Freude zeigt, wenn Kritiker von Regierungsmaßnahmen um ihr Recht auf politisches Gehör kämpfen und dabei der Ordnungsmacht unterliegen – all das bestätigt mich in meinem Schritt vom vergangenen Jahr, nach langjähriger Mitgliedschaft aus dem DJV ausgetreten zu sein. Die Fälle politischer Einseitigkeit, durch Corona noch einmal verstärkt, hatten sich unter dem Vorsitz des WDR- und taz-Journalisten Frank Überall schon zuvor bei anderen Gelegenheiten gehäuft.

Es ist erschreckend und für unsere Demokratie bedrohlich, wie sehr der DJV und die Leitmedien, die er in erster Linie vertritt, inzwischen erste (gesetzgebende), zweite (exekutive) und dritte (judikative) Gewalt in einem zu imitieren versuchen. Nur die vierte wollen sie nicht mehr sein: Kontrollleurin der Mächtigen. Das vierte Bein, auf dem unsere freiheitliche Nachkriegsordnung stehen sollte, droht damit wegzuknicken – während das Ganze ins Taumeln gerät.

Oliver Driesen ist Journalist und Buchautor in Hamburg. Er schreibt über gesellschaftliche und wirtschaftliche Themen.

Zum Tag der Pressefreiheit: Deniz Yücel vs. Boris Reitschuster – ein Vergleich

Ebenso verzerrt wie die Wahrnehmung des demokratischen Israel ist hierzulande der Umgang mit kritischen Journalisten: Sehr auffällig ist gerade in der letzten Zeit die solidarische Ungleichbehandlung des vom hiesigen linken Journalisten-Klüngel mit Sympathie geradezu überschütteten Deniz Yücel einerseits und die offensichtliche Diffamierung von Boris Reitschuster andererseits.



Von Dirk Maxeiner

Boris Reitschuster (links), ehemaliger Moskau-Korrespondent des „Focus“, und der türkischstämmige Journalist Deniz Yücel

Es ist nicht ganz drei Jahre her, da sprang Achgut.com Deniz Yücel zur Seite. Er war gerade ein Jahr aus türkischer Haft entlassen, als die AfD-Fraktion forderte, die Bundesregierung möge sich jetzt von üblen Aussagen in Yücel's alten „taz“-Kolumnen distanzieren. Dies sei nötig, weil sich die Regierung doch so stark für seine Freilassung aus türkischer Haft eingesetzt hätte, begründete ein Redner dieses Ansinnen. Achgut.com fand das überhaupt nicht nötig.

Yücel war in seiner taz-Kolumne nicht nur zu den Deutschen grob. Im Umgang mit den Kriegern des Islamischen Staats empfahl er auch diesen, sie mögen sich doch möglichst schnell ins Paradies befördern. Kurzum, Yücel machte von seinem Recht auf freie Meinungsäußerung und der Pressefreiheit wirklich großzügig Gebrauch. Und in dieser Hinsicht gibt es für Achgut.com kein Aber. Schon gar nicht, wenn ein Kollege auf die schwarze Liste des türkischen Ministerpräsidenten Erdogan gerät und von ihm hinter Gitter gesteckt wird. Und wenn er wieder hier bei uns ist, tritt man nicht nach, sondern freut sich, dass er raus ist.

Es ist eine Selbstverständlichkeit, dass Medien in einer solchen Situation einem der ihren zur Seite springen. Es ist eine Selbstverständlichkeit, dass eine deutsche Regierung sich für seine Freilassung engagiert. Es ist eine Selbstverständlichkeit, dass man unter solchen Umständen die politischen Meinungsverschiedenheiten einmal zurückstellt. Und so geschah es bei Yücel auch. Der Zeitpunkt, in dem man über die Gräben hinweg für Freiheit und Recht einstehen muss, ist aber eigentlich schon viel früher gekommen. Wenn jemand erst einmal eingesperrt wird, ist es zu spät.

Reitschuster nervt Regierungsmitglieder sichtlich

Und damit sind wir bei Boris Reitschuster. Nein, niemand wird ihn einsperren. Man muss hierzulande nämlich niemanden einsperren, um ihn einzuschüchtern und mundtot zu machen. Das geht in digitalen Zeiten sehr viel eleganter. Reitschuster, ehemaliger Moskau-Korrespondent des „Focus“, wurde den Mächtigen schon in Putins Reich lästig, und er ist sich treu geblieben. Wäre er in Istanbul oder Ankara statt in Moskau stationiert gewesen, hätte er sich auch nicht anders verhalten. Insofern sind er und Yücel Brüder im Geiste. Es ist eine Selbstverständlichkeit, dass wir uns für die Rechte solcher Kollegen einsetzen, weil es schlicht um die Pressefreiheit als solche in diesem Lande geht.

Reitschuster nervt sichtlich auch hiesige Regierungsmitglieder und Regierungssprecher in der Bundespresskonferenz. Reitschuster stellt die falschen, das heißt die richtigen Fragen. Und er begleitet mit seiner Kamera die sogenannten „Querdenker-Demonstrationen“, wobei er zahlreiche Interviews führt. Damit unterläuft er das verbindliche Narrativ von der moralischen Verwerflichkeit dieser Demonstrationen. Auch das nimmt man ihm übel. Er schaut den Herrschenden und dem Volk aufs Maul. Und er entscheidet selbst, mit wem er spricht und mit wem nicht. Und deshalb ist er lästig und soll weg.

Achgut.com und seine Autoren kennen die Methoden aus reichlicher persönlicher Anschauung. Diffamierung als „rechts“ durch einschlägige Vorfelddorganisationen, wie die Amadeu-Antonio-Stiftung der Stasi-Zuträgerin Anetta Kahane (IM Victoria). Gezielte

Denunziation bei Anzeigen-Kunden, um die persönliche und publizistische Existenzgrundlage zu vernichten. Keine Auftritte mehr in großen Medien oder Talkshows. Sperrungen und Lösungen auf Facebook, Youtube, Twitter & Co. Diskreditierung durch sogenannte „Faktenchecker“ wie „Correctiv“, die nichts anderes sind als staatstreue Propaganda-Werker. Und jetzt wurden auch noch die gebührenfinanzierten Landes-Medienanstalten als Auffasser für Youtube-Kanäle per Gesetz installiert. So macht man den Bock zum Gärtner.

Wie dieses ganze Zensurprogramm aussieht und künftig verstärkt aussehen wird, darauf wirft der Fall Reitschuster ein Schlaglicht. Unter tätiger Mithilfe übrigens von Medien wie der „Süddeutschen Zeitung“, die sich mit einem besonders niederträchtigen Stück über Reitschuster staatlicher Unterstützung anempfohlen hat. Sie bildete gleichsam die Vorhut dessen, was am Osterwochenende geschah. Reitschusters erfolgreicher Youtube-Kanal wurde gesperrt. Über 200.000 Abonnenten wurden von einer Informationsquelle abgeschnitten, die die Regierungspolitik nicht gut aussehen lässt. Seine Vergehen: Er hat seine Arbeit gemacht und auch Menschen zu Wort kommen lassen, die sonst nicht zu Wort kommen. Möglich macht dies eine perfide Mischung aus neuen Gesetzen und damit der Privatisierung von staatlicher Zensur. Sie ist ausgelagert, und man wäscht in Berlin seine Hände wie immer in Unschuld.

Willkür wegen „Falschbehauptungen“

Angeblich enthalten Interviews und Redeausschnitte in der Stuttgart-Be-

richterstattung von Reitschuster falsche Aussagen. Wenn das ein Kriterium für das Erlaubtsein von Interviews und Talkshows wäre, müssten praktisch alle einschlägigen Politiker-Interviews und Talkshows verbannt und abgeschaltet werden. Am heutigen Montag machte Youtube nach anfänglicher Zurückweisung von Reitschusters Widerspruch schließlich einen Rückzieher, Reitschusters Kanal ist wieder frei. Willkürlicher und undurchsichtiger gehts nicht. Ohne den massiven Protest wäre das kaum so schnell erfolgt. Der Druck entstand durch Leser und neu entstandene kritische Medien wie Achgut.com. Doch die Zensurschraube wird weitergedreht werden, solche Maßnahmen sind ja stets auch ein Wink mit dem Zaunpfahl für andere, damit sie gar nicht erst auf die Idee kommen, aus dem erlaubten Meinungsspektrum auszubrechen. Frei nach Mao: Strafe einen und erziehe hunderte.

Diejenigen im Medienbetrieb, die solche Anschläge auf Meinungs- und Pressefreiheit mit klammheimlicher Freude verfolgen oder auch noch befeuern, werden ihre Hände nicht in Unschuld waschen können. Vor allem nicht vor sich selbst. Denn sie sind, wenn es so weitergeht, eher früher als später auch an der Reihe. Zensur und Unterdrückung schreckt sehr bald auch vor ihren eigenen Propagandisten nicht zurück. Erstaunlicherweise scheinen viele Kollegen das vergessen zu haben. Dabei sollte es gerade für jene eine Selbstverständlichkeit sein, den Reitschusters in diesem Lande beizuspringen, die sich vor ein paar Jahren so vehement für Deniz Yücel eingesetzt haben. Besonders schön wäre es natürlich, wenn Deniz Yücel selbst ein paar Worte dazu verlieren könnte.

Migrantengewalt in Hennef – Eine Stadt schweigt

Seit Jahren ignoriert die beschauliche Stadt bei Bonn die zunehmende, nicht selten sexuelle Gewalt gegen ihre eigenen Bürger – vor allem wenn diese von islamischen Zuwanderern verübt wird.

Von David van den Berg

Wenn die Juden eines aus der Geschichte gelernt haben, dann dass das Totschweigen von Problemen diese oft noch verschlimmert. Zahlreiche jüdische Experten warnen seit langem vor den negativen Folgen der illegalen Massenzuwanderung nach Deutschland. Juden leben seit vielen Jahrhunderten in oder dicht neben den moslemischen Herkunftsländern der meisten Zuwanderer. Daher wissen sie besser als andere, welche gefährliche und aggressive Mentalität nicht wenige Immigranten bei ihrer Reise in die Bundesrepublik mit im Gepäck haben.

Da deutsche Politiker und Journalisten die Gefahren oft nicht wahrhaben wollen, verschweigen und verharmlosen sie in vielen Fällen Straftaten von Zuwanderern. So passiert es auch in Hennef an der Sieg, einer scheinbar beschaulichen Stadt bei Bonn mit rund 50.000 Einwohnern.

Zuletzt machte Hennef im Januar bundesweit Schlagzeilen, weil sich der amtierende 31-jährige SPD-Bürgermeister Mario Dahm und sein 56-jähriger CDU-Amtsvorgänger Klaus Pipke vorzeitig gegen Corona impfen ließen. Die Presse machte aus einer Mücke einen Elefanten und beschimpfte beide als „Impfdrängler“. Sogar das ZDF schickte ein Kamerateam. Wie so oft skandalisierten die Medien belanglose Geschehnisse und greifen die echten Skandale kaum oder gar nicht auf.

Wirklich skandalös ist hingegen das Leid einer Mutter in Hennef. Doch darüber berichtet kein öffentlich-rechtliches Fernsehprogramm. Der Syrer Mohammed B. vergewaltigte die Mutter zweier Kinder an einem Samstagabend im September 2019 hinter einem REWE-Supermarkt am Ortsrand. Ein Jahr später wird er vom Landgericht Bonn zu drei Jahren und zehn Monaten Haft verurteilt. Bis heute ist er allerdings nicht im Gefängnis, denn sein Verteidiger hatte Revision eingelegt. Auch wenn das allein schon unfassbar genug wäre, kommt es noch schlimmer: Der Syrer, selber Familienvater, ist ihr Nachbar. Zudem gehen seine Kinder mit denen der vergewaltigten Frau in dieselbe Kindergartengruppe. So laufen sich Täter und Opfer fast jeden Tag über den Weg. Die Henneferin lebt seit rund anderthalb Jahren in einem Albtraum, der nicht enden will. „Er steigt bewusst aus dem Auto aus, gibt mir immer noch das Gefühl, dass ich das verdient habe, was er mir und meiner Familie angetan hat, und von Reue ist da überhaupt keine Spur“, sagt die traumatisierte Mutter.

Und was tun der Bürgermeister Mario Dahm (SPD) und die Stadt Hennef? Nichts! Obwohl die vergewaltigte Frau dem Bürgermeister schon persönlich ihr Leid geklagt hatte, setzte er sich nicht für einen Wohnungswechsel des Täters Mohammed B. ein. Auch unterließ er es die Bevölkerung über die Gefahr zu informieren, die von dem frei herumlaufenden Straftäter ausgeht, der angeblich als „Schutzsuchender“ nach Deutschland kam.

Der Mann aus Syrien ist wie immer

kein Einzelfall. Schon viele Hennefer Frauen und Kinder hatten unter der Zuwanderungspolitik des Bundes, der Stadt und speziell unter der Ideologie von Mario Dahm zu leiden, der 2015 auf der Internetseite der SPD überschwänglich und vollkommen unkritisch schrieb: „Hennef heißt Flüchtlinge willkommen!“. Die offizielle Kriminalstatistik der Polizei zeigt für den Ort eine Zunahme der jährlichen Sexualstraftaten von weit über 100 %, wenn man die Zahlen für 2013 und 2018 vergleicht – also vor und nach der Zuwanderungswelle von 2015. Ein Originalzitat aus der Kriminalstatistik 2019 des Rhein-Sieg-Landkreises, in dem Hennef liegt: „Mit einem Anteil von 31,19 % sind die nichtdeutschen Tatverdächtigen deutlich ÜBERrepräsentiert.“

Drei vierzehnjährige Mädchen

Weitere Hennefer Leidtragende sind beispielsweise drei Mädchen, die Opfer unterschiedlicher Täter wurden, aber zufälligerweise zum Tatzeitpunkt alle 14 Jahre alt waren:

Am 17. Mai 2017 vergewaltigte der Nordafrikaner Binian T. am Allner See bei Hennef unter einer Autobahnbrücke mehrfach eine Teenagerin. Er soll sie zunächst gepackt, gewürgt, zu Boden gerissen und zum Oralsex gezwungen haben. Weinend lief das Mädchen weg, doch dann stolperte sie. Da soll der Afrikaner sie erneut festgehalten, ihr zweimal mit der Faust ins Gesicht geschlagen, sie ausgezogen und erneut missbraucht haben. Binian T. wurde Ende 2017 zu acht Jahren Haft verurteilt. Er war übers Mittelmeer nach Italien gekommen bzw. gebracht worden. Obwohl in Italien Menschen nicht politisch verfolgt werden, reiste er von dort nach Deutschland weiter.

Im Oktober 2018 durfte die junge Hennefer Gymnastin Lika zum ersten Mal alleine mit dem Zug ins nahegelegene Köln fahren. Als sie am dortigen Hauptbahnhof ankam, wurde sie Opfer eines terroristischen Brandanschlags mit anschließender Geiselnahme durch den Syrer Mohammad R. Er konnte erst von einem SEK-Kommando mit mehreren Schüssen gestoppt werden. Das 14-jährige Mädchen lag monatelang im Kinderkrankenhaus. Es wurde mindestens acht Mal operiert. Zehn Prozent seiner Haut waren verbrannt. Die Ärzte mussten Teile der Kopfhaut auf die verbrannten Beine transplantieren. Mohammad R. war 2015 als Flüchtling eingewandert und seit seinem Grenzübertritt bereits 13 mal wegen verschiedener Straftaten aufgefallen. Untersuchungen ergaben, dass er der Terrorgruppe „Islamischer Staat“ (IS) nahestand.

Im September 2020 zeigte ein Mädchen mehrere aus Bulgarien stammende Männer an, weil diese sie an einer Hennefer Bushaltestelle in ein Auto gelockt und darin mehrfach zum Geschlechtsverkehr gezwun-



gen haben sollen. Obwohl die jungen Männer zugaben, mit dem Mädchen Sex gehabt zu haben, musste das Gerichtsverfahren gegen die Ausländer im März eingestellt werden, weil das traumatisierte Mädchen nicht in der Lage war, eine brauchbare Aussage zu machen.

„Sichere Häfen“ – für wen?

Und wie antwortet die Stadt Hennef auf diese Vorfälle? Gibt es öffentliche Verurteilungen der Taten, Gedenkgottesdienste oder großangelegte Hilfsmaßnahmen für die betroffenen Familien? Nein! Die Stadt setzt sogar noch eins drauf: Sie schloss sich am 15. März 2021 der Initiative „Sichere Häfen“ der linksradikalen Bewegung „Seebrücke“ an. Die dubiose Bewegung hat mehrere Unterstützer, die der Verfassungsschutz beobachtet, und wird von Experten als Schleuserorganisation eingestuft. Ihr Ziel ist es, weitere Migranten aus dem zumeist islamischen Nahen Osten und Nordafrika nach Deutschland zu holen und in jene Städte umzuleiten, die sich selbst naiverweise zu „sicheren Häfen“ erklärt haben.

Auf der Internetseite hennef.de heißt es jetzt „Die Stadt Hennef ist eine offene und eine bunte Stadt. Hier ist Jede und Jeder willkommen!“. Ob „Jede/r“ vor ihrer/seiner Einreise kontrolliert wurde, ist nach dem Wortlaut zweitrangig. Wie er sich vor Ort verhält, wahrscheinlich auch. In Hennef soll offenbar jeder sicher sein – nur nicht die Hennefer selbst.

Willige Helfer der linken Hennefer Stadtregierung sind die lokalen Journalisten. Wenn sie überhaupt über die Vergewaltigungen und sonstigen Straftaten von Einwanderern in der Stadt berichten, lassen sie gerne in den kurzen und unscheinbaren Berichten die Frage nach der Herkunft der Täter unter den Tisch fallen. Die Journalistin Ulrike Schödel vom WDR schafft es, in einer Kurzmeldung über die Verurteilung des syrischen Vergewaltigers der Hennefer Mutter Ende

2020 auf wdr.de nicht ein einziges Mal die Nationalität bzw. den Namen des Täters zu erwähnen. Damit unterschlägt Frau Schödel nicht nur eine wichtige Information, sondern erweckt zusätzlich den Eindruck, der Täter sei ein Deutscher gewesen. Diese Vorgehensweise erinnert auch an die späte, karge oder unzureichende Berichterstattung deutscher Medien über den antisemitischen Mord an der Pariser Jüdin Sarah Halimi durch den moslemischen Afrikaner Kobili Traore im Jahr 2017 und über die riesigen Demonstrationen in Frankreich nach der ausbleibenden Verurteilung des Mörders im letzten Monat.

Klima des Verschweigens und Wegschauens

Dieses Klima des Verschweigens und Wegschauens ist geradezu eine Einladung für Straftäter. So hat

sich in Hennef 2013 auch ungehindert der islamistische Verein „Medizin mit Herz“ breitmachen können. Der Verein gibt vor Hilfsgüter für Syrien zu sammeln. Akteure, die für den Verein tätig sind und für ihn werben, können der extremistisch-salafistischen Szene im Raum Bonn zugerechnet werden. Auf dieser Grundlage werden der Verein und seine Aktivitäten durch den Verfassungsschutz Nordrhein-Westfalen beobachtet. 2017 führte die Polizei beim Hennefer Verein eine Razzia durch. Die Behörden warnen davor, dass „Medizin mit Herz“ unter dem Deckmantel wohltätiger Arbeit versucht, bevorzugt Flüchtlinge in den Extremismus hineinzuziehen. Bis heute sind die Extremisten mit einer Seite bei Facebook präsent, die 15.000 Personen „gefällt“.

Moslemische Straftäter bzw. Vergewaltiger passen einfach nicht ins Weltbild linker Politiker und Journalisten. Deshalb darf es sie möglichst auch nicht geben. Die Jüdische Rundschau ist die einzige deutschsprachige Zeitung, die darauf hingewiesen hat, dass 2018 Asylbewerber und sogenannte Flüchtlinge in Deutschland laut Bundeskriminalamt (BKA) mindestens 16 Vergewaltigungen pro Tag begingen! Das sind nur die aufgedeckten Fälle und das ist noch längst nicht die Gesamtzahl aller täglichen Vergewaltigungen durch Bewohner mit Migrationshintergrund. Die Zahl der jährlichen Sexualstraftaten von Asylbewerbern und anderen Zuwanderern hat sich von 2014 bis 2018 versechsfacht! Laut dem Jahresbericht „Kriminalität im Kontext von Zuwanderung“ des BKA kamen die Täter 2016 hauptsächlich aus den folgenden Staaten: Syrien (ein Anstieg von 318,7 % gegenüber 2015), Afghanistan (+259,3 %), Pakistan (+70,3 %), Iran (+329,7 %), Algerien (+100 %) und Marokko (+115,7 %).

Man muss die Schweigespirale durchbrechen, damit sich so grausame Taten wie jene in Hennef nicht wiederholen.

Israelisches Ausnahme-Phänomen: Bildung und Kinderreichtum stehen sich nicht im Wege

Der US-amerikanische Außenminister Blinken liegt in Bezug auf Israels Demographie falsch: Es gibt keine arabische demografische Zeitbombe – es gibt jedoch einen nie dagewesenen jüdischen demografischen Rückenwind, denn jüdische Frauen werden immer gebildeter – und bekommen gleichzeitig immer mehr Kinder.

Von Yoram Ettinger (JNS)

US-Außenminister Antony Blinken rät Israel weiterhin, sich von den Bergkämmen von Judäa und Samaria (Westjordanland) zurückzuziehen, damit es nicht seine jüdische Mehrheit verliere.

Aber Minister Blinken irrt sich, und stützt sich auf aufgeblasene, fehlerhafte Zahlen der „Palästinensischen Autonomiebehörde“, die die dramatische Verwestlichung der arabischen Demographie ignorieren und den beispiellosen jüdischen demografischen Rückenwind in Israel übersehen, wie die folgenden Daten belegen.

Jüdische Demographie gestärkt

Die Zahl der israelisch-jüdischen Geburten war 2020 (134.866) um 68 Prozent höher als 1995 (80.400), während die Zahl der israelisch-arabischen Geburten 2020 um 16 Prozent höher war (42.435) als 1995 (36.500), wie im monatlichen Bulletin des israelischen Zentralamts für Statistik vom März 2021 berichtet wird. Im Jahr 2020 machten jüdische Geburten damit 76 Prozent der Gesamtgeburten aus, verglichen mit nur 69 Prozent im Jahr 1995. Die Geburtenrate (Anzahl der Geburten pro Frau) israelischer säkularer jüdischer Frauen ist in den letzten 25 Jahren gestiegen, während Haredi-Frauen einen leichten Rückgang verzeichneten.

Israelische jüdische Frauen – die betreffend den Eintritt in den Arbeitsmarkt nur den Frauen Islands nachstehen – verzeichnen trotz zunehmender Verstädterung, höherer Bildung, höherem Lebensstandard, zunehmender Integration in den Arbeitsmarkt und steigendem Heiratsalter eine einzigartige Geburtenrate, während diese Phänomene die Fruchtbarkeitsrate in allen anderen Ländern gesenkt haben.

1969 war die arabische Geburtenrate in Israel 6 Geburten höher als die jüdische. Im Jahr 2015 lagen beide Geburtenraten bei 3,13 Geburten pro Frau, was die dramatische Verwestlichung der arabischen Bevölkerung Israels widerspiegelt, die durch den verbesserten sozialen Status von Frauen, ein steigendes Heiratsalter und eine erweiterte Beteiligung von Frauen am Arbeitsmarkt ausgelöst wurde. Im Jahr 2019 betrug die jüdische Fertilitätsrate 3,09, während die arabische Fertilitätsrate auf 2,98 sank.

Das einzigartige Wachstum der jüdischen Geburtenrate in Israel ist auf Optimismus, Patriotismus, Bindung an jüdische Wurzeln, kommunale Solidarität, eine Frontier-Mentalität und eine rückläufige Anzahl von Abtreibungen zurückzuführen.

Im Jahr 2020 gab es 42.442 jüdische Todesfälle in Israel, verglichen mit 31.575 im Jahr 1996, was einem Anstieg von 34 Prozent entspricht, was auf eine jüngere Gesellschaft zurückzuführen ist. Im Jahr 2020 gab es 6.261 arabische Todesfälle, verglichen mit 3.089 im Jahr 1996, was einem Anstieg von 103 Prozent entspricht, was auf eine ältere Gesellschaft zurückzuführen ist.

Die Lebenserwartung der israeli-

schen Araber (78 Jahre für Männer und 82 für Frauen) ist ähnlich wie in den USA und höher als in jedem arabischen/muslimischen Land.

Im Jahr 2020 betrug die Zahl der jüdischen Todesfälle in Israel 31 Prozent der jüdischen Geburten, verglichen mit 40 Prozent im Jahr 1995 – ein Symptom für eine jünger werdende Gesellschaft. Im Jahr 2020 betrug die Zahl der israelisch-arabischen Todesfälle 15 Prozent der arabischen Geburten, verglichen mit 8 Prozent im Jahr 1995 – ein Symptom für eine Gesellschaft, die älter wird.

Seit 1995 hat der demografische Trend das jüngere Segment der jüdischen Bevölkerung Israels ausgeweitet, was eine solide Grundlage für eine erweiterte jüdische Mehrheit in der kommenden Generation darstellt.

Die positive demografische Entwicklung der Juden wird durch die Nettozuwanderung Israels weiter gestützt, die aus einer jährlichen Aliyah (jüdische Einwanderung) besteht, die durch einen Rückgang der israelischen Auswanderung verstärkt wird: von 14.200 Nettoauswanderungen im Jahr 1990 auf 6.000 bis 7.000 Nettoauswanderungen in den letzten Jahren, einschließlich der Auswanderung israelischer Araber.

Darüber hinaus könnten in den nächsten fünf bis zehn Jahren möglicherweise mindestens 500.000 Olim (jüdische Einwanderer) eintreffen, wenn man die Größe der jüdischen Gemeinden in Frankreich, Großbritannien, der ehemaligen UdSSR, Deutschland, Argentinien, den Vereinigten Staaten, Kanada und Australien berücksichtigt.

Die Verwestlichung der israelischen Araber

Eine halbe Million Bürger in Übersee, die seit mehr als einem Jahr weg sind, werden in die „palästinensische“

„Die Lebenserwartung der israelischen Araber (78 Jahre für Männer und 82 für Frauen) ist ähnlich wie in den USA und höher als in jedem arabischen/muslimischen Land.“

Volkszählung einbezogen, was gegen international anerkannte Regeln verstößt, die nur eine De-facto-Zählung vorsehen. Bei der ersten „palästinensischen“ Volkszählung von 1997 waren es 325.000, wie vom Leiter des „palästinensischen“ Zentralamts für Statistik dokumentiert wurde, die gemäß der „palästinensischen“ Wahlkommission 2004 auf 400.000 gestiegen sind.

350.000 Araber aus Ostjerusalem, die israelische Ausweise besitzen, werden doppelt gezählt. Sie sind in der israelischen Volkszählung und auch in der „palästinensischen“ Volkszählung enthalten. Über 100.000 Araber aus Gaza und aus Judäa und Samaria, die israelische Araber geheiratet und israelische Ausweise erhalten haben, werden



Bidens jüdischer Außenminister Antony Blinken verkennt das schnelle Wachstum der jüdischen Bevölkerung Israels.

sowohl von Israel als auch von der P.A. gezählt.

350.000 arabische Auswanderer aus Judäa und Samaria sind von der Volkszählung der „Palästinensischen Autonomiebehörde“ ausgeschlossen. Die Volkszählung ignoriert die jährliche Nettoauswanderung überwiegend junger Araber aus Judäa und Samaria (15.000 jährlich in den letzten Jahren). Die Nettoauswanderung ist zumindest seit der jordanischen Besetzung 1950 ein systemisches Merkmal des Gebiets. Zum Beispiel 26.357 im Jahr 2019, 7.778 im Jahr 2018, 15.173 im Jahr 2017, 15.502 im Jahr

77 Prozent Stadtbevölkerung im Jahr 2021) sowie das steigende Heiratsalter der Frauen (von 15 auf 22 Jahre), den erheblichen Einsatz von Verhütungsmitteln (70 Prozent der Frauen) zurückzuführen ist.

Die oben genannten Daten dokumentieren 1,5 Millionen Araber in Judäa und Samaria, nachdem alle überhöhten Zahlen von der offiziellen palästinensischen Zahl (3 Millionen) abgezogen wurden.

Das Endergebnis

Im Jahr 1897 gab es im kombinierten Gebiet von vor-1967-Israel, Judäa und Samaria eine jüdische Minderheit von 9 Prozent. 1947 war sie auf eine Minderheit von 39 Prozent angewachsen. Im Jahr 2021 gibt es eine jüdische Mehrheit von 68 Prozent (7,3 Millionen Juden, 2 Millionen israelische Araber und 1,5 Millionen Araber in Judäa und Samaria), die von einem robusten demografischen Rückenwind von Geburten und Migration profitiert.

Außenminister Blinken sollte viel Zufriedenheit aus den oben genannten Dokumentationen schöpfen, die die demografische Lebensfähigkeit Israels – Amerikas wichtigstem Kräftermultiplikator im Nahen Osten und darüber hinaus – belegen.

Im Kontrast zur herkömmlichen Weisheit gibt es keine arabische demografische Zeitbombe. Es gibt jedoch einen nie dagewesenen jüdischen demografischen Rückenwind.

Yoram Ettinger ist ein ehemaliger Botschafter und Leiter von Second Thought: A USA-Israel Initiative. Dieser Artikel wurde zuerst auf The Ettinger Report veröffentlicht.

Aus dem Englischen von Daniel Heiniger

Israelischer Botschafter auf politischen Abwegen: Die Issacharoff-Beck-Affäre

Dass die Botschaft Israels alles andere als ein Unterstützer der israelischen Regierungspolitik ist, war spätestens seit dem Amtsantritt von Botschafter Jeremy Issacharoff bekannt.

Nun hat der immerhin noch zu Loyalität gegenüber seinem Land verpflichtete Botschafter Israels in Deutschland bei einer offiziellen Veranstaltung sogar die öffentliche Beschimpfung seines Ministerpräsidenten unwidersprochen zugelassen. Darüber hinaus versuchte er den israelischen Journalisten Eldad Beck, der dieses Verhalten anprangerte, zu desavouieren. Der angegriffene Journalist hat den Botschafter nun wegen Rufschädigung verklagt.

Von Yonatan Shay

Das Phänomen „kontroverser israelischer Botschafter“ ist nicht ganz neu und zumindest denjenigen, die sich eingehender mit der Materie beschäftigen, inzwischen gut bekannt.

In der Vergangenheit kritisierten israelische Botschafter während ihrer Amtszeit immer wieder die israelische Politik und die amtierende israelische Regierung.

Wenngleich es für Israels Demokratie und die dort gelebte Meinungsfreiheit spricht, dass einzelne Botschafter dies immer wieder tun konnten – man stelle sich nur vor, was etwa mit einem türkischen Botschafter geschehen würde, der Erdogan öffentlich kritisierte –, muss die Frage erlaubt sein, ob diese Botschafter mit ihren Handlungen den Interessen Israels nicht massiv schaden.

Israelische Ex-Diplomaten kooperieren mit BDS

Noch destruktiver sind einige israelische Ex-Botschafter, die nach ihrer Amtszeit weltweit Hetz- und Dämonisierungskampagnen gegen Israel unterstützen – es wäre nicht verwunderlich, wenn sie hierfür auf die eine oder andere Weise großzügig entschädigt werden. Unter anderem haben sich beispielsweise Alon Liel (ehemaliger geschäftsführender Direktor des Außenministeriums), Ilan Baruch (ehemaliger Botschafter auf den Philippinen und in Südafrika) sowie Eli Barnavi (ehemaliger israelischer Botschafter in Frankreich) mit antisemitischen Politikern und BDS-Aktivisten zusammengeschlossen, um von außen die israelische Innen-, Sicherheits- und Außenpolitik zu beeinflussen.

Auch in Deutschland werden die deutsch-israelischen Beziehungen und der Ruf Israels durch regelmäßige Auftritte ehemaliger israelischer Botschafter in den Medien erheblich beschädigt. So verteufeln und dämonisieren Shimon Stein und Avi Primor Israel in Artikeln und Interviews – zur großen Freude vieler deutscher Medien.

Es ist für Außenstehende auf den ersten Blick kaum nachvollziehbar, dass Diplomaten, die ihr ganzes Leben dem israelischen Außenministerium gewidmet haben, nach einiger Zeit im Ruhestand beschließen, eine Kampagne zur Delegitimierung Israels zu führen.

Betrachtet man allerdings die Umtriebe aktuell amtierender, israelischer Diplomaten, erscheinen die Ausfälle einiger Ex-Diplomaten nur die logische Fortsetzung einer sehr beunruhigenden Entwicklung zu sein.

Es lohnt sich daher im Folgenden,



Jeremy Issacharoff (links), Eldad Beck

die Aktivitäten von Jeremy Issacharoff, dem seit 2017 amtierenden, israelischen Botschafter in Deutschland, ausführlicher zu beleuchten. Insbesondere geht es hierbei um die verbale Attacke Issacharoffs gegen den Journalisten Eldad Beck, in deren Folge Issacharoff von Beck vor einem israelischen Gericht wegen Verleumdung und übler Nachrede auf die Zahlung einer Entschädigung in Höhe von 150.000 israelischer Schekel verklagt worden ist.

Beck ist seit über 30 Jahren Journalist und arbeitet für die größte Zeitung Israels, „Israel Hayom“, als Europa-Korrespondent. Seit fast 20 Jahren lebt er in Deutschland. Seine Berichterstattung ist nicht selten kritisch, vor allem aber realitätsnah. Beck beherrscht – im Gegensatz zu Issacharoff – die deutsche Sprache sehr gut. Darüber hinaus ermöglicht ihm sein österreichischer Pass Vor-Ort-Berichterstattungen aus Staaten wie dem Iran, Irak, Syrien und Libanon, die „gewöhnliche“ Israelis nicht bereisen können. Beck versteckt seine zionistische und pro-israelische Gesinnung nicht und es gibt offensichtlich Menschen, die das sowohl im deutschen als auch im israelischen Establishment nicht mögen.

Botschafter beleidigt den Journalisten

In den letzten Jahren hat er die israelische Botschaft in Berlin mehrmals gelobt, allerdings auch einige Male kritisiert. Als Reaktion auf eine dieser kritischen Berichterstattungen twiterte Issacharoff im September 2020 auf Hebräisch – Deutsch beherrscht er ja nicht – folgenden Text, der hier – wortwörtlich – ins Deutsche über-

setzt wurde:

„Eldad Beck ist seit einer langen Zeit ein lächerlicher, marginaler und unglaubwürdig politischer Aktivist geworden. Sicher kein Journalist. Es ist ein Ehrenzeugnis, dass er mich angreift und es zeigt seine mangelhafte Ehrlichkeit, wenn er meine Familienmitglieder angreift. Seine Aussagen zeigen, dass er sich auf tendenziöse Fake-News spezialisiert, die seine radikale Weltanschauung reflektieren. Es ist fraglich, warum er die Arbeit der Botschaft für die Verbesserung des Images von Israel in Deutschland in Frage stellt.“

Ein persönlich angreifender und beleidigender Tweet als Reaktion auf eine sachlich vorgetragene Kritik ist ganz grundsätzlich nicht die feine Art. Untragbar und allen diplomatischen Regeln und Anstandsregeln zuwiderlaufend ist es jedoch, wenn dieser Tweet von einem hochrangigen Diplomaten stammt.

Becks Anwälte tragen vor, dass dieser Tweet nicht der Wahrheit entspreche sowie entwürdigend und beleidigend sei. Vor allem aber besitze er das Potenzial, Beck die Ausübung seines Berufes als Journalist erheblich zu erschweren.

Doch nicht nur deswegen wird der bald in Haifa beginnende Gerichtsprozess interessant. Schließlich steht er sinnbildlich für das Phänomen, dass mächtige linke Beamte in Israels Außenministerium weiterhin großen Einfluss haben, und dies, obwohl Israel eindeutig von einer rechten Regierung geführt wird.

Hetze gegen Netanjahu statt Ehre für Peres

Der Großteil der Kritik Becks an Issa-

charoff bezog sich darauf, dass die israelische Botschaft ein unpolitisches Event gesponsert hatte, namentlich die „Stiftung Deutsch-Israelisches Zukunftsforum“, das im September 2019 in Berlin stattfand. Dort hatte die Enkelin von Schimon Peres, Mika Almog, ihren Auftritt und die Bühne dazu genutzt, um Premierminister Benjamin Netanjahu schlechtzumachen sowie gegen ihn mit extremen und beleidigenden Worten zu hetzen. Dies geschah ausgerechnet zwei Tage vor den Wahlen in Israel. Premier Netanjahu wurden unter anderem Rassismus, Hetze, Korruption und Tyrannei vorgeworfen. Bemerkenswert ist dabei weiterhin, dass bei der unter der Schirmherrschaft der israelischen Botschaft in Berlin stehenden Veranstaltung im Publikum hochrangige Persönlichkeiten wie z. B. Bundesaußenminister Heiko Maas saßen. Beck kritisierte, dass Issacharoff nicht protestiert oder zumindest die Veranstaltung verlassen hatte. Es ging schließlich nicht um eine „Anti-Netanjahu-Veranstaltung“, sondern darum, den neunten Präsidenten Israels, Schimon Peres, zu würdigen und vor allem die deutsch-israelischen Beziehungen durch die Finanzierung gemeinsamer zivilgesellschaftlicher Projekte zu stärken.

Sohn bei „Breaking the Silence“

Die Handlungen Issacharoffs lassen sich womöglich besser erklären, wenn man sich die Tätigkeiten seines Sohnes, Dean Issacharoff, anschaut. Dieser war in der Vergangenheit der Sprecher der antiisraelischen Organisation „Breaking the Silence“ und war bis vor kurzem Sprecher des Knesset-Abgeordneten Aymen Odeh,

Vorsitzender der Vereinigten Arabischen Liste. Diese Partei unterstützt ungeniert islamistischen Terror gegen Juden sowie den weltweiten ökonomischen Boykott Israels. Sie strebt eine Eliminierung der zionistisch-jüdischen Natur des Staates Israel an.

Unerklärlich bleibt hingegen die Reaktion des israelischen Außenministeriums auf einen offiziellen Beschwerdebrief der Anwälte von Eldad Beck. So wurde in einer kurzen Stellungnahme geäußert: „Der israelische Botschafter in Deutschland ist ein überragender und prominenter Diplomat, der nur seine persönliche Meinung geäußert hat.“ Diese Rückmeldung kam ohne jeden sachlichen Bezug auf den umstrittenen Tweet Issacharoffs.

In einem Interview mit dem konservativen Online-Magazin „Mida“ in Israel hat sich Beck wie folgt zu dieser Affäre geäußert:

„Die Tatsache, dass das Außenministerium auf der Seite von Issacharoff steht und ihn unterstützt, sollte jeden Journalisten und Mensch in Israel entsetzen. In diesem Zusammenhang ist es wichtig zu bemerken, dass es im Außenministerium linke Faktoren/Figuren gibt, die es bevorzugen, die problematischen Beziehungen zwischen Deutschland und Israel zu ignorieren, und daher gefällt ihnen meine kritische Berichterstattung über Deutschland nicht. Weder in meinen Zeitungsberichten noch in meinen Büchern. Seit einiger Zeit führen sie gegen mich auch eine Verunglimpfungskampagne.“

Nicht nur Beck war über das Verhalten Issacharoffs entsetzt. So haben sich auch andere Journalisten und Politiker, beispielsweise der Knesset-Abgeordnete Ariel Kallner (Likud), schockiert gezeigt.

Issacharoff rechtfertigte seinen Ausfall als Reaktion auf eine seit Langem andauernde „Schmierkampagne“ seitens Beck. Tatsächlich ist es richtig, dass Beck mehrmals und aufgrund verschiedener Sachverhalte Kritik an Issacharoff geäußert hatte.

„Spiegel“-Redakteur, der Juden aus Judäa boykottieren will

So hatte Issacharoff u. a. dem Journalisten Christoph Schult vom deutschen Magazin „Spiegel“ ein exklusives Interview gegeben. Dies hört sich zunächst einmal unverfänglich an, ist allerdings durchaus erstaunlich. Schließlich hatte Schult im Jahre 2015 in einem Brief an große Handelsketten gefordert, israelische Produkte, die aus den von ihm als „besetzt“ bezeichneten Gebieten Judäa, Samaria und den Golanhöhen stammen, aus den Sortimenten zu verbannen. Infolgedessen hatte die israelische Botschaft in Berlin beschlossen, Schult und seine Zeitung zu boykottieren. Issacharoff hat diese, in den Augen des Autors folgerichtige und konsequente Entscheidung seines Vorgängers damit aus nicht ersichtlichen Gründen revidiert.

Der Aufruf zum Judenboykott von Christoph Schult aus dem Jahr 2015 war kein einmaliger Ausrutscher. Zuletzt und noch einmal besonders deutlich blitzte seine äußerst dubiose Haltung in Bezug auf Israel und Juden im Sommer 2019 auf: In einem Artikel im „Spiegel“ beschuldigte er eine jüdische und israelische Lobby, die Nahostpolitik des Bundestages mithilfe eines „Netzwerkes“ und „fragwürdiger Methoden“ zu beeinflussen. Diese Lobby hätte Verbindungen zu Isra-

els Regierung und dem Mossad, und schrecke auch vor dem Einsatz finanzieller Zuwendungen nicht zurück.

Die in diesem Artikel verwendeten, antisemitischen Topoi waren derart augenfällig und offenkundig, dass selbst Personen, die sich sonst selten zu Israel äußern, entsetzt waren. So attestierte der Vorsitzende des Bundesgerichtshofes a. D., Thomas Fischer, dass dem Artikel ein „Sound rassistischer Stereotype“ innewohne. Auch der emeritierte Professor für Geschichte, Michael Wolffsohn, bescheinigte, dass die Unterstellungen „antisemitische Züge“ tragen. Der Kritik, dass der „Spiegel“ antisemitische Stereotypen bediene, schlossen sich auch große Tageszeitungen wie die „Bild“, die „Welt“, aber auch die „Neue Zürcher Zeitung“ an.

Koscher-Stempel

Es ist nicht nachvollziehbar, wieso Christoph Schult nach diesen Ausfällen von Issacharoff noch mit einem exklusiven Interview belohnt wurde und hierdurch in gewisser Weise einen „Koscher-Stempel“ erlangte.

Bei der Betrachtung weiterer Interviewpartner Issacharoffs hebt sich die Laune des Lesers leider nur unwesentlich, wenn überhaupt.

So gab Issacharoff auch dem antizionistischen, in hebräischer Sprache gehaltenen „Spitz Magazin“ zwei Interviews. Dieses Magazin bot diversen BDS-nahen Figuren und Einrichtungen eine Bühne, leugnete den muslimischen Antisemitismus in Berlin und verbreitete antisemitische Propaganda. Es ist bereits bekannt, dass in der Vergangenheit einige offizielle israelische Vertreter und israelsolidarische Aktivisten in Deutschland dem Botschafter von einer Kooperation mit diesem Magazin abgeraten haben. Zu ihnen gehörte auch der Autor (als Gesandter der Jewish Agency for Israel) dieses Artikels, allerdings stieß sein diesbezüglicher, im Jahr 2018 verfasster Brief an die israelische Botschaft auf taube Ohren. Beck kritisierte, dass Issacharoff mit solchen israelfeindlichen Medien zusammenarbeitete und ihnen somit Legitimität verschaffte.

Problematisch sind außerdem Issacharoffs Äußerungen in diesen Interviews. So behauptete er, dass Aymen Odeh, der ehemalige Arbeitgeber seines Sohnes, sich politisch im israelischen Mainstream befände. Begründet wurde dies damit, dass Odeh schließlich in der Knesset saße.

Eine gewagte Argumentation, da in der Knesset immer wieder politische Extremisten und Randgruppen jeglicher Couleur vertreten waren. So saß auch Meir Kahane, ein rechtsextremer Politiker, der Israels liberale Demokratie in eine jüdische Theokratie verwandeln wollte, in der Knesset. Niemand käme jedoch auf die Idee, Kahane als politischen Mainstream zu bezeichnen. Auch Odeh stellt diesen Mainstream nicht dar, da die allermeisten Israelis eben nicht nur in einem demokratischen, sondern auch in einem jüdischen Staat leben möchten.

Einmischung in innere Angelegenheiten

Ebenfalls kritisierte Beck die ständige Einmischung Issacharoffs in die deutsche Innenpolitik. So hat sich Issacharoff immer wieder für einen Boykott der rechtspopulistischen Partei AfD ausgesprochen.

Man mag von dieser Partei halten, was man möchte, allerdings gehört sich die Einmischung eines ausländischen Diplomaten in die deutsche Innenpolitik insbesondere vor dem Hintergrund nicht, dass die israelische Regierung ausländische Einmischungen in die inneren Angelegenheiten ihres Staates immer wieder kritisiert. Dabei spielen linksradikale, israelfeindliche NGOs eine unrühmliche Rolle, die von der Europäischen Union und der deutschen Regierung mit hohen Summen finanziert werden und von fremden Regierungen als Instrument zur Beeinflussung innerisraelischer Diskussionen genutzt werden. Issacharoff macht also genau das, was die israelische Regierung bei anderen Staaten immer wieder kritisiert. Dadurch schadet er der Glaubwürdigkeit der richtigen und konsequenten Kritik der israelischen Regierung.

Dass Issacharoff diese Kritiken nicht ernst nimmt, sondern als persönlichen Angriff ansieht, zeigt, dass er nicht aufgrund seiner ungenügenden Deutschkenntnisse, sondern auch wegen seiner politischen Verirrungen eine Fehlbesetzung auf dem Posten des israelischen Botschafters in Deutschland ist. Dabei ist zu beachten, dass diese beiden Defizite durchaus einander bedingen. Seine ungenügenden Deutschkenntnisse lassen Issacharoff womöglich überhaupt nicht in vollem Umfang erkennen, welchen israelfeindlichen Medien er immer wieder zu Legitimität und einem „Koscher-Stempel“ verhilft.

Der deutsche Wind dreht sich gegen Israel

Zwar gab es mit Yoram Ben-Zeev auch bereits vor Issacharoff einen israelischen Botschafter, der kein Deutsch sprach. Hierbei ist allerdings zu beachten, dass während seiner Amtszeit von 2007 bis 2012 die deutsch-israelischen Beziehungen bei Weitem nicht derart volatil waren, wie sie es heute sind.

Der deutsche Wind dreht sich gegen Israel

So war zu dieser Zeit Bundeskanzlerin Merkel ausgesprochen israelfreundlich und Deutschland beteiligte sich nicht am antiisraelischen Abstimmungsverhalten in der UN, betrieb kein Iran-Appeasement und hielt sich generell mit Kritik am jüdischen Staat zurück.

Davon kann heute sicherlich keine Rede mehr sein. Die politischen Beziehungen zwischen Deutschland und Israel haben sich aufgrund des Bedeutungszuwachses antiisraelischer Positionen in der deutschen Außenpolitik erheblich verschlechtert. Umso wichtiger wäre ein israelischer Botschafter in Berlin, der in der Lage wäre, diese Missstände in gutem Deutsch zu adressieren.

Dies sahen auch mehrere prominente Diplomaten in Israels Außenministerium so, als sie Issacharoffs Ernennung zum Botschafter aufgrund seiner mangelnden Deutschkenntnisse heftig kritisierten. Insbesondere missfiel ihnen, dass Issacharoff von der Sonderauswahlkommission, die über die Ernennung des Botschafters entschied, trotz der Tatsache, dass fast alle anderen Kandidaten fließend Deutsch sprachen, gegenüber selbigen den Vorzug erhielt. Die Diplomaten teilten nicht die Ansicht, dass Issacharoff seine fehlenden Deutschkenntnisse durch seine vermeintlich hohe Expertise und langjährige Erfahrung wettmachen könnte. Diese würden ihm nämlich nicht helfen, wenn er erst einmal den Mund aufmacht, die Zeitungen liest oder die Fernsehnachrichten verfolgt. All diese Warnungen schlug das Außenministerium jedoch

in den Wind. Dieses Verhalten erinnerte ein wenig an das alte Sprichwort: „Die Hunde bellen, die Karawane zieht weiter“.

Schließlich haben sich die Befürchtungen der Diplomaten, die Issacharoffs Ernennung sehr kritisch sahen, zumindest teilweise bestätigt. So hat die israelische Botschaft in Berlin einen Reputationsverlust aufgrund der Inkompetenz des Botschafters erleiden müssen.

Es bleibt zu hoffen, dass das israelische Außenministerium womöglich nach dem Gerichtsprozess ebenfalls zu diesen Einsichten gelangen wird.

Dem Autor ist es wichtig zu erwähnen, dass er mit diesem Text keinesfalls die vielen israelischen Diplomaten, die ihr Land mit Leidenschaft, Ehrlichkeit und Intelligenz vertreten, kritisieren möchte. Besonders herausheben möchte er dabei die arabisch-israelischen Diplomaten, etwa George Deek, den israelischen Botschafter in Aserbaidschan.

Linke Diplomaten gegen Juden aus Samaria

Allerdings gehört es ebenfalls zur Wahrheit, dass es mächtige, linke Kräfte und Personen im israelischen Außenministerium gibt, die über großen Einfluss verfügen.

In seiner Zeit und Funktion als Gesandter der Jewish Agency for Israel in München wollte der Autor des Artikels eine Veranstaltung mit dem Titel „Jüdisches Leben in Israels biblischen Regionen Judäa und Samaria“ organisieren. Der eingeladene Referent war Nati Rom, ein bekannter Siedler aus Samaria und der Gründer der israelischen Organisation Lev Haolam. Nati Rom setzt sich allerdings nicht nur für jüdische Israelis, sondern auch für palästinensische Araber ein. Als Rechtsanwalt verteidigt er etwa palästinensische Araber, die durch die palästinensische Autonomiebehörde Repressalien ausgesetzt sind.

Die israelischen Diplomaten im israelischen Generalkonsulat in München beschwerten sich beim Vorgesetzten des Autors darüber, dass dieser einem extremistischen Referenten eine Bühne böte, wodurch der Ruf Israels in Deutschland beschädigt werden würde. Beweise für ihre Behauptung konnten die Diplomaten jedoch nicht vorweisen und die Veranstaltung fand mit großem Erfolg statt.

Diese Anekdote belegt einmal mehr die Macht linker Kräfte und Personen im israelischen Außenministerium. Dies zu leugnen macht keinen Sinn. Nach der Lektüre dieses Artikels möge sich der geeignete Leser die Frage stellen, ob Issacharoff bei einem Vortrag Bezalel Smotrichs (religiös-zionistische Partei), oder auch eines Vertreters der konservativ-zionistischen Bewegung „Im Tirtzu“ ebenfalls so ruhig und entspannt sitzengeblieben wäre, wie er es bei den Tiraden Mika Almogs gegen Benjamin Netanjahu getan hat.

Es ist auch mehr als fraglich, ob Issacharoff auf Twitter ebenfalls ausfällig und beleidigend geworden wäre, wenn es sich bei dem ihn kritisierenden Journalisten nicht um Eldad Beck, sondern um einen „Haaretz“-Redakteur oder auch um den oben genannten Christoph Schult gehandelt hätte.

Hätte er diesen ebenfalls öffentlich auf Twitter verbal angegriffen? Oder wäre für einen Journalisten aus dem linken Spektrum die Konsequenz ein weiteres, exklusives Interview mit Issacharoff gewesen?

Grenzen retten nicht nur in Corona-Zeiten Leben: Die israelische Schutzmauer

Bevor die Sicherheitsmauer gebaut wurde, hatten mehr als 75 arabische Selbstmordattentate rund 300 Israelis das Leben gekostet und fast 2.000 Menschen zum Teil schwer verletzt. Das Phänomen dieser Mordattacken ist durch die israelische Grenzschutzanlage so gut wie verschwunden.



Von Jerold S. Auerbach

Die Schutzmauer in Israel rettete viele jüdische Menschenleben.

Das Paradebeispiel für eine notwendige Mauer, wenn auch eine, die von Israels Kritikern nah und fern unaufhörlich angeprangert wird, ist seine Sicherheitsbarriere. Als sich die „palästinensischen“ Terroranschläge in den 1990er Jahren zu häufen begannen, wurde sie von Premierministern auf beiden Seiten des politischen Spektrums nachdrücklich unterstützt. Die Initiative ging vom ehemaligen israelischen Premierminister Yitzhak Rabin aus, nachdem ein israelisches Mädchen im Teenageralter in Jerusalem ermordet worden war. Wie er pointiert feststellte: Israel müsse „Gaza aus Tel Aviv herausnehmen“.

Nach einer Welle von „palästinensischen“ Terroranschlägen und Selbstmordattentaten genehmigte sein Nachfolger Ehud Barak die Finanzierung eines rund 75 Kilometer langen Zauns. Im Jahr 2003, unter der Führung von Premierminister Ariel Sharon, erreichte die Nord-Süd-Sperre eine Länge von 180 Kilometer, weitere Erweiterungen sollten folgen.

Mittlerweile ist die Sperranlage mehr als 600 Kilometer lang und verläuft teilweise entlang der jordanisch-israelischen Grenze von 1949, größtenteils aber durch das, was oft als „palästinensisches“ Land bezeichnet wird. Ihre Route wurde größtenteils durch die Lage der am

dichtesten besiedelten israelischen Siedlungen bestimmt, darunter Gusch Étzion südlich von Jerusalem, Ma'ale Adumim an der Straße zwischen Jerusalem und Jericho und Ariel zwischen Tel Aviv und dem Jordan. Alle Siedlungen, das sollte für diejenigen, die sich für Geschichte interessieren, angemerkt werden, befinden sich innerhalb der Grenzen des biblischen Judäa und Samaria.

Beruhigende Sicherheit

An bestimmten Stellen – bestimmt durch die Nähe von Städten und Orten, an denen Israelis von „palästinensischen“ Scharfschützen getötet wurden – ist die Barriere eine Mauer und kein Zaun. Unabhängig davon wurden die Barrieren von Israels Kritikern, darunter Menschenrechtsorganisationen, der Internationale Gerichtshof und die Generalversammlung der Vereinten Nationen, immer wieder in die Mangel genommen. Aber jeder, der schon einmal von Jerusalem nach Hebron gefahren ist, kann bestätigen, dass die Mauer in der Nähe von Bethlehem, die parallel zur Autobahn verläuft und einst Schauplatz häufiger Terroranschläge war, eine beruhigende Sicherheit vermittelt. Auf dem Weg dorthin wird Kever Rachel (Rachels Grab) von umlaufenden Mauern entlang der drei Seiten geschützt, welche die Grenzen Israels definie-

ren. Es ist ein hässlicher, aber leider notwendiger Eingriff in diese alte heilige Stätte, der den Scharen von Israelis Schutz bietet, die kommen, um ihr Respekt zu erweisen und zu beten.

Unbestreitbar ist die Sperranlage, vor allem im stärker bevölkerten nördlichen Teil Israels, ein Schandfleck. Vor einigen Jahrzehnten, als ich mit einem Freund, der in Kfar Saba lebt, spazieren ging, bemerkte ich die „palästinensische“ Stadt Qalqilya auf einem Hügel, der die Stadt überragt. Noch gab es keinen Zaun oder eine Mauer, um die Bewohner von Kfar Saba vor Angriffen zu schützen. Für Haggai, der während des israelischen Unabhängigkeitskrieges in der Haganah gedient hatte und danach in einem Kibbuz nahe der Grenze zum Gazastreifen lebte, war das unnötig. Ich war nicht überzeugt.

Im Jahr 2005 befasste sich der Oberste Gerichtshof Israels mit der Rechtmäßigkeit des Zauns/der Mauer. In einer scharfen schriftlichen Stellungnahme beschrieb es die Geschichte der gewalttätigen Angriffe gegen Israelis, die von „palästinensischen“ Terroristen aus dem Westjordanland verübt wurden, die leichten Zugang zu israelischen Städten, Dörfern, Kibbuzim und Siedlungen hatten. Wie das Gericht feststellte, hatte sich selbst die militärische

Vergeltung Israels für terroristische Angriffe als unzureichende Abschreckung erwiesen: „Der Terror hat nicht aufgehört. Die Angriffe hörten nicht auf. Unschuldige Menschen bezahlten mit Leib und Leben.“

Vor dem Bau der Trennmauer hatten mehr als 75 „palästinensische“ Selbstmordattentate fast 300 Israelis das Leben gekostet und fast 2.000 Menschen verletzt. Das war mehr als genug Rechtfertigung für einen Zaun oder eine Mauer. Als die Mauer erweitert wurde, gingen die Selbstmordattentate zurück. Der Führer des „Islamischen Dschihad“ beschwerte sich, dass die Barriere „die Möglichkeiten des Widerstands einschränkt, tief in israelisches Gebiet zu gelangen, um Selbstmordattentate zu verüben“. Was natürlich ihr Zweck war.

Sicher, die „Palästinenser“ haben Unannehmlichkeiten und einige haben Teile ihres Landes verloren. Aber die israelische Annexion von 9,5 Prozent des Westjordanlandes für den Mauerbau ist ein kleiner Preis für den Schutz, den sie bietet.

Jerold S. Auerbach ist der Autor von „Hebron Jews: Memory and Conflict in the Land of Israel“ und „Print to Fit: The New York Times, Zionism and Israel 1896-2016“. Auf Englisch zuerst erschienen bei Jewish News Syndicate. Übersetzung Audiatur-Online.

Gern verschwiegen: 1964 verzichteten die heute sogenannten „Palästinenser“ schriftlich auf Gaza und das Westjordanland

Der vermeintliche Anspruch der „palästinensischen“ Araber auf Souveränität über das, worauf sie heute als ihre angebliche Heimat bestehen, ist überhaupt erst nach 1967 entstanden und formuliert worden – dann nämlich als es unter jüdische Verwaltung kam.

Von Martin Sherman (JNS)

„Die Araber haben 1967 nicht Krieg mit Israel provoziert, um die palästinensische Unabhängigkeit zu erreichen. Arabische Herrscher hätten in diesen Gebieten einen palästinensischen Staat errichten können, wann immer sie dies wollten. Doch palästinensische Staatlichkeit war für sie nicht von Interesse.“

Jeff Jacoby, The Boston Globe, 7. Juni 2017

„Seit Dr. Goebbels hat es nie einen Fall gegeben, in dem die ständige Wiederholung einer Lüge so große Früchte getragen hat... Von allen palästinensischen Lügen gibt es keine größere oder vernichtendere Lüge als diejenige, die die Errichtung eines eigenen palästinensischen Staates im Westjordanland fordert...“

Der ehemalige Bildungsminister Amnon Rubinstein von der linksradikalen Meretz-Fraktion im Artikel „Palästinensische Lügen“ [Hebräisch], Ha'aretz, 30. Juli 1976.

Mit Joe Biden im Weißen Haus steht die Frage der „palästinensischen“ Staatlichkeit nun wieder auf der internationalen Tagesordnung, nachdem sie unter der Trump-Regierung weitgehend beiseitegelassen wurde. Seit Jahrzehnten wird der Diskurs über die „Palästinenserfrage“ von der Behauptung der „palästinensischen“ Araber dominiert, Judäa und Samaria („Westjordanland“) seien seit altersher ihre indigene Heimat.

Völkermord predigen

Viele wären jedoch wahrscheinlich interessiert – und sicherlich sehr überrascht – zu erfahren, wann genau den „palästinensischen“ Arabern klar wurde, dass dieses Gebiet angeblich ihr ersehntes Mutterland war.

In der Tat beanspruchten die Araber lange bevor Israel auch nur einen Quadratzentimeter des „Westjordanlandes“ besaß – bevor es eine „Besetzung“ oder „Siedlungen“ gab – das gesamte Gebiet Israels von vor 1967 (d.h. innerhalb der Grünen Linie) – als „Palästinenser“-Territorium und drohten, es mit Waffengewalt zurückzuholen und alle seine jüdischen Einwohner zu vernichten.

So drohte der ägyptische Präsident Gamal Abdel Nasser im März 1965, mehr als zwei Jahre vor dem Sechstage-Krieg von 1967 (nach dem das „Westjordanland“ unter israelische Verwaltung geriet), mit abschreckender Völkermord-Böswilligkeit: „Wir werden Palästina nicht mit sandbedecktem Boden betreten; Wir werden es mit blutgetränktem Boden betreten.“

Nicht weniger blutig waren die Worte von Jassir Arafats Vorgänger als Leiter der „Palästinensischen Befreiungsorganisation“ (PLO), Ahmad Shukeiry, der am Vorabend des Sechstage-Krieges – in einem etwas verfrühten Triumphschrei – krächte: „D-Day rückt näher. Die Araber haben 19 Jahre darauf gewartet und werden nicht vor dem Befreiungskrieg zu-



Jassir Arafat gründete seine PLO zu einer Zeit als Judäa und Samaria unter arabischer Kontrolle waren.

rückschrecken ... Dies ist ein Kampf für das Heimatland – entweder wir oder die Israelis. Es gibt keinen Mittelweg. Die Juden Palästinas werden gehen müssen, aber ich habe den Eindruck, dass keiner von ihnen überleben wird. Wir werden Israel und seine Bewohner zerstören, und die Überlebenden – falls es welche gibt – deportieren.“

„... Jordanier und Palästinenser gelten als ... ein Volk.“

Bezeichnenderweise wurde die erste Version der „Palästinensischen Nationalcharta“ drei Jahre vor dem Sechstage-Krieg – im Mai 1964 – in Ostjerusalem (damals unter jordanischer Kontrolle) formuliert. Darin sehen die „Palästinenser“-Araber ausdrücklich jeden souveränen Anspruch auf das „Westjordanland“ (oder auf Gaza) vor.

Während also Artikel 16 lautet: „... Das palästinensische Volk freut sich [darauf], die legitime Situation in Palästina wiederherzustellen, Frieden und Sicherheit in seinem Hoheitsgebiet zu schaffen und ... seinem Volk die Ausübung nationaler Souveränität und Freiheit zu ermöglichen.“ ... sind in Artikel 24 das „Westjordanland“ (und Gaza) ausdrücklich vom Geltungsbereich der palästinensi-

schen Souveränitätsbestrebungen ausgenommen.

In Artikel 24 schreibt der Pakt sogar ausdrücklich vor, dass das „palästinensische Volk“ keine „Souveränität über das Westjordanland im Haschemitischen Königreich Jordanien, im Gazastreifen [damals unter ägyptischer Kontrolle] oder im Himmah-Gebiet [damals unter syrischer Kontrolle]“ anstrebe.

Darüber hinaus waren bei der Ausarbeitung des ursprünglichen Paktes alle arabischen Einwohner im „Westjordanland“ tatsächlich jordanische Staatsbürger – ohne dass dies zu einer großen Diskordanz zwischen ihrer nationalen Identität und der Staatsbürgerschaft, die sie besaßen, führte. Dementsprechend sagte Farouk Kaddoumi, damals eines der höchsten Mitglieder der PLO, noch 1977 zu „Newsweek“: „Jordanier und Palästinenser werden von der PLO als ein Volk betrachtet.“

Darüber hinaus war es Jordanien, das die Souveränität über das „Westjordanland“ forderte, bis König Hussein im Juli 1988 seinen Anspruch auf das Territorium aufgab und alle seine früheren Untertanen ihrer jordanischen Staatsbürgerschaft beraubte. Zu diesem Thema erklärte Anis F. Kassim, ein bekannter „palästinensi-

scher“ internationaler Anwalt: „Mehr als 1,5 Millionen Palästinenser gingen am 31. Juli 1988 als jordanische Staatsbürger ins Bett und wachten am 1. August 1988 als Staatenlose auf.“

Palästina ist, wo die Juden sind

Es ist daher klar, dass der Anspruch der „palästinensischen“ Araber auf Souveränität über das, worauf sie jetzt als ihre lange ersehnte Heimat bestehen, erst nach 1967 entstanden ist – also genau dann, als es unter jüdische Verwaltung kam. In der Tat scheint das „palästinensische Heimatland“ ein sehr fließendes Konzept zu sein. Immerhin schloss es vor 1967 das gesamte Gebiet aus, das es jetzt umfassen soll.

Der rote Faden zwischen den Forderungen vor 1967 und den Forderungen nach 1967 ist, dass die „palästinensischen“ Araber ihre „nationalen Bestrebungen“ auf Land zu fokussieren scheinen, nur um die Juden davon auszuschließen.

Man stelle sich das mal vor!

Martin Sherman ist der Gründer und CEO des israelischen Institutes für strategische Studien, www.strategic-israel.org.

Aus dem Englischen von Daniel Heiniger

Der Jom Jeruschalaim

Jerusalem ist nicht nur die Hauptstadt von Israel, sondern auch spirituelles Zentrum des Judentums und seit Jahrtausenden Sehnsuchtsort der jüdischen Diaspora. Am Jerusalemstag, feiert Israel die Befreiung der Stadt von arabischer Fremdherrschaft im Jahr 1967.

Von Dr. Nikoline Hansen

Jerusalem – das ist die Stadt, die das Herz der jüdischen Religion repräsentiert. Seit König Salomon vor 3.000 Jahren dort den Ersten Tempel errichten ließ, werden Gebete und Synagogen nach Jerusalem ausgerichtet, und seit der Zerstörung des Zweiten Tempels beten religiöse Juden an den Werktagen täglich für Jerusalem: „Habe Acht auf Jerusalem, deine Stadt. Lass deine Gegenwart in ihr wohnen und lass es bald und noch in unseren Tagen eine Stadt sein, in der deine Gerechtigkeit wohnt. Möge sie ein Zentrum des Gebets sein für alle Völker. Gepriesen seist du, Ewiger. Du baust Jerusalem.“

In Psalm 122 spielt Jerusalem die zentrale Rolle. Die Stadt ist Hoffnungsort und Vision, ihr Wohlergehen ist gleichsam angestrebtes Ziel, die Vision eines Zusammenlebens in Frieden.

In Psalm 137 heißt es schließlich „Wenn ich dich je vergesse, Jerusalem, dann soll mir die rechte Hand verdorren. Die Zunge soll mir am Gaumen kleben, wenn ich an dich nicht mehr denke, wenn ich Jerusalem nicht zu meiner höchsten Freude erhebe“. Und einmal im Jahr, am Ende des Pessachmahls, wünscht man sich „Nächstes Jahr in Jerusalem“ – und das tun selbst die sonst eher säkular lebenden Juden.

Die Ersten, die auferstehen werden

Jerusalem, das ist ganz wörtlich auch die Stadt des Friedens (ir schalem), und die Stadt der Visionen, wie es in Isajah 2:3-4 heißt: „Denn das Gesetz wird aus Zion kommen und das Wort G'ttes aus Jerusalem“ und „Sie werden aus Schwertern Pflugscharen und aus ihren Speeren Sicheln machen“. Die Vision vom Frieden ist mit der Stadt so eng verbunden, wie in den deutschen Medien die Bilder orthodoxer Juden in der Altstadt oder steinwerfender arabischer Jugendlicher – sicher besonders beeindruckende Bilder, aber die besonders umstrittene Altstadt ist nur ein kleiner Teil der Realität. Der andere ist eine hochmoderne Straßenbahn, die vom Herzberg bis nach Ostjerusalem fährt, jenem Teil der Stadt, in dem die arabische Bevölkerung überwiegt, der wunderbar bunte und vielseitige Mahane-Yehuda-Markt, der größte Markt Israels im westlichen Teil der Stadt, der sich abends in eine Bar- und Partygasse verwandelt, ein Busbahnhof, von dem aus man in alle Teile des Landes kommt, der israelische Parlamentssitz Knesset sowie eine reiche Kunst- und Museenlandschaft.

Jerusalem – eine glückliche Stadt? Zumindest die zentrale Stadt mit einer langen jüdischen Tradition. Hier befindet sich das Grab Davids. Und auch der Friedhof am Ölberg ist ein beredtes Zeugnis davon. Die ersten Gräber stammen aus der Zeit des Ersten Tempels und sind etwa 3.000 Jahre alt. Er ist eine riesige Nekropole, die zweihundert- bis dreihunderttausend Grabsteine beherbergt. Nach rabbinischer Auslegung ist es dieser Platz vor den Toren Jerusalems, der den dort Begrabenen als ersten die Auferstehung ermöglicht, wenn der Messias kommt und mit ihnen vom Ölberg in die Altstadt Jerusalems zieht.

Andere Religionen erheben Anspruch auf Jerusalem



1967 konnten die Israelis ihre Hauptstadt Jerusalem vollständig von den Arabern zurückerobern.

Jerusalem, die Stadt aus Gold, wie sie in einem Lied besungen wird ist, ist auch eine Stadt, die immer wieder gewaltsam umkämpft war und nach der Zerstörung des Zweiten Tempels nicht mehr unter jüdischer Regierung stand, sondern immer wieder unter unterschiedliche Herrschaftsreiche fiel, wie zuerst unter das Römische Reich und zuletzt unter das britische Imperium. Jerusalem wurde mit dem Beginn des Christentums zu einer Stadt, auf die nun auch andere Religionen einen Anspruch erheben: Die vielen Kirchen wurden zu einem Pilgerort für Christen, die zu Ostern den Kreuzweg Jesu auf der Via dolorosa nachvollziehen und in der bereits 335 nach Christus Geburt geweihten Grabeskirche, die sich verschiedene christliche Gemeinden teilen, beten. Mit dem Aufkommen des Islam wurde der Tempelberg, das höchste jüdische Heiligtum, der Ort des zerstörten Tempels, zu einem muslimischen Heiligtum: hier, am Felsen und der Al-Aqsa-Moschee ist angeblich Mohammed auf seinem Pferd in den Himmel geritten.

Zum ersten Mal konnten Juden nicht zur Klagemauer

Lange Zeit lebten die Menschen mit ihren unterschiedlichen Religionen weitgehend friedlich zusammen in Jerusalem. Das änderte sich jedoch zu Beginn des 20. Jahrhunderts unter britischer Besatzung, spätestens ab den schweren arabischen Massakern an Juden im Jahre 1921. Nur wenige Stunden nach der Ausrufung des Staates Israel 1948 begann der erste israelisch-arabische Krieg. Die arabischen Nachbarn griffen an und Jordanien eroberte Jerusalem. Es war das erste Mal in der jüdischen Geschichte, dass Juden der Zugang zur

Klagemauer verwehrt war und sie Jerusalem nicht mehr betreten konnten. So war auch die Geburt des neuen Staates zugleich Anlass zu Trauer. Erst 1967 im Laufe des Sechstagekriegs gelang es israelischen Soldaten, die Stadt zurückzuerobern. Der Jerusalemstag, der Tag an dem Jerusalem von jüdischen Soldaten zurückerobert wurde, wird am 28. Iljar gefeiert, der Tag, an dem nach jüdischem Kalender Juden nach der Staatsgründung erstmals wieder an der Klagemauer beten konnten. Obwohl dieses Datum bereits 1968 festgelegt wurde, hat der Feiertag erst seit 1998 einen nationalen Status. In diesem Jahr fällt er nach dem weltlichen Kalender auf den 10. Mai.

Den Juden sind Gebete auf dem Tempelberg verboten

Der nationale Feiertag symbolisiert die Bedeutung, die Jerusalem in der jüdischen Religion einnimmt und wird deshalb von arabischer Seite als Provokation betrachtet. Der Iran als einer der mächtigsten Feinde Israels und auch Teile der arabischen Welt konterten deshalb mit der Einführung eines „Al-Quds“-Tages (arabisch für Jerusalem-Tag), der am letzten Tag des Ramadans besonders in der iranischen Hauptstadt Teheran bombastisch inszeniert wird. Der Streit um Jerusalem ist also als Machtdemonstration inszeniert und zieht sich durch die letzten Jahrzehnte. Er ist zäh, denn an der Bedeutung Jerusalems für die Juden in aller Welt gibt es keinen Zweifel. Israel ist dabei durchaus um Ausgleich bemüht: Der Tempelberg steht unter jordanischer Verwaltung, Juden ist das Betreten offiziell untersagt. Als der israelische Oppositionsführer Ariel Scharon im September 2000 den Tempelberg dennoch besuch-

te löste dies langanhaltende Krawalle aus, die sicherlich keine spontane Reaktion, sondern von langer Hand geplant waren.

Gerade erst verkündete der „Palästinenserpräsident“ Machmud Abbas wieder einmal, die für Ende Mai geplanten Wahlen in den „palästinensischen“ Gebieten zu verschieben. Als Grund nannte er den Konflikt um Jerusalem. Es ist anzunehmen, dass dies nicht der wahre Grund für die Absage ist. Vielmehr herrscht nach 15 Jahren, in denen Wahlen immer wieder verschoben wurden, eine große Unzufriedenheit mit dem nicht einmal vermeintlich demokratisch legitimierten „Präsidenten“. Jerusalem als Faustpfand ist aber eine Trumpfkarte, die starke emotionale Reaktionen hervorruft und die Bevölkerung der „palästinensischen“ Gebiete bislang immer wieder jenseits der internen Streitigkeiten gegen den vermeintlichen Feind Israel in Stellung bringen konnte. Diese Ankündigung nur wenige Tage vor dem nationalen israelischen Feiertag „Jom Jeruschalaim“ dürfte so wie der geplante Zeitpunkt der wahrscheinlich wieder nicht stattfindenden Wahlen kein Zufall sein.

Israelis lassen es sich aber sicher nicht nehmen, die Stadt, die seit jeher eine zentrale Rolle in ihrem Leben gespielt hat – sei es als tatsächlicher Wohnort oder sei es als Symbol der Hoffnung und des Friedens – ausgelassen zu feiern. Die Stadt wird wie jedes Jahr mit Fahnen geschmückt werden, der Tag beginnt nach jüdischer Tradition am Abend mit einer Danksagung an der Klagemauer und dem Gedenken an die gefallenen Soldaten, es folgen Paraden und Prozessionen. Ein glücklicher Tag! Möge Jerusalem tatsächlich einmal die Hauptstadt des Friedens werden!

Degussa 
GOLD UND SILBER.

IHR PARTNER FÜR ANLAGE IN GOLD UND SILBER.

Wir bieten Ihnen eine große Auswahl an Barren und Anlagemünzen und übernehmen für Sie auf Wunsch auch gerne die professionelle Einlagerung in unserem Degussa Schließfach oder in unserem Hochsicherheitslager.

Auch für den Verkauf Ihrer Edelmetalle wie beispielsweise Barren, Münzen oder alten Schmuck sind Sie bei uns goldrichtig. Unsere Experten prüfen Ihre Ware fachmännisch und kaufen diese direkt in unserer Niederlassung oder im Ankaufszentrum an.

DEGUSSA-GOLDHANDEL.DE



Der linke Antisemitismus des Goethe-Instituts

Antisemitische Erfahrungen aus erster Hand mit dem weltweit tätigen deutschen Kulturinstitut in Tel Aviv und Jerusalem: Eine private Chronique scandaleuse

Von Chaim Noll

„Das Goethe-Institut genießt seit über 70 Jahren im In- und Ausland einen hervorragenden Ruf als Dialogpartner Deutschlands mit der Welt und unterstützt Projekte mit herausragendem Profil und hoher Wirkung in der Öffentlichkeit.“ (Goethe Institut/Über uns)

„Das Goethe-Institut wird überwiegend aus dem Bundeshaushalt finanziert (...) Das Jahresbudget des Goethe-Instituts belief sich 2015 auf rund 387 Millionen Euro, wovon rund 229 Millionen Euro Zuwendungen des Auswärtigen Amtes aus den Mitteln für die Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik darstellten.“ (Wikipedia)

Unter den auf der Website des Instituts aufgelisteten „FörderInnen“ finden sich die Alfried Krupp von Bohlen und Halbach-Stiftung, Allianz Kulturstiftung, Deutsche Bank, Axel Springer Stiftung, Bayer AG, Bertelsmann, Daimler-Benz, BMW, Continental, Robert Bosch Stiftung, Volkswagen AG, Verlagsgruppe Holtzbrinck, Siemens AG und zahlreiche andere deutsche Unternehmen und Stiftungen.

Im April 1993 lud mich das Goethe-Institut Jerusalem zu einem Vortrag ein, Thema: Wie ich als Jude das heutige Deutschland sehe. Ich lebte zu dieser Zeit noch in Rom, zwei Stunden Flugzeit, und freute mich, ein paar Tage in Israel verbringen zu können. Als ich am Nachmittag landete, wehte der heiße, scharfe Wüstenwind Sharav, der neben anderen unangenehmen Wirkungen eine leicht gereizte Stimmung verbreitet. Vielleicht war das der Grund, warum Herr R., Leiter des Goethe-Instituts Jerusalem, der mich vom Flughafen abholte, die ganze Autofahrt über schimpfte.

In mein Tagebuch notierte ich: „Unterwegs erzählt mir R., wie ungerne er hier lebt. Er vermisse ‚Kultur‘, Israel wäre ‚langweilig‘ und ‚primitiv‘. Er gibt sich als junger Deutscher vom neuen Schlag, gemäßigt links, früher Lehrer in Wuppertal. Die Israelis nennt er ‚verroht‘ und ‚brutal‘ durch die ständigen Kriege. ‚Ihnen fehlt Kultur‘, sagt er später nochmals, den Wagen durch den dicken Nachmittagsverkehr manövrierend. Hat es Sinn, ihn über den Beitrag der Juden zur Weltkultur aufzuklären? Und besonders zur deutschen? Ich beschließe, seine Gesellschaft zu meiden, mir selbst ein Bild zu machen. Schönes Hotel im türkischen Kolonialstil, Zimmer über Eck. Später Empfang auf der Jerusalem Book Fair, Rede von Lord Weidenfeld. Wegen meines morgigen Vortrags gibt es schon jetzt Probleme, ein Professor Z. vom Deutschen Kulturrat, der mit mir auf dem Podium sitzen soll, möchte vorher das Manuskript lesen, ‚um sich vorbereiten zu können‘. Hat meine wenig begeisterte Reaktion auf R.s Reden (ein Art Eingangstest) sein Misstrauen geweckt? Nach längerer Verhandlung sage ich zu, an der Rezeption meines Hotels bis morgen Vormittag zehn Uhr eine Kopie zu hinterlegen.“

Stolz, kein Hebräisch zu können

Das war zu spät, um den Vortrag, der für drei Uhr nachmittags angesetzt war, noch abzusagen, falls mein Text Missfallen erregen sollte. Und da ich wusste, was ich geschrieben hatte, hielt



Johannes Ebert, der Chef des Goethe-Instituts.

ich das für sehr wahrscheinlich. „Mein Vortrag am Nachmittag verlief turbulent“, heißt es im Tagebuch, die Ereignisse eher beschönigend. Ich sprach über den latenten Antisemitismus, den ich im vereinigten Deutschland spürte, vor allem unter angepassten Intellektuellen, unter Linken. (Dabei waren „Spiegel“ und „Süddeutsche“ damals noch nicht zu ihrer richtigen Form aufgelaufen.) Professor Z. und Mitarbeiter des Goethe-Instituts versuchten, die Diskussion abzuwürgen, die sehr aufregend verlief: Zustimmung von einigen Israelis, heftige Angriffe durch anwesende deutsche Diplomaten, Professoren, Kirchenleute. „It was a shame to hear this“, sagte ein älterer Deutscher. Meine Antwort: „Maybe, but not my shame.“ Kurz, es war nicht das, was man sich vorgestellt hatte. Einige Tage später traf ich nochmals mit Herrn R. vom Goethe-Institut zusammen, an der Rezeption des Hotels, wo er eben meine Rechnung bezahlte. Er wies auf die Kosten hin, die mein Aufenthalt in Jerusalem verursacht hätte, und fügte anklagend hinzu: „Und dann hatten wir so viel Ärger ihretwegen.“ Laut Tagebuch beschäftigte mich schon damals die Frage: „R. vom Goethe-Institut erwähnt mit einem gewissen Stolz, dass er kein Wort Hebräisch

spricht, obwohl er seit Jahren hier lebt. Auch sein Englisch ist schauderhaft. Nach welchen Gesichtspunkten werden solche Stellen besetzt?“

Beim Abflug war ich sicher, niemals mehr vom Goethe-Institut eingeladen zu werden. Da ich damals schon meine Auswanderung im Blick hatte, nahm ich es nicht allzu tragisch. Übrigens war es dann nicht so leicht wie gedacht, mich aus den Aktivitäten des Goethe-Instituts zu eliminieren, da gelegentlich ahnungslose Dritte meine Teilnahme an Veranstaltungen vorschlugen. Und in einigen Fällen, wenn „Drittmittel“ im Spiel waren, auch durchsetzten. Ich nahm solche Einladungen meistens an, mit dem besonderen Vergnügen, den Funktionären des Goethe-Instituts ein Ärgernis zu sein.

So kam es im Juli 2010 auf Veranlassung der Else-Lasker-Schüler-Gesellschaft zu meiner Teilnahme an einer Konferenz im Goethe-Institut Tel Aviv. Ich lebte damals schon lange im Süden Israels und fuhr mit dem Zug, „unter blauem Himmel, mit Blick auf offene Wüste“, wie ich notierte, also in bester Laune. Dann saß ich mit einigen gestandenen Israel-Kritikern auf dem Podium, mit dem eloquenten Tel Aviver Soziologie-Professor Moshe Zuckermann (beliebter Referent

des Goethe-Instituts, Autor des Buches „Israels Schicksal. Wie der Zionismus seinen Untergang betreibt“) und einem ehemaligen israelischen Botschafter in Deutschland, Avi Primor (Träger hoher Auszeichnungen wie des Bundesverdienstkreuzes „mit Stern und Schulterband“). Sie trugen wie üblich ihre scharfe Kritik an Israels Politik und Entwicklung vor, Zuckermann erklärte wörtlich, Israel stünde „am Abgrund“, daher seien Intellektuelle moralisch verpflichtet, Widerstand gegen die israelische Regierung zu leisten. Mein Statement galt auch hier dem latenten Antisemitismus der deutschen Mainstream-Linken, den ich, wie ich sagte, seit meiner Jugend bestens kannte, „auch in all seinen modischen Verkleidungen“, da ich selbst aus der Linken stamme.

Mosche Zuckermann brauchte Wasser

Als ich den Gedanken aussprach, Israel-Kritik sei heute „eine beliebte Tarnung für die alten antijüdischen Ressentiments“, erlitt Moshe Zuckermann einen choleralen Anfall, der uns ernsthaft um seine Gesundheit bangen ließ. Nach einigen schreiend hervorgestoßenen Sätzen lief sein Gesicht rot an, er begann am ganzen Körper zu zittern,

dann sprang er auf und lief aus dem Saal. Avi Primor entzog sich einer weiteren Diskussion, indem ihm plötzlich, mitten in der Veranstaltung, ein wichtiger Termin anderswo einfiel und er sich eilig verabschiedete. In der Tür stieß er mit Zuckermann zusammen, der sich offenbar auf der Herrentoilette kaltes Wasser über den Kopf gegossen hatte und nun, immer noch tropfend, aufs Podium zurückkehrte. Der damalige Leiter des Goethe-Instituts Tel Aviv, Dr. B., ertrug höflich meine Anwesenheit bis zum Ende der Veranstaltung, gab mir jedoch beim Abschied zu verstehen, dass er nicht damit rechne, mich jemals wiederzusehen.

Dennoch trat ich im November 2010 nochmals im Goethe-Institut Jerusalem auf, in einer Veranstaltung, die der Leiter der Konrad-Adenauer-Stiftung Hamburg, Dr. D., organisiert hatte. Im Tagebuch finde ich die kurze Notiz: „Vortrag Goethe-Institut vor sympathischer deutscher Gruppe, Jung-Politiker, Bundeswehroffiziere, Juristen. Karsten D. umarmt mich zum Abschied, verabredet drei Tage Veranstaltungen in Hamburg mit mir für kommenden Mai. Kurzes, heftiges Zusammentreffen mit der Leiterin des Goethe-Instituts Jerusalem, Frau L., die nachträglich so tut, als hätte sie nicht gewusst, dass ich in ihren Räumen auftrete. Die Veranstaltung sei ohne ihre Kenntnis durch Dr. D. von Hamburg aus ‚mit einer Mitarbeiterin‘ vereinbart worden. ‚Ich weiß natürlich, wer Sie sind‘, sagt sie und wirft mir einen vernichtenden Blick zu. Zuerst wirkt sie nur neurotisch und zänkisch, doch allmählich beschleicht mich das Gefühl, sie hätte wirklich Angst. Wovor? Muss sie sich irgendwo verantworten, weil ich, offenbar im Goethe-Institut persona non grata, ihre Räume betreten

habe? Schon die dritte Leiterin dieser vom Auswärtigen Amt unterhaltenen Einrichtung, die ich kennenlerne, alle drei unfähig zu einem vernünftigen Dialog. Seltsame Personalpolitik.“

Gehört anti-israelische Gesinnung zu den Auswahlkriterien des Goethe-Instituts?

Mochte ich nun im Goethe-Institut Unperson sein, so sandte uns diese Einrichtung dennoch regelmäßig Referenten ans Deutsche Studienzentrum der Ben-Gurion-Universität in Beer Scheva. Da ich zu den Gründern des Zentrums gehöre, wurde ich gelegentlich gebeten, solche Veranstaltungen zu leiten und auf diese Weise doch wieder mit einer Einrichtung, die mich eigentlich in Bann getan hatte, zu kooperieren. Humanitatem nobis. Die Gäste waren deutsche Akademiker oder Autoren, die das Goethe-Institut nach Israel eingeladen hatte und die sich alle Mühe gaben, dieser Ehre gerecht zu werden. So auch Esther Dischereit, eine wenig bekannte jüdische Schriftstellerin aus Heppenheim an der Bergstraße, die seit 1993 immer wieder „Lese- und Vortragsreisen auf Einladung verschiedener Goethe-Institute in die USA, nach Medellín/Kolumbien und in europäische Länder“ absolviert, wie die biographische Notiz verhielt. In Beer Scheva in der Wüste Negev gibt es nur ein winziges deutschsprachiges Publikum, wir sind froh, wenn – neben einer Handvoll Universitäts-Mitarbeiter – zehn Zuhörer zu einer solchen Kultur-Veranstaltung erscheinen. Zu unserer Überraschung begann Esther ihre angekündigte Lesung experimenteller Prosa mit einer politischen Tirade gegen die Politik Israels im Nahen Osten.

Und während wir uns ihre zwar wenig sachkundige, doch emotional geladene Kritik an unserem Land anhörten,

überkam mich wieder, wie schon bei Frau L., der Leiterin des Jerusalemer Goethe-Instituts, der Eindruck einer Pflichtübung. Gehören solche Bekundungen zu den Bonus-Punkten, wenn man vom Goethe-Institut als Mitarbeiter eingestellt oder als Referent eingeladen werden will? Ist das gemeint, wenn sich das Goethe-Institut, wie es auf seiner Website erklärt, für „wirksame und glaubwürdige Verständigungsprozesse“ in Israel einsetzt? Auf das kleine universitäre Publikum in Beer Scheva hatte die politische Belehrung eher gegenteilige Wirkung. Eine ältere Dozentin, aus der früheren Sowjetunion eingewandert, äußerte ihr Befremden, statt der angekündigten literarischen Texte eine Verurteilung Israels vorgesetzt zu bekommen. Sie mokierte sich darüber, wie ungeschickt diese Art deutsche Regierungspropaganda hier in der Negev-Wüste wirke.

Ende der Nicht-Einmischung

Für mich wurde Esthers Auftritt zum unerwarteten Impuls. Bis dahin überwogen meine Hemmungen, mich als im Ausland lebender Autor kritisch zur deutschen Politik zu äußern, derlei erschien mir wie ungebetene Einmischung in die Angelegenheiten eines Landes, in dem ich nicht mehr lebe. Doch während ich Esther Dischereits wie bestellt wirkender Agitprop-Rede zuhörte, schmolzen diese Skrupel dahin. Ich habe bald darauf begonnen, in den wenigen regierungskritischen Medien in Deutschland, auf der „Achse des Guten“ oder in der „Jüdischen Rundschau“, zu veröffentlichen und mich mit deutlichen Worten in die Affären meines fernen Geburtslandes einzumischen. Was sich das Goethe-Institut herausnimmt, kann man mir nicht verwehren.

Das Goethe-Institut wird inzwischen vom Simon-Wiesenthal-Center zu den weltweit auffälligsten antisemitischen Einrichtungen gezählt. Eine Einstufung, die viele für übertrieben halten. Eine solche Geldverbrennungsanlage hat natürlich zahlreiche Fürsprecher, auch einige jüdische. Ist das vom deutschen Auswärtigen Amt bezahlte Goethe-Institut tatsächlich jüdenfeindlich? Aus meiner Erfahrung muss ich bestätigen, dass es Israel-feindlich ist, auf eine ganz selbstverständliche, verinnerlichte Weise. Die heiß diskutierte Frage, ob eine Ablehnung Israels „automatisch“ jüdenfeindlich ist, kann hier nur gestreift werden. Wenn ich in Betracht ziehe, dass der Staat Israel das Rückgrat der kleinen, weltweit verstreuten jüdischen Minderheit ist, gibt es für mich wenig Zweifel.

Die deutsche Linke ist dem Judenhass ihrer verehrten Gründerväter wie Marx und Kautsky treu geblieben. Wenn Johannes Ebert, gegenwärtiger Generalsekretär des Goethe-Instituts, mit Boykott-Bewegungen gegen Israel sympathisiert und ihren Vertretern seine millionenschwere Einrichtung zur Verfügung stellt, liegt er ganz in der Tradition der ihn prägenden Ideologie. Er ist seit dreißig Jahren Mitarbeiter des Goethe-Instituts und kann eine Kreatur dieser Einrichtung genannt werden. Aus Mitgefühl mit den deutschen Steuerzahlern, die für 200-250 Millionen Euro Jahresbudget aufkommen müssen, sei hier mein wichtigster Einwand gegen das Goethe-Institut genannt: dass es plump und dilettantisch vorgeht, auf gestrige, bereits gescheiterte Konzepte setzt und Deutschlands Ansehen schadet. Insofern ist es ein typischer Vertreter derzeitiger deutscher Politik.

Unterstützen Sie Deutschlands einzige unabhängige jüdische Zeitung! Abonnieren Sie und schalten Sie Werbung in der JÜDISCHEN RUNDSCHAU!

Liebe Leserinnen und Leser,

gegründet im Sommer 2014, als Reaktion auf die antisemitischen Demonstrationen

in ganz Deutschland, setzt sich die JÜDISCHE RUNDSCHAU heute für jüdische Belange und für Israel ein wie kein zweites Medium im deutschsprachigen Raum. Die positiven Rückmeldungen aus Deutschland, Österreich, der Schweiz und Israel bestärken uns in unserer Arbeit.

Dennoch brauchen wir auch Ihre Hilfe: Abonnieren Sie die JÜDISCHE RUNDSCHAU, erzählen Sie in der Familie, im Freundes- und Bekanntenkreis von unserer noch jungen Zeitung!

Verschenken Sie Abos und reichen unsere Zeitung weiter!

Denn eine Zeitung wird erst durch ihre Abonnenten stark.

Auch Deutschland, Österreich und die Schweiz brauchen eine selbstbewusste jüdische Stimme!

Ihre
JÜDISCHE RUNDSCHAU-Redaktion

Lawfare: Wie linke NGOs mithilfe von Israels Oberstem Gerichtshof Premier Netanjahu angreifen

Linke ausländische Nichtregierungsorganisationen versuchen mithilfe der häufig ebenfalls links unterwanderten israelischen Justiz immer dreister in die Innenpolitik des jüdischen Staates hineinzuregieren.

Aktuell versucht das Oberste Gericht Benjamin Netanjahu daran zu hindern, einen Justizminister zu benennen. Dahinter stecken vielfach israelfeindliche NGOs, die häufig auch von der deutschen Politik unterstützt werden.



Von Collin McMahon

Die Richter und Mitarbeiter des Obersten Gerichtshofes von Israel.

Am 27. April befand das israelische Oberste Gericht Netanjahus Ernennung von Ofir Akunis als Justizminister für ungültig, u.a. weil der Punkt nicht auf der Tagesordnung der Sitzung stand und weil Netanjahus Regierungspartei Likud den Koalitionspartner Blau-Weiß überstimmt hatte. Die Klage wurde u.a. angestrebt von einer NGO namens „Movement for Quality Government in Israel“, zusammen mit dem Chefankläger Mandelblit und Benny Gantz von der Partei Blau-Weiß.

Soros-Geld gegen Israel

Laut dem Vorsitzenden Eliad Shrag wird „Movement for Quality Government in Israel“ großteils vom „New Israel Fund“ finanziert, das 2011 von

Wikileaks als Soros-NGO enttarnt wurde. Der Autor Edwin Black hat die anti-israelischen Aktivitäten von NIF 2013 in seinem Buch „Financing the Flames“ dokumentiert, „NGO Monitor“ haben in ihrem Bericht „Bad Investment“ 2013 die anti-israelischen Aktivitäten von George Soros' „Open Society“ enthüllt.

„Im September 2011 brachte die WikiLeaks-Veröffentlichung eines geheimen Telegramms der US-Botschaft von 2010 ans Licht, dass Hedva Radovanitz, die damalige stellvertretende NIF-Direktorin in Israel, sich im Gespräch mit einem amerikanischen Botschaftsmitarbeiter wohlwollend über einen möglichen Untergang des jüdischen Staates geäußert

hatte“, schreibt Stefan Frank auf „Audiatur Online“: „Sie merkte an, dass sie glaube, dass Israel in 100 Jahren mehrheitlich arabisch sein werde und dass das Verschwinden eines jüdischen Staates nicht die von Israelis befürchtete Tragödie sei, da es dann demokratischer werde.“

Der „New Israel Fund Deutschland“ arbeitet mit der Heinrich-Böll-Stiftung der Grünen zusammen, die gemeinsam am 9. März 2021 eine Veranstaltung zum Thema „Wahlen in Israel“ abhielt. Redner waren Dr. Steffen Hagemann, Leiter des Israel-Büros der Heinrich-Böll-Stiftung Tel Aviv, Dr. Ofer Waldman, ehemaliger Vorsitzender des NIF Deutschland, und Dr. Nabila Espanioly der linksex-

tremer Partei „Hadash“, die u.a. den Boykott von Juden in Judäa und Samaria unterstützt.

Deutsche Stiftungen gegen Israel

Der israelische Knesset-Abgeordnete Ariel Kallner beklagt, dass die gewaltsamen Demonstrationen vor dem Haus des israelischen Premierministers von der Bundesregierung und den Parteistiftungen der „Linken“ und „Grünen“ finanziert werden. So werde die linke NGO „Standing Together“, die die Proteste mitorganisiert, mit 38.825 Euro von der Rosa-Luxemburg-Stiftung (Linke), 10.075 Euro von der Heinrich-Böll-Stiftung (Grüne) und 11.200 Euro vom deutschen Zivilen Friedensdienst (ZFD) finanziert.

Zu den NGOs des linken Netzwerks, die aus Berlin und Brüssel unterstützt werden, um die israelische Regierung zu sabotieren, gehören außerdem die „Association for Civil Rights in Israel“ (ACRI), „Human Rights Defenders Fund“, „Ir Amim“, „Physicians for Human Rights“, „B'Tselem“ und „Breaking the Silence“.

Es sind dieselben linken NGOs, die die endlose Klagewelle („Lawfare“) gegen Benjamin Netanjahu wegen angeblicher „Korruption“ unterstützen. U.a. wird Netanjahus Frau vorgeworfen, Flaschenpfand einbehalten zu haben. Benjamin Netanjahu soll versucht haben, positive Berichterstattung in der Presse zu bekommen. Deshalb wird ihm – auch in deutschen Medien – nunmehr seit 2017 „Korruption“ vorgeworfen.

Sie interessieren sich für die „Jüdische Rundschau“, möchten sie aber aus bestimmten Gründen nicht abonnieren. Deswegen haben Sie die Zeitung ab und zu im Zeitungskiosk gekauft. Aber Sie laufen nicht gerne zum Zeitungskiosk oder finden da die Zeitung nicht immer. Möglicherweise ist Ihre Beweglichkeit begrenzt oder Sie möchten es lieber bequem...

**DANN HABEN WIR EIN
TOLLES ANGEBOT FÜR SIE!**

Sie können auf unserer Website www.juedische-rundschau.de/shop die aktuelle Ausgabe der „Jüdischen Rundschau“ bestellen und online bezahlen. Die Zeitung wird innerhalb von 24 Stunden nach Bestellung und Bezahlung an Sie verschickt und kommt direkt zu Ihnen per Post in einem neutralen Briefumschlag.

Hans Rosenthals „Dalli Dalli“ wird 50 Jahre alt

50 Jahre ist es in diesem Mai her, dass die Show „Dalli Dalli“ zum ersten Mal im Fernsehen lief. Der kultige jüdische Moderator Hans Rosenthal verkörpert wie kaum ein anderer den Versuch Deutschlands nach der Schoah wieder zur Normalität zurückzukehren. Die leichte Unterhaltung verlangte ihrem Erfinder allerdings harte Disziplin ab.

Von Mario Thurnes

Der Samstagabend gehörte in den 70ern Hans-Joachim Kulenkampff. Der Schauspieler lud das Bildungsbürgertum ein und stellte Fragen zum Theater, den Klassikern der Literatur oder zu Stilrichtungen in der Architektur. Gekleidet war Kulenkampff wie ein Mann von Welt.

Hans Rosenthal war immer angezogen wie ein Arbeiter, der sich für den Kirchgang in seinen Sonntagsanzug zwängt. Genau das war Programm bei ihm: Einerseits nicht zu abgehoben wirken. Andererseits die Etikette erfüllen. Denn Rosenthal war ein bezeichnend konservativer Mensch.

„Dalli Dalli“ war nicht die Show für das Bildungsbürgertum. Hier wurden keine Fragen zu dorischen Säulen gestellt, sondern Würste in Därme gefüllt und Flüssigkeiten in dafür ungeeigneten Gefäßen transportiert. Wenn die Prominenten in der Schnellraterunde nach Dingen gefragt wurden, die im Museum zu sehen sind, warfen sie irgendwelche Begriffe in die Runde – und es spielte überhaupt keine Rolle, ob es die da wirklich zu sehen gibt. Lustig sollte es sein. Kurzweilig.

Das war den „Bildungsbürgern“ zu einfach

Entsprechend ätzte das Feuilleton über „Dalli Dalli“: „Jene heile Welt, in der die Bundesrepublik noch Deutschland heißt, wo man grad und schlicht redet, weil man dem Volk, den lieben Millionen Bildzeitungslesern, so richtig aufs Maul geschaut hat“, ätzte der König der zu hoch getragenen Nase, Walter Jens, unter Pseudonym in der „Zeit“.

Auch der Theaterautor Franz Xaver Kroetz nutzte in seinen Volksstücken „Dalli Dalli“ gerne als Metapher für das Leben der Arbeiter und Kleinbürger. Aus gutem Grund. Am Samstagabend saßen die Menschen vielleicht frisch gebadet und satt vorm Fernseher. Doch „Dalli Dalli“ lief am Donnerstagabend. Viele Menschen müffelten, weil sie seit fünf Tagen nicht mehr gebadet hatten und es kaum Duschen in privaten Haushalten gab. Am nächsten Tag warteten nicht Ausschlafen oder Kirchgang, sondern der nervige Chef oder die Mathearbeit.

Rosenthal wusste darum. Er sah sich als Dienstleister. Mit preußischer Härte und Entschlossenheit arbeitete er daran, dass „Dalli Dalli“ leicht und fröhlich wirkte. Nur einmal überzog er in 16 Jahren – um dafür in der nächsten Ausgabe um Entschuldigung zu bitten. Politik spielte keine Rolle. Kabarettisten wie Lore Lorentz waren die Ausnahme unter den Gästen – Sportler und Stars der leichten Unterhaltung die Regel. Als zwei Tage vor der Show die Kandidatin Sylvia Manas tödlich verunglückte, wurde die Folge nicht abgesagt – Heidi Brühl sprang am 10. Oktober 1977 ein – Show must go on.



Hans Rosenthal in der kultigen Dekoration von Dalli Dalli.

Ein unauffälliger Protest zum 9. November

Nur ein Jahr später war es Rosenthal, der einen Termin verschieben wollte. Die 75. Folge von Dalli Dalli sollte am 40. Jahrestag der Pogromnacht stattfinden. Doch auch da wies das ZDF an: Show must go on. Rosenthal reagierte. In der Folge trug er Schwarz. Statt Schlager gab es klassische Musik zu hören.

Rosenthal selbst war Überlebender. 1942 starb seine Mutter an Darmkrebs. Der 17 Jahre alte Hans „Israel“ Rosenthal, wie er sich nennen musste, kam mit seinem zehn Jahre alten Bruder Gert in ein Waisenheim. Am 19. Oktober 1942 deportierten die Nazis die Kinder, brachten sie nach Majdanek und töteten sie dort – auch Gert. Hans Rosenthal ist entkommen. Der Zufall war sein Verbündeter. Als das Heim deportiert wurde, war er auf der Arbeit. Als die Fabrik deportiert wurde, auf Dienstreise. Dann tauchte er unter. Freundinnen seiner Großmutter versteckten ihn in einer Gartenlaube, riskierten die Denunziation und teilten mit ihm die rarer werden Lebensmittelmarken.

Rosenthal war dankbar. Er war um Versöhnung bemüht. Alles andere als einfach in einem Deutschland, das

vielleicht Fehler von Hitler einräumte, vielleicht auch noch von Goebbels und Göring – aber alle anderen hatten ja von nichts gewusst und konnten sich nicht wehren oder hätten ja sonst ihr eigenes Leben riskiert. Und außerdem müsse man ja auch mal die andere Seite sehen...

In diesem Sinne wurde ein Interview zu einem peinlichen und peinigenden Zeitdokument, das Rosenthal 1981 dem Saarländischen Rundfunk gab. Der israelische Ministerpräsident Menachem Begin hatte sich zu der Zeit unglücklich geäußert. Und so wurden die Anrufe der Zuhörer, die zugeschaltet wurden, zur Anklage: Begins Aussage war ja wohl falsch und dann die Härten in der „Palästinenser“-Politik, dann noch die Aussagen und die Härten, nicht zu vergessen die Aussage und die Härten. Der Jude hatte sich vor den Deutschen dafür zu rechtfertigen. Rosenthal durchblickte das Spiel nicht. Devot entschuldigte er sich für Begin und für Härten in der „Palästinenser“-Politik, verteidigte diese – aber halt im Rückwärtsgang. Statt der von dem Moderator erhofften Versöhnung wurde das Interview so zum Ventil für das in Deutschland beliebte Ausfluchts-Topik, dass die

Schoah natürlich schlimm gewesen sei, aber...

Ende der Schau durch Krebs

Im Herbst 1986 diagnostizierten Ärzte Krebs in Rosenthals Magen – wie bei seiner Mutter. Das ZDF setzte die Show aus. Der Moderator kämpfte. Um sein Leben, aber auch darum weiter mit aller Härte Leichtigkeit auf den Bildschirm bringen zu können. Die Zuschauer bangten, drückten ihm die Daumen und hofften, dass „Dalli Dalli“ weitergeht. Im Januar 1987 wollte Rosenthal die Show durchziehen. Die Ärzte verboten es ihm. Im Februar war er tot.

Es gab einige Versuche, „Dalli Dalli“ wieder zu beleben. Sie scheiterten. Sie mussten scheitern. „Dalli Dalli“ war Zeitgeist. War ungeduschter Donnerstag und überspielte Angst vor der morgigen Mathearbeit. War Hans Rosenthal und der Versuch, sich sein eigenes Schicksal nicht anmerken zu lassen – außer einmal, als er Schwarz trug.

Das ZDF feiert das „Dalli-Dalli“-Jubiläum. Am 15. Mai moderiert Johannes B. Kerner eine große Gala mit Gästen aus der Zeit. An den Wochenenden davor zeigt das ZDF Wiederholungen des Originals.

Report from Exile: Werke des jüdischen Fotografen Fred Stein

Die neue Ausstellung im Deutschen Historischen Museum

Von Dr. Nikoline Hansen

Es sind schwere Zeiten für Museen. Die Lust am Bummeln ist mit der Maskenpflicht vergangen, zwischenzeitlich waren Besuche in Berlin zumindest mit Nachweis eines Negativtests möglich, nun sind sie wieder verboten. Das Deutsche Historische Museum gibt aber nicht auf. So wurde die Ausstellung „Report from Exile – Fotografien von Fred Stein“ statt am 20. Dezember 2020 am 15. März 2021 eröffnet und derzeit bietet das Museum eine öffentliche digitale Präsentation zur Ausstellung online an – ein kurzes Format über 60 Minuten für das man sich anmelden muss. Denn seit dem 24. April ist der Besuch von Museen in Berlin wieder untersagt. Dadurch haben allerdings nun auch Interessierte weltweit die Möglichkeit einen Eindruck von den ausdrucksstarken Fotos zu gewinnen, die derzeit hier in der Ausstellung gezeigt werden.

Es ist dem Deutschen Historischen Museum zu verdanken, dass die Fotos und die faszinierende Lebensgeschichte des Fotografen Fred Stein in Berlin präsentiert werden. Fred Stein wurde 1909 in Dresden als Sohn eines Rabbiners geboren. Sein ursprünglicher Plan, Jurist zu werden, wurde von den Nationalsozialisten durchkreuzt: im Juni 1933 wurde er auf der Grundlage des Gesetzes zur „Wiederherstellung des Berufsbeamtentums“ aus dem sächsischen Justizdienst entlassen. Zum zweiten Staatsexamen wurde er nicht mehr zugelassen, die angestrebte Karriere war abrupt beendet. Als politisch engagierter Mensch war er für die Folgen dieser diskriminierenden Ereignisse in Deutschland sensibilisiert genug, um bereits im Herbst 1933 mit seiner Ehefrau Lilo nach Paris zu fliehen. Seine langjährige juristische akademische Ausbildung war damit „so ganz für die Katze“, wie er selbst einmal schrieb. Eine berufliche Neuorientierung wurde notwendig und so entdeckte er seine Liebe zur Fotografie. Er begann autodidaktisch als Porträt- und Pressefotograf zu arbeiten und es gelang ihm rasch, sich beruflich zu etablieren: 1934 konnte er mit finanzieller Unterstützung der Familie seiner Ehefrau in Paris ein Fotostudio eröffnen. Auch hier engagierte er sich politisch, wie schon zuvor in Dresden. 1935 trat er in den Verband deutscher Journalisten in der Emigration ein. Außerdem wurde er Mitglied der Association Professionnelle de la Presse Étrangère en France. Zusammen mit seiner Frau wurde er Teil eines Netzwerkes aus emigrierten Schriftstellern, Künstlern und Intellektuellen.

Paris sollte aber nicht sein letztes Exil bleiben. Am 5. September 1939 musste sich Fred Stein als „feindlicher Ausländer“ bei den Behörden melden und wird in Internierungs- und Arbeitslagern inhaftiert. Im Mai 1940 gelingt ihm in Saint-Nazaire die Flucht, er kann sich nach Südfrankreich durchschlagen. In Toulouse trifft er seine Frau und die 1938 geborene Tochter Marion wieder. Ein Koffer mit Negativen und Fotoabzügen



Fred Stein 1937 in Paris

gen hat Lilo Stein mit auf die Flucht nehmen können, der Grundstock des späteren Archivs. 1941 gelingt es der Familie mit Unterstützung des amerikanischen Journalisten Varian Fry und des von Fry gegründeten Emergency Rescue Committee Notfallvisa für die USA zu erhalten. Am 6. Mai verlässt die junge Familie an Bord

1945 wegen deren Verbindungen zu kommunistischen Organisationen wieder verlässt. Er arbeitet für verschiedene Fotoagenturen. 1943 wird sein Sohn Peter geboren, 1946 hat eine Ausstellung in der Tribüne für freie deutsche Literatur und Kunst in New York, 1947 folgt die Herausgabe des Fotobandes 5th AVE. Seit 1950 konzentriert sich Fred Stein auf Portraitfotografien prominenter Persönlichkeiten aus den Bereichen Literatur, Theater, Kunst, Musik, Wissenschaft und Politik. 1952 erhält er schließlich die amerikanische Staatsbürgerschaft. Der Weg zurück nach Deutschland ist keine Option. Dabei erhält er 1954 sogar im Rahmen der Wiedergutmachung nationalsozialistischen Unrechts eine Pension als Landgerichtsrat. Ganz kehrt er Deutschland aber doch nicht den Rücken: Einer der Menschen, die Stein in Paris 1937 oder 1938 fotografiert hatte, war Willy Brandt. So kommt es, dass er 1958 eine Einladung nach Berlin erhält und erstmals wieder nach Deutschland kommt – für einen kurzen Besuch.

Im Laufe seines Lebens hat Fred Stein so eine umfangreiche Sammlung an Milieustudien und Porträts unterschiedlichster Menschen geschaffen und dabei auch sein Leben, die Welt eines Exilanten und seines Umfelds dokumentiert. Es war ein Leben, das von Neuanfängen geprägt war – zweimal musste Stein sich eine neue Existenz aufbauen. Und zweimal ist ihm das mit zähem Arbeitseifer und Ausdauer gelungen. Die umfangreiche Aus-

stellung beweist das. Sie ist in sechs Abschnitte geteilt, wobei sich der letzte mit den Bildrechten und dem Nachlass befasst – verwaltet wird der Nachlass nun von Fred Steins Sohn Peter, der das Archiv von seiner Mutter Lilo Stein nach deren Tod 1997 übernahm. Fred Stein selbst wurde nicht alt – er starb bereits am 27. September 1967 nach kurzer schwerer Krankheit in New York. Bei der Vorbereitung der Ausstellung stellte sich heraus, dass Bilder von Fred Stein auch in deutschen Institutionen zu finden sind – nicht immer mit korrekter Kennzeichnung des Urhebers.

Neben den Fotos der Exilanten, die mit kurzen Biografien präsentiert werden, lag ein Schwerpunkt der Fotografie Steins auf Straßenszenen. So werden eingangs Straßenszenen aus Paris gezeigt, spontane Schnappschüsse und Experimente mit ungewöhnlichen Perspektiven, aber auch eine Dokumentation der Lebensumstände. Einige der ausgestellten Fotos zeigen Szenen des jüdischen Lebens im Paris der 1930er Jahre. Auch die politische Entwicklung in Frankreich verfolgte Fred Stein mit großem Interesse. So fotografierte er am 14. Juli 1935 die Demonstration der französischen Volksfrontbewegung, an der rund 500.000 Menschen teilnahmen.

Hunderttausend deutschsprachige Emigranten in Paris

Paris als Zentrum der deutschsprachigen Emigration bildet den Schwerpunkt der Ausstellung und auch des Katalogs: Zwischen 1933 und 1939 hielten sich in Paris rund einhunderttausend deutschsprachige Emigranten auf, darunter viele prominente Persönlichkeiten, von denen sich einige später in New York wieder trafen.

Ergänzt werden die Fotos durch weitergehende Informationen und Dokumente, so etwa die Rechnung sowie die Dokumentation der Spendeneingänge zum Essen einer Weihnachtsfeier aus der Zeit, als Fred Stein Kassenwart des Verbands der deutschen Journalisten in der Emigration war. Die Einbettung in den historischen Kontext macht die Ausstellung zu einer interessanten zeithistorischen Dokumentation einer Zeit, über die bislang im historischen Kontext noch viel zu wenig berichtet wurde. Es ist bedauerlich, dass der Besuch aufgrund der gegenwärtigen Einschränkungen momentan nur noch virtuell möglich ist, denn der virtuelle Blick in die Ausstellung gibt zwar einen guten Überblick, ermöglicht aber kaum ein Verweilen im Detail.

Zur Ausstellung ist ein Begleitband mit einer Einleitung der Kuratorin der Ausstellung Ulrike Kuschel, einem Essay von Marko Martin und einem Beitrag zum Alltag in der Emigration von Alfred Kantorowicz erschienen. 120 Seiten, € 18, ISBN 978-3-86102-221-3

Die Ausstellung ist bis auf Weiteres geschlossen. Aktuelle Information und eine virtuelle Tour durch die Ausstellung auf der Webseite www.dhm.de



eines französischen Schiffs Marseille und kommt am 13. Juni in New York an.

Abstand zu den Kommunisten

Hier beginnt ein neuer Lebensabschnitt. Und wieder müssen Netzwerke gefunden werden: Fred Stein wird Mitglied der Photo League, die er aber

„Wir sind da! 1700 Jahre jüdisches Leben in Deutschland“

Zum neuen, außergewöhnlich umfangreichen Buch von Uwe von Seltmann

Von Matti Goldschmidt

Uwe von Seltmann, Jahrgang 1964, wurde in einer kleinen Ortschaft namens Müsen im Kreis Siegen-Wittgenstein (Nordrhein-Westfalen) mit damals rund 2.000 Einwohnern geboren. Er arbeitet heute als freier Journalist und pendelt zwischen Leipzig, Krakau und einem ungenannten „Dreihäuserdorf“ in Kroatien. Zu Seltmanns bisherigen Veröffentlichungen gehören u.a. das leider vergriffene „Schweigen die Täter, reden die Enkel“ (2004), in der er das Leben seines Großvaters Lothar von Seltmann, einem SS-Mann, der an der Niederschlagung des Warschauer Ghetto-Aufstands beteiligt war, nachzeichnet, wie auch eine weitere unter dem Titel „Es brennt“ (2018), eine Biographie über Mordechai Gebirtig, dem Vater des jiddischen Liedes.

Auch Czernowitz war noch deutscher Kulturraum

Bei einer Überschrift, die die Worte „jüdisch“ und „Deutschland“ enthält und einen Zeitraum von 1.700 Jahren behandeln soll, denkt ein aufmerksamer Leser sicherlich als Erstes an Definitionen. Zum einen: Was genau ist überhaupt mit Deutschland gemeint? Zumindest im vorliegenden Buch handelt es sich im Wesentlichen um die (politischen) Grenzen von 1914, was beispielsweise auch die Gebiete um Posen oder das Elsass einschließt, nicht jedoch außerhalb davon gelegene Gebiete deutschsprachiger Kultur wie etwa Prag, Wien, Budapest oder gar Czernowitz. Ist allerdings somit beispielsweise das mehrfache Erwähnen des zweifelsohne österreichischen, wenn auch deutschsprachigen Schriftstellers Stefan Zweig (1881-1942) in diesem Buch legitim? Oder Franz Kafka (1883-1924), dem (Zitat:) „böhmisch-jüdischen Weltliteraten deutscher Sprache“?

Mit der Definition von „jüdisch“ oder vielmehr „wer ist ein Jude“ ergeben sich Probleme bestenfalls ab etwa der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts, denn bis dato war ein Jude eben ein Jude, orthodox im heutigen Verständnis waren sie nahezu alle. Diese innerjüdischen Probleme entstanden ausgerechnet in Deutschland (oder in Österreich mit den sog. „Taufjuden“ um 1900), setzten sich in den USA fort und sind bis heute höchstaktuell, wie die kürzliche Debatte in Israel über eine im Inland selbst erfolgte, nicht-orthodoxe Konversion zum Judentum zeigte: Acht von neun Richtern des Obersten Gerichtes in Jerusalem stimmten nämlich am 1. März ein wegweisendes Urteil. Basierend auf zwei Petitionen aus den Jahren 2005 und 2006 (sic!), verpflichtet nun das israelische Innenministerium, derartige Konversionen als Übertritt zum Judentum anzuerkennen. Sehr zum Leidwesen der Ultraorthodoxen, die von einer „Fälschung des Judentums“ sprachen und die so Übergetretenen nicht als Juden anerkennen wollen. Wer oder was ein Jude ist, ist damit immer noch umstritten.

Das Jahr 321

Ohne Zweifel jedoch war 321 n.d.Z. das Jahr, in dem Juden auf heutigem deutschem Territorium zum ersten Mal urkundlich erwähnt wurden, und zwar in einem Edikt des römischen Kaisers Konstantin an den Stadtrat einer römischen Kolonie, erst Jahrhunderte später Colonia Agrippina genannt, woraus noch später Köln

wurde. Selbst wenn anzunehmen ist, dass in südlicher gelegenen Siedlungen wie Trier, Regensburg oder Augsburg bereits vor dem Jahre 321 Juden ansässig waren. Während 1921 noch nicht annähernd an ein Jubiläum zu 1.600 Jahren gedacht wurde, erschien in jedem Fall das jetzige Jubiläum von 1.700 Jahren derart wichtig, dass ein eigens dafür gegründeter (gemeinnütziger) Verein am 21. Februar in Köln eine Festveranstaltung bzw. einen „Festakt“ organisierte, darunter mit Gästen wie dem Präsidenten der Bundesrepublik Deutschland, Frank-Walter Steinmeier, dem Präsidenten des Staates Israels, Reuven Rivlin, dem Ministerpräsidenten Nordrhein-Westfalens, Armin Laschet, oder auch Josef Schuster, dem Präsidenten des Zentrates der Juden in Deutschland. Die Deutsche Post brachte am 4. Februar eine grafisch etwas einfallslose Sonderbriefmarke mit der Wertstufe 80 Cent heraus. Insofern bietet sich zu diesem Jubiläum natürlich auch ein Buch an, in dem Matthias Schreiber, der Vorsitzende des Vereins „1700 Jahre jüdisches Leben in Deutschland“ mit einem Vorwort erklärt, „Jüdinnen und Juden haben im Laufe der Jahrhunderte wesentlich dazu beigetragen, dieses Land aufzubauen und zum Blühen zu bringen“, was letztlich mit über 300 Seiten Information belegt wird.

Gleich vorneweg: Das Buch besticht trotz seines Umfangs mit seiner Kürze. Soll heißen, dass sich die große Anzahl von Beiträgen niemals als zu lange anfühlt und mit einer Vielzahl an Fakten, Jahresangaben oder Namen gespickt sind. Dabei hatte sich der Verfasser am Leitgedanken des Jüdischen Lexikons orientiert, der ersten umfassenden Darstellung der „Kultur des Judentums“ in deutscher Sprache, dessen fünf Bände Ende der 1920er Jahre in Berlin erschienen sind; mit dem Ziel, einen Einblick in „möglichst große Ausschnitte aus dem bewegten jüdischen Leben“ zu geben. Ganz konsequent sind so die meisten kürzeren Artikel in sich abgeschlossen und müssen nicht notwendigerweise hintereinander gelesen werden. Wer sich von all dem auch nur ein Viertel aller Daten merken könnte, dürfte sich aufgrund der Quantität ohne Weiteres bereits einen Spezialisten zur Thematik „Juden in Deutschland“ nennen.

Nur die Feinde des Judentums halten es für einen monolithischen Block

Das Buch ist in sechs Kapitel aufgeteilt, wobei man sich im ersten in der (Zitat) „Quadratur des Kreises“ übt, eine Art Standortbestimmung zu betreiben versucht und insbesondere auf Simon Dubnow und die 1929 vollendete, bis heute als Standardwerk der jüdischen Geschichtswissenschaft „Weltgeschichte des jüdischen Volkes“ verweist. Schließlich wurde auch der Münchener Schalom Ben-Chorin erwähnt, dessen Meinung nach die Vorstellung des Judentums als ein monolithischer Block „nur in den Köpfen seiner Feinde“ existiere. Im zweiten Kapitel mit der Überschrift „Gegenwartsbewältigung“ wird ein Schritt in das Heute gewagt. Der



Wortkreation für „die Gegenwart zu bewältigen“ (und eben nicht nur die Vergangenheit) stammt von dem in Berlin lebenden, 1978 in Detroit (Michigan) gebürtigen Klezmer Daniel Kahn. Der Blick müsse auf die Gegenwart gerichtet sein und darf nicht auf „Vernichtung und Überleben der reichen jiddischen Kultur“ reduziert werden.

Das dritte Kapitel beschäftigt sich mit der Frage, ob man in Deutschland als Jude überhaupt leben könne. Natürlich kann man, auch wenn die Zahl der in den jüdischen Gemeinden registrierten Personen von einem Hoch von über 110.000 wieder deutlich zurückgeht. Die Zahl der nicht-registrierten Juden, soweit sie überhaupt von den jüdischen Gemeinden als solche anerkannt wären, ist weitaus schwieriger zu belegen, wobei von etwa 150.000 ausgegangen werden kann. Und wie immer findet man Juden in Verbindungen, Organisationen oder Parteien aller Farbrichtungen, sei es in der Gruppe „Juden in der AfD“ bis zur sich selbst als anti-rassistisch definierenden Bewegung BDS. Waren noch Jahrzehnte nach der Gründung der BRD die Koffer der Juden gepackt, um quasi „sofort“ das Land verlassen zu können, so gab es ab etwa 1990 ein Umdenken und man war bereit, die Koffer nach knapp fünfzig Jahren auszuwickeln. Der Anschlag von Halle allerdings mahnte zu neuer Vorsicht, meint etwa Michael Brenner: „Es ist an der Zeit zu überlegen, was wir einpacken. Noch können wir sie [die Koffer] stehenlassen, aber sie sollten bereit sein, denn der Tag, an dem wir sie brauchen, mag nicht mehr weit sein“.

Kein Fokus auf Weimarer Republik und NS-Zeit

Das nachfolgende Kapitel porträtiert sieben Persönlichkeiten, darunter den in Ost-Berlin gebürtigen Sänger der Band „Pankow“, André Herzberg, die in Frankfurt/Main gebürtige, durch ihr Tagebuch allseits bekannte Anne Frank oder den aus Dessau stammenden „deutschen Sokrates“ Moses Mendelsohn. Die notwendigerweise umfangreichen Kapitel 5 und 6 widmen sich schließlich dem „jüdischen Leben in Deutschland“, von seinen Anfängen über die Aufklärung bis hin zur Gegenwart. Das Streben nach Gleichberechtigung um 1800 sowie die Erlangung bürgerlicher Rechte waren im Wesentlichen eine Männersache,

auch wenn es gerade vereinzelt Jüdinnen wie Rahel Varnhagen von Ense, Henriette Merz, Amalie Beer, Brendel Mendelsohn oder Dorothea Schlegel waren, die versuchten, eigene emanzipatorische Wege zu gehen. Für alle Juden galt zu dieser Zeit aber, über die Taufe den jüdischen Glauben zu verlassen, wollten sie sozialer Anerkennung beispielsweise in Form einer Karriere als Beamter den Vorrang geben. Über all das, über Stadt- und Landjuden, Neuchristen, Juden deutscher Nation, Austrittsgemeinden und vieles mehr ist in diesem Buch zu erfahren. Vollkommen angemessen ist die Blütezeit der Weimarer Republik nur kurz dargestellt, die Zeit 1933-1945 nurmehr am Rande. Darüber

gibt es reichlich weiterführende Literatur und hätte das vorliegende Buch nur unnütz aufgebläht.

Die Titelseite des Buches ist graphisch etwas unspektakulär gelungen, wobei man sich glücklicherweise von der Titelseite einer Sonderausgabe des „Spiegels“ mit der Überschrift „Jüdisches Leben in Deutschland“ distanzierte, das allen Ernstes zwei orthodoxe Juden als repräsentativ für heute in Deutschland lebende Juden ansah. Ein Personenverzeichnis sowie ein Abschnitt „Textverweise“ mit Angaben verwendeter und auch weiterführender Literatur schließen dieses Buch ab.

Vermisst wurde in der sonst überwältigend umfangreichen Sammlung an Informationen vielleicht ein Punkt: Wie schaut denn eigentlich heute, im 21. Jahrhundert, das Leben deutscher Juden aus? Oft für die breite Öffentlichkeit abgeschlossen hinter hohen Mauern, meist streng bewacht von deutscher Polizei oder eigenen Sicherheitskräften, ist nicht wirklich viel von außen einsehbar. Ein Blick hinter diese Mauern hätte dem nicht-jüdischen Leser sicherlich die Augen öffnen können, werden doch neben Synagogendiensten und Feiern zu Chanukka oder dem israelischen Unabhängigkeitstag auch Kurse für alle, eben auch nicht-jüdischen Interessenten angeboten, so etwa über die Jüdische Volkshochschule der Israelitischen Kultusgemeinde in München ein Kochkurs für koschere Speisen, Hebräisch als Fremdsprache oder ein Kurs für israelische Folklore-tänze. Dies entspräche eigentlich dem Anspruch der oben erwähnten „Spiegel“-Publikation, nämlich jüdisches Leben in Deutschland von heute so darzustellen, wie es wirklich ist.

Dies soll aber in keinem Fall darüber hinwegtäuschen, dass mit dem vorliegenden Buch über 340 Seiten, ergänzt durch viele Fotos, kaum umfangreicher und detailfreudiger über das jüdische Leben in Deutschland hätte geschrieben werden können, wobei eintausendsiebenhundert Jahre eine wirklich historisch anmutende Zeitspanne bedeuten.

„Wir sind da! 1700 Jahre jüdisches Leben in Deutschland“
Uwe von Seltmann
Erlangen 2021 (346 S., Homunculus Verlag, € 29,00)
ISBN 978-3-946120-81-0

Eine unerwiderte Liebe - Carole King und Neil Sedaka

Jüdische Singer-Songwriter (3)

Von Theodor Joseph

Carol Joan Klein, geboren 1942 in Manhattan (New York), schrieb unter ihrem geänderten Namen Carole King Hits am Fließband und mit „Tapestry“ produzierte sie einen Meilenstein des Singer-Songwriter-Pop. Neben „Tapestry“ wurde King besonders für die Lieder „It's Too Late“ und „You've Got a Friend“, die alle drei einen Grammy gewannen, bekannt. Carole King ist eine Pionierin der weiblichen Singer-Songwriter in einer Welt, die bis dahin männlich dominiert war.

Ein Sängerkollege und ehemaliger Schulfreund, der sie abgöttisch liebte, widmete ihr ein Lied, das es in die Charts schaffte. Mit „Oh! Carole“ gelang Neil Sedaka zwar ein Hit, das Herz der Angebeteten konnte er dennoch nicht gewinnen. Carole King, die die Liebe Neil Sedakas nicht erwidern konnte oder wollte, widmete dem Verliebten ihre musikalische Antwort und ihr Song lautete – „Oh, Neil“.

Carole King wuchs als Kind jüdischer Eltern im New Yorker Stadtteil Brooklyn auf. Bereits im Alter von vier Jahren nahm sie Klavierunterricht und während ihrer Schulzeit begann sie mit dem Komponieren von Liedern. Auf der High School ging sie eine Zeit lang mit Neil Sedaka, der später seinen Hit „Oh! Carol“ nach ihr benannte. Während ihrer Zeit am College, das auch Paul Simon besuchte, lernte sie ihren ersten Ehemann Gerry Goffin kennen, den sie 1959 heiratete, der zu einem der bekanntesten Liedtextern der populären Musik wurde. 2015 listete das Magazin „Rolling Stone“ Goffin und King auf Rang sieben der 100 besten Songwriter aller Zeiten. Während King die Melodien komponierte, schrieb Goffin Texte auch für andere Sänger, unter anderem für The Everly Brothers, The Drifters, The Byrds, Dusty Springfield und Aretha Franklin.

Ihren ersten Nummer-eins-Hit hatte die 18-jährige Carole King mit dem Lied „Will You Love Me Tomorrow“, geschrieben für die Girlgroup The Shirelles. Weitere Top-Five-Hits waren unter anderem: „The Loco-Motion“ (Little Eva), „Take Good Care of My Baby“ (Bobby Vee), „One Fine Day“ (The Chiffons) und „Up on the Roof“ (The Drifters). Zu ihren Bewunderern gehörten die Beatles, die auf ihrem ersten Album „Please Please Me“, das im März 1963 veröffentlicht wurde, das Stück „Chains“ aus der Feder von Carole King veröffentlichten. John Lennon und Paul McCartney äußerten später: „Unser Ziel war es, Kompositionen im Stil von Carole King und Gerry Goffin zu schreiben.“

Schulfreundin von Paul Simon

Carole King ist eine der erfolgreichsten Songschreiberinnen der Rock- und Popmusik. Zwei ihrer zahlreichen bekannten Hits seien genannt: „Hard Rock Cafe“ und „One fine Day“. Mehr als hundert ihrer Songs waren in den Top 100 der US-amerikanischen Billboard Hot 100 vertreten. Das Magazin „Rolling Stone“ listete King 2015 auf Rang sieben der 100 besten Songwriter aller Zeiten.

Mit Paul Simon besuchte sie die gleiche Schule. Während des gesamten Studiums schrieb Simon weiterhin Songs. Er tat sich mit Carol Klein (damals nannte sie sich noch so), einer Kommilitonin des Queens College, zusammen, und die beiden arbeiteten als Duo und nahmen einfache Demos



Carole King bekam am 3. Dezember 2012 ihren Stern auf dem Hollywood Walk of Fame.

seiner Songs auf. Klein selbst war auch Songwriterin – die Hälfte eines Songwriting-Duos mit ihrem damaligen Ehemann Gerry Goffin – und schrieb unter dem angenommenen Namen Carole King.

Es ist auffallend, dass viele der jüdischen Singer/Song-Schreiber, die es später zu Weltruhm brachten, in New York und dort im gleichen Stadtteil – Brooklyn – aufwuchsen. Einige drückten gemeinsam die Schulbank, sangen im gleichen Schulchor – Paul Simon, Barbra Streisand, Art Garfunkel, Neil Diamond und eben auch Carole King und Neil Sedaka. Der Zufall daran mag in der Tatsache bestehen, dass alle aus dem jüdischen Mittelstand stammen, einem Milieu, in dem allgemeine und religiöse Bildung als ein hohes Gut vermittelt, auch Wert auf musikalische Erziehung gelegt wurde. Die meisten waren von Jung an in klassischer Musik erzogen.

Mit „Beautiful – The Carole King Musical“ zelebrierte der Broadway ab 2013 die Hits der jüdischen Musik-Ikone der 1960er und 1970er Jahre, Carole King, so erfolgreich, dass das Musical auch in Europa (London) erfolgreich war. „Beautiful“ erzählt die beeindruckende, auf wahren Begebenheiten basierende Geschichte des kometenhaften Aufstiegs von Carole King. Zuerst im Team mit ihrem Mann Gerry Goffin wurde King eine der erfolgreichsten Solokünstlerinnen der modernen Popmusikgeschichte. Ihr verdankt man

nicht nur wunderschöne Musik, sie hat buchstäblich auch den Soundtrack einer ganzen Generation geprägt.

Das Brill-Building

Viele der jüdischen Komponisten arbeiteten im Brill-Building, einem Bürogebäude am Broadway 1619 in New York City, in dem im Jahre 1962 insgesamt 165 Musikverlage unter einem Dach vereinigt waren und das so die ungenauen Ausdrücke „Brill Building Pop“ bzw. „Brill Building Sound“ prägte. Für die starke Konzentration von Komponisten, Produzenten und Musikverlagen im Brill-Building war hauptsächlich der New Yorker Musikverleger Don Kirshner verantwortlich. Kirshner begann zunächst als Manager von Connie Francis. Im Jahre 1958 eröffnete er den Musikverlag Aldon Music, benannt nach den Inhabern Al Nevins und ihm. Hier beschäftigte Kirshner wenig später talentierte Songwriter wie Carole King, Gerry Goffin, Neil Sedaka, Howard Greenfield, Cynthia Weil, Barry Mann, Jeff Barry, Ellie Greenwich, Neil Diamond und Tommy Boyce. Das Brill-Building-Imperium produzierte zwischen 1958 und 1966 mehr als zweihundert Pop-Songs, die die US-Hitparade erreichten. Viele hiervon wurden zu Millionensellern und zur Grundlage von Coverversionen. Neil Sedaka und sein Texter Howard Greenfield verschafften mit ihren Teenager-Balladen bis 1963 dem Verlag 50 Hits mit einem geschätzten Umsatz von etwa 20 Millionen Schallplatten.

Neil Sedakas Anfänge

Neil Sedaka, geboren am 13. März 1939 in Brooklyn, New York, ist ein US-amerikanischer Sänger und Songschreiber. Vor allem zu Beginn der 1960er Jahre verzeichnete er zahlreiche Hits wie „Oh! Carol“, „Calendar Girl“, „One Way Ticket“ und „Breaking Up is Hard to Do“. Er schrieb für zahlreiche andere Künstler und verfasste mehr als 1000 Songs.

Sedakas Vater ist der Sohn türkisch-jüdischer Einwanderer. Die Mutter war die Tochter russisch-polnisch-jüdischer Einwanderer. Der Name Sedaka leitet sich ab aus dem hebräischen „z'daka“ und bedeutet „Gerechtigkeit“ und bezeichnet die Verpflichtung, durch Rechtschaffenheit, Mitleid, Wohltätigkeit und milden Gaben Gerechtigkeit herzustellen und anderen zu helfen. Inwieweit dies auf den realen Neil Sedaka zutrifft, sei dahingestellt.

Als Jugendlicher lernte Sedaka Klavierspielen. Er studierte am Juilliard-Konservatorium und arbeitete bei einem Klassik-Radiosender. Zunächst experimentierte er auch mit Doo Wop, einem Musikstil, der auf einem mehrstimmigen Gesangsarrangement basiert, und Rock 'n' Roll. Auch Sedaka und sein Texter Howard Greenfield arbeiteten im Brill Building. Beide kannten einander seit der Schulzeit. Wie die übrigen jüdischen Brill-Autoren schrieben auch sie anfangs für andere. Sedaka sang ihre Kompositionen auf Demo-Platten, die an Plattenproduzenten geschickt wurden. Bald wurde Sedaka klar, dass diese Demo-Platten den in den Handel gelangten Versionen weit überlegen waren.

Sedaka drängte darauf, seine eigenen Songs aufzunehmen, doch die Produzenten zögerten: Das Problem war nicht, wie er sang – seine hohe, fast androgyne Stimme konnte die Noten mit einer Genauigkeit wie kaum ein anderer treffen. Er hatte nicht das „richtige“ Aussehen. Er war ein netter jüdischer Junge, kein Rebell – und kein Rock 'n' Roller. Beim Klavierspielen saß er kerzengerade wie ein Pianist mit klassischer Ausbildung (die er ja besaß). Allen Widrigkeiten zum Trotz wurde er mit seiner eigenen Musik zum Pop-Star. Seinen Erfolg hatte er seinem angeborenen musikalischen Talent ebenso zu verdanken wie seinem guten Aussehen.

Is This the Way to Amarillo?

Seinen ersten Erfolg als Komponist hatte Sedaka mit „Stupid Cupid“. Der Song wurde 1958 für Connie Francis ein großer Hit. Er wurde von vielen anderen Künstlern nachgesungen. Sedaka erhielt anschließend einen Vertrag als Solokünstler bei RCA Records. „Breaking Up Is Hard to Do“ war 1962 sein erster Nummer-eins-Hit. Er schrieb „Standing on the Inside“, „Stairway to Heaven“ (nicht mit dem Hit von Led Zeppelin identisch), „Little Devil“, „Happy Birthday Sweet Sixteen“. 1963 endete seine Hitserie.

Zusammen mit Howard Greenfield schrieb Sedaka den Song „Is This the Way to Amarillo?“, der von ihm selbst interpretiert nur Platz 44 in den USA erreichte, aber 1972 für Tony Christie ein Nummer-eins-Hit in Deutschland wurde. 1973 schrieb Sedaka zusammen mit Phil Cody den englischen Liedtext zu ABBA's „Ring Ring“. Zusammen mit seiner Tochter Dara erreichte Sedaka 1980 mit dem Titel „Should've Never Let You Go“ letztmals einen Platz in den Charts der USA (Platz 19).

Auf Anregung unserer Leser hin möchten wir Ihnen von nun an regelmäßig historisch interessante Seiten der alten JÜDISCHEN RUNDSCHAU vorstellen, die erstmals 1902 unter diesem Namen erschien.

330

66

11. MAI 1906

Jüdische Rundschau

**Allgemeine
Jüdische Zeitung**

Redaktion:
BERLIN NW. 52, Melanchthonstrasse 4.
Telephon: II, 3307.

Expedition und
Adresse für Geldsendungen
und Bestellungen:
Verlag Jüdische Rundschau, E. G. m. b. H.,
Berlin N. 54, Auguststrasse 49a.

Geschäftsstunden der Expedition
täglich (ausser Sabbat und Sonntag) von
mittags 10—1, nachmittags 3—7 U.

Abonnementspreis einschliesslich LITERATURBLATT vierteljährlich:
1. durch die Expedition: a) in Berlin — 90 Mark. b) nach auswärts 1,— Mark. c) für das Ausland 1,50 Mark.
2. im Postabonnement 1,25 Mark.

Insertionspreis die viergespaltene Petit-Zeile oder deren Raum 25 Pfennig.

Alle Rechte vorbehalten. Abdruck aus der JÜDISCHEN RUNDSCHAU nur bei voller Quellenangabe gestattet.

Nummer 19

Berlin, 16. Ijjâr 5665 — 11. Mai 1906

XI. Jahrgang

Inhalt

Der Zionismus erstrebt für das jüdische Volk die Schaffung einer öffentlich-rechtlich gesicherten Heimstätte in Palästina.
(Baseler Programm.)

Verständige Juden oder anständige Juden?

Von Eljâqim

Deutscher Reichstag: Stenographischer Bericht über die Interpellation betr. Ausweisung russischer Staatsangehöriger.
Antwort des Ministers. Reden der Abgeordneten Bebel und v. Oldenburg

Jüdische Abgeordnete in Russland

Briefkasten

Beilage

Mitteilungen des Zentralbureaus der zionist. Vereinigung für Deutschland
Zum Schekeltage

Der zehnte Delegiertentag der Zion. Vereinig. f. Deutschland in Hannover

Brauereien und Brennereien in Palästina
Eine Antwort. Von M. Lewite, Landwirt

Die Lage im Judentum und die Pflichten des jüdischen Studenten
Von Willi Unna (Hasmonaea)
(Schluss)

Zum deutschen Delegiertentag:
Ein Rundschreiben

Aus den Ortsgruppen
Berlin — Metz — Würzburg — München — Kattowitz — Rybnik — Ratibor — Duisburg — Frankenthal
Nationalfond

Gedenket des Schekels!

ZIONISTISCHE VEREINIGUNG FÜR DEUTSCHLAND
NATIONALFOND-VERWALTUNG
Adresse für Geldsendungen
Max Wollsteiner,
Berlin N.W. 23, Holsteiner Ufer 10

ZENTRALBUREAU
Berlin W. 66
Mauerstrasse 2 III

Schekeltage
am 27., 28., 29. Mai 1906

1970: Sowjetisches Todesurteil für jüdische Flüchtlinge

Im Zuge der Operation „Hochzeit“ planten jüdische Refuseniks eine Flugzeugentführung, um das kommunistische Imperium via Leningrad verlassen zu können. Der Plan wurde nicht in die Tat umgesetzt – zum Tode verurteilt wurden die Beteiligten von der Breschnew-Regierung dennoch. Vollstreckt wurde die Strafe aber nicht.

Von Liza Jüdina

Sowjetunion, Lettland, Riga. Wir schreiben das Jahr 1970. Eine Gruppe von Juden, die sogenannten Otkázniki (zur der Sowjetzeit nannte man so diejenigen Juden, deren Ausreisewunsch nach Israel stets abgelehnt wurde, russ. „otkázano“, - Anm. d. Übers.), kommen verzweifelt zu dem Entschluss, ein Passagierflugzeug zu kapern, um die Sowjetunion endlich zu verlassen. Dieses Wagestück leitet Eduard Kuznetzow (30), der „inspirierende Ideologe“ und Autor des „Appells an die westliche Öffentlichkeit“ war Iossif Mendelewitsch (23), und das Flugzeug sollte Mark Dymtschitz (43) führen – ein ehemaliger Kampfpilot, der seinerzeit aufgrund der „fünften Zeile“ aus der Luftfahrtsphäre verbannt wurde (im sowjetischen Pass erfolgte auf der fünften Zeile die Nationalitätsangabe des Passinhabers. Das Wort „jüdisch“ in der berühmt-berüchtigten „fünftigen Zeile“ bedeutete in der Regel erhebliche Einschränkungen für die berufliche Laufbahn bereits von Beginn an, also mit Erhalt des Passes nach Vollendung des 16. Lebensjahres. Falls nur ein Elternteil jüdisch war, wurde den Kindern durch die Eltern verständlicherweise stets geraten, die andere, nicht-jüdische Nationalität in den Pass eintragen zu lassen, - Anm. d. Übers). Insgesamt waren an der Operation „Hochzeit“ 16 Menschen beteiligt.

Israel lehnt Flugzeugentführungen ab

Der anfängliche Plan, eine große Maschine wie das Düsenflugzeug Tupolew Tu-104 zu kapern, wurde verworfen: Auf Nachfrage bei der israelischen Regierung nahestehenden Kreisen lautete die Antwort der Israelis, dass man dies nicht gutheiße. Israel lehne jeglichen Terrorismus und somit auch das mit Gewalt verbundene Kapern eines Flugzeugs kategorisch ab. Die potenziellen Ausreißer entwarfen daher einen anderen Plan: Unter dem Vorwand, zu einer Hochzeit fliegen zu wollen, kauften sie ALLE Tickets auf für eine kleine Passagiermaschine des Regionalverkehrs, eine Antonow An-2, die von Leningrad aus nach Priozersk fliegt, eine Stadt nördlich von Leningrad, nahe finnischen Grenze; nach der Landung in Priozersk plante man beide Piloten anzugreifen, zu fesseln und in extra dafür vorbereiteten Schlafsäcken (!) – damit sie sich nicht erkälten – auf dem Flugplatz liegen lassen, um dann allein Richtung Schweden zu fliegen. Und aus Schweden nach Israel zu gelangen würde ein Leichtes sein.

Natürlich war der Fluchtplan von Anfang an zum Scheitern verurteilt. Alle aus der Gruppe machten keinen Hehl daraus, Riga und die Sowjetunion bald verlassen zu wollen. Sie verabschiedeten sich von Freunden und Bekannten und sprachen wildfremde Menschen auf Rigas Straßen an, ob sie nicht auch gerne nach Israel fliehen würden, und boten ihnen ihre Hilfe an... Warum waren sie so unvorsichtig? Eduard Kuznetzow beantwortete diese Frage so:

„Unsere Aktion hatte ein Ziel: Den

Westen auf das Verbot der Emigration aus der UdSSR aufmerksam zu machen. Und wir hatten Erfolg: Als Dymtschitz und ich laut Gerichtsurteil hätten hingerichtet werden sollen, gab es einen internationalen Skandal. Daraufhin ruderte der Kreml in Sachen Ausreise aus dem Land spürbar zurück. Unmittelbar danach begann die Massenemigration sowohl der Juden als auch der Russland-Deutschen.“

Damals aber, am 15. Juni 1970, nahm man sie alle beim Einsteigen ins Flugzeug fest. Das KGB veranstaltete ein regelrechtes Spektakel, sogar mit neugierigem Publikum rund um das Geschehen.

Iossif Mendelewitsch erinnert sich:

„Ich gehe hinaus auf den Flugplatz. Plötzlich schnappt mich jemand von beiden Seiten und hält mich ganz fest; man stellt mir ein Bein und wirft mich auf den Boden, mein Kopf fest an den Boden gedrückt. Die Brille ist verbogen, zerkratzt mir das Gesicht... Man fesselt mir die Hände auf dem Rücken. Überall sind bewaffnete Offiziere, Grenzschutz, Waffen, Hunde, Militärbusse – sie hatten sich richtig gut vorbereitet. Ich sehe Mark, der an mir vorbei abgeführt wird, mit einem „Veilchen“ im blutigen Gesicht. Alle ‚Unseren‘ sind entweder in Handschellen oder mit gefesselten Händen, alle scheinen sehr ruhig... Ich werde in den Flugsicherungsraum geführt – eine Baracke. Ich sitze und werde bewacht. Sie warten auf etwas. Meine Hände beginnen anzuschwellen, das ist aber ein Klacks. Ein Oberleutnant des KGB tritt ein, er verliest den Haftbefehl: ‚Landesverrat‘ etc. Ich weigere mich zu unterschreiben...“

Im Dezember 1970 begann der Prozess. Die Anklage bezog sich auf gleich drei Artikel des Strafgesetzbuchs: Vaterlandsverrat, Entwendung sowjetischen Staatseigentums in besonders großem Umfang (gemeint war das Flugzeug) und antisowjetische Agitation und



Yosef Mendelewitsch und Avital Sharansky mit Ronald Reagan und dessen damaligem Vizepräsidenten George Bush senior am 28. Mai 1981 im Weißen Haus

dreifachen Polizeisperre umstellt, und der Gerichtssaal mit sorgfältig ausgetüchtetem Publikum gefüllt. Verwandte der Angeklagten wurden zwar zugelassen, deren Taschen durchsuchte man allerdings mehr als gründlich: es wurden Aufnahmegeräte vermutet. Und es grenzte an ein Wunder, denn sämtliche Gerichtsverhandlungen wurden tatsächlich auf Audiokassetten aufgenommen; später konnte man in Israel Fragmente dieser Aufnahmen hören.

Todesurteil in der kommunistischen Diktatur

Der Prozess wurde vom Vorsitzenden des Stadtgerichts, Ermakow, geleitet, und für die Anklage war der Staatsanwalt der Stadt Leningrad, Solowjew, zuständig, der für seinen Antisemitismus bekannt war. So war das Urteil, das im Dezember 1970 an die Entführer erging, auch ungewöhnlich hart – immerhin wurde die geplante Entführung

ausfallen wird, wie der Staatsanwalt es fordert: Hier läuft ein politisches Spiel im großen Stil... Dymtschitz rief noch: Wenn sie jetzt meinen würden, mit unseren Erschießungen den zukünftigen ‚Otkazniki‘ Angst einzujagen, dann hätten sie sich getäuscht – diese würden nicht so wie wir, sondern mit Maschinenpistolen kommen, da sie nichts mehr zu verlieren hätten. (Ich denke, da übertreibt er. Soll das heißen, wenn wir von den Todesurteilen gewusst hätten, würden auch wir Maschinenpistolen mitgebracht haben? Aber das ist hier zweitrangig; es geht nicht um Logik, sondern um die Unbeugsamkeit des Geistes. Das war echt heldenhaft von ihm.) Danach hat er sich bei uns allen bedankt. Er sagte: ‚Ich danke meinen Freunden, die dieses Unglück mit mir teilen‘. Die meisten von ihnen sah ich zum ersten Mal am Tag der Verhaftung, auf dem Flugplatz. Und dennoch beschuldigten wir uns nicht gegenseitig.“

Golda Meirs Geschick und die Begnadigung durch den spanischen Diktator Franco

Und dann – „es würde kein Glück geben, aber das Unglück half“. In Spanien verübten baskische Separatisten ein Attentat, einen bewaffneten Angriff auf ein Flugzeug. Kurz vor Weihnachten begnadigt Diktator Franco die Terroristen: Das Todesurteil wird in eine Haftstrafe umgewandelt. Dieses Beispiel macht Schule: Die Entscheidung des „blutrünstigen Caudillo“ zwingt Breschnew, an den sich inzwischen über 20 Staatslenker aus aller Welt sowie der Papst wandten, „seinen Terroristen“ ebenfalls das Schicksal zu erleichtern: Anstatt Todesurteile werden für Dymtschitz und Kuznetzow 15 Jahre Lagerhaft verhängt. Von den Appellen an Breschnew wusste die ganze Welt. Was allerdings nur die wenigsten wussten: Golda Meir schickte General Franco einen Geheimdienstler mit einer Botschaft, um ihn daran zu erinnern, dass er einst „dem jüdischen Volk bereits einen Gefallen getan hat, indem er spanische Juden nicht an Hitler verraten hat“

„Das Wort „jüdisch“ in der berühmt-berüchtigten „fünftigen Zeile“ im Ausweis bedeutete in der Regel erhebliche Einschränkungen für die berufliche Laufbahn in der Sowjetunion.“

Propaganda. Die Anwälte konterten: Warum Vaterlandsverrat, wenn die Angeklagten sich bereits mehrfach an die Behörden gewendet und einen Ausreisearbeit gestellt hatten? So gesehen haben sie doch die Behörden über ihre Absicht, das Land zu „verraten“, frühzeitig in Kenntnis gesetzt! Nun, logisch war die Anklage nicht. Die Richter interessierten sich allerdings herzlich wenig für solche „Bagatellen“: Ihnen wurde befohlen, „maximal zu verurteilen“, und sie gaben sich die größte Mühe.

Die größte Mühe gaben sich wirklich alle Behörden. So wurde das Leningrader Gerichtsgebäude von einer

nicht in die Tat umgesetzt und niemand verletzt.

Mark Dymtschitz und Eduard Kuznetzow wurden zum Tode verurteilt, alle anderen bekamen 10 bis 15 Jahre Haft in Arbeitslagern mit besonders strengen Haftbedingungen.

Aus den Memoiren von Eduard Kuznetzow:

„22.12.1970. Gestern kam ich gar nicht zum Schreiben: Der Staatsanwalt forderte für Dymtschitz und mich ein Todesurteil durch Erschießung, für Iossif – 15 Jahre Haft usw. Sogar Sylva soll 10 Jahre bekommen. Ich habe keine Zweifel, dass das Urteil genau so

te.“ Diese Botschaft war angekommen.

Nachdem Franco „seine“ Terroristen begnadigte, blieb Breschnew nichts anderes übrig, als die Otkazniki-Gruppe ebenfalls zu begnadigen, wollte er doch nicht blutrünstiger erscheinen als der spanische Diktator!

Im Anschluss an den Leningrader Prozess wurden in anderen Städten – Odessa, Riga, Kischinew – dutzende Aktivisten verurteilt, die an dem Versuch der Flugzeugentführung nicht im Geringsten beteiligt waren. Diese Einschüchterungen halfen jedoch nicht; der Wunsch vieler sowjetischer Juden nach Emigration wurde vielmehr nur verstärkt. Im Februar 1971 gab es eine Otkazniki-Demo im Vorzimmer des Präsidiums des Obersten Sowjet der UdSSR (das wichtigste Machtorgan in der Sowjetunion, - Anm. d. Übers.), im Juni 1971 einen Massen-Hungerstreik im Gebäude des Zentralen Fernmeldeamtes in Moskau. Das Otkazniki-Prob-

lem genoss dadurch höchste Aufmerksamkeit sowohl in der UdSSR als auch und vor allem im Westen. Die sowjetischen Machthaber waren gezwungen, die Ausreise etwas zu erleichtern. Sie wurde nicht einfach, aber immerhin möglich, dank dieser 16 Menschen:

Eduard Kuznetzow, Mark Dymshitz, Alewtina, Elisaweta und Julia Dymshitz (die Ehefrau und zwei Töchter Dymshitzs), Iossif Mendelewitsch, Lejb Arje Hanoch, Mery Mendelewitsch-Chanoh (Ehefrau L. Hanochs, Schwester von I. Mendelewitsch), Sylva Zalmanson und ihre Brüder Wulf Zalmanson und Israil Zalmanson, Aleksej Murschenko, Juri Fedorow, Anatolij Altman, Mendel Bodnja und Boris Pansen.

Parallel zu der Entwicklung um die Operation „Hochzeit“ wurde am 20. Mai 1978 in den USA, unmittelbar am Ort des Verstecks mit geheimen Dokumenten, der sowjetische Spion

Wladimir Zinyakin auf frischer Tat erappt und verhaftet. Am gleichen Tag verhaftete man auch seine Kollegen, die sowjetischen Geheimdienstoffiziere Enger und Chernyaew. Da Zinyakin als Attaché der sowjetischen Mission bei den Vereinten Nationen diplomatische Immunität besaß, wurde er freigelassen; die beiden anderen wurden von einem US-Bundesgericht zu 50 Jahren Haft verurteilt. So ergab sich die Möglichkeit eines Gefangenenaustauschs. Am 27. April 1979 landet in New York das Flugzeug mit Mark Dymshitz und Eduard Kuznetzow an Bord; am 28. Mai 1981 schließlich empfängt US-Präsident Ronald Reagan im Weißen Haus Iossif Mendelewitsch.

Wie wurden sie damals gefeiert und geehrt! In Israel und in Amerika! Auch in der Sowjetunion jubelten Juden. Doch mit der Zeit ging die Erinnerung an diese ehrenhaften Menschen, Kämpfer für die Freiheit sowjetischer

Juden, fast verloren. Und das ist eine Schande: Nur 22 Menschen nahmen (im Januar 2015, - Anm. d. Übers.) teil an der Beisetzung Mark Dymshitz im Kibbutz Givat-Brener (obendrein ist es zumindest erstaunlich, dass die Tochter von Eduard Kuznetzow und Sylva Zalmanson, Anat Zalmanson-Kuznetzow, für ihre Arbeit an der Dokumentation „Operation Wedding“ (2016) in Israel keine finanzielle Unterstützung erfuhr und diese schließlich aus den USA erhielt, - Anm. d. Übers.). Immerhin lösten die Reden der Angeklagten und ihrer Verteidiger und überhaupt die Anklage im Westen eine so starke Resonanz aus, dass die UdSSR gezwungen war, ihre Grenzen zu öffnen. In den folgenden 10 Jahren konnten nach verschiedenen Schätzungen daher bis zu 246.000 Juden die Sowjetunion verlassen.

Die Geschichte der Susita

Viele kennen die Susita, eine israelische KFZ-Eigenproduktion der 50er und 60er Jahre, heute nur noch als Sammlerautos auf einer der seltenen Automobilausstellungen in Israel.

Obwohl sich der Wagen nicht durchsetzen konnte, ist seine Geschichte ein Zeugnis jüdischen Pioniergeistes.

Von Hannah Brown
(Jerusalem Post)

Die bewegte Geschichte der Susita, des kurzlebigen, in Israel hergestellten Autos, spiegelt den Konflikt zwischen Israels Anziehungskraft für westliche Technik und der Korruption im Nahen Osten wider, die hier häufig Fortschritte zunichtemacht. Der Dokumentarfilm „Susita“ (auf Englisch auch als „Desert Tested“ bekannt), der am 14. April um 21 Uhr auf Yes Docu gezeigt und auf Yes VOD verfügbar sein wird, ist eine faszinierende, einstündige Dokumentation unter der Regie von Avi Weissblei, die tatsächlich länger hätte dauern können und manchmal etwas atemlos durch eine komplexe Geschichte von Chuzpe, Vision, Ehrgeiz, zionistischem Stolz und Korruption eilt.

12 Jahre nach Staatsgründung

Viele kennen die Susita heute einfach als Namen oder haben eines der wenigen Sammlerautos auf einer der seltenen Automobilausstellungen in Israel gesehen. Aber es gab eine echt israelische Autoindustrie, die nur 12 Jahre nach der Gründung des Staates in Gang kam und kurzzeitig florierte, obwohl diese Industrie, wie der Dokumentarfilm erklärt, niemals lebensfähig war und metaphorisch auf Sand gebaut wurde.

In den späten 1950ern und frühen 1960ern wurden parallel zwei Autounternehmen gegründet, die beide nicht überleben konnten. Eines, von Efraim Ilin gegründet, erweiterte im Wesentlichen einen Vertrag über die Montage dreirädriger Lieferfahrzeuge. Aber Ilin's Unternehmen wurde von einem Unternehmen überholt, das von dem dreisten, in Polen geborenen Geschäftsmann Yitzhak Shubinsky gegründet wurde, der von einem großartigen Geschäft redete und staatliche Unterstützung für die Entwicklung der Susita hereinholen konnte.

Ein Großteil des Films besteht aus Gesprächen mit Shubinskys Söhnen und anderen Familienmitgliedern, sowie einem Geschäftspartner von ihm, die sich an die turbulente Geschichte der Susita erinnern, während sie auf



Eine Szene aus dem Dokumentarfilm „Susita“

dem Rücksitz eines solchen Fahrzeugs sitzen. Einer seiner Zwillingsöhne bemerkt: „Er war nicht immer in Kontakt mit der Realität.“ Und doch wurde ein Großteil Israels von eben solchen Menschen gebaut, die nicht immer ganz mit der Realität auf Tuchfühlung waren, und eine Zeit lang florierte die Susita als Geschäftsunternehmen, wenn nicht sogar als Auto. Das Äußere dieses Autos bestand aus Glasfasern.

Die Welt war neugierig auf den jungen Staat

Die Israelis waren hungrig nach Autos und Shubinsky konnte den damaligen Finanzminister Pinhas Sapir an Bord holen. Sapir bestand darauf, dass Israel, wenn es Flugzeuge und andere militärische Ausrüstung bauen könne, auch fähig sein müsste Autos zu bauen. Shubinsky erhielt von der Armee und der Regierung Verträge über die Lieferung von Susita-Fahrzeugen an Funktionäre und die oberste Führungsriege und schließlich auch an viele niedrigere Funktionäre, was dem Unternehmer ein Vermögen einbrachte. Er bot auch

Hunderten von ungelerten Arbeitern in Städten wie Tirat Carmel Arbeitsplätze und half der Regierung, das Ziel zu erreichen, Arbeit für viele neue Einwanderer zu schaffen.

Ein von Israel hergestelltes Auto sorgte weltweit für Schlagzeilen, da die Welt neugierig auf den noch jungen jüdischen Staat war. Doch das Auto lief nie gut. Als Shubinsky das Auto auf eine Messe in New York schickte, fiel es auf dem Transportweg auseinander. Es gab Witze darüber, aber die Mängel im Design und in der Leistung des Autos hatten eine schwerwiegendere Seite: Tausende von Unfällen, von denen einige zu Todesfällen und schweren Verletzungen führten.

Ein gebrochener Mann

Shubinsky wurde schließlich der Korruption beschuldigt und kam vor Gericht, während ihm die Firma weggenommen wurde. War Shubinskys Günstlingswirtschaft tatsächlich illegal oder nur Business as usual? Die Befragten sind sich nicht einig, aber ein Gericht hat ihn entlastet. Er blieb den Rest

seines Lebens heimgesucht vom Verlust seines Lebenswerks und dem Kampf um die Bezahlung seiner juristischen Rechnungen, und starb schließlich bei einem Autounfall in einem Glasfaserfahrzeug, obwohl der Film darauf hinweist, dass er starb, weil er am Steuer einen Herzinfarkt erlitt, nicht weil das Auto unsicher war.

Der Film lässt einen über Parallelen zu heutigen Korruptionsskandalen nachsinnen und darüber, ob die Susita eine Weltklasse-Torheit oder eine traurig verpasste Gelegenheit darstellt, auf der industriellen Weltbühne zu konkurrieren. Aber während die Saga bitter-süß ist, ist der Dokumentarfilm luftig und rasant und bietet Musik aus den 1960ern und lustige Retro-Werbung für das Auto. Am Ende fahren mehrere Sammler in den wenigen verbliebenen, noch fahrtüchtigen Susitas durch das heutige Israel und werden selbst von den kleinsten Kleinwagen der Gegenwart leicht überholt.

Aus dem Englischen von
Daniel Heiniger

Jitzchak Katzenelson: „Dos Lid funm Ojsgehargetn Jidischn Folk“

Der in Auschwitz ermordete Dichter Jitzchak Katzenelson hat als Augenzeuge seine Erlebnisse des Warschauer Ghetto-Aufstandes in eigene, jiddische Worte gegossen.

Von Simone Schermann

Es war in der ersten Nacht von Pessach, am 19. April 1943, als Juden im Ghetto von Warschau sich im bewaffneten Kampf der Selektionsmaschinerie und dem Deportationsapparat der SS-Truppen entgegenstellten. Das war der Beginn des Warschauer Ghettoaufstands, der bekanntermaßen nicht erfolgreich ausgehen konnte, als jüdische Männer, Frauen und Kinder im erbitterten Gefecht gegen deutsche Einheiten ihr Leben ließen und sich eben nicht mit ihrer Deportation abfinden wollten. Juden wagten einen Aufstand, von dem sie wussten, dass er nicht zu gewinnen war, und der dennoch über einen Monat anhielt, bevor er sein vorhersehbares Ende fand. Eine jüdische Revolte, von der die Ghetto-kämpfer wussten, dass sie schließlich zwar dasselbe Schicksal wie ihre Glaubensgenossen teilen würden, aber eben nicht das gleiche. Ein Aufstand, bei dem sie die Entscheidung für ihre Art zu sterben in die eigene Hand nahmen, um letztlich für sich selbst und die Nachgeborenen nicht wehrlos aus dem Leben zu gehen. Juden wurden zu Widerstandskämpfern: nicht in Prag, in Wien oder Paris. Es war in Warschau, wo sie sechs Wochen lang der Ausrottung ihres Volkes mit Waffengewalt Einhalt geboten.

Für die Nachwelt ist hier etwas Verneigenswertes geschehen. Mit Ehrfurcht und zugleich in tiefer Trauer blicken wir heute auf die Beherztheit dieser Juden und Zionisten, die das deutsche Deportationsinferno nur temporär, dafür aber mit jüdischer Hand aufhielten. Wir blicken aber auch auf ein Szenario, in dem Juden mit ihren Peinigern abrechneten.

Einer von ihnen, der für die Verteidigung einer heute ausgelöschten Welt kämpfte, war der Dichter Jitzchak Katzenelson. Als Teil des Warschauer Ghettoaufstands 1943 war ihm der Untergang der Widerstandskämpfer der Untergang seines Volkes selbst. Diese Vernichtung des jüdischen Volkes vor seinen Augen und um ihn herum beschreibt er so:

Wej mir, nito kejner schojn ... gwen a folk, gwen, un schojn nito ... gwen a folk, gwen, un schojn ... schojn ojs!

„Weh mir, nichts niemand mehr! Es war einmal ein Volk, es war einmal, schon nichts mehr davon da. Es war ein Volk gewesen, es war einmal. Und schon: Aus!“

Untergangsgesang

Katzenelson verfasst einen Untergangsgesang, bestehend aus 15 Liedern, der als die wichtigste ostjüdische Widerstandsdichtung gilt. Es ist ein Klagegesang im Gedenken an den Widerstand im Ghetto und ein Totengesang für das ausgelöschte Ostjudentum; verfasst in der ebenso markanten und wortgewaltigen wie auch zärtlichen Sprache der Ostjuden, dem Jiddischen: *Dos Lid funm Ojsgehargetn Jidischn Folk* – „Das Lied vom ausgerotteten jüdischen Volk“.

Dieser Untergangsgesang, der das Leid von Millionen besingt, scheint wie



Jitzchak Katzenelson

im Fiebertraum oder einem Rauschzustand geschrieben. Da Katzenelson sein Werk nicht aus der sicheren Entfernung des Exils verfasst, besitzt es keine ästhetisch stilisierte und ausgefeilte Lyrik. Es zeichnet sich durch sein Zustandekommen aus, genährt von kaum zu schildernden Erlebnissen und Bildern, aus der Intention heraus gezeugt, dem Entsetzen eine Beschreibung zu entreißen. Mal liest es sich wie ein Selbstgespräch, mal wirkt es wie ein unerwartetes Blitzlichtfoto, radikal, unzensiert, unretouchiert und wie unter einem Brennglas verfasst, dann verdichtet und festgehalten für die Ewigkeit. Und doch ist es ein Schrei an die Welt und der Dichter zwingt uns, beim Lesen mit ihm hinzusehen. Er beschwört uns lautstark, nicht wegzusehen.

Jitzchak Katzenelson wird in 1886 in Karelicz, heute Weißrussland, geboren. Den größten Teil seines Lebens verbringt er in Lodz, wo er als Lehrer und Direktor des damals berühmten Hebräischen Gymnasiums wirkt. Er

ist Autor und Poet, veröffentlicht Theaterstücke in jiddischer und hebräischer Sprache und ist der eigentliche Begründer des hebräischen Dramas. Er schreibt auch für Mordechai Spektors „Yidishe Folkstsaytung“, und sein Schauspiel „Anu chajim umetim“ („Wir leben und wir sterben“) ist das erste hebräische Stück der Habima, des in Moskau gegründeten und später von New York bis Tel Aviv etablierten jüdischen Theaters, dessen expressionistisches und „spukhaftes Spiel“ Marc Chagall entscheidend beeinflusst hat.

Palästina-Plan scheitert

Er besucht das britische Mandatsgebiet Palästina und träumt davon, sich in Erez Jisroel niederzulassen; es bleibt ein Traum. Mit Beginn des Krieges flüchtet er mit seiner Familie nach Warschau, wo er mit seiner Frau und den Kindern ins Ghetto kommt. Dort wird er Augenzeuge der Vernichtung der Warschauer Juden und tritt der jüdischen Partisanengruppe Dror bei.

Nur notdürftig bewaffnet, liefern

sich die durch Hunger und Leid geschwächten Aufständischen im Ghetto erbitterte Kämpfe mit der SS und der Polizei. Am 16. Mai 1943 endet der Widerstand, der sich der Auflösung des Ghettos, auch als „Aktion Reinhardt“ bekannt, entgegengestellt und die grausame Routine, bestehend aus der täglichen Deportation von 6.000 Menschen in die Vernichtungslager, unterbrochen hat. Diesem Inferno haben die Kämpfer eine temporäre jüdische Antwort gegeben.

Über den Ghettoaufstand schreibt Katzenelson im 14. Gesang:

Sej hobn nit gewust, sich nit gericht – „die Juden schießen!“ A schtajnen wist un ojsterlich un umgericht asoj: „die Juden schießen!“ o, nisch alejn fun im, (...)

s'is a ruf gwesen fun a merder-folk, fun achzik-miljon: sej oich! di jidn machen ojch wi mir, wi jeder dajtsch.

„Das haben sie nicht gewusst, wahrhaftig auch Juden schießen. Unerwartetes Staunen darüber, dass die Juden schießen. Es war kein Einzelner, (...) es wurde der Ausruf von einem Mördervolk, das sich wundert. Seht, die Juden schießen, so wie ein Deutscher schießt.“

Die 15 Gesänge sind nicht nur ein Dokument verbrecherischen Leids, das seinem Volk zugefügt wird, sondern auch der schmerzvollen Erfahrung der Abwesenheit Gottes. Es erscheint wie eine Anklageschrift nach innen und nach außen; an eine entmenslichte Welt, in der die Ghettohäftlinge sich nicht nur zur Verwunderung der Nazis tatsächlich wehren. So fährt der 14. Gesang fort:

Dem achzentn erschn hob ich gesen finf tojnst fun majn folk genumen un gefirt zum tojt, un dajtsche zwej nor, rozchim zwej,

hob ich gesen fun di in jenem tog awek-gelejgte zwelf, nor zwelf! Un s'hot ojf sej, ojf di bawofnte pchodnim, farzitet kalt di hojt, „die Juden schießen!“ und sej hobn salbezwejt in undsere baheltenischn sich nit mer bawisn, nor machnes' wajs wi welf.

„5000 meines Volkes wurden im Januar in den Tod geführt, von zwei Deutschen nur. Nicht mehr. Wieso nur zwei? An einem Tag haben wir zwölf Deutsche umgelegt. Nur zwölf. Und doch zitterte dem bewaffneten Deutschen kalt die Haut: Die Juden schießen! Zu zweit zeigten sie sich in unserem Versteck nicht mehr, nur rudelweise, wie die Wölfe es tun.“

Der erste Gesang in Katzenelsons Sterbeepos ist zwischen dem 3. und 5. Oktober 1943 entstanden und trägt die Überschrift Sing!

Bereits in der ersten Strophe fordert er alle Juden zu ihrem letzten Gesang auf. Es ist ein Mahnruf an die Lebenden und die Toten, zu ihrem eigenen Grabesgesang zu erscheinen.

Sing, nem dajn harfin hant, hojl, ojsgehojlt un gring (...) dos lid dos letzte sing, sing fun di letzte jidn aif ejropes erd.

„Sing, nimm deine hohle, ausgehöhlte leichte Harfe in die Hand und sing das Lied, ein letztes Mal. Sing, sing von den letzten Juden auf Europas Erde.“

Sing, sing, hejb ojf zewejtikt un gebrochn hojch dajn shtim. Such, such im

oif dort ojb, ojb er is noch do – un sing im ... sing dos letzte lid fun letztn jidn im, gelebt, geshtorbn, nischt bagrobn un nischto ...

„Sing, heb hoch nach oben deine entzweite und zerbrochene Stimme, such ihn auf dort oben, ob er noch anwesend ist – und sing für ihn ... sing ihm das letzte Lied vom letzten Juden. Gelebt, gestorben, ohne Grab und nichts von ihm mehr da.“

Anklage gegen Gott

Was als Kaddischgesang beginnt, entwickelt sich zur Anklage gegen Gott, diese Welt und das Universum. Die Sonne sollte ob der Ermordung seines Volkes ebenfalls verlöschen, wie die Anwesenheit Gottes zuvor erloschen ist. Ginge es nach dem Dichter, so ließe er das Licht auf ewig sich verdunkeln; dann fährt er mit den Worten fort:

Schrajt arojs fun chajes-ingewajd in wald, fun fisch in tajch – sej hobn ajch gegesn. Schrajt fun kalehojwns, schrajt klejn un grojs, ich will a gwald, a wejgeschreij, a kol, ich will a kol fun aich, schraj, ojgeharaget jidisch folk, schraj, schrai arojs!

Diese Zeilen entfalten exemplarisch die beinahe gewalttätige Tonart in der Sprachauswahl Katzenelsons. Sein letztes Werk wirkt in Schüben geschrieben, in überdrehter und dröhnender Lautstärke verfasst. Es ist eine von immenser Verbitterung, Zorn und Schmerz getriebene Dichtung. Den Gedanken folgen Assoziationen, ihnen folgen Ausrufe und Aufschreie; oder sind es Aufrufe und Anklagen? Sie gelten aus den Tiefen der Krematorien, aus den Tiefen der toten Seelen oder den tiefsten Tiefen der mit Asche gefüllten Seen um die Vernichtungslager herum.

Jeder Leser wird das selbst für sich entscheiden können, da die jiddische Sprache exakt diesen Spielraum dafür zulässt. Die Übersetzung dieser Verse lässt aber unweigerlich sprachlos und erschüttert zurück. Ohne viele Pausen ist das Werk nicht zu bewältigen.

„Schreit heraus aus den Gedärmen wilder Tiere, aus den Fischen im Teich – sie haben euch gefressen. Schreit aus den Todesöfen, schreit, ihr Kleinen und Großen. Denn schaut: Ich brauche eure Hilfe und euer Wehgeschrei und ich will dafür alle von euch. Alle. Schrei, ausgerottetes jüdisches Volk, schrei laut heraus!“

In den letzten drei Strophen des ersten Liedes wird das Kaddisch zu einer fantastischen Totenbeschwörung. Der Dichter fordert die Millionen Ermordeten seines Volkes auf, sich um ihn zu versammeln und noch einmal eine letzte Todesklage auszustoßen.

Anfang Mai 1944 wird Jitzchak Katzenelson im Auschwitz-Birkenau ermordet. Bereits bei der Verfassung dieser Zeilen stellt er sich in die Reihe der Toten und hat mit seinem Leben abgeschlossen, noch bevor er die Gaskammer betritt.

Kumt ale fun Treblinka, fun Sowibor, fun Oschwentschim, fun Belziz kumt, kumt fun Ponari un fin noch, fun noch, fun noch!

Mit ojn oifgerisn, fargliwert a geschrej, a gwald un on a schtim, fun sumpn komt, fun blotes ajngesunken tif, fun fojln moch.

Kumt, getriknte, zemolene, zeribene, kumt shtelt sich ojs, in a karohod, a rod a grojsn arum mir, ejn grojse reif – sejdes, bobes, mames mit di kinderlech in schojs – kumt, bejner jidische fun poschkes, fun schtikelech seif.

Wajst mir, bawajst sich ale mir, kumt ale, kumt, ich will ajch ale sen, ich will ajch onkukn, ich will oif majn folk majn ojsgehargetn, a kuk ton, shtum, farschtumt – un

ich wel singen ... jo ... aher di harf ... ich schpil!

„Kommt alle von Treblinka, von Sobibor, von Belsetz, kommt. Kommt von Ponari und von allen anderen Orten. Die Augen aufgerissen, mit erstarrtem Schrei, der gewaltig, aber ohne Stimme ist. Entsteigt den Sümpfen, aus den Tiefen, eingesunken, entsteigt dem faulen Moos. Kommt, ihr ausgetrockneten, zermahlenden und zerriebenen! Kommt und stellt euch auf, damit man euch sieht. Versammelt euch um mich und zeigt die Größe eurer Anzahl.“

Großväter, Großmütter, Mütter mit euren Kindern auf dem Schoß. Es soll niemand von euch fehlen. Kommt, ihr jüdischen Gebeine, entsteigt der Asche und dem letzten Stückchen Seife. Zeigt euch mir und beweist euer aller Vernichtung. Kommt alle, kommt. Ich will mein ausgerottetes Volk ansehen, stumm und verstummt, wie ihr seid, will ich euch alle anschauen. Und ich will singen. Ja! Reicht die Harfe mir! Ich spiel!“

Sein Gedicht *Dos Lid funm Ojsgehargetn Jidischn Folk* begann Katzenelson im Oktober 1943 und vollendete es im Frühjahr 1944 im Lager von Vittel.

Das war möglich, da er auf Schleichwegen aus dem Warschauer Ghetto herausgeschmuggelt worden war. Den jüdischen Partisanen erschien gerade sein Leben erhaltenswert. Er, der Dichter, sollte die Geschehnisse der Nachwelt kundtun. Die jüdische Kampforganisation verschaffte Katzenelson gefälschte honduranische Papiere und schleuste ihn in den „arischen Teil“ von Warschau, wo er, wie viele andere, vergeblich hoffte, in die Freiheit zu gelangen. Stattdessen kam er in ein Sonder-KZ nach Vittel am Rande der Vogesen. Dort fand die Fertigstellung des Manuskripts am 18. Januar 1944 statt, das er, in Flaschen verpackt, gemeinsam mit der Mitgefangenen Miriam Novitch, die überlebte, unter einem Baum begrub. Nach der Befreiung Vittels am 12. September 1944 durch die Alliierten konnte eine Kopie des Manuskripts von der Überlebenden Ruth Adler, in einem Koffergriff eingenäht, 1944 nach Palästina geschmuggelt werden, zusammen mit Briefen an einen führenden Protagonisten des zionistischen Jeschuw, Jitzchak Tabenkin.

Im Fundament versteckt

Weitere Manuskripte Katzenelsons wurden zusammen mit Aufzeichnungen der zionistischen Organisation Dror aus dem Fundament des Gebäudes in der Dzielna-Straße Nr. 34 in Warschau geborgen, wo Dror sein Hauptquartier hatte, und nach Israel verbracht. Sie befinden sich in den Archiven des Museums „Beit Lohamei Haghetot“, dem Museum für die Ghetto-Kämpfer. Es ist der verkürzte Name des „Ghetto Fighters' House – Itzhak Katzenelson Holocaust and Jewish Resistance Heritage Museum“ und somit explizit auch dem Verfasser des „Liedes vom ausgerotteten jüdischen Volk“ gewidmet.

Das 15. und letzte Lied trägt den Namen *Noch alemen!* („Nach allem!“). Es führt den Leser in die dunkelsten Stunden, zwischen Himmel und Hölle, dem Verlangen nach Rechenschaft, der wiederholten Klage um die Abwesenheit von Gott und die nicht enden wollende Anwesenheit der Mörder und ihrer Taten.

Ir sich ojs do, lejgt di klejder oif an ort, di schich zi por, lost iber alz do, was ir hot, ir wet doch alz noch darfn, di klejder un die schich un alz (...)

Gejt nemt a bod! Un s'wern tojsnt in a sal arajngelosn, un tojsnt warn naket bis di erschte tojsnt wert derschikt.

„Ausziehen, legt die Kleider auf einen Ort, legt die Schuhe paarweise hin, lasst liegen, was euch gehört. Ihr werdet doch alles noch gebrauchen, die Schuhe, Kleider, nichts geht euch verloren.“

Geht und nehmt ein Bad! Und zu Tausenden werden sie in den Saal gelassen und tausend warten nackt, bis das erste Tausend erstickt.“

A majse fun Amalek'n un bis an ergeren fun im, dem dajtsch ... o himl wajt, o brejt di erd, o jamim grojs – nit balt zusammen in ejn knojl sich un nit farnicht di schlechte oif di erd, soln sej farnichtn sich alejn!

„Kennt ihr das Märchen von Amalek? Oder das vom Deutschen, der noch schlimmer war? O Himmel, Meere der Welt, du, Erde in deiner ganzen Breite – wieso rächt ihr alle nicht mein Volk und vernichtet das Schlechte von diesem Erdboden? Wenn das so ist, dann sollt ihr euch selbst vernichten!“

In Vittel trifft Katzenelson einen Freund aus früheren Lodzer Tagen, Dr. Nathan Eck (gestorben in Tel Aviv am 22. Februar 1982), der ebenfalls im April 1944 von Vittel nach Auschwitz deportiert werden sollte, dem es aber gelang, vom Zug abzuspringen und nach Paris zu entkommen. Bereits im Februar 1945, noch vor Kriegsende, gibt er Katzenelsons Werk im jiddischen Original heraus und hat somit sein Versprechen eingelöst, *Dos Lid* herauszugeben, sollte der Dichter den Krieg nicht überleben.

Gerettet

Es überleben seine von Heine inspirierten sentimental-ironischen Gedichte, die ins Hebräische übersetzt und auch zu Kinderliedern oder israelischen Volksliedern werden. Katzenelson wird im Mai 1943 in das französische Lager Vittel verbracht und von dort im April 1944 nach Auschwitz deportiert, wo er zwischen dem 1. und 3. Mai gemeinsam mit seinem Sohn vergast wird.

Dos Lid ist ein Trauerlied über eine unwiederbringlich verlorene Welt. Über Menschen, die in Jeschibas lernten, edlen und blassen Thoragelehrten: *klejne jidelech mit grojse kep*. Es handelt von verlorengegangener chassidischer Weisheit, zerstörtem Thorawissen, von vernichteten großen Dichtern der Haskala: *fun schrajber grojse*. Von armen Hausierern, geleerten Judengassen, still gewordenen Marktplätzen, auf denen keine Juden mehr gehen.

Sie und ihre Lebensweise sind verschwunden ins Nichts. Aber wir können diese Menschen in der jiddischen Sprache heraufbeschwören, beim Lesen jeder einzelnen Strophe von *Dos Lid funm Ojsgehargetn Jidischn Folk*. Es ist das Jiddische, wo noch die ostjüdische Seele wohnt, wenn man liest: *is gewen amol a folk*. Lasst uns in die Sprache eintauchen, die die Welt der Ostjuden wieder zum Leben erweckt und dem Jidischn folk beim Leben und Sterben lauschen. Strophe für Strophe, Zeile um Zeile.

Ein geflügeltes Wort des ostjüdischen Widerstands sollte keinesfalls Vergessenheit geraten: *Sej du kejn schof, wet er nit sejn kejn wolf!*

BEAUVITÉ®
... wo die Schönheit zu Hause ist.

Kosmetik • Friseur • Maniküre • Pediküre • Permanent Make-up • Wimpernverlängerung
Dauerhafte Haarentfernung • Lipolaser • Kryolipolyse • Kavitation • Mesotherapie
Faltenunterspritzung • Multipolare Radiofrequenz

Fasanenstraße 40 • 10719 Berlin • Tel: (030) 88 91 64 59

WWW.BEAUVITÉ.DE



Zwei Zwei-Staaten-Lösungen: Indien und Israel, Pakistan und „Palästina“ im Vergleich

Auf dem indischen Subkontinent wurde zur selben Zeit eine Zwei-Staaten-Lösung umgesetzt, als sie in Eretz Israel erst geplant war. Ein Blick auf den vollkommen gescheiterten islamischen Failed State Pakistan lässt deutlich erahnen, welchen Weg ein islamischer Staat „Palästina“ gegangen wäre und gehen würde.

Von Karl Pfeifer

Die Idee einer Teilung als Antwort auf ethnische, nationale und konfessionelle Konflikte entwickelte sich zum ersten Mal aus den neuen Diskussionen um Ethnizität, Nationalität und Staatsbürgerschaft während und unmittelbar nach dem Ersten Weltkrieg. Der Zusammenbruch der alten mitteleuropäischen und osmanischen Imperien und die Entstehung neuer Vorstellungen vom Nationalstaat brachten ein wesentliches Paradoxon zum Vorschein: das Aufkommen neuer antikolonialer Nationalismen und eines gewaltigen Diskurses über nationale Souveränität genau zu dem Zeitpunkt, als die Macht, die Autorität und der Ehrgeiz des britischen und des französischen Imperiums ihren Höhepunkt erreichten. Die zahlreichen Verträge der unmittelbaren Nachkriegszeit (Versailles, St. Germain, Trianon, Sèvres und Lausanne), die vielen Minderheitenverträge mit Osteuropa und die Mandats-Vereinbarungen des Völkerbundes, unter denen ein Großteil des Nahen Ostens für die nächsten drei Jahrzehnte regiert werden sollte, artikulierten gemeinsam eine neue Vision. Diese trug sowohl den Stempel des nationalistischen Diskurses als auch der imperialen Ambition, mit der unausgesprochenen Absicht, den ersten einzudämmen und die letztere auszuweiten.

Diese Abkommen förderten den ethnischen Separatismus als zentralen Aspekt der nationalen Selbstbestimmung, während sie gleichzeitig Kontinuitäten und sogar Erweiterungen der französischen und insbesondere der britischen imperialen Macht schützten und verschleierte. Es kam zum Bevölkerungsaustausch zwischen Griechenland und der Türkei, aber auch zu neuen Grenzen und Kategorien von „Minderheit“ und „Mehrheit“ in Polen, Rumänien und anderen ehemaligen habsburgischen und russischen imperialen Territorien.

Nach 1945 schien die Teilung von früher britisch beherrschten Gebieten eine schnelle und effiziente Exit-Strategie zu bieten, die auch die verlockende Möglichkeit eines fortgesetzten Einflusses von Großbritannien in Aussicht stellte. Es wurden zwei weitere Teilungen vorgeschlagen und in Indien und im Heiligen Land auch umgesetzt.

Gemeinsamkeiten und Unterschiede

Auf den ersten Blick gibt es Ähnlichkeiten: Beide Gebiete waren unter britischer Kolonialherrschaft. Die 1947/48 neu entstandenen Staaten Indien und Israel sind heute mehrheitlich nicht-muslimisch und pluralistische Demokratien. Beide Teilungen führten zu Gewalt, die ein Flüchtlingsproblem und einen Bevölkerungsaustausch zur Folge hatte.

Historisch gesehen waren Hindus – wie die Juden im Nahen Osten und

in Nordafrika, unter dem Islam Dhimmis, d.h. Untergebene, die gezwungen waren, die Dschizya-Steuer zu zahlen – aber ihr eigenes Kastensystem beibehielten. Doch während die Teilung Indiens eine vereinbarte zwischen allen Parteien war, stimmten die Araber der Teilung des Heiligen Landes nicht zu.

Die britische Kolonialherrschaft war auch deswegen in Indien so erfolgreich, weil sie das Prinzip divide et impera (teile und herrsche) praktizierte. In indischen Eisenbahnstationen gab es Wasserhähne für „Hindus“ und für „Muslime“ und seit 1909 wurde die religiöse Trennung auch bei Wahlen berücksichtigt. Doch es gab viele Gemeinsamkeiten zwischen Hindus und Muslimen, zum Beispiel eine gemeinsame Sprache.

Indien erlebte während des Zweiten Weltkriegs eine Hungerkatastrophe. 1946 kam es zu einem Aufstand der indischen Flotte und der indischen Polizei sowie zu vielen lokalen Aufständen und Streiks, doch sehr selten wurde Gewalt gegen Briten geübt. 1946 gab es Wahlen und zum ersten Mal durften auch Frauen daran teilnehmen. Die Muslim-Liga – die sich für Pakistan, für das „Land der Reinheit“ einsetzte – war dabei erfolgreich.

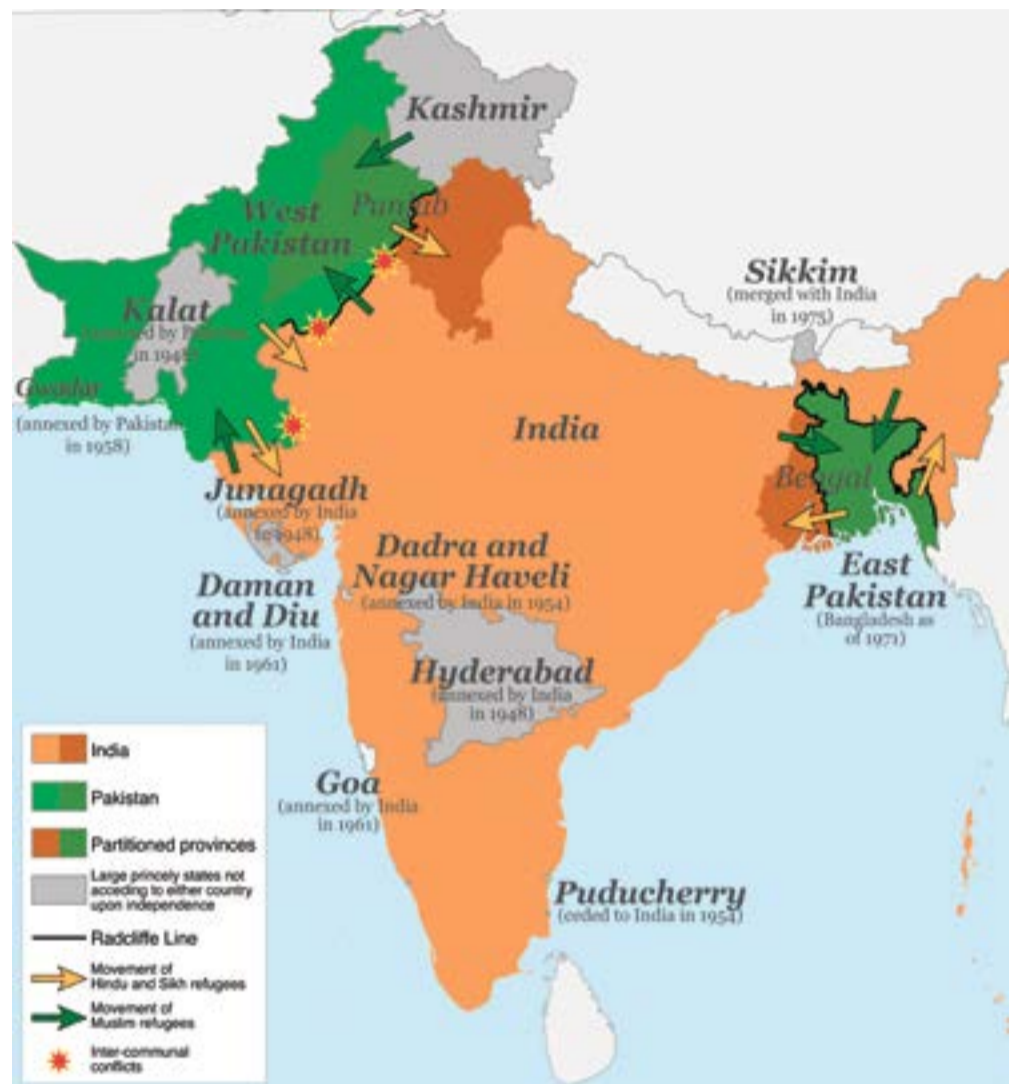
In Indien lebten um 1945 389 Millionen Menschen mit fünfzehn offiziellen Sprachen, 24 regionalen und 23 örtlichen Sprachen sowie rund 700 Dialekten. Die indische Nation war im Entstehen. Dasselbe sollte später für eine pakistanische Nation gelten, deren Zugehörigkeit bezeichnenderweise religiös (islamisch) definiert werden musste.

Muslime beginnen mit Massakern in der Gegend von Kalkutta

Am 16. August 1946 hatte die muslimische Provinzregierung in Kalkutta einen Feiertag der „direkten Aktion“ ausgerufen. Drei Tage später gab es wenigstens 4.000 Tote und über 10.000 Verletzte. Es brachen in dieser Zeit die schlimmsten Unruhen zwischen Hindus und Muslimen aus. Jinnah, der Führer der Muslim-Liga hatte zuvor die Massen emotionalisiert, er ging so weit und nannte die Kongresspartei „faschistischen Großrat“. Der Bürgermeister von Kalkutta setzte noch eins drauf: „Wir Muslime hatten die Krone und regierten. Verliert nicht den Mut, nehmt ein Schwert. Oh Kafir! Dein Scheitern ist nahe und ein größeres Massaker wird geschehen.“ Es kam zunächst zu einem grauenvollen Pogrom gegen Hindus. Dann reagierten Hindu-Nationalisten und massakrierten Muslime.

Am 15. Oktober 1946 erhielt das bengalische Kongress-Büro ein Telegramm aus der Stadt Noakhali, mehr als 300 km östlich von Kalkutta:

„HÄUSER MASSENHAFT NIEDERGEBRANNT. HUNDERTE ZU



Indien wurde 1947 in einen hinduistischen und einen moslemischen Teil (Pakistan) geteilt.

TODE VERBRANNT. HUNDERTE ANDERWEITIG GETÖTET. ANZAHL HINDU-MÄDCHEN MIT MOSLEMS ZWANGSVERHEIRATET UND ENTFÜHRT ALLE HINDU-TEMPEL UND BILDER GESCHÄNDET. HILFLOSE FLÜCHTLINGE KOMMEN IN DEN BEZIRK TIPPERA GOLAM SARWAR ANFÜHRER STACHELT MOSLEMS AN, HINDUS AUS NOAKHALI AUSZUROTTEN.“

Eine Delegation der Kongresspartei kam zu spät, um die Lage dort zu beruhigen. In ihrem Bericht stellte sie fest, dass 5.000 Hindus massakriert wurden, dass es zu Massenkonvertierung von Hindus kam, die gezwungen wurden Rindfleisch zu essen, Kühe wurden an öffentlichen Plätzen geschlachtet, Geschäfte wurden geplündert, die Hindu-Tempel geschändet. Nur tausende von Soldaten und Polizisten sowie die RAF konnten die Ruhe wiederherstellen.

Es kam zu Racheaktionen der Hindus gegen Muslime. Gandhi warnte in seiner Zeitung Harijan: „Wir sind noch nicht mitten in einem Bürgerkrieg, aber wir nähern uns einem.“

Im Frühjahr 1947 vereinbarten Briten, die indische Kongresspartei und die Moslemliga, die Teilung Indiens. Nicht einmal ein Dutzend Personen haben das Schicksal von 400 Millionen Menschen entschieden. Dazu gehörten der britische Vizekönig Mountbatten, Gandhi, der Führer der indischen Kongresspartei und der

spätere Ministerpräsident Jawahrlal Nehru sowie Mohammed Ali Jinnah, der vorgab, die fast 100 Millionen Muslime zu vertreten und Pakistan gründete.

Am 3. Juni 1947 wurde die Teilung von den Medien verkündet. Da sehr viele Menschen Analphabeten waren, erfuhren die meisten die Nachricht aus dem Radio.

Bevölkerungsaustausch mit 15 Millionen Umsiedlungen

Mitte August 1947 ging fast ein Jahrhundert britischer Herrschaft zu Ende und die Muslime, Hindus und Sikhs feierten ihre Unabhängigkeit und die Tatsache, dass sie von nun an in zwei Staaten leben würden.

Lediglich drei Monate zuvor hatte man noch nichts geahnt von einer Teilung, geschweige denn von den Grenzen zwischen den beiden Staaten Indien und Pakistan. Während dieses Vierteljahres wurde die Radcliffe-Linie, die Grenze zwischen beiden Staaten gezogen, die bis heute gültig ist.

Das Ende der britischen Kolonialherrschaft besiegelte die Teilung des indischen Subkontinents in die unabhängigen Staaten Indien und Pakistan. Für fast 15 Millionen Menschen auf beiden Seiten der neuen Grenze bedeutete dies Umsiedlung, Flucht und Vertreibung. Dieser Bevölkerungsaustausch wurde in vielen Fällen von Gewalt und Massakern begleitet, denen mehr als eine Million Menschen zum Opfer fielen, obwohl es zur Teilung kam, um gerade dies zu verhindern.

Die Teilung hat tiefe Wunden sowohl in der indischen als auch in der pakistanischen Gesellschaft hinterlassen. Es ist sicher kein Zufall, dass beide Staaten nicht das Genfer „Abkommen über die Rechtsstellung der Flüchtlinge“ von 1951 und das Protokoll 1967 unterzeichnet haben, obwohl beide Staaten seit 1947 viele Millionen Flüchtlinge aufgenommen hatten.

Das Heilige Land

Im britischen Mandatsgebiet Palästina, wurde eine Teilung erstmals 1937 vorgeschlagen. Der gegen Juden und Briten gerichtete arabische Aufstand von 1936-1939 veranlasste die Briten die Möglichkeit einer Teilung zu erkunden. Die Furcht vor einem heranahenden Krieg in Europa hatte viel mit der Dringlichkeit des britischen Wunsches zu tun, dem arabischen Aufstand ein Ende zu setzen und im Nahen Osten ein sicheres Hinterland zu haben. Deswegen wurde die Idee einer Teilung schnell wieder fallengelassen.

Im Juli 1922 wurde die Verpflichtung der Balfour-Deklaration zur Ansiedlung von Juden durch ein Dokument des Völkerbundes ratifiziert, das den Wortlaut der Erklärung in das Rechtsinstrument aufnahm, das Großbritannien die verbindliche Autorität über das Heilige Land verlieh. Ein paar Monate später billigte der Völkerbund ein zusätzliches britisches Memorandum, mit dem das Mandatsgebiet auf das Land zwischen dem Jordan und dem Mittelmeer beschränkt und von einem neu geschaffenen Transjordanien getrennt wurde.

Der Text des Mandats behielt einige ältere osmanische Praktiken der kommunal strukturierten politischen Verwaltung bei, indem er einzelnen Gemeinden den Unterhalt von Schulen und religiösen Einrichtungen wie Waqfs gestattete und die staatliche Anerkennung religiöser Feiertage garantierte. In Anerkennung und unter Einbeziehung der Balfour-Deklaration erklärte der Völkerbund: „Die Mandatsverwaltung ist dafür verantwortlich, das Land unter solche politischen, administrativen und wirtschaftlichen Bedingungen zu stellen, die die Errichtung der jüdischen nationalen Heimstätte, wie sie in der Präambel festgelegt ist, und die Entwicklung von Selbstverwaltungsinstitutionen sicherstellen, sowie für die Wahrung der bürgerlichen und religiösen Rechte aller Einwohner, ungeachtet ihrer Rasse und Religion.“

Unter der Mandats Herrschaft genoss der Jischuv eine Reihe von kollektiven Rechten und Privilegien, eine anerkannte interne gesetzgebende Versammlung, hebräische Schulen und Förderung der hebräischen Sprache.

Der Jischuv machte sich mit britischer Ermutigung sofort an die Arbeit, um neue vorstaatliche Institutionen der Selbstverwaltung zu entwickeln, die durch die neue britische Militärbesetzung Palästinas ermöglicht und vom Völkerbund unterstützt wurden.

Aus Sicht der arabischen politischen Elite war die Balfour-Deklaration von Anfang an grundsätzlich illegitim – ebenso wie die Trennung des Mandatsgebietes von Syrien, die Abtrennung Transjordaniens, die britische Militärbesetzung und das Mandat selbst. Es kam zu anti-jüdischen Pogromen 1921, 1922 und 1929, die von Muslimen begangen wurden. Dabei spielte der Mufti von Jerusalem, Amin el Husseini, eine wichtige Rolle.

Die Teilung als Mittel für den Frieden

1936 kam es zu einem zu einem weit verbreiteten und organisierten arabischen Aufstand. Die britische Regierung setzte eine königliche Kommission ein, die die Ursachen der Unruhen untersuchen und eine Empfehlung für die zukünftige britische Palästina-Politik abgeben sollte. Der konservative Politiker und ehemalige Staatssekretär für Indien, Robert Peel, leitete die Kommission, die im November in Palästina eintraf und mehrere Monate damit verbrachte, das Land zu bereisen und prominente Mitglieder der zionistischen und arabischen politischen Eliten zu interviewen sowie die Situation mit lokalen britischen Regierungsbeamten zu besprechen. Im Jahr 1937 veröffentlichte die Kommission ihre Ergebnisse in einem fast vierhundertseitigen Bericht, der die zunehmend gewalttätigen und feindseligen Bedingungen vor Ort detailliert beschrieb und eine Lösung vorschlug: die Teilung Palästinas in einen separaten arabischen und einen jüdischen Staat. Dieses spezielle Schema kombinierte die Prinzipien der Teilung und des Transfers.

Im Großen und Ganzen akzeptierten die Delegierten des zionistischen Kongresses das Prinzip der Teilung und ermächtigten die Führung, die Verhandlungen mit der Absicht fortzusetzen, schließlich ein günstigeres Abkommen zu erreichen. Aber es gab auch Gegner der Teilung innerhalb des zionistischen Lagers, darunter der Führer der Revisionisten, Wladimir (Ze'ev) Jabotinsky, dessen Einwände gleichermaßen auf seinem Bekenntnis zu den zionistischen Ansprüchen auf das gesamte historische Palästina, einschließlich Transjordanien, und seiner Besorgnis über die Folgen eines international sanktionierten „Transfers“ für die gefährdeten jüdischen Gemeinden in Ost- und Mitteleuropa beruhten.

„Vom jüdischen Standpunkt aus“, erklärte er, „ist [der Transfer] nichts weniger als ein Verbrechen. Während die Königliche Kommission über den ‚Lehrreichen Präzedenzfall‘ (d.h. die Vertreibung von mehr als einer Million Griechen aus der Türkei) schwafelt, werden wir Zeuge eines weiteren Falles, in dem sie mit Begriffen spielt, von denen keines ihrer Mitglieder eine Ahnung hat.“

Unter den Arabern im Heiligen Land erregte der Teilungs- und Transfervorschlag sofortigen und unerbittlichen Widerstand. Als die Wut und die Revolte zunahm, begann die britische Regierung ihre Position zu überdenken und schickte eine weitere Untersuchungskommission, die Woodhead-Kommission, die die Idee der Teilung schließlich aufgab.

Erst ein Jahrzehnt später, in einem ganz anderen internationalen und lokalen Kontext, wurde die Idee der Teilung wieder aufgenommen. Am 14. Februar 1947 kündigte die überforderte und erschöpfte britische Regierung – die mit jüdischen Milizen konfrontiert war, die Anschläge gegen britische Ziele in Palästina verübten – ihre Absicht an, sich zurückzuziehen. Außenminister Bevin erklärte im Parlament am 18. Februar 1947: „Wir können weder den Plan der Araber noch den der Juden akzeptieren oder unsere Lösung durchsetzen.“ Die nach dem Krieg verarmten Briten brauchten den Verbündeten USA. Dort aber konnte man nicht verstehen, weshalb die Briten, die Einwanderung der überlebenden Juden mit dem Einsatz von fast

100.000 Soldaten behinderten.

Die Frage der Aufteilung des Heiligen Landes wurde an die neugegründeten Vereinten Nationen (UN) übergeben, als natürlicher Nachfolger des Völkerbundes, der das ursprüngliche Mandat ausgearbeitet hatte. Die Idee der Teilung wurde nach dem Zweiten Weltkrieg zu einem Anliegen der Weltdiplomatie.

In Indien gab es auf beiden Seiten keine Begeisterung für die Teilung: Sie war eine britische Lösung („Teile und herrsche selbst“) für die wachsenden Unruhen und unsäglichen Gräueltaten vor Ort.

Die (Hindu-)Kongresspartei wollte einen Staat mit gleichen Rechten für alle. Der „Vater“ des neuen muslimischen Staates, Muhammad Ali Jinnah, wollte ein föderales Indien mit Machtteilung und Autonomie für Provinzen mit muslimischer Bevölkerungsmehrheit wie Punjab und Bengalen. Selbst als die Teilung unmittelbar bevorstand, zögerten Grenzstaaten mit Hindu-Mehrheiten wie Hyderabad mit dem Beitritt zu Indien. Eine gemeinsame Sprache, Kultur und verwandtschaftliche und Handelsbeziehungen überwogen die Unterschiede in der Religion.

Die Gewalt war durch die Araber gewollt

Im Gegensatz dazu waren Juden und Araber unterschiedliche Völker. Viele Juden gaben ihren Traum von einem jüdischen Staat auf beiden Seiten des Jordans nur widerwillig auf und akzeptierten die UN-Resolution 181, die einen jüdischen und einen arabischen Staat im westlichen Palästina vorschlug. Während die Hindus in Indien eine demographische Mehrheit genossen, waren die Juden eine prekäre Minderheit mit dem verzweifeltsten Bedürfnis, Herr ihres eigenen Schicksals zu sein.

Es gibt einen weiteren entscheidenden Unterschied: Hindu- und Moslem-Führer in Indien waren bestürzt über die zunehmend barbarischen Tötungen zwischen Muslimen und Hindus, während arabische Führer in vielen Fällen absichtlich zur Gewalt gegen Juden aufriefen. Mitte August 1947 drohte Fauzi al-Qawuqji – der bald zum Kommandanten der Freiwilligenarmee der Arabischen Liga, der Arabischen Befreiungsarmee (ALA) ernannt wurde, sollte die Abstimmung der UNO nicht im Sinne der Araber ausfallen „werden wir einen totalen Krieg beginnen. Wir werden morden und alles was in unserem Weg steht, sei es Englisch, Amerikanisch oder Jüdisch beseitigen.“ Andere Araber drohten mit einem „Heiligen Krieg“, der in einen „Dritten Weltkrieg“ münden könnte.

Unterschiedliche Behandlung der Flüchtlinge

Der erzwungene Massenexodus von Juden aus arabischen Ländern, die keinen Anteil am Krieg von 1948 hatten, war eine staatlich sanktionierte kollektive Bestrafung von nicht kämpfenden Bürgern. Es war, als ob Muslime in den Vorstädten von Paris oder Sikhs in London verfolgt und zur Flucht gezwungen wurden, nur weil sie dieselbe Religion wie Muslime oder Sikhs in Indien teilten.

Wenn es um Flüchtlinge geht, ist auch die Teilung des Heiligen Landes eine unvollendete Angelegenheit. Während sowohl Indien als auch Pakistan den Austausch von Flüchtlingen akzeptierten, nahm nur Israel

jüdische Flüchtlinge auf, während das „palästinensische“ Flüchtlingsproblem von der arabischen Seite absichtlich vernachlässigt wurde. Die „palästinensische“ Führung hält den Konflikt aufrecht, indem sie sich an ihr „Rückkehrrecht“ nach Israel selbst klammert.

Die muslimischen Forderungen nach einem eigenen Staat in Pakistan und dem Gebiet von Bengalen (die ehemalige pakistanische Region Bangladesch, die heute ein eigener Staat ist) führten zur größten Flüchtlingsbewegung des 20. Jahrhunderts und zu drei großen Kriegen seit der Unabhängigkeit. Diese Forderungen nähren bis heute die Hoffnung auf eine eventuelle Abspaltung Kaschmirs von Indien. Es war Mahatma Gandhi zusammen mit der Führung der Kongresspartei (größtenteils Hindus) und einigen wenigen muslimischen Gemäßigten, die vergeblich für eine Zusammenarbeit zwischen den beiden Gemeinschaften und einen unabhängigen, geeinten und säkularen Staat Indien predigten.

Sie wurden schließlich von Extremisten verschmäht, die nichts Geringeres als die Herrschaft über einen Teil des Landes mit muslimischer Mehrheit akzeptieren konnten, um den britischen Kolonialismus zu ersetzen.

Dies entsprach der gleichen Argumentationslinie, die die unnachgiebige Weigerung der Araber in Palästina bestimmte. Sie wollten die Idee einer Teilung nicht akzeptieren, eine Minderheit in einem jüdischen Staat zu werden oder sogar eine jüdische Minderheit mit nationalen Rechten in einem vereinten Palästina zu tolerieren, sowie die implizite Drohung, dass Muslime unter die Herrschaft von Nicht-Muslimen geraten könnten. Im Falle Palästinas war die Vorstellung, dass die verachteten Juden das Gleiche tun könnten, sogar noch abstoßender als die Vorstellung, dass die Hindus dies in einem ungeteilten Indien tun würden.

Pakistans gebrochenes Versprechen des Minderheiten-Schutzes

In beiden Fällen hat die Teilung zu einem Ungleichgewicht auf beiden Seiten der Trennungslinie geführt. Israel und Indien sind heute wirtschaftlich aufstrebende pluralistische Demokratien, während Pakistan und die Palästinensische Autorität (PA) von schlechter Regierungsführung sowie Missachtung von Minderheiten gekennzeichnet sind. Israels Bevölkerung ist trotz jüdischer Masseneinwanderung zu mehr als 20 Prozent arabisch (1948 waren es 13 Prozent). Der Gazastreifen wird von der Terrorgruppe Hamas, einer Filiale der ägyptischen Moslembrüder regiert, wo es kaum Christen gibt. Die PA hat seit über 15 Jahren keine Wahlen mehr abgehalten, und auch dort nimmt die christliche Bevölkerung weiter ab.

Pakistan wurde von einer Reihe von Militärdiktaturen regiert; islamistische Gruppen werden in Pakistans Stammesgebieten geduldet. Obwohl Jinnah hoch und heilig den Schutz der Minderheiten versprach, sind nur mehr ca. zwei Prozent der Bevölkerung Hindus, und sowohl Christen als auch schiitische Muslime haben schwer zu leiden.

Für diesen beklagenswerten Zustand kann man kaum die Briten oder den Kolonialismus verantwortlich machen.

9. Mai: Die Schlachten-Übersetzerin

Die sowjetisch-jüdische Übersetzerin Jelena Kagan war im Krieg nicht nur an vorderster Front dabei, sondern lieferte auch Knochen von Hitler als Todesbeweis.

Von Semen Kiepermann

Über Jelena Rschewskaja zu sprechen, bedeutet über ihre Generation zu sprechen. Nicht selten wird sie „Zeugin des Jahrhunderts“ genannt und das nicht nur, weil Jelena Moissejewna Rschewskaja tatsächlich nur zwei Jahre weniger als ein Jahrhundert lang lebte. Allerdings ist es auch nicht ganz korrekt, in ihr nur eine Zeugin zu sehen. Immerhin hätten die Ereignisse aus ihrem Leben einen großen Roman füllen können, und sie selbst war ein bemerkenswert aktiver Mensch.

Jelena Rschewskaja, geb. Kagan, kam am 27. Oktober 1919 in der Stadt Homel (Gomel) in Weißrußland zur Welt. Ihr Vater, Moissej Kagan, stammte aus einer wohlhabenden Kaufmannsfamilie und war als Jurist Vorstandsvorsitzender der Allukrainischen Staatsbank. Später, während die Familie in Moskau lebte, bekleidete er das Amt eines hohen Regierungsbeamten. Jelenas Mutter Rachil Kagan war Zahnärztin.

Namensgebung nach einer Schlacht

Als der Zweite Weltkrieg begann, war Jelena Kagan, Studentin am Literaturinstitut und gleichzeitig am berühmten Institut für Philosophie, Literatur und Geschichte in Moskau, 21 Jahre jung. Sie sprach Deutsch und wollte daher unbedingt als Militärdolmetscherin an die Front. Im Februar 1942, mit 22 Jahren, absolvierte sie einen Spezialkurs und nahm als Dolmetscherin im Verlauf des Februars und März 1942 an ihrer ersten Militäroperation teil – an schwersten Kämpfen beim Städtchen Rschew und einer der blutigsten Schlachten des Zweiten Weltkrieges auf sowjetischem Territorium, die vom Januar 1942 bis zum März 1943 andauerte und von Historikern als „Fleischwolf von Rschew“ bezeichnet wird. Die Schlacht erschütterte Jelena zutiefst, so dass sie sich nach diesen Ereignissen Rschewskaja nannte.

Als Militärdolmetscherin im Hauptquartier der 30. Armee verhörte Kagan Gefangene, übersetzte erbeutete Dokumente und wurde bald in den im April 1943 gegründeten militärischen Spionageabwehrdienst Smersch (Akronym, gebildet aus dem Russischen „смерть шпионам“ - zu Deutsch „Tod den Spionen“, - Anm. d. Übers.) aufgenommen.

Seit 1943 war sie an der Identifizierung von NS-Kriegsverbrechern beteiligt. Neben den „kleinen Rädchen im Getriebe“, den direkten Vollstreckern von Strafbefehlen, entlarvte sie die größeren; so enttarnte sie sechs Brandstifter und Mörder, die sowjetische Dörfer und Städte einäscherten, Zivilisten erhängten und erschossen und aktiv an Straffaktionen gegen Partisanen teilnahmen.

Jelena Kagan war ebenfalls Mitglied jener Einsatzgruppe, deren Ziel es war, den „Urheber“ dieses Krieges und des Holocausts zu finden – Adolf Hitler. Über diese Zeit vom Oktober 1941 bis zum April 1945 berichtet Jelena in ihren Büchern. Ihre Erzählungen basieren auf den Tagebüchern, die sie während des gesamten Krieges verfasste.

Leutnant Jelena Kagan wurde vielfach ausgezeichnet: mit dem Orden

des Vaterländischen Krieges II. Klasse (zweimal), dem Orden des Roten Sterns sowie mit Medaillen „Für Verdienste im Kampf“, „Für die Befreiung Warschaws“, „Für die Einnahme Berlins“, „Für den Sieg über Deutschland im Großen Vaterländischen Krieg 1941 - 1945“. Außerdem erhielt sie die Fadejew-Goldmedaille für Literaturwerke über Heldentaten des Volkes zur Verteidigung der Heimat (1987), den Sacharow-Preis für Schriftsteller-Mut (1996) und einige weitere Auszeichnungen.

Verhört für Smersch

Einen der zwei Orden des Vaterländischen Krieges erhielt Jelena Kagan dafür, dass sie „während der Arbeit in der operativen Gruppe der Spionageabwehr Smersch in der Woiwodschaft Posnan von Februar bis Mai 1945 die Verhafteten eigenständig verhörte. So identifizierte und entlarvte sie eine Reihe von offiziellen Mitarbeitern der deutschen Geheimdienste, darunter den Leiter der deutschen Geheimdienstschule, von Beer, den Leiter der Posener Abteilung der Gestapo, Kapitän Neumann, bei dessen Befragung sie auch operativ wertvolle Informationen erlangte.“

Im Mai 1945 war Jelena bereits mit der Gruppe Smersch in Berlin: Sie sollte an epochalen Ermittlungen teilnehmen, so an der Suche und Identifizierung der Leichen von Hitler und Goebbels. Viele Jahre später berichtet sie darüber in ihrem Buch „Berlin, Mai 1945“. Die Zähne Hitlers zu identifizieren, half der jungen Übersetzerin die Arzthelferin des Leibzahnarztes Hitlers, Käthe Häusermann. Der Führer wollte zu einem Mythos werden, wollte spurlos verschwinden, sich in Asche verwandeln. Dies sollte jedoch nicht sein: Seine verkohlten Überreste obduzierte am 8. Mai 1945 Oberstabsarzt Anna Maranz als stellvertretender Chefpflogin der Ersten Weißrussischen Front. Anna Maranz, geboren in Kiew, ging am 23. Juni 1941 freiwillig an die Front – ein Tag davor begann der Angriff Nazi-Deutschlands auf die Sowjetunion.

Zurück zur Obduktion und der Identifizierung der Leiche Hitlers. Da der Kommandeur des Smersch-Kommandos über keinen Tresor verfügte, übergab er Hitlers Zähne, eingepackt in eine Schachtel, der 25-jährigen Jelena Kagan und betonte dabei, sie hafte „mit ihrem Kopf“ für den Inhalt der Schachtel – den einzigen hundertprozentigen Nachweis für die Authentizität von Hitlers verkohlter Leiche, die im Hof der Reichskanzlei gefunden wurde. „Den ganzen Tag diese Schachtel mit sich herumzutragen war schon eine Herausforderung“, erinnerte sich Kagan, „denn dieser Tag war voller anderer Emotionen – der Sieg war errungen.“

Hitlers Kieferknochen in Moskau

Derzeit werden Hitlers Kieferknochen in Russland im Zentralarchiv des FSB (Geheimdienst) aufbewahrt; Fragmente seines Schädels befinden sich im Staatsarchiv der Russischen Föderation. In seinen schlimmsten Alpträumen hätte der Führer wohl nicht erahnen können, dass eine Jüdin ihn obduzieren und die Dokumentation

dazu erstellen würde und eine andere Jüdin die Schachtel mit seinen Zähnen mit sich herumtragen und sich ärgern würde, wegen dieser Zähne die Kapitulation des Dritten Reiches nicht gebührend mitfeiern zu können...

Die Informationen zu Hitlers aufgefundenen Leiche erklärte Stalin sofort für streng geheim – sogar Marschall Schukow gegenüber. Denn als Schukow Stalin in der Nacht vom 1. Mai 1945 telefonisch über den Selbstmord Hitlers unterrichtete, erwiderte Stalin: „Da hat er's, der Schurke! Schade, dass man ihn nicht lebendig fassen konnte...“ Und fragte sofort: „Und seine Leiche, wo ist sie?“ Als Folge dieses Veröffentlichungsverbotes erhielt Stalin seitdem alle diesbezüglichen Berichte persönlich auf dem direkten Wege, ohne dass die Militärführung eingeweiht wurde.

Aber warum wurde selbst Marschall Schukow im Ungewissen gelassen? Jelena Rschewskaja sah darin die sich anbahnenden Änderungen in Schukows Schicksal, der bald in Ungnade fiel. Laut dem Historiker Prof. Lew Bezymenski lastete Stalin dem Marschall seinen Unmut darüber an, dass Hitler nicht lebendig gefangengenommen und vor Gericht gestellt werden konnte, sozusagen als lebende Trophäe des sowjetischen Führers. Der besiegte, aber noch lebende Feind, als Höhepunkt des Triumphes, blieb dem eiteln Generalissimus dadurch versagt.

Stalin schwieg

Am 16. Juni 1945 wurde Stalin über alle Schritte und die Dokumentation bezüglich der Identifizierung von Hitlers Leichnam unterrichtet, ferner über die Ergebnisse aller Expertisen sowie die Zeugenaussagen nach Vernehmung einiger verhafteter Deutschen. Eine offizielle Stellungnahme der sowjetischen Regierung zu den Ergebnissen der Suche nach Hitler und seiner Gefolgschaft und die Dokumentation über die dentalen und anderen Expertisen im Zuge des Identifizierungsverfahrens von Leichen der Nazi-Größen wurden nie veröffentlicht. Der absurde Entschluss Stalins, den Tod Hitlers geheim zu halten, nahm nicht nur Schukow die Möglichkeit, der Welt von der abschließenden Militäroperation im Garten der Reichskanzlei zu berichten, sondern war auch einer der Hintergründe für die Konfrontation zwischen den ehemaligen Alliierten in den Jahren des Kalten Krieges.

Beim Nürnberger Prozess stand Hitlers Name nicht auf der Anklageschrift. Weder post mortem noch in Abwesenheit wurde er verurteilt. Sein Schicksal blieb zunächst ungeklärt, was es Stalin ermöglichte, Hitlers Karte auszuspielen und den ehemaligen westlichen Verbündeten vorzu-



Berlin im Mai 1945: Jelena Kagan mit ihren Waffengefährten

werfen, sie würden den Verbrecher Nr. 1 verstecken.

Das Buch „Berlin, Mai 1945“ von Jelena Rschewskaja wurde erst 20 Jahre nach dem Sieg über Nazideutschland veröffentlicht. Dieses Buch wurde in viele Sprachen übersetzt. 2005 nachträglich ergänzt durch einzigartige Archivadokumente über Hitlers Selbstmord, wurde es zu einer Sensation.

Jahre später, nachdem der damals in Ungnade gefallene Marschall Schukow die erste Ausgabe von Rschewskajas Memoiren gelesen hatte, wollte er sich mit der Autorin treffen. Er achtete ihre Erinnerungen an diese Zeit als eine der besten. Das Buch wurde mehrere Male neu aufgelegt. In ihrer vervollständigten Fassung wurde die Ausgabe Anfang 2020 veröffentlicht mit teils neuen, hinzugefügten Materialien, die zuvor nicht publiziert worden waren.

In den 1990er Jahren wurde Rschewskaja die Arbeit mit den Tagebüchern von Goebbels genehmigt; auf der Grundlage dieser Arbeit entstand das Buch „Goebbels. Portrait auf dem Hintergrund des Tagebuchs“. Die letzte Veröffentlichung von Jelena Rschewskaja zu Lebzeiten war ihre Autobiografie „Hinter uns das 20. Jahrhundert“.

Jelena Moissejewna Rschewskaja verstarb am 25. April 2017 in Moskau und wurde auf dem Friedhof Kunzewo beigesetzt; sie wurde 97 Jahre alt. Ihr Grab wird oft von denen besucht, die sie zu Lebzeiten kannten: Waffengefährten, Kollegen, Landsleute. Auch die Leser ihrer Bücher kommen, um die legendäre Frau zu ehren. Ebenfalls bleibt die Ehrenbürgerin von Rschew bei den Bewohnern jener Stadt unvergessen, zu deren Huldigung die Schriftstellerin ihr Pseudonym annahm. Zum 75. Jahrestag des Großen Sieges – am 9. Mai 2020 – kam eine Delegation der Bürger von Rschew (Schüler, Lehrer, Vertreter der Öffentlichkeit) nach Moskau, um Blumen und Kränze am Grab von Jelena Rschewskaja niederzulegen.

Übersetzung aus dem Russischen von
Irina Korotkina

Wie Serbien seine Juden verlor

Die serbischen Juden zählten zu den frühen Opfern der nationalsozialistischen Vernichtungspolitik. Wehrmacht und SS vollstreckten auch an ihnen, was bald darauf in nahezu ganz Europa folgen sollte.

Von Felix Lehmann

Der Todesstoß für das Königreich Jugoslawien und damit für die Juden des Landes erfolgte am 6. April 1941. Dem Mehrfrontenangriff der Achsenmächte, angeführt vom Deutschen Reich und mit Italien, Ungarn und Bulgarien im Schlepptau, konnte das Land gerade einmal zehn Tage lang standhalten. Belgrad fiel dem Bombenterror zum Opfer. Die „Operation Strafgericht“, angeordnet von Adolf Hitler persönlich, entfaltete ihre volle Wirkung: In fünf Angriffswellen bombardierten rund 500 bis 600 Sturzkampfbomber vom Typ „Junker“ und schwere Bomberflugzeuge die Metropole. Für die Wehrmacht war die Stadt am Zusammenfluss von Donau und Save ein leichtes Ziel. Wegen unzureichender Verteidigung, insbesondere fehlender Luftabwehr, war Belgrad zur offenen Stadt erklärt worden. Nach der Haager Landkriegsordnung galt die „Weiße Stadt“ damit als militärisch unberührbar. Hitler entschied sich dennoch für die Vergeltung.

Jugoslawien wäre beinahe ein Verbündeter Deutschlands geworden

Für das Dritte Reich war das Land zunächst gar nicht Ziel der Expansionsgelüste. Was also war geschehen? Noch am 25. März war das Königreich dem Dreimächtepakt beigetreten – dem ursprünglich als Achse Berlin-Rom-Tokio konzipierten Bündnis der faschistisch-militaristischen Mächte. Doch nur zwei Tage später putschte das jugoslawische Militär und ersetzte den willfährigen Prinzen Paul durch Peter II. in der Hoffnung, die Neutralität des Königreiches wahren zu können. Die Reaktion folgte prompt. Auf den gnadenlosen Angriff folgte am elften Tag, dem 17. April, die bedingungslose Kapitulation. Damit war auch das Schicksal der 82.500 Juden im Land besiegelt.

Wie in allen anderen von der Wehrmacht besetzten Ländern wurden auch die Juden Jugoslawiens Ziel der antisemitischen Repression. Unmittelbar auf den Beginn der deutschen Besatzung folgten Plünderungen und Beschlagnahmungen jüdischer Geschäfte. Widerstand erfuhr die Wehrmacht durch die Kommunistische Partei, aus dem Untergrund angeführt von Josip Broz Tito, der nach dem Zweiten Weltkrieg Staatschef des sozialistischen Jugoslawiens werden sollte.

Die Kommunisten begannen mit einer Serie von Partisanenangriffen auf Repräsentanten der serbischen Marionettenregierung, die von den Quislingen Milan Aćimović und Milan Nedić geführt wurde. Schon bald eroberten Titos Verbände Stadt für Stadt von der Wehrmacht zurück. Doch aus dem Rückspiegel der Geschichte betrachtet wirkte der serbische Aufstand von 1941 nur als Brandbeschleuniger für die Vernichtungspolitik der Besatzer.

Hitler holte zu einem zweiten Strafgericht gegen Jugoslawien aus. Er ernannte den Österreicher Franz Böhme zum kommandierenden General der Wehrmacht in Serbien und beauftragte ihn, die Ordnung wiederherzustellen, und zwar „auf weite Sicht im

Gesamtraum mit den schärfsten Mitteln.“ Böhme, der sich bereits in Polen, Frankreich und im Balkanfeldzug nationalsozialistische Meriten erworben hatte, gehorchte aufs Wort. Für jeden verwundeten deutschen Soldaten ordnete er die Erschießung von 50 Zivilisten an. Für jeden Getöteten sollten 100 Menschen sterben.

Vergeltungs-Politik

Die Vergeltung der Wehrmacht traf vor allem Kommunisten, nationalistisch oder demokratisch Gesinnte und insbesondere die Juden. Schätzungsweise 20.000 bis 30.000 Zivilisten fielen der Gewalt der Wehrmacht zum Opfer. Vier Monate, drei Wochen und einen Tag später war der Aufstand niedergeschlagen. Doch Hitlers Rachedurst war noch nicht gestillt, und mit Böhme konnte er sich auf einen Offizier verlassen, der seinen Auftrag mit Gründlichkeit und Brutalität ausführte. Unter dem Deckmantel der Partisanenbekämpfung wurden bis November 1941 fast alle männlichen Juden des Landes erschossen.

Doch damit sollte die Vernichtungsmaschinerie der Nazis erst richtig ins Rollen kommen. Ab Dezember schloss sich der Griff der Besatzer um die noch lebenden jüdischen Frauen und Kinder. Sie wurden deportiert und in das 1941 eröffnete Konzentrationslager Sajmište, oder „Judenlager Zemlin“ gebracht. Das Lager befand sich auf der gegenüberliegenden Seite der Savemündung, knapp einen Kilometer Luftlinie vom historischen Zentrum Belgrads entfernt.

Nur ein paar erhalten gebliebene Ge-



Eine Gedenktafel und ein vertrockneter Kranz erinnern an die 40.000 Insassen des ehemaligen Konzentrationslagers Sajmište. 10.000 von ihnen überlebten die Gräueltaten nicht.

bäude, halb verfallene Baracken und eine Gedenktafel erinnern an die Schrecken, die sich einst auf dem Areal zugetragen haben. Von einem Ort der Vernichtung ist Sajmište heute zu einem Ort der Zerstreuung geworden. Im Schatten des ehemaligen Wachturms bietet das Restaurant „Salz und Pfeffer“ der Belgrader Mittelschicht gehobene Balkanküche



Nur noch der Wachturm legt Zeugnis von den Schrecken ab, die einst in Sajmište geschahen

und ist heute ein beliebter Treffpunkt, um das Wochenende bei einem gutem Glas Wein und serbischen Pljeskavica ausklingen zu lassen.

Das Lager in Zemlin diente den Nazis als Versuchslabor für die Erprobung neuer Vernichtungsmethoden. SS-Führer Heinrich Himmler trieb die Sorge um, dass die Soldaten durch die Massenerschießungen an Juden unzumutbaren psychischen Belastungen ausgesetzt sein könnten. So befahl er im

Vergasungswagen

Der Belgrader SS-Gruppenführer Harald Turner berichtete am 11. April 1942 an den Stab Himmlers: „Schon vor Monaten habe ich alles an Juden im hiesigen Lande Greifbare erschießen und sämtliche Judenfrauen und -kinder in einem Lager konzentrieren lassen und zugleich mit Hilfe der SD einen Entlausungswagen angeschafft.“ Turner meinte damit einen Lastwagen, auf dessen Fahrgestell ein luftdicht abgeschlossener Kastenaufbau montiert war. Eine Aussparung gab es nur für einen Schlauch, durch den Auspuffgase eingeleitet wurden. Der Fahrer startet den Motor und lässt ihn etwa zehn Minuten im Leerlauf. In dieser Zeit entsteht so viel Kohlenmonoxid, dass die Menschen auf der Ladefläche ersticken. Währenddessen hört man, wie die Männer, Frauen und Kinder schreien, gegen die Fahrzeugwände trommeln und schließlich sterben. Die gnadenlose Effizienz der Nazis kannte auch hier keine Grenzen. Die Vergasungen fanden teilweise auf der Fahrt ins Krematorium statt. So konnte sich die Wehrmacht noch über den eingesparten Treibstoff freuen. Am Ziel angekommen mussten die Leichen dann nur noch in die Öfen entladen und eingäschert werden. Aus Sicht der Nazis sollten sich die neuen Mordmethoden als äußerst effektiv erweisen. Schon im Juni 1942 meldete SS-Standardführer Emanuel Schäfer voller Stolz an das Reichssicherheitshauptamt: „Serbien ist judenfrei.“

Die Geschichte hält bekanntlich viele Lehren bereit. Vor allem für die deutschen Autobauer, die sich gerne klima-, gender-, diversity- und geschichtsbewusst geben. Im Jahr 2014 unternahm BMW, Daimler und Volkswagen ein Experiment, um die angebliche Unbedenklichkeit ihrer Verbrennungsmotoren nachzuweisen. In einem amerikanischen Labor ließen sie zehn Javaner-Affen in eine luftdichte Kammer setzen. Anschließend strömten Autoabgase ein.

1921: Die Pogrome in Yaffo

Vor 100 Jahren verübten die Araber das blutigste Massaker an den Juden seit der Entstehung des neuen Jischuv in Eretz Israel

Von Avshalom Kalu

Noch lange bevor man mit „Palästinenser“ Araber bezeichnete (statt wie vorher Juden), ereignete sich ein Massaker, mit dem eine lange blutige Reihe des arabischen Terrors gegen die jüdische Bevölkerung von Eretz Israel einsetzte. Es hatte bereits früher Angriffe gegeben, aber dies war das erste Mal, dass die Juden einer solch breit angelegten und mörderischen „Aktion“ ausgesetzt waren.

Es geschah am 4. April 1920 in Jerusalem und ist unter dem Begriff „Nabi-Musa-Unruhen“ in die Geschichte eingegangen. Während der moslemischen Feierlichkeiten zu Ehren des Propheten Musa drang in das jüdische Viertel von Jerusalem der Mob ein, angestiftet durch den künftigen Mitstreiter Hitlers und späteren Großmufti, Amin al-Hussejni; es kam zum Pogrom.

Britische Truppen zogen es zunächst vor, sich nicht einzumischen. So mussten jüdische Selbstverteidigungskräfte eingreifen; dennoch gab es auf jüdischer Seite vier Tote, und fast 200 Juden wurden verwundet. Es gab Plünderungen von Privathäusern, mehrere Synagogen gingen in Flammen auf. Bis zum 7. April folgten Pogrome gegen Juden in Metula und in den Kibbutzim Degania Bet, Menahemjia und Ajelet-a-Schahar.

Interessanterweise verurteilten die britischen Behörden den Zionisten Zeev Jabotinsky – wie es hieß, für die Aufwiegelung – zu einer Gefängnisstrafe (al-Hussejni konnte noch vor der Verhandlung aus dem Land fliehen und so seiner Strafe entkommen; als er später nach Jerusalem zurückkam, wurde er begnadigt, - Anm. d. Übers.)

Dieser Artikel hat jedoch zum Ziel, nicht über den ersten großen Pogrom zu berichten, vielmehr ist er dem 100. Jahrestag des zweiten Pogroms vom 1. Mai 1921 gewidmet, der noch blutiger und brutaler verlief.

Tote im Wohnheim für Neueinwanderer

Ein Wohnheim für Olim, die Neueinwanderer, in Yaffo, das im Besitz der zionistischen Organisation war, wurde vom aufgebrachten arabischen Mob angegriffen. Zu dieser Zeit befanden sich in dem Heim um die hundert Menschen. Vergeblich versuchten sie das Tor zu verbarrikadieren; sie wurden jedoch überwältigt, es flogen Steine, folgten Explosionen, fielen Schüsse. Die Angreifer waren mit Knüppeln, Messern und Schwertern bewaffnet. Jüdische Bewohner versteckten sich in mehreren Zimmern. Mit Ankunft der Polizei beruhigte sich die Lage jedoch nicht, im Gegenteil. Anstatt sich gegen die Angreifer zu wenden, verschafften die Polizisten sich Zutritt zum Gebäude und attackierten dort die Bewohner: Ein Repatriant wurde von der Polizei im Innenhof aus nächster Nähe erschossen, viele andere wurden erstochen und mit Knüppeln der arabischen Angreifer erschlagen. Fünf Frauen versuchten sich vor den Schüssen eines der Polizisten zu retten; drei konnten fliehen, die übrigen zwei wurden in eine Ecke gedrängt und beinahe vergewaltigt, konnten jedoch entkommen. Einigen Männern und einem 14-jährigen Mädchen gelang es zunächst, das



Massengrab für jüdische Opfer der Unruhen von Jaffa auf dem Trumpeldor-Friedhof Tel-Aviv (2011)

Gebäude zu verlassen; jedoch holte man sie ein und erschlug sie mit Eisenstangen. Bei diesem Angriff auf das Wohnheim wurden insgesamt 14 Menschen ermordet.

Bald erreichte die Gewalt den Ort Abu-Kabir. Die jüdische Familie Jizker besaß dort eine Milchfarm, wo sie Zimmer vermietete. Einer der Gäste war der Dichter Josef Chaim Brenner, der zu den Pionieren der modernen jüdischen Literatur gehört. Während der Unruhen wurden er und die Yizkers gewarnt. Am 2. Mai 1921 weigerten sie sich dennoch die Farm zu verlassen und wurden ermordet, und mit ihnen alle Bewohner der Farm, die sich zu der Zeit dort aufhielten.

Wie auch bei den Nabi-Musa-Unruhen ein Jahr zuvor zerstörte und plünderte die Meute alles auf ihrem Weg; es kam zu Vergewaltigungen, mehrere Zeugen erkannten in den Mördern ihre Nachbarn. Später erinnerten sich alle Zeugen, dass viele arabische Polizisten an den Pogromen teilnahmen.

Es gab aber auch Fälle, wo Araber Juden schützten und sie bei sich versteckten.

Der Hohe Kommissar des britischen Mandats für Palästina, Herbert Samuel, rief den Ausnahmezustand aus, führte Zensur ein und bat außerdem Ägypten um Unterstützung. General Allenby schickte zwei Zerstörer nach Yaffo und einen weiteren nach Haifa. Samuel initiierte ein Treffen mit den arabischen Vertretern und versuchte, die erregten Gemüter zu beruhigen. Der Bürgermeister von Jerusalem, Musa Kazim al-Hussejni, musste seinen Posten wegen seiner Beteiligung an den Unruhen von 1920 räumen. Gleichzeitig forderte er, die Alija (Hebr. עלייה, zu deutsch „Aufstieg“. Der Begriff stammt aus der Bibel und steht seit der Zeit des babylonischen Exils für die Rückkehr der Juden ins Land Israel, - Anm. d. Übers.) zu unterbrechen und erhielt dazu die Zusage Samuels. Zwei oder drei Boote mit etwa 300 jüdischen Flüchtlingen bekamen demzufolge keine Erlaubnis, anzulanden, und wurden gezwungen, nach Istanbul zurückzukehren.

Britische Bomben gegen Araber

Herbert Samuel ernannte außerdem Amin al-Hussejni, den Neffen von Musa Kazim al-Hussejni, zum Großmufti von Jerusalem. Diese Maßnahme wurde später vielfach kritisiert.



Josef Chaim Brenner

Die Unruhen dauerten an und erreichten nach wenigen Tagen die Städte Rechowot, Kfar-Saba, Petah-Tikwa und Chadera. Britische Behörden, endlich entschlossen, die Pogrome zu stoppen, schickten ein Flugzeug, das Bomben abwarf, um so die jüdischen Siedlungen vor den arabischen Krawallmachern zu schützen.

Dieser Aufstand führte zum Tod von 47 Juden und 48 Arabern; 146 Juden und 73 Araber waren verwundet. Die meisten arabischen Opfer gab es bei den Zusammenstößen mit britischen Truppen bei deren Versuchen, die Ordnung wiederherzustellen. Tausende jüdischer Bewohner Yaffos flohen nach Tel Aviv und wurden am Meeresufer in Zelten untergebracht.

Tel Aviv strebte bereits vorher nach einem unabhängigen Status und konnte ihn zum Teil dank dieser Unruhen erlangen. Allerdings war die

Stadt immer noch von den Lebensmittel-Lieferungen aus Yaffo abhängig, auch existierten enge Verbindungen im Bereich der Dienstleistungen, und eine Vielzahl der Bewohner der neuen Stadt arbeitete in Yaffo.

Die Opfer wurden auf dem Trumpeldor-Friedhof in Tel Aviv beigesetzt. Die Zeitung HaZfira berichtete, dass alle Feierlichkeiten anlässlich des 1. Mai verschoben und die Schulen für vier Tage geschlossen wurden. Am 3. Mai kamen die Zeitungen mit einem schwarzen Rahmen heraus.

Als drei Juden (einer davon Polizist) für ihre Beteiligung an dem Mord an Arabern verurteilt wurden, folgte internationaler Protest. Obwohl das Höchste Gericht ihre Taten als Notwehr einstufte, zeigte dieser Vorfall doch, dass zwischen der jüdischen Gemeinde und den britischen Behörden eine Vertrauenskrise herrschte.

Wegen der Ermordung von Josef Chaim Brenner kamen drei Araber vor Gericht; sie wurden freigesprochen, da man die Indizien nicht ausreichend fand.

Wenn heute von Arabern und ihren Fürsprechern behauptet wird, der Terror gegen die Juden sei die Antwort auf die Besetzung „palästinensischer“ Gebiete, ist dies eine doppelte, ja dreifache Lüge. Zum einen, weil Juden schon lange bevor der Staat Israel existierte und die IDF ihre Siege feierte, mit Terror „begrüßt“ worden waren. Zum anderen ist es nicht möglich, Land einzunehmen, das keinem anderen Staat gehört, und außerdem ist es absurd, Juden „die Besatzer“ von Judäa zu nennen... Und last but not least: Bekannterweise kam der Begriff des sogenannten „palästinensischen Volkes“ im heutigen allgemeinen Verständnis erst seit den 1960er Jahren auf, während man zu den Zeiten der türkischen und britischen Herrschaft eher die Juden als „Palästinenser“ bezeichnete.

Übersetzung aus dem Russischen von Irina Korotkina

Der 8. Mai – Geschichte eines Tages

Zum Buch des Osteuropa-Historikers Alexander Rahr, der Erlebnisse aller Seiten an dem historischen Tag zusammenfasst.

Von Filip Gaspar

Alexander Rahr hat 2020 zum 75. Jahrestag des Endes des Zweiten Weltkrieges das Buch „Der 8. Mai: Geschichte eines Tages“ veröffentlicht. Bei dem Buch handelt es sich jedoch nicht um eine Analyse des Kriegsendes, sondern Rahr hat Augenzeugenberichte zusammengestellt.

Hierfür hat er Aufzeichnungen und Memoiren der mittlerweile verstorbenen Zeitzeugen gesichtet und aufbereitet. Die emotionsgeladenen, doch nicht anklagenden Berichte, vermitteln dem Leser einen unverfälschten Blick auf den 8. Mai 1945. Rahr lässt die Zustände im zerbombten Berlin sowohl aus der Sicht von den in die Stadt vorrückenden sowjetischen Soldaten als auch von der leidenden deutschen Bevölkerung beschreiben. Als nächstes geht es nach Moskau auf den Roten Platz, wo zur Feier der bedingungslosen Kapitulation Deutschlands ein Volksfest, am 9. Mai 1945 gefeiert wurde. Hier sei angemerkt, dass Deutschland die bedingungslose Kapitulation unterzeichnete, als es in Moskau bereits der 9. Mai war.

Der Leser bekommt verschiedene Orte und Protagonisten aus ganz unterschiedlichsten sozialen Schichten und militärischen Rängen aufgezeigt. Da wären der desillusionierte deutsche Feldmarschall Keitel, der die bedingungslose Kapitulation in Berlin-Karlshorst unterzeichnen durfte. Mehr Grund bzw. gleich doppelten zum Feiern, hatte der amerikanische Präsident Harry S. Truman, dessen Geburtstag auf den 8. Mai fällt. Darüber hinaus gibt es noch viele

andere, mal kürzere und mal längere Geschichten. Zum Beispiel die einer jüdischen Rotarmistin, der die Zähne von Hitler in einem Schmuckkästchen überreicht werden. Da es sich um „das unwiderlegbare Beweisstück vom Tod Hitlers“ handelte, musste sie mit ihrem Leben für die Zähne haften. Oder die Geschichte einer jungen Berliner, die von den Sowjets beauftragt wird aus alten Stoffetzen eine amerikanische Flagge für die anstehende Siegesfeier zu schneiden und das alles innerhalb einer Nacht.

Dann ist da die Geschichte des in Erfurt geborenen Juden Moritz Mebel, der 1932 zusammen mit seiner Mutter in die Sowjetunion emigriert war, dort ein Medizinstudium aufnahm und sich beim Angriff der Wehrmacht auf die Sowjetunion freiwillig für die Rote Armee meldete. Seine Erzählung erstreckte sich weiter als bloß bis zum 8. Mai und er berichtet auch von seiner Tätigkeit in Nachkriegsdeutschland.

Das Buch enthält eine große Bandbreite der Gefühle: von Trauer, Wut, Angst aber auch vom unermesslichen Glück bei Kriegsende, gepaart mit Hoffnung, dass sich so etwas niemals wiederholen möge. Die literarische Qualität der einzelnen Erzählungen schwankt,



thentizität verliehen wird. Über weite Strecken des Buches ist ihnen das auch gelungen. Eine politische Deutung des 8. Mai 1945 wird nicht angestrebt. Es ist nicht Rahrs Intention einen Diskurs über die Frage, wer Sieger und wer Besiegter ist, zu führen. Weiterhin warnt er vor dem Versuch, Geschichte als Waffe zu verwenden. Ebenso rät er von weitverbreiteten westlichen Deutungsmustern ab. Vergebens wird man im Buch nach dem „Befreier“ aus Amerika und den „Unterdrücker“ aus Russland suchen. Vielmehr wollen die Herausgeber über ein kollektives Erinnern aller beteiligten Seiten die Möglichkeit zur Annäherung schaffen.

Wie man stetig auseinanderdriftende Geschichtsnarrative zurück zu einer gemeinsamen Basis führen kann, ist eine essenzielle Frage von Rahr. Er beendet sein Schlusswort mit den hoffnungsvollen Worten: „Vielleicht hilft diese Reflexion über den 8. Mai 1945, die Konfrontation zu glätten.“ Man kann es sich nur wünschen.

Alexander Rahr, Wladimir Sergijenko: „Der 8. Mai: Geschichte eines Tages“. Das Neue Berlin, Berlin 2020, 221 S., 22 €

was den Herausgebern bewusst ist. Ihre Intention war, dass „durch Unmittelbarkeit, durch Glaubwürdigkeit, überraschende Perspektiven und immer durch Fokussierung auf diesen Tag“ den Erlebnisberichte Au-

JUDISCHE RUNDSCHAU

Unabhängige Monatszeitung

Herausgeber: J. B. O. Jewish Berlin Online GmbH

Verlag: J. B. O. Jewish Berlin Online GmbH, Dahlmannstr. 23, 10629 Berlin

Für die Postsendungen: Postfach 12 08 41, 10598 Berlin

Tel. (Redaktion): (030) 54 71 02 51, (Aboverwaltung) Fax: (030) 23 32 88 60

E-Mail: redaktion@juedische-rundschau.de • www.juedische-rundschau.de

Redaktion: Simon Akstinat (V.i.S.d.P.) • Administration: Michail Goldberg • Layout: Maria Pokrovskij

Kontaktmöglichkeiten

• per Post: J. B. O. GmbH, Postfach 120841, 10598 Berlin • per Mail: redaktion@juedische-rundschau.de

• per Telefon: (030) 54 71 02 51 (Redaktion) • per Fax: (030) 23 32 88 60 (Aboverwaltung)

• per Website: www.juedische-rundschau.de

Werbearbeitung: Tel.: (030) 54 71 02 51

E-Mail: werbung@juedische-rundschau.de

Druck: Presse Druck Potsdam GmbH, Friedrich-Engels-Str. 24, 14473 Potsdam

Die Zeitung erscheint monatlich. Abonnementpreis: frei Haus jährlich 39€, ermäßigt 32€ einschließlich 7% MwSt.

Alle in dieser Zeitung veröffentlichten Beiträge unterliegen dem Urheberrecht. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben

nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wider. Der Verlag haftet nicht für die Richtigkeit der mitgeteilten Angaben

und für die Werbung. Für unaufgeforderte Manuskripte oder Fotos wird keine Haftung übernommen. Nachdruck nur mit

ausdrücklicher Genehmigung der Redaktion. Für fernmündlich und handschriftlich erteilte Anzeigenaufträge übernimmt der

Verlag keine Haftung.

© Copyright AFP Agence France-Presse GmbH – Das mit dem Kürzel «AFP» gekennzeichnete Bildmaterial dieser Seiten ist

urheberrechtlich geschützt und ausschließlich für die persönliche Information bestimmt. Jede weitergehende Verwendung,

insbesondere die Speicherung in Datenbanken, Veröffentlichung, Vervielfältigung und jede Form der gewerblichen Nutzung

sowie die Weitergabe an Dritte – auch in Teilen oder in überarbeiteter Form – ohne explizite Zustimmung der AFP GmbH ist

untersagt.

J. B. O., Postfach 12 08 41,
10598 Berlin



(030) 54 71 02 51 (Redaktion, auch Anrufbeantworter)
(030) 54 71 02 50 (Aboverwaltung, auch Anrufbeantworter)



redaktion@juedische-rundschau.de



(030) 23 32 88 60



www.juedische-rundschau.de



www.facebook.com/jrundschau



@jrundschau



Unsere Kontaktadressen

COUPON ABO- BESTELLUNG

Hiermit bestelle ich zum nächstmöglichen Termin die Monatszeitung

«Jüdische Rundschau» im Abonnement zum Preis (in Deutschland) von

39 € für ein Jahr (Preis gilt für Deutschland, in anderen EU-Ländern
und Schweiz - 58 €, in Israel zum Preis von 82 €)

49 € für ein Jahr in einem Umschlag (Preis gilt für Deutschland)

73 € für zwei Jahre (Preis gilt für Deutschland)

32 € für ein Jahr als Student (nur in Deutschland, mit Nachweis).

Name, Vorname _____

Strasse, Hausnummer _____

PLZ _____ Wohnort _____

Geburtsdatum _____

Telefon: _____

E-Mail: _____

Ich bin damit einverstanden, dass mein Abonnement sich um ein weiteres Jahr verlängert, wenn ich es nicht spätestens sechs Wochen von dem Ende schriftlich kündige. Mir ist bekannt, dass ich innerhalb von 14 Tagen meine Bestellung widerrufen kann.

Datum _____

Unterschrift

Ich zahle gegen Rechnung:

Ich bin damit einverstanden, dass meine Daten für interne Verlagszwecke gespeichert und verarbeitet werden sowie dafür benutzt werden, um mich über die Neuigkeiten des Verlags zu informieren. Dieses Einverständnis kann jederzeit schriftlich widerrufen werden.

Jeder neuer Abonnent der Zeitung «Jüdische Rundschau» erhält einen Rabatt vom TuS-Reisebüro im Wert von 50 Euro, der bei Buchung einer Reise nach Israel verrechnet werden.

Füllen Sie bitte den Abo-Coupon aus, schneiden Sie ihn aus und schicken ihn uns per Post (J. B. O., Postfach 120841, 10598 Berlin), per Fax (030/23328860) oder als Scan

per E-Mail an: redaktion@juedische-rundschau.de. Sie können die Zeitung auch auf unserer Website www.juedische-rundschau.de abonnieren.

Der Sieg des Geistes

Über die bewegenden Tagebücher der niederländischen Jüdin Etty Hillesum, die im Alter von 29 Jahren im Vernichtungslager Auschwitz ermordet wurde. Sie hinterlässt einzigartig hoffnungsvolle Gedanken voll jüdischer Spiritualität.

Von Anat Schneider

Etty Hillesum war eine niederländische Jüdin, die im Alter von 29 Jahren im Vernichtungslager Auschwitz im Holocaust umkam. Während des Krieges schrieb sie Tagebücher, die vergraben wurden, um erst 40 Jahre später wieder ausgegraben zu werden. Sie sind in allen möglichen Sprachen veröffentlicht worden. In ihren Tagebüchern gibt Etty die Erkenntnisse einer jungen Frau in einem Vernichtungslager wieder. Sie weiß, wohin sie gehen wird. Sie weiß, dass sie bald dem Tod begegnen wird. Und doch bewahrt sie sich ein gewisses Glück und ist dankbar. Sie hat keine Angst, sie hat aufgegeben, Angst zu haben. Der Titel des Buches ist „Der Himmel in mir“.

Die Tagebücher erzählen von den schrecklichen Tagen des Krieges und von ihrem spirituellen Weg, der so erhaben und bedeutsam ist und Etty in den schrecklichen Tagen des Krieges begleitet.

Etty studierte Psychologie und war mit dem deutschen Psychologen Julius Shapir befreundet, der einer der Schüler von Karl Jung war. In ihren Aufzeichnungen kann man die Einflüsse Jungs auf ihre Stimmung und ihre Denkweise deutlich spüren. Die Tagebuchaufzeichnungen faszinieren durch ihre innere Aufrichtigkeit und die emotionalen Umbrüche, die sie durchlebt, sowohl wegen ihrer Liebe und Anziehung zu Julius als auch wegen der Kriegslage. Das Erstaunliche an dem Tagebuch ist, dass Etty, als sich die Situation der Juden verschlimmert und der Weg in die Freiheit immer enger wird und das Ende näher rückt, in ihrer Seele existenzielle Freude und die Fähigkeit findet, das Beste aus dem Moment zu



Etty Hillesum, 1939

findet, das Beste aus dem Moment zu

machen. Selbst an den schwierigsten Stellen, als sie der Auslöschung, dem

schweren und brutalen Leiden, der Grausamkeit des Verlustes, den Abgründen der Unmenschlichkeit gegenüberstand. Genau dort ist ihr großer Glaube entsprungen.

Das Leid ist überall, ob im Privaten, ob für ein Volk wie Israel oder als kollektive und globale Tragödie auf der ganzen Welt. Es hört nie auf. Ettys Worte sind zu einer Inspiration für die ganze Welt geworden. Sie verdeutlichen, dass wir trotz der Schwierigkeiten, des Leids und der Verzweiflung immer eine ruhige Ecke im Leben finden können. Durch ihre Tagebücher verbinden wir uns mit dem Guten, das immer existiert. Durch ihre Tagebücher verstehen wir, dass es kein vergebliches Leid gibt, sondern es zum Zweck des Wachstums und der Entwicklung besteht.

Ich stehe staunend vor ihren Schriften und erkenne, wie unbedeutend ich bin angesichts ihrer wunderbaren und unkonventionellen Fähigkeit, im Schatten von Schmerz und Angst zu leben, sich mit dem täglichen Überleben zu befassen und dennoch in der Lage zu sein, solch erhabene Einsichten zu gebären.

Etty Hillesums Worte unterstreichen die spirituelle Fähigkeit des Menschen und das unendliche Bedürfnis nach der Transzendenz des Geistes über die Materie.

Hier ist eines der schönsten Zitate aus ihrem Tagebuch.

„Ich habe viel Glauben und bin dankbar, dass das Leben so schön ist, deshalb ist dies ein historischer Moment: nicht weil ich bald zur Gestapo muss, sondern weil mir das Leben noch schön erscheint.“

Das ist der Sieg des Geistes.

Die Juden Arabiens und die Schaffung des Islam (Teil 1)

Das Judentum existierte auf dem Gebiet des heutigen Saudi-Arabien, auch in Mekka und in Medina, viel länger als der erst im 7. Jahrhundert n.d.Z. entstandene Islam. Ein Blick auf die Geschichte dieser frühen jüdischen Gemeinden.

Von Yoni Israel (Israel Heute)

Die westliche Welt informiert sich über den Islam meist aus westlichen Quellen, aber auch durch moslemische Propagandisten. Dabei wäre es von Vorteil, direkt von den Moslems zu lernen, was sie glauben. Hinzu kommt, dass die westliche Welt, insbesondere die jüdische Welt, wenig oder überhaupt nichts über die jüdische Gemeinde weiß, die einst vor dem Aufkommen des Islam in Hejaz – einer Region im Westen des heutigen Saudi-Arabiens – blühte.

Die jüdische Gemeinde in Hejaz konnte ihre Geschichte bis zur Zerstörung des Ersten Tempels im Jahre 586 v.d.Z. zurückverfolgen. Zur Zeit Mohammeds existierten drei wichtige jüdische Stämme in Hejaz: Banu Qaynuqa und Banu Najjar in und um Medina, und um die Stadt Najran. Die Juden, wie wir sehen werden, hatten den meisten und tiefgründigsten Einfluss auf den Islam. Das Ignorieren der Juden in der Geschichte des Islam kann dazu

führen, dass man diese Religion vollständig verkennt.

Bevor wir in die Materie eintauchen, einige Worte über mich. Ich spreche fließend Arabisch. Ich lebte jahrelang unter den „Palästinensern“, wurde praktisch einer von ihnen. Ich kenne die arabische Kultur und Mentalität in- und auswendig. Ich spreche arabische Dialekte so gut, dass ich ohne Probleme in Hebron, Gaza, Damaskus oder Amman mit der lokalen Bevölkerung verschmelzen könnte. Ich las ihre heiligen Schriften, hörte ihren geachtetsten Lehrern zu, sprach unzählige Stunden mit Imamen, Scheichs, moslemischen Politikern und Gemeindeleitern. Mein Hintergrund, von dem hier nur sehr wenig erzählt werden kann, erlaubt mir, Ihnen Informationen zugänglich zu machen, die Sie sonst nirgendwo finden.

Mohammed wurde 570 n.d.Z. als ein Mitglied des Quraysh-Stammes geboren. Als er 40 Jahre alt war, begann er, Visionen zu sehen. Bis 622 n.d.Z. hatte er nur eine kleine Jüngerschaft, bis zur

Konversion des einflussreichen Umar ibn Al-Khattab, der später der zweite Kalif wurde. Als Gouverneur von Medina entwarf Mohammed im Jahr 623 eine Konstitution, die rivalisierende Clans einte. Seit Generationen waren die Rivalitäten der Clans von Juden genutzt worden, um flexible Allianzen mit verschiedenen Stämmen zu formen. In Kurzsichtigkeit unterzeichneten die Juden die bahnbrechende Konstitution von Medina. Durch eine raffinierte Interpretation dieses Abkommens gelang es Mohammed, der jüdischen Gemeinde sozusagen den Teppich unter den Füßen wegzuziehen. Mit Unterzeichnung des Abkommens war ihr Untergang besiegelt.

626: Das erste islamische Massaker an Juden

Weil die Juden sich weigerten, den Islam anzunehmen, schickte Mohammed im Jahr 624 den jüdischen Qaynuqa-Stamm ins Exil, möglicherweise nach Syrien. Ein Jahr später, nachdem

er ihr Eigentum konfisziert hatte, vertrieb er auch den jüdischen Stamm der Najjar aus der Khaybar-Oase. 626, nachdem er auch deren Eigentum konfisziert hatte, massakrierte Mohammed den jüdischen Stamm der Qurayza. 628 massakrierte er die Juden von Khaybar. Der Überrest der Juden wurde gezwungen, jährlich die Jizyah-Kopfsteuer zu zahlen. Sie wird Nichtmoslems auferlegt, die unter islamischer Herrschaft leben. So vernichtete Mohammed innerhalb von sechs Jahren die reiche und einflussreiche jüdische Gemeinde von Arabien, die sich nach der Tempelzerstörung von 586 v.d.Z. in der Hejaz-Region etabliert hatte. Die Plünderung der jüdischen Stämme verschaffte Mohammed die notwendigen Mittel, um seine Bewegung zu gründen. Im Jahr 630 eroberte er Mekka, zwei Jahre später starb er, angeblich in Folge eines Vergiftungsversuchs durch seine jüdische Frau.

Dieser Artikel erschien erstmals im August 2017

Gute Zeit für unser Judentum

Welches Ereignis am Schawuot tatsächlich gefeiert wird

Von Rabbiner Elischa Portnoy

Alle jüdischen Feiertage haben eigene „verrückte“ Elemente des Feierns: stundenlange Sedorim am Pessach ohne Essen, zahlreiche Gebete an Hohen Feiertagen, das Sitzen in den Laubhütten am Sukkot, auch wenn das Wetter nicht mitspielt, uferloser Alkohol-Konsum am Purim. Jedoch haben alle diese komischen Gesetze und Bräuche ihre Logik und wir können leicht nachvollziehen, warum ausgerechnet dieses oder jenes gemacht werden soll.

Es gibt jedoch zwei jüdische Feiertage im Jahr, wo man ganz genau hinschauen muss, um die Logik des Feierns überhaupt zu finden. Einmal ist es Schmini Atzeret, der gleich nach Sukkot gefeiert wird und wo nur Insider verstehen, was genau es da zu feiern gibt. Und der zweite Feiertag ist überraschenderweise das Schawuot-Fest.

Viele würden an dieser Stelle einwenden, dass das beim Schawuot eben ist nicht der Fall sei, und wir genau wüssten, was am Schawuot gefeiert wird – nämlich den Empfang der Tora, was ja auch eindeutig in den Gebetsbüchern steht. Wenn wir aber die Fakten über dieses Fest genau betrachten, stellen wir mit Staunen fest, dass das nicht ganz richtig ist. Erstens, wurde die Tora dem jüdischen Volk am Berg Sinai nicht am 6. Siwan übergeben (wie es heutzutage gefeiert wird), sondern einen Tag später, am 7. Siwan. Der Grund dafür ist, dass Mosche Rabejnu noch einen Tag für die Vorbereitung von sich selbst hinzugefügt hat. Außerdem wurden die Zehn Gebote auf den steinernen Tafeln, die das Volk an diesem Tag erhalten hatte, nur vierzig Tage danach zerschmettert, weil die Juden mit dem Goldenem Kalb gesündigt haben. Die neuen Tafeln mit den Zehn Geboten wurden 80 Tage später am Jom Kippur übergeben. Deshalb sollte eigentlich Jom Kippur als Tag der Tora-Übergabe gefeiert werden. Und zu allem Überfluss gibt es in der Tora keine Verbindung vom Schawuot-Fest zum Fest des Tora-Empfangs! Überall, wo Schawuot in der Tora erwähnt ist, wird entweder über die Ernte oder über die Opferungen an diesem Tag gesprochen.

Keine besonderen Gebote

Ein weiteres merkwürdiges Detail dieses Festes ist, dass es am Schawuot keine spezifischen Gebote gibt. Wir müssen weder Matza noch bittere Kräuter essen wie zu Pessach, wir müssen nicht in den Schofar blasen wie am Rosch Haschana, wir müssen nicht fasten wie am Jom Kippur, und wir müssen auch nicht in den Laubhütten sitzen, wie es am Sukkot-Fest gemacht wird. Alles, was wir am Schawuot laut der Tora machen müssen, ist, uns von der Arbeit fernzuhalten und uns zu freuen. Und als noch der Tempel stand, mussten alle Männer nach Jerusalem pilgern und dort bestimmte Opfer darbringen. Alles, was an diesem Fest heutzutage gemacht wird (Käsekuchen, Blumen in den Synagogen, Lernnacht usw.), sind Bräuche, die erst mit der Zeit entstanden sind.

Deshalb kommen wir wieder zu der Frage, was genau wir eigentlich jedes Jahr am 6. Siwan feiern. Dabei muss man auch klar vor Augen haben, dass dieser Feiertag kein Volksfest (wie Lag baOmer) ist, sondern eines der drei wichtigsten Pilgerfeste der Tora.

Um die Bedeutung dieses Tages zu verstehen, müssen wir mehrere Stellen in der Tora betrachten, wo Hinweise auf die Wichtigkeit von Schawuot „versteckt“ sind.

Ganz am Anfang (bei der Schöpfungsgeschichte) wird erzählt, dass am 6. Tag



„Schawuot“ von Moritz Daniel Oppenheim (1880)

der Schöpfung die Menschen erschaffen wurden. Wie auch am Ende jedes Schöpfungstages steht, dass G'tt damit zufrieden war: „Und Gott sah alles, was Er gemacht, und siehe, es war sehr gut. Und es wurde Abend und wurde Morgen: der sechste Tag“. Jedoch, im Gegensatz zu den vorherigen fünf Tagen, gibt es diesmal ein kleiner Unterschied, der in der Übersetzung sehr schwer wiederzugeben ist. Während an den Tagen eins bis fünf, die Tageszahl ohne Artikel angegeben wird (Jom Scheeni, Jom Schlischi usw.), steht an diesem 6. Tag die Tageszahl mit dem bestimmten Artikel (haSchischi) da, also „DER sechste Tag“. Das ist, wie alles in der Tora, kein Zufall und unsere Weisen erklären gemäß der Überlieferung, worauf dieser bestimmte Artikel hinweist: „G'tt hat zu dem Worte bei der Vollendung des Schöpfungswerkes ein ‚hej‘ hinzugefügt, um zu sagen, dass Er für sie zur Bedingung machte, dass Jisrael die fünf Bücher der Thora auf sich nehme“. Eine weitere Erklärung finden wir im talmudischen Traktat Schabbat (88a): „der 6. Tag“ – alles blieb in der Schwebe bis zum sechsten Tag, das ist der sechste Siwan, der zur Gesetzgebung bestimmt war.

Das Universum zu nichts aufgelöst

Aus diesen beiden Erklärungen ist ersichtlich, dass der 6. Siwan schon bei der Schöpfung „eingepflanzt“ wurde, um an diesem Tag die Tora zu übergeben. Mehr noch: die ganze Schöpfung war davon abhängig, ob die G'ttliche Tora von einem Volk akzeptiert wird! Sonst hätte sich, wie es unsere Weisen betonen, das ganze Universum in nichts aufgelöst.

Eine weitere spannende Quelle finden wir auch am Ende der Tora. Im letztem Wochenabschnitt „Wezot haBeracha“ verteilt Mosche Rabejnu vor seinem Ableben Segen an alle Stämme. Doch kurz davor erwähnt er den Empfang der Tora des jüdischen Volkes als ihr Verdienst. Dabei erwähnt Mosche auch weitere Details bei diesem Ereignis (Dwarim 33:2): „Hasschem kam von Sinai und ging ihnen auf

von Se'ir, strahlte vom Berge Paran, und fuhr einher aus Myriaden des Heiligtums, zu seiner Rechten Feuer des Gesetzes ihnen“. Auch hier wissen unsere Weisen ganz genau, was in diesem Zusammenhang die merkwürdigen Worte „ging ihnen auf von Se'ir, strahlte vom Berge Paran“ bedeuten. „Und strahlte ihnen auf vom Seir“ – Er begann mit den Söhnen Esaws, sie sollten die Tora annehmen, aber sie wollten nicht. „Er leuchtete vom Berge Paran“ – Er war dort hingegangen und hatte mit den Söhnen Jischmaels begonnen, sie sollten die Lehre annehmen; aber auch sie wollten nicht. Das bedeutet, dass G'tt Seine Tora zuerst mehreren Völkern vorgeschlagen hat, jedoch war kein Volk dafür bereit. Außer den Juden, die die Tora sofort und bedingungslos angenommen haben. Mehr noch: die Juden fragten nicht mal, was dort drinsteht, sondern sagten „naase venischma“ – „wir werden machen (Gebote erfüllen) und erst dann hören“ (lernen, welche Bedeutung diese Gebote haben).

Die Erwählten

Es ging bei diesem Ereignis nicht nur um den Tora-Besitz, sondern auch darum, welches Volk außerwählt wird und zum Volk G'ttes wird. Man kann diese Idee gut mit einem Gleichnis verstehen: bei der Hochzeit wirft die Braut einen schweren und großen Blumenstrauß und keine der Frauen, die noch Singles sind, ist bereit, diesen schweren und großen Strauß zu fangen. Nur eine junge Frau macht sich die Mühe und fängt diesen Strauß. Ein paar Minuten später kommt ein schöner und reicher Prinz auf einem weißen Pferd und erklärt, dass diejenige, die diesen Strauß besitzt, zu seiner Prinzessin wird. Alle Frauen, die herumstehen, verstehen sofort, welche unglaubliche Möglichkeit, welche Chance ihres Lebens sie verpasst haben, und beginnen die glückliche Frau zu beneiden und zu hassen. Genau das passierte dem jüdischen Volk, und das ist eigentlich die Quelle des Antisemitismus, wie es unsere Weisen bemerken. „Auch

wenn der Mensch nicht sieht, sein Mazal sieht“ sagen unsere Weisen im Talmud, über die spirituelle Ereignisse, die mit unseren materiellen Augen nicht sichtbar sind. Laut der Überlieferung, haben alle Völker ihren Engel. Dank diesem Engel „fühlen“ Völker, was sie verpasst haben, und hassen deswegen das jüdische Volk für die G'ttliche Tora, die sie für immer verpasst haben.

Jetzt verstehen wir, was an jenem Tag tatsächlich passiert war: das jüdische Volk hat in einer Minute das Unglaubliche erreicht: es wurde zum außerwählten Volk, das immer und ewig bestehen wird.

Jedoch muss man beim ganzen Feiern und bei der ganzen Begeisterung dieses „Auserwähltsein“ auch richtig verstehen. Das ist keine Auszeichnung für Schönheit, kein Orden für Heldentaten und kein Pokal. Das ist vor allem eine große Verantwortung, um G'tt in dieser Welt würdig zu repräsentieren. Unsere Aufgabe in dieser Welt sind nicht große Entdeckungen, große literarische Werke und zahlreiche Nobelpreise, sondern das Tora-Lernen und das Erfüllen der 613 Gebote der Tora. Nur wenn das jüdische Volk die Heiligkeit in diese Welt bringt, wird diese Welt besser und lebenswerter. Mit der Tora und mit großem intellektuellem Potenzial hat jüdisches Volk die Instrumente bekommen, um dieser großen Aufgabe gerecht zu werden. Genau das feiern wir am Schawuot. Dafür brauchen wir keine Matza, Schofar oder Laubhütte. Dafür brauchen wir nur innenhalten, um an unsere tausendjährige Tradition und an unser Erbe zu erinnern. Juden waren hunderte Jahre auf ganzer Welt zerstreut, sie sprachen in verschiedene Sprachen und trugen verschiedene Kleider. Das Einzige, was uns als Volk zusammenhielt, ist unsere Tora und unsere Tradition.

Das ewige Volk

G'tt hat versprochen, dass das jüdische Volk ewig bestehen wird. Doch das gilt nur für diejenigen, die entsprechend Seinen Geboten leben. Das Essen von gefüllten Fisch, das Hören von Klezmer-Musik oder das Kennen von ein paar Ausdrücke auf Jiddisch reicht nicht, um auch die Kinder jüdisch zu erziehen. Weder jüdische Gerichte, noch jüdische Musik, noch jüdische Witze werden Kinder begeistern in die Synagoge zu gehen, Tfillin anzuziehen und koscher zu essen. Kinder werden erst dann für die Tora und Gebote begeistert sein, wenn ihre Eltern damit leben. „Denn wenn du in dieser Zeit schweigst, so wird Befreiung und Errettung für die Juden von einem anderen Orte her erstehen; du aber und deines Vaters Haus, ihr werdet umkommen“ – sagt Mordechai zu Esther, als Esther sich weigert beim persischen König für die Juden zu sprechen. Das gilt auch für unser Volk generell: G'tt wird schon dafür sorgen, dass das jüdische Volk besteht, jedoch keine einzige jüdische Familie hat die Garantie, dass ihre Nachkommen auch jüdisch bleiben. Und gerade am Schawuot haben wir ohne komplizierte Vorbereitungen und ohne zeitaufwendige Gebote Ruhe und Zeit nachzudenken, wie es bei uns damit aussieht. Werden wir unserer Auserwähltheit gerecht? Leben wir nach G'ttlichen Geboten oder wollen wir „wie alle“ sein? Schawuot ist also die perfekte Gelegenheit über unser Verhältnis zu G'tt und zum Judentum nachzudenken. Und das ist auch die perfekte Zeit sich mehr mit der Tradition und mit Geboten zu befassen, um nicht nur die jüdische Vergangenheit, sondern auch eine jüdische Zukunft zu haben.

Juden und Muslime: Was sagt uns die Torah dazu?

Die Araber sehen Ismael als ihren Stammvater, die Juden Yitzhak. Was können wir aus der Geschichte der beiden Halbbrüder für die Gegenwart ableiten?

Von E. Derewjantschenko

„Der größte Torah-Gelehrte aller Zeiten, Gaon von Wilna, schrieb in seinem Kommentar zur kabbalistischen Schrift Sifra de Tzniuta, dass absolut alles, was auf der Welt geschieht – in der Vergangenheit, Gegenwart und der Zukunft, in Texten der Torah verschlüsselt ist“, bemerkt Rav Nathan Agres. Ich fürchte, die Polizeiberichte unserer Zeit finden in der Torah ebenfalls ihre Bestätigung.

Die wichtigste Frage im heutigen Europa ist möglicherweise diese: Wie sollen die Beziehungen zu zahlreichen Vertretern der islamischen Welt ausgestaltet werden? Wie soll man die Masseneinwanderung der Muslime nach Europa bewerten? Die Antworten auf diese Fragen finden wir in der Torah.

Wir wissen: Im Judentum gilt Ismael, Sohn von Avraham und der ägyptischen Sklavin Hagar, als der Stammvater der arabischen – faktisch also der islamischen – Welt. Er ist Halbbruder von Yitzhak (Isaak), dem Sohn von Avraham und Sarah. Yitzhaks Söhne sind Jakob und Esaw, wobei Jakob der Urvater der 12 Stämme Israels ist, und Esaw als Gründer der europäischen Zivilisation gilt, deren Hauptreligion das Christentum ist. Sarah ist also deren Großmutter. „Großeltern schauen auf ihre Enkelkinder in einer weiter angelegten Perspektive“, lesen wir in den Texten von Toldot Yeshurun (Toldot Yeshurun ist eine in 2000 entstandene gemeinnützige Organisation für russischsprachige Juden, die Lernprogramme über das Judentum anbietet, - Anm. d. Übers.). Warum aber hat die derart weitsichtige Großmutter Ismael und dessen Mutter so rigoros aus dem Haus verbannt und weit weggeschickt? Warum hat Erzwater Avraham, der Ismael von Herzen liebte, den Willen seiner Frau so ergeben erfüllt?

Meines Erachtens geht die Torah auf zwei Aspekte ein in der Beziehung zwischen Ismael und Yitzhak, also zwischen Muslimen auf der einen Seite und Juden und Christen auf der anderen Seite. Kennzeichnend für den ersten Aspekt sind Ismaels Feindseligkeit und Aggressivität Yitzhak gegenüber, wobei Yitzhak hier sowohl Juden als auch Christen verkörpert. Ein Zusammenleben unter dieser Voraussetzung ist problematisch und gar gefährlich. Der zweite Aspekt in der Beziehung zwischen Ismael und Yitzhak tritt wesentlich später erst in Erscheinung: Als betagter Stammvater der islamischen Welt ist Ismael ein rechtschaffener Mensch. Dort, wo von der Beisetzung Avrahams berichtet wird, lesen wir den Namen Yitzhaks als ersten unter denjenigen, die den Leichnam des Erzwaters zur Ruhestätte geleiten (Bereschit, 25:9). Die Kommentatoren sehen dies als ein Beweis dafür, dass Ismael Buße tat und den Primat an Yitzhak abgab, ihn also als den wichtigsten der geistigen Erben Avrahams betrachtete. Eine weitere Bestätigung dessen liefert die Torah an der Stelle, wo es um Ismaels Tod mit 137 Jahren geht (Bereschit, 25:17):

Sowohl was Avraham als auch was Ismael anbelangt, wird die gleiche



Das Bild „Abraham vertriebt Hagar und Ismael“ des österreichischen Malers Joseph Danhauser (1835-1836)

Form und Art des Sterbens überliefert, und in der Torah wird dieses Wort nur dann verwendet, wenn es sich um Gerechte handelt.

Der Umstand, dass sich der reifere Ismael von seinem Wesen her erheblich von dem noch jungen Isaak unterscheidet, könnte auf die Wahrnehmung der Korantexte zurückzuführen sein. Ein junger Mensch kann den Text lediglich wortwörtlich erfassen. Als erwachsener reifer Mann strebt Ismael nach wahrer Rechtschaffenheit und ist imstande, die tiefere Bedeutung zu begreifen. „Der Gedanke ist das Leuchtfeuer des Herzens; verschwindet dieses Licht, bleibt das Herz in der Dunkelheit.“ (Sheikh Ibn Ata Allah al-Iskandari, „Buch der Weisheiten“).

Heutzutage beobachten wir eine feindselige, aggressive Einstellung vieler Angehöriger der islamischen Welt gegenüber Juden und Christen, eine Einstellung, die wir auch vom jungen Ismael kennen. Daher reden wir jetzt über diejenigen Muslime, die den „jungen“ Islam verkörpern und ihre Verachtung und ihren Hass gegen Ju-

den und Christen offen zeigen. Meiner Meinung nach weist die Torah auf die Unmöglichkeit eines gemeinsamen Weges hin, und zwar an zwei Stellen.

Die Vertreibung Ismaels

Ismael, der Sohn einer Sklavin, ist 16 Jahre alt. Sind das bei ihm lediglich die Wutausbrüche und die Brutalität eines Teenagers, sind das nur Eifersucht und Neid – da sein jüngerer Bruder, der Sohn der Herrin, von Liebe umgeben aufwuchs? Warum verlangt Sarah, dass Ismael und Hagar aus dem Haus vertrieben werden? Avraham liebt seinen Sohn doch! Und dennoch sagt Er zu Avraham, er solle auf Sarahs Stimme hören (Bereschit, 21:12). Der Ewige lässt Avraham keine Wahl, die Vertreibung Ismaels weit weg vom Stammvater der jüdischen und europäischen Zivilisation muss erfolgen und ist unabwendbar.

Hier gibt es keine Kompromisse, die von europäischen Politikern ohne Aussicht auf Erfolg angestrebt werden. Erfolglos möglicherweise deshalb, weil dabei das biblische Leitbild nicht be-

dacht wird? Die Gründe der Inkompatibilität Ismaels mit Juden und Christen wurden bereits vor Ismaels Geburt offenkundig. Hagar lief weg von Sarah, „und der Engel des Herrn fand sie an der Wasserquelle in der Wüste. [...] Und der Engel des Herrn sprach zu ihr: ‚Du wirst einen Sohn empfangen und gebären. Und gebe ihm den Namen Ismael. Und er wird ein wilder Mensch sein. Seine Hand wird gegen jeden sein, und die Hand aller gegen ihn‘ [aus meiner Sicht wird hier auf eine harte Konfrontation hingewiesen, - E.D.] (Bereschit, 16:7, 11 - 12). Dies liest sich wie eine kurze metaphorische Beschreibung des Verhaltens von Nomaden, der „Kinder der Wüste“, die lediglich ihren Stammesältesten / den „Häuptling“ respektieren, das Leben nicht zu schätzen wissen, tückisch gegenüber Fremden und stets zum Krieg bereit sind [aus der Publikationen der „Soncino-Gesellschaft der Freunde des jüdischen Buches e.V.“ (1924–1937)] (die 1924 in Berlin gegründete „Soncino-Gesellschaft der Freunde des jüdischen Buches e.V.“ war die ers-

te und einzige bibliophile Vereinigung von Juden in Deutschland. Bis zu ihrer Auflösung 1937 hat sie etwa 80 Bücher aus allen Wissensbereichen der jüdischen Geschichte und Kultur herausgegeben sowie etwa 20 Zeitschriftenhefte und Vereinsmitteilungen. – Anm. d. Übers.)

„...die lediglich ihren ‚Häuptling‘ respektieren“: Daher ist für diese Menschen die Anerkennung durch den „Häuptling“ das Wichtigste. Weder analysieren noch kümmern sie sich darum, wie sich ihr Leben entfaltet. Ist dies vielleicht der Grund, dass die Torah Ismael, einen 16-jährigen Burschen, „das Kind“ nennt? Ebenfalls könnte Folgendes einer der Gründe dafür sein: „seine Hand gegen jeden“ – hier geht es um seine Taten, im Falle des jungen Ismaels um seine spürbare, gelebte Aggressivität, erzeugt durch die Ablehnung „aller“, die anders leben. Die Aggressivität und die Grausamkeit des jungen Islams wird außerdem durch die mächtigen Vertreter der islamischen Welt unterstützt, von denen nicht wenige bereits in Europa leben.

Der Psychologe Dr. Igor Furmanov weist auf folgende Zusammenhänge hin:

„Es ist hinlänglich bekannt und nachgewiesen, dass ein Kind, das bei seinem aggressiven Verhalten unterstützt und dafür gar belohnt wird, künftig noch eine um ein Vielfaches gesteigerte Aggressivität in ähnlichen Situationen entwickeln wird. Stets unterstützte aggressive Verhaltensweisen lassen bei Kindern einen sehr hohen Grad an Aggressivität als Charakterzug entstehen, wobei sie sich dahingehend entwickeln, auf jegliche Reize aggressiv zu reagieren.“

Aber wozu braucht das „der Häuptling“, was verspricht er sich davon? Der Psychologe Prof. Dr. Nikolaj Kozlov schreibt: „Aggression wie auch Aggressivität können nicht selten eine bewusste Strategie und gewollte Politik zum Ausdruck bringen. Menschen nutzen die Aggression, um einen Einfluss auf andere auszuüben und eigene Ziele zu verfolgen.“ Rav Benzion Silber erzählt: „Das Ziel eines gläubigen Menschen besteht darin, herauszufinden, was der Ewige von ihm verlangt, und dann keine Mühe zu scheuen, um Seinem Willen zu entsprechen. Wir müssen unseren Willen dem Willen des Ewigen unterordnen.“ Der „wilde Mensch“ Ismael hingegen kann sich in keinen Rahmen fügen und handelt so, wie es ihm beliebt. Dabei beteuert er, dies sei der Wille Gottes. Warum tut er das? Ismael zweifelt nicht an seiner klaren Überlegenheit und an unbestreitbaren Vorzügen im Vergleich zu Yitzhak, der Juden und Christen verkörpert.

Unsere Gelehrten legen das so aus:

Als Ismael 13 Jahre alt war, ging Gott einen Bund mit Avraham ein und verkündete ihm das Gebot der Beschneidung. Avraham sah sich in der Pflicht, die Beschneidung bei sich selbst und bei seiner ganzen Sippe vorzunehmen. Ebenfalls waren alle seine männlichen Nachfahren zur Beschneidung verpflichtet. So äußerte Ismael als älterer Bruder einst vorwurfsvoll zu Yitzhak: „Ich bin größer darin, dem Schöpfer zu dienen als du, weil ich im Alter von dreizehn Jahren beschnitten wurde und bewusst Schmerzen ertrug, um den Willen Gottes und den Befehl meines Vaters zu erfüllen. Und du wurdest mit acht Tagen beschnitten, als du noch nichts verstanden hast“, – lesen wir in den Schriften von „Toldot Yeschurun“. „Ein Mensch, der davon überzeugt ist,

zahlreiche gute Eigenschaften zu haben, kann zu dem Standpunkt kommen, dass sich die unwürdigen schlechteren Menschen um ihn herum ihm unterwerfen, seine Ansichten akzeptieren und seinen Rat befolgen müssen; mit anderen Worten: Er unterdrückt ihren Geist und zerstört ihre Individualität und vereinnahmt, verschluckt sie geradezu“, schrieb Menachem Mendel Schneerson in den Kommentaren zu Pirkei Avot. Ist das der Grund für „die Hand aller [wird] gegen ihn“?.. Ist daher eine harte Konfrontation mit dem „jungen“ Ismael unumgänglich? Aber warum können alle ihn nicht besiegen? Ist eine weitentwickelte Zivilisation machtlos angesichts seines wilden Verhaltens?

Europa hat sich selbst schwach gemacht

Das dürfte wohl kaum der wahre Grund sein. Vielmehr hat sich Europa durch seine eigene Toleranz entwaffnet und ohnmächtig gemacht. Was geschieht, wenn etwas Fremdes, Verwerfliches, Unzumutbares ausschließlich im Namen der Toleranz akzeptiert wird? Bei Rav Reuven Pjatigorskij lesen wir: „Pessach-Haggada erzählt, so-



Was lernen wir daraus? Dass weltfremde Toleranz zerstörerische Folgen hat.

bald König Schlomo [Salomon] seinen Frauen erlaubte, ihren Stammesgöttern Weihrauch zu verbrennen, dass im gleichen Augenblick der Engel einen Speer in das Flussbett des Tibers steckte. Mit der Zeit soll sich an dieser Stelle eine Insel gebildet haben, auf der Rom, der zukünftige Zerstörer des Tempels, entstand. [...] Wichtig dabei ist nicht, dass Schlomo es erlaubte (denn er tat es nicht!), sondern dass er es nicht verbot.“ Was lernen wir daraus? Dass weltfremde Toleranz zerstörerische Folgen hat...

Der zweite Beweis in der Torah für die Unvereinbarkeit, mit Angehörigen des „jungen“ Islam zusammenzuleben, ist der folgende: Nach Sarahs Tod, als Avraham 140 Jahre alt geworden war, heiratete er zum zweiten Mal. „Und [...] nahm Avraham eine Frau namens Ketura“ („Bereshit“, 25: 1). „Ketura ist Hagar: Der Midrasch erklärt, dass Ketura der zweite Vorname von Hagar ist“ (Soncino). Sie gebar Avraham sechs Söhne. Avraham starb im Alter von 175 Jahren, was bedeutet, dass er 35 Jahre lang mit Hagar-Ketura lebte.

Bis heute gibt es keine eindeutige Meinung darüber, welche Völker von den jüngsten Söhnen Avrahams abstammten. Eine Reihe von Forschern meint, das seien die Araber. „Den Söhnen [...] aber gab Abraham Geschenke und schickte sie zu seinen Lebzeiten weg von seinem Sohne Yitzhak gen Osten, in das Ostland.“ (Bereshit, 25:6). „Gen Osten“, also „in Richtung der Arabischen Halbinsel“, sagt uns Soncino. Womöglich ließen sie sich dort oder in den Nachbarländern nieder. Warum wählte Avraham für seine jüngsten Söhne die arabischen Territorien?

Einigen Quellen zufolge sind die Vorfahren der Araber Bewohner der Arabischen Halbinsel. Im 2. Jahrtausend v. Chr., also zu Lebzeiten Avrahams (1812-1637 v. Chr.), besetzten arabische Stämme das gesamte Gebiet der Halbinsel. Zudem ließ sich ihr eigener und deutlich älterer Bruder Ismael in der Nähe nieder. Mit anderen Worten bedeutet dies, dass Avraham, ohne

– wie bei Ismael – auf ernsthafte Probleme zu warten, seine jüngeren Söhne in die Richtung arabischer Länder schickte.

Wie wir sehen, betont die Torah bereits zum zweiten Mal die Unmöglichkeit des Zusammenlebens von (Juden und Christen) und den Angehörigen des „jungen“ Islam.

Betrachten wir doch noch einen Aspekt dieser Sichtweise. Als die jüngeren Halbbrüder verbannt wurden, war er selbst schon ein reifer Mann. Daher ist es nicht unerheblich, sich auch sein Verhalten ihnen gegenüber anzuschauen. Wie kam es zu den Konfrontationen zwischen ihnen? Rav David Palant schreibt:

„Die Kabbala erzählt, dass jeden der Erzväter unseres Volkes in seinem Wesen Besonderheiten auszeichneten, die seine Persönlichkeit ausmachten. Bei Avraham sind dies ‚Chesed‘ und ‚Netiva‘: die Gnade, die Güte sowie das Geben, das Bestreben also, Gutes zu tun. Offensichtlich ist die Welt nicht bloß durch gutes Handeln geprägt, denn ohne Regeln, ohne einen vorgegebenen Rahmen werden alle nach Belieben handeln, ausschließlich ihren ei-

genen Wünschen und Leidenschaften folgend.“

So ist ein Zusammenleben mit den Angehörigen des „jungen“ Islam möglich, sofern man sich von realitätsfernen Ideen leiten lässt. Wenn wir hingegen den Standpunkt Yitzhaks einnehmen, also aus der Sicht von Rechtsetzung und Rechtsprechung her urteilen, stoßen wir auf die unzählige, kaum lösbare Probleme... Und was sagt uns die Torah über den Umgang speziell mit Verbrechern aus der Gruppe der Armen und Benachteiligten? „Richte faire Gerichte ein. [...] Doch den Armen begünstige nicht in seinem Rechtstreite“.

Man muss anmerken, dass Avraham seinen Söhnen, die er wegschickt, große Geschenke mitgibt. Die Botschaft dabei ist: „Den muslimischen Brüdern müssen wir unbedingt helfen, jedoch nicht auf unserem Territorium.“

Warum helfen die Araber vom Golf nicht den arabischen Flüchtlingen?

„Die von den Söhnen Keturas geborenen Völker vermischten sich später miteinander und mit den Nachkommen Ismaels“, schreibt Rav Yitzhak Goldenberg. Ist Ismael imstande, ihnen vollauf zu helfen? Davon können wir ausgehen. In Bereschit, 17:20 lesen wir: „Siehe, ich segne ihn, mache ihn fruchtbar, mache ihn über alle Maßen zahlreich. Zwölf Fürsten wird er zeugen, und ich will ihn zu einer großen Nation machen.“ Wie ist es möglich, dass die ungemein reichen Länder rund um den Persischen Golf ihren notleidenden Brüdern die Hilfe verweigern? Der Grund dafür können Sicherheitsbedenken sein, denn zusammen mit den Flüchtlingen könnten womöglich radikale islamistische Kräfte in diese Länder einsickern.

Das Resultat ist bereits wohlbekannt: Muslime versuchen in Europa ihre Ordnung und ihre Sitten zu manifestieren, weil ihre eigenen wohlhabenden muslimischen Brüder in den stabilen und reichen Ländern aus Sicherheitsgründen nichts mit ihnen zu tun haben wollen und somit den eigenen Kodex

brechen. Denn muslimische Quellen besagen: „Ein Muslim ist einem anderen Muslim ein Bruder. Er wird ihn nicht unterdrücken, wird ihn aus einer schwierigen Lage befreien und ihn nicht ohne Hilfe lassen.“ Diese Rolle übernahm jetzt das christliche Europa.

Und noch einen nicht unwesentlichen Aspekt müssen wir berücksichtigen. Laut Raschi ist mit der Wüste Paran (südlich von Beer Scheva, - Anm. d. Übers.), wo sich der Stammvater der Araber, Ismael, niedergelassen hat, der Begriff „Grab der Gelüste“ verbunden (Raschi – Akronym von Rabbi Schlomo ben Jizhak, 1040 – 1105, war der bedeutendste jüdische Gelehrte des Mittelalters, dessen Kommentare des Tanach und Talmuds bis heute maßgeblich sind, - Anm. d. Übers.). Somit gibt die Torah zu verstehen, dass Ismael in der Wüste Paran seine „Gelüste“, hier die Triebe, die Begierde, die törichten Wünsche – nach dem Unverdienten, ihm nicht Gebührenden und nicht Gehörenden – abgelegt, „begraben“ hatte. Mit anderen Worten alles, was sich im 10. Gebot findet: „Du sollst nicht begehren deines Nächsten Weib. Du sollst nicht begehren deines Nächsten Gut. Du wirst nicht das Haus deines Nächsten begehren. Du wirst nicht die Frau deines Nächsten, seinen Sklaven und seine Sklavin, sein Rind und seinen Esel und alles, was deinem Nächsten gehört, begehren.“

Das Begehren als Wurzel des Verbrechens

„Nicht begehren“. Das Ziel dieses Gebots ist es, die Wurzel allen Verbrechens zu zerstören (Soncino). Ist dies nicht der Grund, warum die Straftaten bei den Nachfahren des „jungen“ Ismaels, die das Fremde als ihr Eigenes betrachten, rasant zunehmen? Nachdem sie als Gäste nicht umfänglich das erhalten, was sie sich erhofft haben, beginnen sie, sich an den Einheimischen aus enttäuschter Hoffnung zu rächen. Das Begehren des fremden Gutes nährt Grausamkeit und Aggressivität.

„Du sollst nicht das Haus deines Nächsten begehren.“ Dieses Gebot, wie auch zahlreiche andere Gesetze der Torah, sind nicht wortgetreu zu befolgen: Jeder der genannten Punkte dient als Chiffre für eine ganze Reihe von Deutungsinhalten (Soncino).

„Das Haus“ bedeutet nicht nur „die vier Wände“ und den Hausrat. Dieser Begriff beinhaltet genauso die dort lebenden Menschen sowie deren Regeln, Werte, Gebräuche, die Art der Kommunikation u.v.m. Derjenige, der sich als neuer Hausherr im fremden Haus versteht, will dort seine eigene Ordnung durchsetzen. Und hier, so scheint mir, gibt es lediglich zwei Möglichkeiten: entweder die alten Bewohner von Haus und Hof zu jagen oder sie mit allen Mitteln zu zwingen, nach den Regeln des neuen Hausherrn zu leben. Solche gegensätzlichen Lebensentwürfe wie die europäische Lebensweise und die Scharia sind gleichzeitig nicht umsetzbar.

Der für das christliche Europa normgebende Religionsstifter namens Jesu von Nazareth mahnte seinerzeit: „Jedes Reich, das mit sich selbst uneins ist, wird verwüstet; und jede Stadt oder jedes Haus, das mit sich selbst uneins ist, wird nicht bestehen.“ (Matthäus 12:25). Und dann würde es zu spät sein und sinnlos werden, auch die andere Wange hinzuhalten, denn dies würde nicht mehr genügen: es würden womöglich die Köpfe ganz abgetrennt werden.

Aus dem Russischen
von Irina Korotkina

Der Dienst der 400.000: Freiwillige kehren in die Kibbuzim zurück

Volontäre dürfen wieder nach Israel einreisen

Von Yossi Aloni (Israel Heute)

Ein Jahr, nachdem das Programm für Freiwillige aus dem Ausland, die in den Kibbuzim arbeiten wollen, nach der Ausbreitung des Corona-Virus in der ganzen Welt eingefroren wurde, hat Innenminister Aryeh Deri den zahlreichen Bitten der Kibbuz-Bewegung zugestimmt, den Himmel für diejenigen wieder zu öffnen, die kommen und als Volontäre arbeiten wollen.

Mit der Ausbreitung des Corona-Virus in der ganzen Welt und in Israel im März letzten Jahres wurde die Einreise von internationalen Freiwilligen durch die Kibbuz-Bewegung geschlossen. Trotz der verschiedenen Schwierigkeiten und Komplikationen führte die Kibbuz-Bewegung das Programm in eingeschränktem Umfang weiter und ermöglichte den im Land verbliebenen Freiwilligen, die Vorteile einer Kibbuz-Gemeinschaft in einer Krise hautnah zu erleben. Während dieser Zeit trafen weiterhin Hunderte von Anfragen von Interessenten und Partnerorganisationen aus dem Ausland ein, die nur darauf warteten, dass sich der Himmel für Freiwillige öffnete, um ins Land zu kommen.

Das Freiwilligenprogramm der Kibbuz-Bewegung besteht seit über 50 Jahren und hat bereits Freiwillige aus 130 Ländern empfangen. Das Programm ermöglicht eine besondere Kombination von Freiwilligenarbeit in der Landwirtschaft und verschiedenen Kibbuz-Industrien mit dem Kennenlernen verschiedener Inhaltswelten und der einzigartigen Kibbuz-Gemeinschaft. Dies ist ein beispielhaftes Programm, das seit seiner Gründung mehr als 400.000 junge Menschen aus der ganzen Welt aufgenommen hat und im Laufe der Jahre den Begriff „Kibbuz“ als Marke geprägt hat, die mit Israel und mit positiven Werten wie Demokratie, Kooperation, Gemeinschaftssolidarität und Pluralismus verbunden wird.

Auch Boris Johnson war im Kibbuz

Die Kibbuz-Bewegung betrachtet das Programm der Freiwilligen aus dem Aus-

land als eine einzigartige Plattform zur Förderung der Diplomatie, verbesserter Außenbeziehungen und besonderer bilateralen Beziehungen mit Dutzenden von Organisationen in vielen Ländern der Welt. Während des Programms entstehen enge soziale Bindungen zwischen den Freiwilligen und den Gemeinden, in denen sie leben. Die Freiwilligen kehren am Ende der Zeit nicht nur als Botschafter des guten Willens und wichtige Verbündete für Israel in ihr Land zurück, sondern einige bringen diese prägende Erfahrung auch in Positionen als Meinungsführer und Politiker zum Ausdruck – wie etwa der britische Premierminister Boris Johnson.

Um all dies zu bewahren, arbeitet die Kibbuz-Bewegung während der gesamten Periode in Zusammenarbeit mit dem Ministerium für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung und dem Regionalrat von Hevel Eilat daran, einen Rahmen zu finden, der die Einreise von Freiwilligen aus dem Ausland auf eine Weise ermöglicht, die die öffentliche Gesundheit sicherstellt. Auch Vertreter aus den Kibbuzim halfen mit, indem sie die Bedeutung des großen Beitrags der Freiwilligen, insbesondere in der Landwirtschaft, erklärten. Angesichts der veränderten Situation hatte sich die Genehmigung des Programms bis jetzt verzögert.

Der Minister für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung, Alon Schuster (Blau-Weiß-Partei), sagte: „Ich begrüße die erwartete Rückkehr der Freiwilligen aus dem Ausland zur landwirtschaftlichen Arbeit in den Kibbuzim. Viele Monate lang, auch während der Zeit einer instabilen Regierung, haben wir vom Innenministerium gefordert, die Tore des Landes für Freiwillige aus dem Ausland in der Landwirtschaft zu öffnen. Der Wunsch der Freiwilligen, auch in Zeiten der globalen Krise nach Israel zu kommen, ist ein Beweis für die einzigartige Erfahrung in einem israelischen Kibbuz, die viele junge Menschen aus der ganzen Welt anzieht.“



MENACHEM KAHANA / AFP PHOTO / AFP

Wichtiger Pfeiler des Zionismus

Nir Meir, Generalsekretär der Kibbuz-Bewegung: „Das Freiwilligenprogramm der Kibbuz-Bewegung ist ein wichtiges zionistisches Unternehmen, das über Jahrzehnte hinweg einen bedeutenden Beitrag dazu geleistet hat, das schöne Gesicht Israels zu erklären. Die Verbindung, die zwischen den Kibbuzim und den Hunderttausenden von Freiwilligen, die im Laufe der Jahre kommen, entsteht, bleibt noch viele Jahre nach ihrer Abreise bestehen und hinterlässt einen warmen und sympathischen Teil Israels auf die authentischste Art und Weise.“

Ofri Raviv, Leiter der Abteilung für junge Menschen und Engagement in der Kibbuz-Bewegung: „Ich freue mich sehr, dass wir ein langjähriges und bedeutendes Programm zu neuem Leben erwecken und erneuern werden. Wir freuen uns sehr, unsere Aktivitäten mit unseren Partnern im Ausland wieder aufzunehmen und junge Menschen aus der ganzen Welt einzuladen, die Freiwilligenarbeit in einer Kibbuz-Gemeinschaft zu erkennen und zu erleben. Wir haben

gemeinsam mit vielen Partnern darum gekämpft, das Land für die Freiwilligen zu öffnen, und wir danken allen Beteiligten für ihre Hilfe.“

Braydon Wally, der derzeit als Freiwilliger im Kibbuz Yotvata in der Arava arbeitet, berichtet von seinen Erfahrungen: „Ich kam kurz vor der Schließung der Grenzen des Landes im März 2020 als Freiwilliger nach Yotvata und verbrachte meine ersten zwei Wochen in Israel in Isolation. Trotzdem konnte ich spüren, wie das Herz des Kibbuz schlug. Was ein vorübergehendes Zuhause sein sollte, kristallisierte sich zu etwas so Gutem heraus, dass ich keine Worte habe, um es zu beschreiben. Die schöne Aussicht auf die umliegenden Gärten, die wunderbaren Gerüche aus dem Speisesaal und die Menschen, die immer herzlich willkommen waren. Heute habe ich eine neue Familie in Form von Freiwilligen und Kibbuzniks. Ich schätze diese Zeit im Kibbuz so sehr, die mir ein warmes und einladendes Zuhause während einer so komplexen Zeit gegeben hat.“

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

in der digitalen Welt, in der wir leben, darf unsere Redaktion sich nicht auf die gedruckte Zeitung beschränken. Denn die Verbreitungsmöglichkeiten der Zeitung auf Papier sind beschränkt. Sie bekommt man nicht unbedingt in jedem Pressekiosk – besonders in kleineren Orten ist das problematisch. Sie wird nicht überall ins Ausland ausgeliefert, und wenn, dann mit einigen Tagen Verspätung. Eine Abo-Lieferung ins Ausland kostet zusätzlich.

Aber auch wenn alle diese Schwierigkeiten auf Sie nicht zutreffen und Sie vor der Haustür einen Pressekiosk haben, wo die Zeitung regelmäßig angeboten wird, möchten Sie möglicherweise nicht immer vor die Tür gehen und in der Zeitung blättern (falls das vom Kioskbesitzer geduldet wird), bevor Sie sie kaufen.

Für alle, die es bequem, schnell und ohne geografische Einschränkungen mögen, bieten wir nun eine neue Vereinfachung:

Kaufen Sie auf der Seite www.juedische-rundschau.de/shop jede einzelne Ausgabe der „Jüdischen Rundschau“ oder abonnieren Sie die Zeitung als e-Paper.

Das bringt Ihnen nur Vorteile:

- Sie können die Zeitung lesen noch bevor sie an die Kioske und zu den Abonnenten der Druck-Ausgabe kommt.
- Sie können die Zeitung bzw. einzelne Artikel bequem elektronisch archivieren, ohne viel Papier zu Hause zu stapeln.
- Sie können sich vor der Kaufentscheidung einen Eindruck über den Inhalt der aktuellen Ausgabe verschaffen, ohne einen kritischen Blick des Kioskbesitzers ertragen zu müssen.
- Sie können die Zeitung an jedem Ort der Welt lesen, wo Sie Internet haben – ohne zeitliche Verzögerungen und ohne Aufpreis.
- Sie sparen Geld – die Einzelausgabe kostet als e-Paper 3 Euro statt 3,70 Euro am Kiosk, das Jahresabo 33 Euro statt 39 Euro für die Druckausgabe.
- Und nicht zuletzt tragen Sie sogar zum Schutz der Umwelt bei.

Um all diese Vorteile zu nutzen, brauchen Sie nur unsere Website www.juedische-rundschau.de/shop zu besuchen. Ein Button für den Kauf der Zeitung als e-Paper finden Sie sowohl auf der Hauptseite (oben links) als auch hinter jedem einzelnen Artikelausschnitt in der Online-Version der Zeitung.